

Presseschau

Aktuelles aus unserem Land



Die Landtagsfraktion

CDU

vom 26.09.2016



Inhaltsverzeichnis

Top-Themen

..Das haut mich wirklich um	1
Die Grenzen der Freundschaft	3
98,4 Prozent bringen Kraft zum Weinen	4
SPD stellt sich voll hinter Kraft	5
Szenen einer Entfremdung	6
Grüne strafen Löhrmann, SPD stärkt Kraft	7
Die Person ist das Programm	8
Ein Denkmäler für Sylvia Löhrmann	9
Fehdehandschuh aufgenommen	10
Denkmäler für Löhrmann	11
Die SPD versammelt sich hinter Kraft	12
Volle Rückendeckung für Krafts Kurs	13
SPD punktet nur mit der "Marke Kraft"	14
Die oberste Genossenschaftspflicht	15
Dämpfer für Sylvia Löhrmann	16
Parteitage: SPD stärkt Kraft, Grüne schwächen Löhrmann	17
Kraft-Demonstration	18
Freudentränen der Landesmutter	19
Beifall für Kraft, Dämpfer für Löhrmann	20
Rot-grüne Machtreflexe	20
Risse im rot-grünen Bündnis	21
Die Laune steigt	22
Aufmunterung für die Landesmutter	23
Kraft und Löhrmann bleiben Spitze	24
Triumph und Abstrafung	24
Breite Rückendeckung für Hannelore Kraft	25
SPD stärkt Kraft den Rücken	25
Rückendeckung für Kraft	26
NRW-SPD stärkt Kraft	27
Zufriedenheit kontert Zweifel	28
Starkes Ergebnis für Kraft, Dämpfer für Löhrmann	28
Hanni und Nanni wollen nicht über Trennung reden	29
98,45 Prozent für Hannelore Kraft Von Ulli Tüchtmantel	30
Ministerin Löhrmann reitet Attacken gegen die SPD	31
Krafts Glanz	32
"Komplett aus dem Ruder gelaufen"	33
Ist was?	34
SPD und Grüne gehen eigene Wege	35

Pressespiegel

Inhaltsverzeichnis

CDU-Landtagsfraktion / CDU NRW

Kirstin Körte ist die neue Nummer 1 auf der Liste	36
CDU eröffnet NRW-Wahlkampf	37
Viel Rückhalt in CDU für Kerkhoff und Kaiser	38
"Armin, Du hast ein Image-Problem"	39
Kritik an Laschet wegen schlechter Umfragewerte für die CDU	40

Landtag

Armenhaus NRW	41
Weniger Vertrauen	41
Kein Vertrauensvorschuss	42

Wirtschaft / Industrie / Energie

71 Prozent der Bürger fordern raschen Braunkohle-Ausstieg	43
Winterkorn soll Vertuschung gestützt haben	44
Neuer Besitzer für die weiße Rheinflotte	45
Bluffer, Retter und Bewahrer	46
Führungswechsel bei Ford	47
Tengelmann stoppt vorerst Zerschlagung von Kaiser's	48
Kampf dem Kupfer	49
Innogy soll fünf Milliarden bringen	50

Arbeit/Gesundheit/Soziales

DGB fordert: Arbeit auf Abruf abschaffen	51
Arbeitssuche ist in NRW mit am schwersten	51
"Kassen verschwenden eine Milliarde Euro"	52
Langzeitarbeitslosigkeit der Eltern hält Kinder in Hartz IV	53
Mehr Chancen für Behinderte	54
Steffens kritisiert neues Gesetz zum Schutz von Prostituierten	55

Haushalt / Finanzen

„Staat muss helfen, die Vorsorgelücke zu schließen“	56
Müssen Steuerberater bald ihre Tricks offenlegen?	60
NRW-Fiskus durchleuchtet 20 Großbanken	61
Verfahren um Kauf von Schloss Kellenberg eingestellt	61

Schule / Hochschule / Kultur / Medien

KfW-Studie: Schulen verrotten	62
Investitionsstau von 34 Milliarden Euro bei Schulen	62
G W A S ?	63

Pressespiegel

Inhaltsverzeichnis

Weg zum Abitur wird neu geplant	64
Die beschädigte Ministerin	66
"Die Zeit in den Blick nehmen"	67
Nicht nur NRW ist im Schulstress	68
Innere Sicherheit / Justiz	
"Richter brauchen einen Werkzeugkoffer"	69
Fall Eric (12): Mitschüler soll Täter sein	71
Verdächtiger war "ganz normaler Schüler" DIESCHULE	72
Schwere Übergriffe auf Schulhöfen	73
Wutausbruch wegen Kartenspiel	74
IS-Kämpfer in Düsseldorf gefasst	75
Zwölfjähriger prügelt Mitschüler halbtot	76
Ex-Agent Werner Mauss steht in Bochum vor Gericht	77
Der sanfte Terrorhelfer	78
Polizei hängt im Funkloch fest	79
illegale Autorennen	80
Härtere Strafen im Verkehr sind nötig	81
Libanesen-Fehde vor Gericht	82
Familie / Frauen / Integration	
De Maiziere fordert Sicherheitsdebatte von Muslimen	83
Zusammen wachsen	84
Junge Islamkonferenz kritisiert Misstrauen gegen Muslime	85
Jugendliche wollen Islamdebatte entschärfen	86
Verkehr / Bauen	
Grüne wollen grünen Pfeil für Radler	87
Umwelt /Landwirtschaft / Verbraucher	
NRW muss sich auf den Wolf vorbereiten	88
Bäcker protestieren mit "Rommel-Semmel"	89
Bauern wehren sich	90
Von Zorn bis Bedauern	91
Kommunales / Sport	
Fluchtartiger Rückzug bei Asylplänen	92
Leerer Optipark kostet Land 30 Millionen Euro	93
Stadt nennt Anmietung des Opti-Parks unwirtschaftlich	94
Wohnquartiere statt Karo-einfach-Siedlungen	95

Pressespiegel

Inhaltsverzeichnis

Bundespolitik

Gesucht: Person, die alle Schichten anspricht	96
Keine Experimente	96
Rechter CDU-Rand hetzt gegen Merkel	97
Was will Seehofer?	98
Annäherung mit Vorsicht	99
Tauber kritisiert Sexismus in CDU und Gesellschaft	100
Wenig zu lachen	100
Henkel und das "Mitte-Mädchen"	101
Nationalsozialistisch gefärbt	102
CDU-Abgeordnete wirft Merkel "Umvolkung" vor	102
Schwestern, die sich nicht zerlegen	103
"Der Zeitpunkt ist genau richtig"	104
Merkel will Gegner mit härterem Flüchtlingskurs beschwichtigen	105
Operation Kaninchen	107

Sonstiges

GENDER-GAGA IN FLENSBURG	108
Bild Kommentar	109
Große Freude über neuen Bischof	110
Warnung vor Entsolidarisierung	111
Kardinal Woelki prangert Armut in Deutschland an	112
Lindner setzt auf alte und neue Gesichter	112
Linke LIBERALE?	113
Versierter Theologe und großer Karnevalist	115
Wie Medienlügen aktuelle Politik bestimmen	116

Aachener Nachrichten vom 26.09.2016, S. 2

„Das haut mich wirklich um“

Während Ministerpräsidentin Hannelore Kraft bei ihrer **Wiederwahl als SPD-Landeschefin** in Bochum triumphiert, strafen die Grünen ihre Spitzenkandidatin **Sylvia Löhrmann** in Oberhausen ab

VON JOHANNES NITSCHMANN

Bochum/Düsseldorf. Hannelore Kraft ist sichtlich gerührt. „Nach fast zehn Jahren so ein Ergebnis“, ruft die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin im knallroten Blazer und mit feuchten Augen nach ihrer fünften Wiederwahl zur SPD-Landesvorsitzenden in die Bochumer Ruhrlandhalle. „Das haut mich wirklich um.“

Nur vier der 452 Delegierten verweigern der 55-jährigen Sozialdemokratin auf dem Landesparteitag der NRW-SPD ihre Gefolgschaft, drei weitere enthalten sich. Damit kommt Kraft auf eine Zustimmungquote von 98,4 Prozent. Während ihre rot-grüne Landesregierung acht Monate vor der Landtagswahl an Rhein und Ruhr Auflösungserscheinungen zeigt, schließen die kampferprobten So-

zialdemokraten ihre Reihen und gehen zu ihrem Koalitionspartner zunehmend auf Distanz.

In ihrer fast einstündigen Parteitage-Rede erwähnt Kraft die Grünen demonstrativ kein einziges Mal. Erst im Überschwang ihres Wahltriumphes schickt sie später „herzliche Grüße“ und Glückwünsche ins 30 Kilometer entfernte Oberhausen.

Nur 81 Prozent für Löhrmann

Dort strafte die Ökopartei auf ihrem parallel stattfindenden Landesparteitag ihr Führungspersonal ungerührt ab. Mit nur 81 Prozent wurde Schulministerin Sylvia Löhrmann zur Spitzenkandidatin für die kommende Landtagswahl gekürt. Nach dem anhaltenden Streit um das achtjährige Turbo-Abitur gilt die grüne Frontfrau

selbst in ihrer eigenen Partei als Achillesferse im kommenden Wahlkampf. Die parlamentarische Fraktionsgeschäftsführerin Sigrid Beer erhielt nur 61 Prozent der Delegiertenstimmen für den sicheren Listenplatz vier.

Nach fast siebenjähriger Regierungsarbeit sind sich Ökopartei und Sozialdemokraten nicht mehr grün. Die Protagonisten der Düsseldorf-Koalition kaschieren das nur noch mühsam. „Wir haben es zusammen gut hingekriegt“, gibt die um Superlative nie verlegene Ministerpräsidentin ihrem Regierungsbündnis ein schwaches Befriedigend und nach der Wahl am 14. Mai 2017 kaum noch eine Perspektive: „Wir kämpfen allein, aber wenn es geht, machen wir weiter.“ Nach Leidenschaft für das einstige „rot-grüne Projekt“ klingt das nicht.

Den aktuellen Wahlumfragen zufolge bliebe die SPD mit 31 Prozent bei der kommenden Landtagswahl zwar stärkste Partei. Aber Rot-Grün wäre mit 42 Prozent weit von einer Mehrheit entfernt. Da die Linke in NRW derzeit bei lediglich fünf Prozent rangiert und ein rot-rot-grünes Bündnis somit unwahrscheinlich ist, haben sich die Sozialdemokraten erkennbar auf eine große Koalition eingestellt. So verzichtet Kraft fast gänzlich auf Attacken gegen die CDU und ihren Oppositionsführer Armin La-

schet. Stattdessen preist sie ihre Regierungserfolge: Nie habe es in NRW mehr Beschäftigung, Bildung und Forschung gegeben, als zu ihrer Amtszeit. Später läutet der Parteitag in den Antragsberatungen den Abschied vom Turbo-Abitur ein. Jeder Schüler soll in NRW nach dem Willen der Sozialdemokraten künftig selbst entscheiden können, ob er das Abitur nach acht (G8) oder neun (G9) Jahren macht. Verbindlich für alle Gymnasiasten will die SPD die Sekundarstufe I von fünf auf sechs Jahre verlängern. Die Oberstufe soll wahlweise in zwei oder drei Jahren absolviert werden können. Damit korrigiere die SPD „einen Geburtsfehler“ der schwarz-gelben Vorgängerregierung, sagte Kraft.

Grundsätzliche Individualisierung

Auf dem Parteitag der NRW-Grünen in Oberhausen geht es nicht ganz so einmütig zu: Deren Schulministerin Löhrmann hatte versucht, die Genossen bei der Aufweichung des Turbo-Abiturs zu überholen. Die Grünen schlägt eine grundsätzliche Individualisierung der Lernzeiten an allen Schulen vor. Jedes Kind solle die Zeit bekommen, die es für seinen Bildungsabschluss benötige, lautet ihr Credo. Die Opposition hält den Vorschlag für „Chaos pur“. Aber auch die Grünen, bei denen sich viele Lehrer engagieren, sind offenkundig nicht begeistert.



Abgestraft: Sylvia Löhrmann erhält von den Grünen nur 81 Prozent der Stimmen. Foto: dpa

Politiker der Region auf den Landeslisten

Karl Schultheis, Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Aachen Stadt, ist bei den Wahlen zum SPD-Landesvorstand überraschend gescheitert. Nur 116 der 440 Delegierten stimmten für Schultheis. Neu wurden in den Vorstand der Landes-SPD die Linnicher Bürgermeisterin Marion Christine Schunck-Zenker und der Landtagsabgeordnete Stefan Kämmerling aus Eschweiler gewählt.

Bei den Grünen sicherte sich die Aachener Landtagsabgeordnete und Kommunalpolitikerin Karin Schmitt-Promny den als sicher geltenden Landeslistenplatz 17. Die Dürener Landtagsabgeordnete Gertrud Zen-

tis rangiert auf Platz 25 der grünen Landesliste. Ebenfalls auf der Landesliste platziert wurden die Grünen-Politiker Jonas Paul (Platz 32), Eva Malecha (Platz 37) und Lukas Benner (Platz 38) aus dem Kreisverband Aachen. Auf Platz 42 kandidiert der Heinsberger Hans Josef Derichs.

Der bisherige Aachener Landtagsabgeordnete und langjährige Fraktionschef der Landtags-Grünen, Reiner Priggen, wird ebenso nicht erneuert für das Landesparlament kandidieren wie die Heinsberger Abgeordnete und Hochschulexpertin Ruth Seidl. (jn)

Szenen der Trennung

SPD und Grüne sind sich nicht mehr grün

► JOHANNES NITSCHMANN (DÜSSELDORF)

Die Sozialdemokraten setzen knapp acht Monate vor der Landtagswahl an Rhein und Ruhr vor allem auf die Popularität ihrer Herzdame. Trotz magerer Regierungsbilanz inszenierten die kampferprobten Genossen einen Konvent der Geschlossenheit und Entschlossenheit, auch nach dem 14. Mai 2017 in Düsseldorf an der Macht zu bleiben – als Seniorpartner einer großen Koalition oder in einem rot-rot-grünen Regierungsbündnis.

Auch wenn Nordrhein-Westfalen in den wichtigen Länder-Rankings bei Wirtschaft und Bildung zumeist am Tabellenende rangiert, Kraft zündete in ihrer Parteitage Rede ein Zahlen-Feuerwerk der Superlative: Seit ihrem Amtsantritt gebe es mehr Beschäftigung, mehr Bildung, mehr Forschung, mehr Kitaplätze, mehr Tourismus und „mehr Miteinander“ als je zuvor.

Bunt und pulsierend

Ihre Parteitage Rede intonierte sie nach der Melodie: „Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff.“ Der Schwarzmalerei der Opposition setzte die Regierungschefin das Bild eines bunten und pulsierenden Bundeslandes mit menschlichem Antlitz entgegen. In der Diktion der SPD-Ikone Willy Brandt will Kraft „mehr Gerechtigkeit wagen“. Damit belebt sie die einstige Kernkompe-

tenz der Sozialdemokratie.

Doch wenn der Landtagswahlkampf nicht allzu stark durch die Bundes- und Flüchtlingspolitik überlagert wird, könnte die wachsende Unruhe an den Schulen zum Problemherd für SPD und Grüne werden. Die Abkehr vom ungeliebten Turbo-Abitur ist nur ein Symptom dafür. Selbst die Grünen nehmen ihrer eigenen Schulministerin Sylvia Löhrmann die überstürzte Kurskorrektur bei der gymnasialen Schullaufbahn mit individuellen Lernzeiten übel.

Auseinandergelebt

Gleichzeitig zeigten die beiden Parteitage von SPD und Grünen, dass sich die Düsseldorfer Koalitionäre in sieben Regierungsjahren inhaltlich auseinandergelebt haben. Es sind die Szenen einer Trennung. Während die einflussreichen SPD-Minister im Wirtschafts-, Bau- und Verkehrsressort der „durchgrünten Gesellschaft“ mit der unbürokratischen Realisierung großer Infrastruktur-Projekte im Stau-Land Nummer eins den Kampf ansagen, verlangt der von seiner Parteibasis demonstrativ gestärkte Umweltminister Johannes Remmel „mehr Grün“ in der Landesregierung und den baldigen Braunkohle-Ausstieg. Es riecht längst nach einer großen Koalition in Düsseldorf.

► an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

Aachener Zeitung vom 26.09.2016, S. 4

Die Grenzen der Freundschaft

Bei den Landesparteitagen von SPD und Grünen zeigen sich vor allem die Risse in der NRW-Koalition
SPD-Chefin Kraft bekommt ein Traumergebnis, Grünen-Frontfrau Löhrmann wird hingegen abgestraft.

VON KIRSTEN BIALDIGA
UND THOMAS REISENER

Bochum/Oberhausen. Die Gelegenheit, acht Monate vor der Landtagswahl frische politische Impulse für NRW zu setzen, haben SPD und Grüne auf ihren Landesparteitagen am Wochenende ungenutzt verstreichen lassen. Stattdessen beschränkten sich beide darauf, ihre Erfolge bei der rot-grünen Regentschaft des Landes aufzuzählen und personelle Weichen für die Wahl am 14. Mai 2017 zu stellen.

Unter der Decke des selbstverliebten Rückblicks wurden allerdings auch die Risse deutlich, die sich nach sechs Jahren gemeinsamer Regierung inzwischen durch die Koalition ziehen. Zwar richtete Ministerpräsidentin Hannelore Kraft nach ihrer Wiederwahl als Landesvorsitzende der SPD mit einem Traumergebnis von 98,5 Prozent solidarisch „Grüße und herzlichen Glückwunsch“ an die Spitzenkandidatin der Grünen aus: Sylvia Löhrmann wurde allerdings fast zeitgleich in Bochum von ihren Parteifreunden mit einem beinahe blamablen Ergebnis von 80,6 Prozent auf Platz eins der Landesliste gewählt. Aber Kraft stellte sogleich klar, dass ihre demonstrative Freundschaft mit Löhrmann im NRW-Wahlkampf Grenzen haben wird. Die Fortsetzung von Rot-Grün strebe die SPD zwar an. Aber Kraft erklärte klipp und klar: „Wir kämpfen allein.“

Bei den Grünen gab es gleich mehrfach explizite Kritik am Koalitionspartner. Insbesondere NRW-Bauminister Michael Groschek wurde scharf attackiert. Angesichts der zahlreichen Bürgerinitiativen, die in NRW immer mehr Bauvorhaben kippen oder verzögern, warnte Groschek kürzlich vor den Gefahren einer „durchgrüntem Gesellschaft“.

Löhrmann sagte dazu: „Basta-Politik ist in Wahrheit Verhinderungspolitik. Wer das nach dem Metrorapid-Desaster von Herrn

Clement nicht gelernt hat, dem ist nicht zu helfen, lieber Mike Groschek.“ Bürgerbeteiligung sei „nicht durchgrünt – das ist Demokratie“, schrieb Löhrmann ihrem Kabinettskollegen ins Stammbuch. Die

flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion im Landtag, Monika Düker, griff NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) an: „Es ist ein Armutszeugnis, wenn der Innenminister sich damit brüstet, die Zahl der Abschiebungen gesteigert zu haben“, sagte Düker unter dem Applaus der Delegierten.

Schon im Vorfeld des Landesparteitages wurden die wachsenden Konflikte innerhalb der rot-grünen Koalition in NRW sichtbar. So vertreten SPD und Grüne auch beim Streit um den Ausbau des Düsseldorfer Flughafens, bei der Ausweitung der Videoüberwachung als Reaktion auf die Ausschreitungen in der Kölner Silvesternacht und bei der Einschränkung des Bargeldverkehrs zur Bekämpfung illegaler Geschäfte inzwischen ganz offiziell unterschiedliche Positionen. Die Unzufriedenheit von NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) mit der restriktiven Umweltschutzpolitik von NRW-Umweltminister Johannes Rimmel (Grüne) führte vor wenigen Wochen sogar dazu, dass Duin sich öffentlich vom rot-grünen Koalitionsvertrag distanzierte.

Wie in Wahlkämpfen üblich sind die Absetzbewegungen des kleineren Koalitionspartners größer als umgekehrt: Die NRW-Grünen müssen naturgemäß mehr um Aufmerksamkeit kämpfen. Außerdem müssen sie ihr eigenständiges Profil stärker betonen, wenn sie nicht mit in den Abwärtssog der SPD geraten wollen: Die dümpelt seit Jahresanfang in allen relevanten Umfragen nur noch zwischen 29 und 34 Prozent. Bis Ende 2014 waren für die SPD noch rund 40 Prozent normal. Die Grünen hingegen liegen seit Ende 2013 fast ohne Ausnahme stabil zwischen zehn und 13 Prozent.

Grabenkämpfe bei den Grünen

Die Grünen haben offenbar die treuere Wählerschaft. Dafür ist die SPD intern stärker aufgestellt. Die Landesdelegierten in Oberhausen versammelten sich mit fast schon beeindruckender Solidarität hinter ihrer Spitzenkandidatin Kraft. Und auch sonst ist von internen Querelen nicht viel zu hören.

Innerhalb der Grünen wachsen derweil die Grabenkämpfe. Das wurde nicht nur an Löhrmanns schwachem Wahlergebnis sichtbar. Auch Mehrdad Mostofizadeh, der sich Anfang 2015 in einer Kampfabstimmung mit einer Stimme Mehrheit gegen die Favoritin Monika Düker als Fraktionschef durchsetzte, erhielt bei seiner Listenplatz-Kandidatur nur 81,7 Prozent. Düker erhielt mit 90,8 Prozent der Stimmen das beste Wahlergebnis des Parteitags.

Es sind deutlich messbare Widersprüche wie diese, die zeigen, dass die SPD derzeit intern besser aufgestellt ist als die Grünen.

SPD will flexibles Modell für das Abitur

Die NRW-SPD will das umstrittene „Turbo-Abitur“ nach acht Jahren Gymnasium (G8) zu einem flexiblen Modell umbauen. Einen entsprechenden Antrag des Parteipräsidiiums nahmen die gut 470 Delegierten des Landesparteitags am Samstag in Bochum mit überwältigender Mehrheit an. Ein Parteisprecher sagte am Sonntag, der von mehreren Rednern ausdrücklich gelobte Leitantrag bilde nun einen guten Vorschlag für die Beratungen am Runden Tisch im Oktober. Dazu hat Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) alle relevanten Akteure eingeladen. Der genaue Termin steht noch nicht fest. (dpa)

„Wir kämpfen allein.“

HANNELORE KRAFT,
MINISTERPRÄSIDENTIN UND
SPD-LANDESCHEFIN

Bild vom 26.09.2016 , S. 14

98,4 Prozent bringen Kraft zum Weinen

Von P. POENSGEN

Bochum – „Nach fast zehn Jahren so ein Ergebnis, das haut mich um.“

Immer wieder musste sich Hannelore Kraft (55) die Tränen abwischen, als sie am Samstag in Bochum mit 98,45 Prozent als SPD-Landeschefin wieder gewählt wurde. Weniger

gut lief's für Schulministerin Sylvia Löhrmann, die parallel bei den Grünen in Oberhausen mit dünnen 80,6 Prozent auf Platz eins der Landtagswahl-Liste gesetzt wurde.

Kraft übertraf ihr Ergebnis von 2014, als sie 95,2 Prozent der Delegiertenstimmen erhalten hatte. In

einem sehr emotionalen Moment grüßte Kraft von der Bühne aus ihre „Mama“: „Schade, dass du heute nicht dabei bist...“

Beim Parteitag der Grünen ging's weniger harmonisch zu: Schulministerin Löhrmann wurde offenkundig für ihr Rumgeier beim Thema

Turbo-Abitur abgestraft, sammelte (ohne Gegenkandidat!) mit nur 81 Prozent rund 17 Prozentpunkte

weniger als 2012. Erstaunlich: Umweltminister Johannes Remmel, der für Platz 2 der Landesliste

kandidierte, bekam fast 90 Prozent der Delegiertenstimmen. Landtagswahlen sind am 14. Mai 2017.

Express vom 26.09.2016 , S. 2

SPD stellt sich voll hinter Kraft

Bochum/Oberhausen - Hannelore Kraft war zu Tränen gerührt. „Das haut mich wirklich um.“ Mit einem Superergebnis von 98,45 Prozent kürte der Landesparteitag in Bochum die NRW-Ministerpräsidentin erneut zur NRW-SPD-Chefin.

Die Botschaft war klar: Der

mit rund 110 000 Mitgliedern größte SPD-Landesverband steht geschlossen hinter Kraft, die auf kraftvolle Unterstützung im Wahljahr 2017 bauen kann. Die wird sie brauchen. Krafts rot-grüne Koalition kommt in Umfragen nicht mehr auf eine Mehrheit.

Die Zeiten sind nicht rosig. Die Wirtschaft schwächelt, Milliarden-Schulden drücken - ebenso wie die langwierige Flüchtlingsintegration und vieles mehr. NRW habe abgewirtschaftet, werfen CDU-Chef Armin Laschet und der FDP-Vorsitzende Christian Lindner

Kraft vor. Die will dennoch bei Rot-Grün bleiben.

Nach ihrer Kür grüßte die Regierungschefin rüber zu den Grünen nach Oberhausen, die gerade Schulministerin Sylvia Löhrmann (59) zur Spitzenkandidatin gewählt hatten - mit 81 Prozent.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.09.2016, S. 4

Szenen einer Entfremdung

In Nordrhein-Westfalen treten die Konflikte in der rot-grünen Koalition immer offener zutage. Jeder kämpfe für sich allein, sagt die Ministerpräsidentin – auch mit Blick auf die Wahl 2017.

Von Reiner Burger

BOCHUM/OBERHAUSEN, 25. September. Hannelore Kraft wischt sich auf dem Podium des Bochumer Kongresszentrums Tränen der Rührung aus den Augenwinkeln. Eben hat der Parteitag die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin mit einem Traumergebnis von 98,45 Prozent als Vorsitzende des größten SPD-Landesverbands bestätigt. „Nach fast zehn Jahren so ein Ergebnis. Das haut mich wirklich um.“ 2007 war Kraft ebenfalls in Bochum erstmals zur Chefin der nordrhein-westfälischen SPD gewählt worden. Kraft selbst erinnert in ihrer Bewerbungsrede am Samstag daran, dass damals von einer „mission impossible“ die Rede gewesen sei. „Aber ich hab mir das zugetraut, und ihr habt mir vertraut.“

Heute befindet sich Kraft wieder in einer höchst unkomfortablen Lage. Seit Monaten schon kommt ihre rot-grüne Koalition in Umfragen nicht mehr auf eine Mehrheit. Schwer macht ihrem seit 2010 regierenden Bündnis die nicht nur von der Opposition immer wieder angefachte Schlusslicht-Debatte zu schaffen: Anders als in allen anderen Bundesländern ist die Wirtschaft 2015 im industriellen Kernland der Republik nicht gewachsen – eben erst hat der Spitzenverband der nordrhein-westfälischen Unternehmer eine „grundlegende wirtschaftspolitische Fitnesskur“ gefordert. Erst am Donnerstag gab das Statistische Bundesamt bekannt, das Armutsrisiko sei nirgends so stark gewachsen wie in Nordrhein-Westfalen. Auch die Kinderarmut hat zugenommen. Die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung stellte vor einigen Wochen fest, dass die Kinderarmutsquote seit dem Regierungsantritt von Rot-Grün bis 2014 von rund 21 auf etwa 24 Prozent gestiegen sei. Für die Ministerpräsidentin ist das ein ganz persönliches Problem. Denn ihr zentrales Regierungsprogramm trägt den Titel „Kein Kind zurücklassen“.

In Bochum versucht Kraft aus der Defensive zu kommen: „Wir haben einen klaren Plan für unser Land, und der ging

nicht nur bis zur nächsten Wahl.“ Bei Kitas, Schulen, innerer Sicherheit, Kommunalfinanzen – „überall haben wir angepackt, aber nicht überall sind wir am Ziel“. Und wenn man wie sie viel im Land unterwegs sei, spüre man „so viel Positives“, sagt die Ministerpräsidentin. Die Sozialdemokraten arbeiteten an einem „lieb- und lebenswerten Nordrhein-Westfalen“. An manchen Stellen müsse man aber nachjustieren. Das ist die zentrale Bochumer Botschaft: Kraft bittet um Geduld. „Das ist der Weg der Sozialdemokratie: beharrlich und zielsicher.“ Auch einen Plan für eine starke Wirtschaft habe die SPD, sagt Kraft, verzichtet dann aber darauf, diesen Plan näher auszuführen.

Nicht nur programmatisch, sondern auch bündnispolitisch bleibt Kraft vage. Welche Regierungsmehrheit im kommenden Frühjahr in Nordrhein-Westfalen gebildet werden kann, lässt sich nicht absehen. Die beiden Volksparteien kamen in Umfragen in den vergangenen Monaten jeweils auf rund 30 Prozent der Stimmen, zuletzt lag die SPD wieder deutlich vor der CDU. Als sicher gilt, dass die AfD im Mai 2017 auch in den Landtag des bevölkerungsreichsten Bundeslands einzieht. Sollte auch die Linkspartei den Sprung über die Fünfprozenthürde schaffen, gäbe es sechs Fraktionen. Die Bildung eines Regierungsbündnisses könnte schwierig werden.

Einen rot-grünen Bündniswahlkampf wie 2012 wird es nicht geben, weil die Sozialdemokraten um jede Stimme ringen müssen, damit sie im Mai wieder stärkste Kraft werden und abermals den Regierungschef stellen können. Führende SPD-Politiker haben schon vor einiger Zeit begonnen, sich mitunter harsch von den Grünen abzugrenzen. Wirtschaftsminister Garrelt Duin ficht regelmäßig heftige Konflikte mit Umweltminister Johannes Rimmel aus, der bei Unternehmen als grüner Hardliner gilt. Weil sich Rimmel regelmäßig durchsetzt, beklagte Duin mit ungewöhnlich offenen Worten, im aktuellen rot-grünen Koalitionsvertrag spielten Wirtschaft und Industrie eine untergeordnete Rolle, die „Verteidigung des Standortes“ stehe nicht im Mittelpunkt. Nach der Landtagswahl müsse es ein stärkeres Signal in Richtung Industrie und Wirtschaft geben. Verkehrsminister Michael Groschek geißelte im August bei einer Veranstaltung der Handwerkskammer Düsseldorf zum Thema Straßenbau die „durch-

grünte Gesellschaft“, die sich teilweise mehr für die Belange von Fledermäusen und Wölfen einsetze als für Wirtschaft und Arbeitsplätze. Vergangenen Dienstag stellten Duin, Groschek und Finanzminister Norbert Walter-Borjans (alle SPD) dann – selbstredend ohne die Grünen – ein „Bündnis für Infrastruktur“ vor, das Lobbyarbeit für Straßen- und Industrieprojekte leisten soll. Es war eine bemerkenswerte Veranstaltung: Drei Minister kündigen ein Bündnis gegen eigene Regierungsversäumnisse an.

In Bochum verzichtet Kraft darauf, die Grünen anzugreifen. In ihrer Bewerbungsrede erwähnt sie den Bündnispartner gar nicht. Erst als sie sich für das Wahlergebnis bedankt, erinnert sie sich an die Grünen, die zur selben Zeit nur wenige Kilometer südlich zu einem Parteitag zusammengekommen sind. Die Ministerpräsidenten schickt noch schnell „schöne Grüße“ nach Oberhausen, stellt aber auch klar, dass jeder für sich zu kämpfen habe.

In Oberhausen haben die Grünen gerade Schulministerin Sylvia Löhrmann zu ihrer Spitzenkandidatin gewählt – mit mageren 80,6 Prozent der Stimmen. Es ist eine Quittung für die abrupte Kehrtwende Löhrmanns beim Thema Turbo-Abitur. Noch bis vor kurzem hielt die Ministerin an G8 fest. Als Löhrmann erfuhr, dass die SPD in Bochum einen Vorschlag für ein reformiertes G8 verabschieden würde, der im Kern auf eine Verlängerung der Sekundarstufe I auf sechs Jahre und eine Flexibilisierung der Oberstufe auf zwei oder drei Jahre hinausläuft, versuchte sie den Sozialdemokraten zuvorzukommen. Löhrmann wirbt seither dafür, die Schulzeit aller Schüler in allen Schulen flexibel zu gestalten. Selbst enge Parteifreunde Löhrmanns gestehen ein, dass sie den Vorschlag nicht verstanden haben. Anders als die SPD-Idee, die von vielen Verbänden gelobt wird, eigne sich Löhrmanns Idee nicht zur schnellen Erläuterung am Wahlkampfstand. Umweltminister Johannes Rimmel wird in Oberhausen mit mehr als 89 Prozent auf Platz zwei der Landesliste der Grünen gewählt. Den Delegierten gefällt, dass Rimmel seinem Ruf als „Hardliner“ gerecht wird und sich scharf von der SPD abgrenzt. „Ein Gespenst geht rum in NRW“, höhnt der Umweltminister, „das Gespenst der durchgrünten Gesellschaft.“ Das sei natürlich Blödsinn, denn es brauche nicht weniger, sondern mehr Grün in der Gesellschaft.

Kölnische Rundschau vom 26.09.2016 , S. 1

Grüne strafen Löhrmann, SPD stärkt Kraft

NRW-Schulministerin mit schwachem Ergebnis bei Aufstellung der Landesliste

BOCHUM/OBERHAUSEN. Die Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl 2017 in Oberhausen überraschend abgestraft. Die 59-Jährige erhielt als Spitzenkandidatin nur 80,6 Prozent. Es war – mit Ausnahme von zwei Bewerbern mit Gegenkandidaten – das schlechteste Ergebnis unter den ersten zehn Listenplätzen. 2012 hatte Löhrmann als Spitzenkandidatin noch rund 98 Prozent erhalten. Die NRW-SPD stärkte dagegen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. Sie wurde in Bochum mit 98,45 Prozent (2014: 95,18 Prozent) als SPD-Landeschefin bestätigt. (mk/tob)

Politik S. 4 und Kommentar

Kölnische Rundschau vom 26.09.2016, S. 4

Die Person ist das Programm

Für die Zeit ab 2017 sagt Hannelore Kraft noch wenig Konkretes

VON TOBIAS BLASIUS

BOCHUM. Für das Parteitagsmotto im Bochumer „Ruhrcongress“ hatten die SPD-Werbestrategen eine Anleihe beim bekanntesten Bürger der Stadt genommen. „NRW bleibt neu“, prangte in riesigen Lettern an der Hallenwand. Das erinnerte an den fast 20 Jahre alten Albumtitel „Bleibt alles anders“ von Herbert Grönemeyer. Richtiger hätte es jedoch heißen müssen: „NRW-SPD bleibt Hannelore“.

Der mitgliederstärkste Landesverband der deutschen Sozialdemokratie bestätigte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft am Samstag mit einem Traumergebnis von 98,45 Prozent als Landesvorsitzende. Kraft steht danach im roten Blazer am Mikrofon und wischt sich Tränen der Rührung von den Wangen. „Nach fast zehn Jahren so ein Ergebnis, das haut mich echt um“, ruft sie. Vor zwei Jahren holte sie 95,18 Prozent. 2007 ging hier in Bochum mit der ersten Wahl zur Landesparteivorsitzenden ihr Stern auf.

Die 55-Jährige grüßt nach dem Triumph vor 500 Delegierten ungewöhnlicherweise ihre „Mama“ mit brüchiger Stimme: „Schade, dass Du nicht dabei sein kannst.“ Was hinter diesem emotionalen Ausbruch steckt, wollen ihre Berater später nicht sagen: „Privatsache“. Es ist auch fast egal, für die NRW-SPD gehö-

ren solche Andeutungen acht Monate vor der Landtagswahl zum immer noch erfolgversprechendsten „Gesamtpaket Kraft“: Die Person als Programm, mehr Gefühl als Politik, demonstrative Distanz zu den üblichen Gesten und Ritualen der Mächtigen.

Krafts Regierungsarbeit wird seit Monaten kritisch beurteilt. Das durchweg schwache Abschneiden Nordrhein-Westfalens in Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialvergleichen setzt der rot-grünen Koalition nach fast sieben Amtsjahren erkennbar zu. Krafts Parteitagsrede klingt deshalb über weite Strecken wie eine Rechtfertigungsrede.

„Wir haben schon viel geschafft, es gibt noch viel zu tun“, lautet ihr Credo. Sie wähnt sich auf einem guten Weg zu einem „liebens- und lebenswerten Nordrhein-Westfalen“. Mehr Kita-Plätze, höhere Bildungsausgaben, mehr Digitalisierung, Unternehmensgründungen und Polizei – die Regierungschefin ist mit sich zufrieden. Bezeugt sie Erfolge durch persönliche Begegnungen: „Wenn man im Land unterwegs ist, spürt man so viel Positives.“

Programmatisch gibt es für die Zeit ab 2017 wenig Konkretes. Der Parteitag verabschiedet erwartungsgemäß das neue Zwei-Säulen-Modell zum „Turbo-Abitur“, das an Gymnasien künftig bei einer

wieder auf sechs Jahre verlängerten Sekundarstufe I die Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 schaffen soll. Kraft macht sich außerdem die Forderung der Jusos nach einem „Azubi-Ticket“ für Bus und Bahn zu eigen.

Auch haucht sie dem SPD-Evergreen der vollständigen Beitragsfreiheit in Kindergärten neues Leben ein, obschon dafür Koalitionspartner und Hunderte Millionen Euro Steuergeld fehlen.

Ansonsten: Allgemeine Appelle an den sozialen Zusammenhalt („Wir wollen mehr Gerechtigkeit wagen“) und die Mitmenschlichkeit („Wir sehen nicht die Flüchtlinge, sondern den Menschen – auch mit dem Herzen“).

Nach den jüngsten koalitionsinternen Zwistigkeiten lässt ein Bekenntnis zum Regierungspartner aufhorchen: „Wir kämpfen allein, aber wenn es geht, machen wir mit den Grünen weiter.“ Wichtiger erscheint jedoch das Ziel, 2017 die Position als stärkste Fraktion im Landtag zu retten. Geschlossenheit ist dafür oberste Genossenpflicht.

Machtgarant

TOBIAS BLASIUS, Bochum
zu den NRW-Parteitag

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und ihre Stellvertreterin Sylvia Löhrmann ge-

hen mit völlig unterschiedlichen Voraussetzungen in den Wahlkampf. Die SPD stärkte ihre Spitzenfrau mit einem Traumergebnis, die Grünen strafften ihre Nummer eins geradezu ab. Das mag auf den ersten Blick verwundern. Das rot-grüne Führungsduo müsste für die weithin als trübe wahrgenommene Regierungsbilanz eigentlich gemeinschaftlich in Haftung genommen werden.

Die NRW-SPD hat verinnerlicht, dass Kraft ihr wichtigster Machtgarant bleibt. Alle jüngeren Landtagswahlen haben gezeigt, dass in einer Ministerpräsidentendemokratie Amtsbonus und Persönlichkeit den Ausschlag geben. Will die SPD 2017 stärkste Partei in Nordrhein-Westfalen bleiben, geht es nur über die Persönlichkeitswerte der Chefin.

Die Grünen hingegen empfinden sich viel stärker als Programm- und schlechtes Regierungshandwerk kaum erträgt. Löhrmann dominiert die NRW-Grünen seit mehr als 15 Jahren, vielleicht schon zu lange. Als Schulministerin leistete sie sich mit der miserabel umgesetzten Inklusion, bei der Riesenherausforderung der Flüchtlingsintegration oder zuletzt mit einem abenteuerlichen Verwirrspiel ums „Turbo-Abitur“ so viele Fehler, dass eine mit vielen Pädagogen bestückte Basis darüber nicht hinwegsehen konnte.

Kölnische Rundschau vom 26.09.2016, S. 4

Ein Denkmittel für Sylvia Löhrmann

NRW-Schulministerin bekommt beim Landesparteitag der Grünen in Oberhausen nur 80 Prozent

VON MATTHIAS KORFMANN

OBERHAUSEN. Mit einem auffallend schwachen Rückhalt aus der eigenen Partei geht Sylvia Löhrmann als Spitzenkandidatin der NRW-Grünen in den Landtagswahlkampf. Sie erhielt bei der Landesdelegiertenkonferenz der Grünen in Oberhausen nur 80,6 Prozent der Stimmen. Vor der Landtagswahl 2012 waren es rund 98 Prozent. Fast alle anderen Kandidaten für die ersten Listenplätze schnitten in Oberhausen besser ab. Minuten vor dem Votum hatte die 59-Jährige ihren Parteifreunden noch zugerufen: „Ich kann nur so stark sein, wie ihr mich macht.“

Löhrmann war zuletzt hart für ihre Idee einer „individuellen Lernzeit“ für Schüler kritisiert worden. Im Streit um das sogenannte „Turbo-Abi“ regt sie einen Systemwechsel bei den Schulen an, der jedem Kind eine eigene individuelle Lernzeit zugestehen soll. Das sorgte nicht nur an den Schulen für Irritationen, sondern offenbar auch in der grünen Partei.

Nach ihrer Wahl auf Platz eins der Landesliste sprach Löhrmann trotz des Denkmittels von einer „großartigen Unterstützung“.

Sechs Jahre lang wurden

Grüne und Sozialdemokraten in NRW als ziemlich perfekte

Partner wahrgenommen. Aber diese Partnerschaft bröckelt an allen Enden. Den bösen Spruch von NRW-Verkehrsminister Michael Groschek (SPD) über die „durchgrünte Gesellschaft“ und das von gleich drei SPD-Ministern geschmiedete „Bündnis für Infrastruktur“, das aus grüner Sicht auf die Blockademacht von Bürgerinitiativen zielt, verstehen die Grünen als Attacke gegen sich und ihre ureigensten Überzeugungen. „Es wird gewarnt vor dem Gespenst einer durchgrünten Gesellschaft, vor dem unbequemen Einmischen. Aber das ist kein Gespenst, das sind wir“, sagte Johannes Rimmel. Der Minister sprach mit Blick auf seine Kabinettskollegen Groschek (Verkehr), Duin (Wirtschaft) und Walter-Borjans (Finanzen) spöttisch von einem Bündnis „alter Jungs“. Die grüne Gesundheitsministerin Barbara Steffens „bedankte“ sich gar bei Groschek: „Du hast die Unterschiede zwischen Rot und Grün deutlich gemacht. Du hast uns einen Gefallen getan. NRW ist in den vergangenen sechs Jahren grüner geworden.“ Löhrmann geißelte in

ihrer Bewerbungsrede die „Basta-Politik“ der „Herren Sozialdemokraten“. Was Michael Groschek „durchgrünt“ nennt, sei schlicht und einfach Demokratie. Die SPD habe nach dem „Metrorapid-De-saster“ offenbar nicht dazugelernt und hänge weiter an teuren und unsicheren Großprojekten. Kritik an ihrer Idee von der „individuellen Lernzeit“ für Schüler versuchte Löhrmann in Oberhausen abzuräumen, indem sie den Philosophen Arthur Schopenhauer zitierte: „Jedes Ding erscheint zunächst lächerlich, dann wird es bekämpft, schließlich ist es selbstverständlich.“

Ovationen bekam Sylvia Löhrmann nach ihrer Rede, der Funke zwischen Publikum und Spitzenkandidatin schien überzuspringen. Aber dann drückten nur 216 von 270 Delegierte das Ja-Knöpfchen für Löhrmann.

ANDIDATEN AUS DER REGION

Die Grünen-Listenkandidaten aus dem südlichen Rheinland:

Platz 6: Horst Becker (Lohmar),

10: Arndt Klocke (Köln),

13: Berivan Aymaz (Köln)

17: K. Schmitt-Promny (Aachen)

20: Rolf Beu (Bonn)

25: Gudrun Zentis (Nideggen)

26: Tim Achtermeyer (Bonn)

32: Jonas Paul (Aachen)

33: Anja von Marenholtz (Pulheim)

35: Alexandra Gauß (Windeck)

36: Frank Jablonski (Köln)

37: Eva Malecha (Aachen)

Bei der Landtagswahl 2012 erhielten die Grünen 11,3 Prozent. Die Landtagsfraktion besteht derzeit aus 29 Abgeordneten. (ye)

Kölner Stadtanzeiger vom 26.09.2016, S. 4

Fehdehandschuh aufgenommen

VON THOMAS GEISEN

Was war das nun? Ein Debakel, ein Denkzettel oder ein „solides und ehrliches“ Ergebnis in einer streitbaren Partei? Logischerweise ist Letzteres die Lesart von NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann, die mit nur noch 80,6 Prozent Unterstützung ihrer Basis in den Landtagswahlkampf zieht. Fast 18 Punkte entfernt von ihrem Traumergebnis aus dem Jahr 2012, ist das die Quittung für die mangelhafte Kommunikation ihrer Pläne beim Turbo-Abi – so es diese tatsächlich gegeben haben sollte. Viele Grünen-Delegierte in Oberhausen haben selbst Kinder, die aufs Gymnasium gehen – mithin sind sie Kenner, wenn nicht Leidtragende des Chaos in der Schulpolitik.

Nun gibt es aber auch eine andere Interpretation der mageren 80 Prozent – zumal im Fernduell mit Hannelore Kraft, die mit fast schon sozialistischer Rückendeckung ihrer Partei aus dem Wochenende geht: Der oft so abgeklärten Löhrmann mangle es in der Regierung an Aggressivität im

Umgang mit der SPD. Das gute Resultat des ansonsten eher unauffälligen Umweltministers Johannes Rimmel könnte diese Sicht belegen. Fakt ist: Die SPD und allen voran die Herren Groschek, Duin und Walter-Borjans mit ihrem „Bündnis für Infrastruktur“ wollen im aufziehenden Wahlkampf auf Kosten des Koalitionspartners punkten, so wie sich SPD-Chef Sigmar Gabriel im Bund von der Kanzlerin und CDU-Vorsitzenden Angela Merkel absetzt. Groscheks Auslassungen über eine „durchgrünte Gesellschaft“ erinnern stark an die hasserfüllte Diktion der alten Kohle-SPD.

Die Grünen haben in Oberhausen den Fehdehandschuh aufgehoben, der Kampf um Meinungs- und Deutungshoheit hat begonnen. Dazu versuchen die Grünen, den Spieß einfach umzudrehen: „Durchgrünt“, das bedeutet in der Grünen-Version die Anerkennung ihres Bemühens um mehr Bürgerbeteiligung. Sehen die Wähler das auch so, dann haben die Grünen alles richtig gemacht.

Kölner Stadtanzeiger vom 26.09.2016, S. 6

Denkzettel für Löhrmann

Mäßiges Ergebnis bei der Kür der Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2017

VON THOMAS GEISEN

Oberhausen. Vor dem Wochenende in Oberhausen ist viel spekuliert worden: Bekommt sie einen Denkzettel? Nach der wenig glücklichen Figur der Schulministerin in der Diskussion um das Turbo-Abi mit ihrer Idee einer „individuellen Lernzeit“ für Schüler hat Löhrmann nicht nur Lehrer und Eltern, sondern offensichtlich auch viele in der eigenen Partei nachhaltig irritiert. Anders kann man es kaum sehen, denn am Schluss ihrer Rede auf dem Grünen-Landesparteitag gab es zwar langen und starken Beifall. Aber ihrer Bitte an die Basis – „Ich kann nur so stark sein, wie ihr mich macht“ – kommen dann doch nur 80,6 Prozent der Delegierten in Oberhausen nach – das schlechteste Ergebnis unter den ersten zehn Plätzen der Kandidatenliste zur Landtagswahl im Mai 2017.

Löhrmann selbst bleibt ruhig – wie immer. „Das freut auch mein

Herz“, sagt sie in eher seltener

„Das freut auch mein

Herz

Sylvia Löhrmann (Grüne)

emotionaler Aufwallung, nachdem sie zuvor eine durchaus kämpferische Rede gehalten hat, in der sie auch deutliche Breitseiten gegen Oppositionspolitiker abfeuert: FDP-Chef Christian Lindner und CDU-Chef Armin Laschet bezeichnet sie als „Brüllaffen“, die nur ein Schauspiel inszenierten.

Bemerkenswerter und in der Heftigkeit nicht erwartet ist an dem Wochenende in Oberhausen jedoch die offene und harte Kritik am Regierungspartner SPD. Nachdem SPD-Verkehrsminister Michael Groschek Hasstiraden auf eine „durchgrünte Gesellschaft“ losgelassen hat und gleich drei SPD-Minister ein „Bündnis für Infrastruktur“ geschmiedet haben, das die Blockademacht von Bürgerinitiativen schmälern soll, zieht sich

der Spott über die SPD wie ein roter Faden durch die Reden: „Wir machen Politik auf Augenhöhe mit der Zivilgesellschaft, die sich in Bürgerinitiativen engagiert.“ Basta-Politik sei „Verhinderungspolitik“. Und was die SPD als „durchgrünt“ störe, sei eben das Wesen von Demokratie.

Umweltminister Johannes Remmel spricht mit Blick auf die Kabinettskollegen Groschek, Garrelt Duin (Wirtschaft) und Norbert Walter-Borjans (Finanzen) von einem „Bündnis alter Jungs“. Gesundheitsministerin Barbara Steffens bedankt sich gar bei Groschek: „Du hast die Unterschiede zwischen Rot und Grün deutlich gemacht.“

Wie Löhrmann hat zum Beginn des Parteitags der Bundesvorsitzende der Grünen, Cem Özdemir, den Anspruch seiner Partei auf Regierungsverantwortung betont, in Land wie Bund. „Es gibt in Zu-

kunft keine Ökonomie ohne Ökologie mehr. Sie ist die Bedingung für das Wirtschaften.“ Außerdem warnte er: Die Volksparteien sollten aufhören mit ihrem sinnlosem Streit über Flüchtlingspolitik. Das vergraule nur Wähler. Die derzeitige „Inszenierung von Politik“ mit Zank über Flüchtlingsobergrenzen sei „Wasser auf die Mühlen der AfD“, sagt Özdemir – der in diesem Zusammenhang übrigens auch die „stilbildende“ Kooperation von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann in Düsseldorf lobt. Trotz allem.

Eine gelöste Schulministerin sagt nach ihrer Wahl im Gespräch zum einstmaligen gefeierten Frauen-Dreamteam: „Das Verhältnis ist immer noch gut und vertrauensvoll.“ Und zu den SPD-Attacken: „Was wollen Sie denn? Eine durchgrünte Gesellschaft heißt, dass der Bürger sich beteiligt.“

Listenplatz 2 für Johannes Remmel

Landesumweltminister Johannes Remmel ist von den 270 Delegierten auf dem Landesparteitag der Grünen mit 89,5 Prozent der Stimmen auf den zweiten Platz der Liste für die Landtagswahl im Mai 2017 gewählt worden. Der 54-jährige Siegerländer erhielt damit deutlich mehr Stimmen als Sylvia Löhrmann. Auf den Plätzen

drei und vier folgen Gesundheitsministerin Barbara Steffens (83,5 Prozent) und der Chef der Landtagsfraktion, Mehrdad Mostofizadeh (81,7 Prozent). Die Grünen halten 29 Landtagsmandate. Eine Umfrage von Mitte September sieht mit zehn Prozent Stimmenverluste für die Partei (Landtagswahl 2012: 11,3 Prozent. (ps)

Kölner Stadtanzeiger vom 26.09.2016, S. 6

Die SPD versammelt sich hinter Kraft

Parteichefin in Bochum mit Rekordergebnis wiedergewählt – Regierungsbilanz verteidigt

VON FABIAN KLASK

Bochum. Als das Wahlergebnis verkündet ist und 470 Sozialdemokraten zum Applaus aufspringen, muss sich Hannelore Kraft erst die Tränen aus den Augen wischen, bevor sie sich bedanken kann: „Nach fast zehn Jahren so ein Ergebnis. Das haut mich wirklich um“, sagt die NRW-Regierungschefin. Mit 98,45 Prozent ist sie im Bochumer „Ruhrcongress“ soeben als SPD-Landeschefin wiedergewählt worden.

An jenem Ort, wo 2007 mit der ersten Wahl zur Vorsitzenden ihr politischer Aufstieg und damit auch die Rückkehr der SPD an die Macht in Düsseldorf begonnen hatte. „Damals hieß es »mission impossible«. Aber ich hab' mir das zugetraut, und ihr habt mir ver-

„Lasst uns menschlich bleiben!“

Hannelore Kraft zum Thema Flüchtlingspolitik

traut“, sagt Kraft. Die Anspannung vor der Rede, der Druck mit einem guten Ergebnis ins Wahljahr zu gehen, dass alles scheint in diesem Moment von ihr abzufallen.

Knapp acht Monate vor der NRW-Landtagswahl versammeln sich die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten hinter der Frau aus Mülheim an der Ruhr, die das Land seit sechs Jahren gemeinsam mit den Grünen regiert. In politischen Kommentaren und Analysen von Wirtschaftsexperten ist Kraft zuletzt eher eine mäßige Regierungsbilanz bescheinigt worden.

Letzter Rang beim Wirtschaftswachstum unter allen Bundesländern, schlechte Plätze in Kriminalitäts-, Armuts- und Bildungsranglisten – beinahe jeder öffentliche Auftritt von Kraft ist in diesen Monaten zwangsläufig ein Kampf mit der Statistik. So auch am Samstag in Bochum: Die Ministerpräsidentin hält eine Rechtfertigungsrede: Vieles ist gut in NRW oder auf dem

„richtigen Weg“. So viele Menschen wie nie zuvor hätten einen Job, beim Wirtschaftswachstum habe das Land seit 2010 kontinuierlich aufgeholt. Dass ihr sozialpolitisches Mantra „Kein Kind zurücklassen“ angesichts wachsender Kinderarmut immer häufiger mit Fragezeichen versehen wird, will Kraft nicht gelten lassen: „Da muss man einen langen Atem haben“, betont sie mehrfach.

Überraschend kurz streift die Ministerpräsidentin das dominierende Thema des SPD-Treffens: Die emotional geführte Debatte über eine Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren. Etwas später wird sich der Parteitag für ein G8-Flexi aussprechen. Gymnasien sollen neben dem Abi nach acht auch eine G9-Variante anbieten.

Auf die wachsenden Differenzen mit ihrem grünen Koalitionspartner geht Kraft erst gar nicht ein. Wenn es das Wahlergebnis herbeigebe, „geht es mit den Grünen

weiter“, sagt sie nur. Selten wird die Regierungschefin konkret, auch in der Flüchtlingsfrage: „Lasst uns menschlich bleiben!“, ruft sie ihren Genossen zu, und dankt den vielen Ehrenamtlern. Sorgen ihrer Parteifreunde lässt sie lieber unkommentiert. Dass auch ihre Leute nach Orientierung suchen, wie sie die Flüchtlingspolitik erklären sollen, dass sie fürchten, die AfD könnte im kleinbürgerlichen Milieu, der alten SPD-Bastion, viele Wähler abwerben – das kommt bei Kraft nicht vor.

„NRW bleibt neu“ haben ihre Parteistrategen das SPD-Treffen überschrieben – trotzdem stellt die Parteichefin nur wenig Neues vor: Das alte SPD-Versprechen von der vollständig beitragsfreien Kita will sie neu beleben, auch den Jusso-Wunsch nach einem „Azubi-Ticket“ für den Öffentlichen Nahverkehr übernimmt sie noch. Dann gibt es freundlichen Applaus und am Ende ein Traumergebnis.

Neue Rhein Zeitung vom 26.09.2016, S. 1

Volle Rückendeckung für Krafts Kurs

NRW-Regierungsparteien stellen Weichen für die Wahl – Dämpfer für Löhrmann

Von Tobias Blasius
und Matthias Korfmann

Bochum/Oberhausen. Die NRW-Grünen haben Schulministerin Sylvia Löhrmann bei der Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl 2017 am Wochenende in Oberhausen einen Dämpfer verpasst. Die 59-Jährige erhielt als Spitzenkandidatin nur 80,6 Prozent. Es war – mit Ausnahme von zwei Bewerbern mit Gegenkandidaten – das schlechteste Ergebnis unter den ersten zehn Listenplätzen. Vor der Landtagswahl 2012 holte Löhrmann als Spitzenkandidatin noch rund 98 Prozent.

Delegierte sprachen von einer Quittung für den schulpolitischen Kurs Löhrmanns. Die Schulministerin war zuletzt für ihre Idee einer „individuellen Lernzeit“ hart kritisiert worden. Im Streit um das „Turbo-Abitur“ hatte sie jahrelang unbeirrt am „G8“ festgehalten. Vor zehn Tagen brachte Löhrmann unvermittelt einen Systemwechsel an

Gymnasien ins Gespräch, bei dem jedem Kind eine eigene Lernzeit zugestanden werden solle.

Die NRW-SPD stärkte dagegen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft beim Landesparteitag in Bochum. Kraft wurde mit 98,45 Prozent bei ihrer sechsten Wahl seit 2007 als Landesvorsitzende bestätigt. Vor zwei Jahren holte sie 95,18 Prozent. „Nach fast zehn Jahren so ein Ergebnis, das haut mich echt um“, sagte Kraft.

Inhaltlich beschloss der SPD-Parteitag erwartungsgemäß das neue Zwei-Säulen-Modell zum „Turbo-Abitur“. Es soll an Gymnasien künftig bei einer wieder auf sechs Jahre verlängerten Sekundarstufe I die Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 schaffen. Kraft kündigte zudem ein „Azubi-Ticket“ für Bus und Bahn an, das dem Studententicket ähneln soll.

Koalitionsharmonie eingefordert

Kraft bemühte sich nach den jüngsten rot-grünen Entfremdungstendenzen um Koalitionsharmonie: „Wir kämpfen allein, aber wenn es geht, machen wir mit den Grünen weiter“, sagte Kraft mit Blick auf die Landtagswahl 2017. Laut aktuellen Umfragen wäre eine Fortsetzung des rot-grünen Regierungsbündnisses nicht möglich.

Die Grünen nutzten dagegen die Landesdelegiertenversammlung in Oberhausen zu Spitzen gegen die SPD. „Es wird gewarnt vor dem Gespenst einer durchgrünten Gesellschaft. Aber das ist kein Gespenst, das sind wir“, sagte Umweltminister Johannes Remmel. Seine SPD-Kabinettskollegen Michael Groschek (Verkehr) und Garrelt Duin (Wirtschaft) hatten zuletzt die Blockademacht einer „durchgrünten Gesellschaft“ kritisiert.

NRZ
Klartext S. 2 / Bericht NRW

**REMMEL VERSPOTTET
MINISTERKOLLEGEN**

Umweltminister Johannes Remmel verspottete das von seinen Ministerkollegen Groschek, Duin und Walter-Borjans ausgerufenen „Bündnis für Infrastruktur“ als Bündnis „alter Jungs“.

**Neue Rhein Zeitung
vom 26.09.2016, S. 2**

SPD punktet nur mit der „Marke Kraft“

Von Manfred Lachniet
(m.lachniet@nrz.de)

Parteitage in NRW

Mit 98,45 Prozent im Rücken weiß Hannelore Kraft nun die komplette Partei für die Landtagswahl im Mai 2017 hinter sich. Sicher tut ihr das gut. Im Gegenzug spürt die SPD, dass sie nur mit der „Marke Kraft“ punkten kann. Daher der hohe Vertrauensbonus. Denn thematisch sieht es gerade nicht wirklich gut aus im Lande.

Beispiel Bildung: Wenn Kraft sagt, dass jeder dritte Euro für Kinder, Bildung und Familie rausgeht – dann mag das stimmen. Aber sie muss erklären, warum das bei den Menschen nicht so recht ankommt: Viele Schulen sind weiterhin marode, die Klassen voll.

Ähnlich beim Thema Sicherheit: Ja, wir sehen mehr Polizisten in den Städten, aber viele Bürger fürchten sich. Bei den Flüchtlingen hat Kraft völlig recht, wenn sie das große Engagement der ehrenamtlichen Helfer lobt. Dennoch treibt das Thema Integration die Menschen weiterhin um. Viele haben ein ungutes Gefühl – und schielen auf die AfD.

Und so könnte es sein, dass die rot-grüne Landesregierung im nächsten Mai keine Mehrheit mehr findet. Das wäre fatal für die Grünen; für die Laschet-CDU hingegen ein Erfolg. Nur mit der SPD dürfen die Christdemokraten auf Regierungsbeteiligung hoffen.

Es ist bemerkenswert, dass die aktuellen Partner SPD und Grüne Linien der Abgrenzung ziehen. Das ist demokratisch und macht deutlich, was die Parteien wollen: Die SPD mehr – Industriepolitik und ein repariertes Turbo-Abi. Die Grünen setzen auf Bürgerbeteiligung und ebenfalls Veränderungen beim Abitur. Beim Thema Schule gibt es gemeinsame Ansätze. Traurig, dass Rot-Grün das seinerzeit von Schwarz-Gelb eingeführte G8 nicht von Anfang an angepackt hat. Jetzt fallen beiden Parteien die Scherben vor die Füße.

Neue Rhein Zeitung vom 26.09.2016, S. 4

Die oberste Genossenpflicht

Die SPD scharft sich geschlossen um Hannelore Kraft. Ministerpräsidentin wird in Bochum mit Traumergebnis von 98,45 Prozent als Landeschefin wiedergewählt

Von Tobias Blasius

Bochum. Für das Parteitagsmotto im Bochumer „Ruhrcongress“ hatten die SPD-Werbestrategen eine Anleihe beim bekanntesten Bürger der Stadt genommen. „NRW bleibt neu“, prangte in riesigen Lettern an der Hallenwand. Das erinnerte an den fast 20 Jahre alten Albumtitel „Bleibt alles anders“ von Herbert Grönemeyer. Richtiger hätte es jedoch heißen müssen: „NRW-SPD bleibt Hannelore“.

Der mitgliederstärkste Landesverband der deutschen Sozialdemokratie bestätigte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft am Samstag mit einem Traumergebnis von 98,45 Prozent als Landesvorsitzende. Kraft steht danach im roten Blazer am Mikrofon und wischt sich Tränen der Rührung von den Wangen. „Nach fast zehn Jahren so ein Ergebnis, das haut mich echt um“, ruft sie. Vor zwei Jahren holte sie 95,18 Prozent. 2007 ging hier in Bochum mit der ersten Wahl zur Landesparteichefin ihr Stern auf.

Grüße an die Mama

Die 55-Jährige grüßt nach dem Triumph vor 500 Delegierten ungewöhnlicherweise ihre „Mama“ mit brüchiger Stimme: „Schade, dass Du nicht dabei sein kannst.“ Was

hinter diesem emotionalen Ausbruch steckt, wollen ihre Berater später nicht sagen: „Privatsache.“ Es ist auch fast egal, für die NRW-SPD gehören solche Andeutungen acht Monate vor der Landtagswahl zum immer noch erfolgversprechendsten „Gesamtpaket Kraft“: Die Person als Programm, mehr Gefühl als Politik, Distanz zu den üblichen Gesten der Mächtigen.

Krafts Regierungsarbeit wird seit Monaten kritisch beurteilt. Das schwache Abschneiden NRWs in Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialvergleichen setzt der rot-grünen Koalition nach fast sieben Amtsjahren zu. Krafts Parteitagrede klingt deshalb über weite Strecken wie eine Rechtfertigungsrede.

„Wir haben schon viel geschafft, es gibt noch viel zu tun“, lautet ihr Credo. Sie wähnt sich auf einem guten Weg zu einem „liebens- und lebenswerten Nordrhein-Westfalen“. Mehr Kita-Plätze, höhere Bildungsausgaben, mehr Digitalisierung, Unternehmensgründungen und Polizei – die Regierungschefin ist mit sich zufrieden: „Wenn man im Land unterwegs ist, spürt man so viel Positives.“

Programmatisch gibt es für die Zeit nach 2017 wenig Konkretes.

Der Parteitag verabschiedet erwartungsgemäß das neue Zwei-Säulen-Modell zum „Turbo-Abitur“, das an Gymnasien künftig bei einer wieder auf sechs Jahre verlängerten Sekundarstufe I die Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 schaffen soll. Kraft macht sich außerdem die Forderung der Jusos nach einem „Azubi-Ticket“ für Bus und Bahn zu eigen. Auch haucht sie dem SPD-Evergreen der vollständigen Beitragsfreiheit in Kindergärten neues Leben ein, ob schon dafür Koalitionspartner und Hunderte Millionen Euro fehlen.

Ansonsten: Allgemeine Appelle an den sozialen Zusammenhalt („Wir wollen mehr Gerechtigkeit wagen“) und die Mitmenschlichkeit („Wir sehen nicht die Flüchtlinge, sondern den Menschen – auch mit dem Herzen“). Nach den jüngsten koalitionsinternen Zwistigkeiten lässt ein Bekenntnis zum Regierungspartner aufhorchen: „Wir kämpfen allein, aber wenn es geht, machen wir mit den Grünen weiter.“ Wichtiger erscheint jedoch das Ziel, 2017 die Position als stärkste Fraktion im Landtag zu retten. Geschlossenheit ist dafür oberste Genossenpflicht.

Neue Rhein Zeitung vom 26.09.2016, S. 4

Dämpfer für Sylvia Löhrmann

Parteitag der NRW-Grünen: Nur 80,6 Prozent für die Schulministerin

Von Matthias Korfmann

Oberhausen. NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann erlebte am Wochenende, wie unberechenbar Delegierte sind. Nach ihrer Bewerbungsrede für den grünen Listenplatz 1 zur Landtagswahl standen die Parteifreunde auf und applaudierten. „Ich bin so stark wie ihr mich macht“, hatte Löhrmann zuvor gerufen. Minuten später bekam sie einen Denkkzettel. 80,6 Prozent. Das war das schlechteste Ergebnis unter den ersten zehn Listenplätzen. Vor der Landtagswahl 2012 hatte die Spitzenkandidatin rund 98 Prozent der Stimmen erhalten.

Auf dem Podium bedankte sich Löhrmann äußerlich unbeeindruckt. Eine Pressemitteilung sprach von einem „soliden und ehrlichen Ergebnis“. Das vergleichsweise schlechte Abschneiden der

Nummer eins der Landesliste war wohl eine Quittung für den schulpolitischen Kurs Löhrmanns, bestätigten Delegierte. Die Ministerin war für ihre Idee einer „individuellen Lernzeit“ für Schüler hart kritisiert worden.



Sylvia Löhrmann. FOTO: DPA

Im Streit um das „Turbo-Abitur“ regte sie einen Systemwechsel der Schulen an, der jedem Kind eine eigene Lernzeit zugestehen soll. Das sorgte für Irritationen, offenbar auch in der grünen Partei.

Über das beste Ergebnis (90,8 Prozent) freute sich die frühere Landesvorsitzende der Grünen, Monika Düker (Listenplatz 7). Sie hatte 2015 eine Kampfabstimmung für den Fraktionsvorsitz im Landtag gegen den Essener Mehrdad

Mostofizadeh verloren. In Oberhausen ließ Düker ihren Fraktionskollegen weit hinter sich. Ähnlichen Rückhalt spürten NRW-Umweltminister Johannes Remmel, die Wittener Landtagsabgeordnete Verena Schäffer und ihr Fraktionskollege Arndt Klocke.

Die Partnerschaft zwischen Grünen und Sozialdemokraten in NRW bröckelt derzeit. Die Warnung von NRW-Verkehrsminister Michael Groschek (SPD) vor der „durchgrüneten Gesellschaft“ und das von drei SPD-Ministern geschmiedete „Bündnis für Infrastruktur“ gegen die Blockademacht von Bürgerinitiativen verstehen die Grünen als Attacke gegen ihre Überzeugungen. „Es wird gewarnt vor dem Gespenst einer durchgrüneten Gesellschaft. Aber das ist kein Gespenst, das sind wir“, witterte Johannes Remmel.

Neue Westfälische vom 26.09.2016, S. 1

Parteitage: SPD stärkt Kraft, Grüne schwächen Löhrmann

NRW-Wahl 2017: Die Ministerpräsidentin fährt ein Traumergebnis ein, die Schulministerin muss mit einem Denkkzettel leben. Eine Fortsetzung der Koalition wünschen sich beide

■ **Düsseldorf** (dpa/from). SPD und Grüne in Nordrhein-Westfalen haben auf Parteitag die Weichen für die Landtagswahl im kommenden Jahr gestellt. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) wurde in Bochum mit 98,45 Prozent der Delegiertenstimmen als Landesvorsitzende bestätigt. Die Regierungschefin signalisierte, dass sie weiter auf Rot-Grün setze. Beim Parteitag des Koalitionspartners in Oberhausen dagegen gibt es eine klare Kampfansage an die SPD.

Von 452 Delegierten votierten 445 für Kraft, 4 gegen sie und 3 enthielten sich. Kraft steht bereits seit 2007 an der Spitze des mit rund 110.000 Mitgliedern stärksten SPD-Landesverbands in Deutschland. Vor zwei Jahren war sie mit einer Zustimmung von 95,2 Prozent gewählt worden. „Ich freue mich sehr über die Wiederwahl von Hannelore Kraft in NRW“, teilte SPD-

Generalsekretärin Katarina Barley mit. „Sie kämpft wie eine Löwin für gute Arbeit zu fairen Löhnen und für eine starke Wirtschaft.“

Kraft sagte mit Blick auf die Wahl im Mai 2017: „Wir kämpfen alleine. Aber wenn's geht, machen wir mit den Grünen gerne weiter.“ Umfragen sehen derzeit keine Mehrheit mehr für Rot-Grün. Das Regierungsbündnis käme maximal auf 42 bis 45 Prozent der Stimmen. Die AfD läge derzeit bei rund elf Prozent.

Alle vier Stellvertreter Krafts wurden im Amt bestätigt: Britta Altenkamp, Marc Herter, Elvan Korkmaz und Jochen Ott. Generalsekretär bleibt Andre Stinka. Er erhielt 90,1 Prozent. SPD-Fraktionschef Norbert Römer wählten die Delegierten erneut zum Schatzmeister (90,4 Prozent).

Die Grünen ziehen noch einmal mit ihrer Schulministerin Sylvia Löhrmann in den Landtagswahlkampf. Die Delegierten wählten die 59-jährige zum dritten Mal zur Spit-

zenkandidatin, verpassten ihr aber gleichzeitig einen Dämpfer. Mit knapp 81 Prozent der Stimmen schnitt sie wesentlich schlechter ab als noch 2012.

Deutlich mehr Rückhalt an der Parteibasis fand NRW-Umweltminister Johannes Remmel mit einer klaren Kampfansage in Richtung SPD. „Wir wollen mehr grün“, sagte Remmel. „Auch wenn es manche nicht wahrhaben wollen: Die Abenddämmerung der Kohle hat längst begonnen.“ Die 270 Delegierten wählten den 54-jährigen mit fast 90 Prozent der Stimmen auf Platz zwei der Landesliste.

Der Bundesvorsitzende der Grünen, Cem Özdemir, lobte beim Landesparteitag der NRW-Grünen die Art, wie Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und ihre grüne Stellvertreterin Sylvia Löhrmann Politik machten. Dies sei stilbildend für ganz Deutschland, so Özdemir.

➔ *Kommentar, Seite 3*

Korkmaz holt 80,5 Prozent



SPD-Vize in NRW: Elvan Korkmaz aus Gütersloh. Foto: dpa

■ Die Gütersloherin Elvan Korkmaz (31) hat bei der Vorstandswahl der NRW-SPD ein gutes Ergebnis erzielt. Sie erhielt mit 80,5 Prozent den besten Wert aller vier Stellvertreter von Hannelore Kraft. 2014 hatte sie allerdings noch 90 Prozent erhalten.

Neue Westfälische vom 26.09.2016, S. 2

Kraft-Demonstration

Thomas Seim

Es kommt nicht so häufig vor, dass die persönliche Reaktion führender Politiker auf Wahlergebnisse so diametral von der Wirklichkeit abweicht, wie dies bei



dem SPD-Parteitag am Wochenende der Fall war. „Das haut mich um“, sagte Hannelore Kraft zu den 98,45 Prozent Zustimmung.

Das genaue Gegenteil ist der Fall: Kraft wird nicht umgehauen, sie war selten, vielleicht noch nie, so stark wie heute. Dass die Delegierten von Bochum am Wochenende ihrer Parteichefin erneut einen solchen Vertrauensbeweis mit auf den Weg gaben, sagt – entgegen der Verbreitung angeblicher Missstimmung im Land – viel über die Wertschätzung für Hannelore Kraft in NRW und für das Land selbst aus.

Solche Wertschätzung ist nicht selbstverständlich in der Politik. Sie gründet nicht nur auf Sympathie, sondern auch auf Erfolg. Während die Opposition immer wieder auf die schlechten Vergleichszahlen für NRW abhebt, liegen die tatsächlichen Bewertungssparameter viel besser als gedacht. Das gilt sowohl für das Wachstum in allen Regionen als auch für die Sozial- und Sicherheitsstruktur. So darf sich NRW inzwischen etwa auf Augenhöhe mit Baden-Württemberg und Hamburg fühlen – trotz der schwierigen Lage des Ruhrgebiets.

So ist auch das Lebensgefühl der meisten Menschen,

auch hier bei uns in OWL. Aus diesem Blickwinkel erscheinen die Attacken der Opposition auf die vorgeblich schlechte Lage des Landes nicht klug. Diese Strategie ist schon oft gescheitert.

Die Lage der rot-grünen Koalition allerdings ist seit dem Wochenende nicht besser geworden. Krafts Stärkung geht einher mit der Schwächung der grünen Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2017. Knapp 18 Punkte, fast jede fünfte Stimme hat Sylvia Löhrmann in den eigenen Reihen verloren. Das liegt sicher zum Teil an dem schwierigen Schulministerium, das sie führt und das viele Bürger – Eltern, Lehrer und Besserwisser – noch stets gespalten hat. Aber es liegt auch an unklarer politischer Haltung. Ihr Ministerkollege Rimmel, der stets klar nur die eigene Klientel bedient – darin seiner Vor-Vorgängerin Bärbel Höhn ähnlich – erhielt fast zehn Punkte mehr. Sie könne, rief Löhrmann in Oberhausen, nur so stark sein, wie die Delegierten sie machten. Gemessen daran ist sie seit dem Wochenende schwach.

Ob das und der SPD-Kraftakt Auswirkungen auf die Stimmung in der Koalition haben werden, bleibt abzuwarten. Spannender jedenfalls ist das politische Rennen um die Macht in NRW und damit auch im Bund auf jeden Fall geworden.

thomas.seim@

ilr-kommentar.de

Titelseite

Neue Westfälische vom 26.09.2016, S. 3

Freudentränen der Landesmutter

**SPD-Parteitag: 98,45 Prozent – Hannelore Kraft
genießt das volle Vertrauen der Sozialdemokraten**

Von Florian Pfitzner

■ **Bochum.** Als das Ergebnis feststeht, schießen Hannelore Kraft die Tränen in die Augen. Gerade hat sie die NRW-SPD zum sechsten Mal zur Vorsitzenden gewählt: 98,45 Prozent, besser schnitt sie nur bei zwei vorangegangenen Abstimmungen ab. „Nach fast zehn Jahren so ein Ergebnis“, schnieft sie erkennbar angefasst ins Mikrofon, „das haut mich wirklich um.“

Halt findet die NRW-Ministerpräsidentin in vielen Umarmungen neben der Bühne. Einige der 450 Delegierten, von denen nur vier gegen sie stimmten und drei sich enthielten, Mitarbeiter aus ihrem Regierungsapparat – alle stehen sie zur Gratulation parat. „Hannelore hat uns mit ihren Worten berührt“, sagt Familienministerin Christina Kampmann aus Bielefeld. „Wir gehen geschlossen in den Wahlkampf.“

Kraft und ihre Partei ringen acht Monate vor der Landtagswahl um die Deutungsheftigkeit über die rot-grüne Regierungsbilanz. Medial bläst seit dem Frühjahr ein kalter Wind um die Staatskanzlei. Allesamt Geschichten, die sich auf schlechte Kennzahlen stützen: Nullwachstum, hohe Insolvenzquote, hohes Armutsrisiko.

Im Bochumer Congresszentrum hält die NRW-SPD mit ihrer eigenen Wahrheit dagegen, die sie auf große pastellfarbene Banner geschrieben und unters Hallendach gehängt hat. In NRW gebe es auf vielen Gebieten „mehr als

je zuvor“: Forschung und Kita-Plätze, Beschäftigte und Geld für Bildung. Zudem stellt die SPD ganz generell „mehr miteinander“ fest.

So wenig sich manches auf den Plakaten messen lässt, so gefühlig geraten die Worte der Vorsitzenden. „Roter Blazer, rote Rede“, sagt jemand im Saal. Das Kernanliegen ihrer vorbeugenden Politik, die soziale Reparaturkosten absenken soll und sich in der Formel „Kein Kind zurücklassen“ niederschlägt, sei schon deshalb nicht gescheitert, weil das Programm auf tiefgreifenden Strukturveränderungen fuße. „Das braucht Zeit“, verteidigt sich Kraft, „einen langen Atem, um alle Erfolge zu sehen.“

Kraft verzichtet auf härtere Angriffe gegen die oppositionelle CDU, grenzt sich dazu kaum vom Koalitionspartner ab. Ihr Verkehrsminister Michael Groschek lästerte gerade noch über die „durchgrünte Gesellschaft“. Indes rechtfertigt Kraft das Naturschutzgesetz („Wir müssen die Schöpfung bewahren“), an dem sich viele Arbeitgeber stören. Angesichts der wirtschaftlichen Umwälzungen an Rhein und Ruhr holt sie einen Wahlkampfklassiker hervor, als sie verspricht, „niemanden ins Bergfreie fallen zu lassen“.

Wirtschaftsminister Garrelt Duin sieht in der Floskel eine Tatsache. „Wir wickeln ja nicht nur ab wie in Großbritannien.“ Kraft habe es vermieden, über soziale Abfederung zu reden, eben darüber, „wie wir die Menschen über Wasser halten“, sagt Duin. „Wir spre-

chen über Jobs, über den digitalen Wandel und seine Vorteile für den Arbeitsmarkt.“

Vor drei Jahren galt Kraft als mögliche Kanzlerkandidatin der Zukunft. Doch sie winkte ab, sagte, sie wolle Chefin der rot-grünen Koalition in NRW bleiben statt nach Berlin zu ziehen. In Bochum erklärt sie glaubwürdig ihre Erdverwachsenheit. Städte und Gemeinden schafften die Vo-

oraussetzungen eine „lebens- und liebenswerte Heimat“. Sie könnten sich aufs Land verlassen: Viele hätten sich aus den Nothaushalten verabschiedet, die Konsolidierungsprogramme wirkten.

Da hatten die Gremien längst einen Initiativantrag zur Integrationspauschale des Bundes abgemildert. Jene Mittel dienten der Entlastung des Landeshaushalts, erklärt Finanzminister Norbert Walter-Borjans. Der Vorsitzende des Städtetags, Bielefelds Oberbürgermeister Pit Clausen, hat etwas andere Vorstellungen vom „angemessenen Beitrag“ und kündigt zähe Verhandlungen an.

In ihrer Rede hält sich Kraft mit konkreten Vorschlägen zurück. Sie lobt einen Antrag der Jusos mit dem Ruf nach einem Azubi-Ticket. In der Kontroverse um das „Turbo-Abi“ wolle sie den „Geburtsfehler“ der schwarz-gelben Vorgängerregierung korrigieren.

Mehr aber geht es Kraft um Vertrauen – in sie, in die SPD und in die Politik insgesamt.

Jenseits der Fakten sei die Verunsicherung zuletzt größer geworden. „Viele hätten gerne einfache Antworten“, sagt Kraft: „ja oder nein, dafür oder dagegen.“

Kraft zeichnet an diesem Tag lieber mit hellen, zarten Farben. Etwa als sie die Geschichte von den Menschen hinter den Flüchtlingen erzählt, die sie „auch mit dem Herzen“ sehe. In einen langen Beifall hinein mahnt sie ihre Partei erneut zu einer menschlichen Haltung. „Diejenigen, die hetzen, schauen nie in die Augen von jenen, um die es geht.“

Antrag zu Turbo-Abi angenommen

◆ Die SPD in NRW will das umstrittene „Turbo-Abitur“ nach acht Jahren Gymnasium (G8) zu einem flexiblen Modell umbauen. Den Antrag des Parteipräsidiums nahm der Landesparteitag mit überwältigender Mehrheit an. Ein Parteisprecher sagte, der Leit Antrag bilde einen guten Vorschlag für die Beratungen am Runden Tisch im Oktober. Dazu hat Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) alle relevanten Akteure eingeladen.

◆ Der SPD-Antrag sieht vor, dass G8 Regelfall bleibt. Die Schüler können aber auch nach neun Jahren an derselben Schule ein G9-Abitur machen. Außerdem soll die Sekundarstufe I wieder um ein Jahr auf sechs Jahre verlängert werden.

Rheinische Post vom 26.09.2016, S. 1

Beifall für Kraft, Dämpfer für Löhrmann

SPD und Grüne stellen auf Landesparteitagen Weichen für die Landtagswahl.

BOCHUM/OBERHAUSEN (kib/tor) Für NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft war der Landesparteitag der SPD am Samstag in Bochum Anlass für Freudentränen. Grünen-Spitzenkandidatin Silvia Löhrmann musste beim gleichzeitigen Parteitag ihrer Partei in Oberhausen hingegen die Zähne zusammenbeißen.

„Das haut mich wirklich um“, sagte Kraft, nachdem die 452 Delegierten sie mit 98,45 Prozent der Stimmen als Landesvorsitzende wiedergewählt hatten. Löhrmann hat hingegen an der Parteibasis Vertrauen verloren. Sie schnitt mit knapp 81 Prozent der Stimmen wesentlich schlechter ab als 2012 und auch deutlich schlechter als die Spitzenkandidaten der anderen NRW-Parteien bei vergleichbaren Wahlen.

Löhrmanns Schlappe hing offensichtlich mit ihrer Schulpolitik zusammen. Während die Kritik im Land am „Turbo-Abi“ wächst, blieb die NRW-Schulministerin auch gegenüber ihren Parteifreunden auf

**„Das Ergebnis
haut mich
wirklich um“**

Hannelore Kraft (SPD)
NRW-Ministerpräsidentin

dem Landesparteitag ein schlüssiges Gegenkonzept schuldig. Sie hatte jahrelang eisern an der verkürzten Gymnasialzeit festgehalten und erst in diesem Monat sehr vage Vorschläge für eine Öffnung hin zu mehr Möglichkeiten für eine auch

neunjährige Gymnasialzeit (G9) gemacht.

Kraft nutzte den Parteitag für eine positive Regierungsbilanz. Diversen objektiven Kennzahlen zum Trotz, zu denen zum Beispiel das amtlich festgestellte Null-Wachstum in NRW gehört, erklärte Kraft, die rot-grüne Landesregierung sei in den Bereichen Wirtschaft, Arbeit, Bildung und Armutsbekämpfung auf einem guten Weg. Mit Blick auf die Landtagswahl am 14. Mai 2017 sagte Kraft, die SPD wolle weiter zusammen mit den Grünen regieren. Löhrmann kommentierte ihr schwieriges Wahlergebnis so: „Ich freue mich über das solide und ehrliche Ergebnis meiner Partei.“

Leitartikel Seite A 2

Politik Seite A 4

Rheinische Post vom
26.09.2016, S. 2

Rot-grüne Machtreflexe

VON THOMAS REISENER

Inhaltlich hat die rot-grüne Koalition in NRW nichts mehr zu bieten. Nicht einmal auf ihren Landesparteitagen waren die Regierungsparteien am Wochenende in der Lage, auch nur eine neue Vision für NRW zu entwickeln. Acht Jahre Gymnasium oder neun? Konzepte gegen das wirtschaftliche Null-Wachstum? Neue Antworten auf die veraltete Infrastruktur im Lande? Oder auf die wachsende Wohnungsnot in den Ballungsräumen? Fehlanzeige. Kein einziger neuer Impuls für das Land. Stattdessen hier wie da stereotype Beweihräucherung der Regierungsarbeit und das Abspulen längst bekannter Forderungen. Machtreflexe statt Politik.

Diese Machtreflexe funktionieren bei der SPD allerdings besser als bei den Grünen. Die Sozialdemokraten schicken Kraft mit einem furiosen Wahlergebnis wenigstens gestärkt in den Wahlkampf. Die Grünen hingegen haben ihre ohnehin schon beschädigte Spitzenkandidatin Sylvia Löhrmann mit einem fast peinlichen Wahlergebnis noch weiter geschwächt. „Ehrlich“ nannte Löhrmann das. Das ist es auch. Aber anders, als Löhrmann das meint.

Rheinische Post vom 26.09.2016, S. 4

Risse im rot-grünen Bündnis

Die zur Schau gestellte Freundschaft zwischen Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann hat Grenzen: Vor der Wahl kämpft jeder für sich.

VON KIRSTEN BIALDIGA
UND THOMAS REISENER

BOCHUM/OBERHAUSEN Die Gelegenheit, acht Monate vor der Landtagswahl frische politische Impulse für NRW zu setzen, haben SPD und Grüne auf ihren Landesparteitagen am Wochenende ungenutzt verstreichen lassen. Stattdessen beschränkten sich beide darauf, ihre Erfolge bei der rot-grünen Regierung des Landes aufzuzählen und personelle Weichen für die Wahl am 14. Mai 2017 zu stellen.

Unter der Decke des zufriedenen Rückblicks wurden allerdings auch die Risse deutlich, die sich nach sechs Jahren gemeinsamer Regierung inzwischen durch die Koalition ziehen. Zwar richtete Kraft nach ihrer Wiederwahl als Landesvorsitzende der SPD mit einem Traumergebnis von 98,5 Prozent solidarisch „Grüße und herzlichen Glückwunsch“ an die Spitzenkandidatin der Grünen aus: Sylvia Löhrmann wurde fast gleichzeitig in Oberhausen von ihren Parteifreunden mit einem beinahe blamablen Wahlergebnis von 80,6 Prozent auf Platz eins der Landesliste gewählt. Aber Kraft stellte sogleich klar, dass ihre demonstrative Freundschaft mit Löhrmann im NRW-Wahlkampf Grenzen haben wird. Die Fortsetzung von Rot-Grün strebe die SPD an. Aber Kraft erklärte klipp und klar: „Wir kämpfen allein.“

Bei den Grünen gab es gleich mehrfach explizite Kritik am Koalitionspartner. Die flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen im Landtag, Monika Düker, griff Innenminister Ralf Jäger (SPD) an. Sie nannte die Flüchtlingspolitik Jägers in Teilen „erbärmlich“. Es helfe nicht weiter, wenn Jäger sich mit steigenden Abschiebungszahlen brüste. Löhrmann attackierte Bauminister Michael Groschek (SPD). Angesichts der zahlreichen Bürgerinitiativen, die in Nordrhein-Westfalen immer mehr wichtige Bauvorhaben kippen oder verzögern, hatte Groschek kürzlich vor den Gefahren einer „durchgrüneten Gesellschaft“ gewarnt. Löhrmann sagte dazu:

„Basta-Politik ist in Wahrheit Verhinderungspolitik. Wer das nach dem Metrorapid-Desaster von Herrn Clement nicht gelernt hat, dem ist nicht zu helfen, lieber Mike Groschek.“ Bürgerbeteiligung sei „nicht durchgrünt = das ist Demokratie“, schrieb Löhrmann ihrem Kabinettskollegen ins Stammbuch.

Schon im Vorfeld des Landesparteitages waren die wachsenden Konflikte innerhalb der rot-grünen Koalition in Nordrhein-Westfalen sichtbar geworden. So vertreten SPD und Grüne auch beim Streit um den Ausbau des Düsseldorfer Flughafens, bei der Ausweitung der Videoüberwachung als Reaktion auf die Ausschreitungen in der Kölner Silvesternacht und bei der Einschränkung des Bargeldverkehrs zur Bekämpfung illegaler Geschäfte inzwischen ganz offiziell unterschiedliche Positionen. Auch in der Schulpolitik weichen die Konzepte voneinander ab.

Die Unzufriedenheit von Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) mit der restriktiven Umweltschutzpolitik von Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) führte vor wenigen Wochen sogar dazu, dass Duin sich öffentlich vom rot-grünen Koalitionsvertrag distanzierte.

Hinzu kommen zahlreiche Konflikte, die bislang nur hinter den Kulissen ausgetragen werden. Die verschärfte Frauenförderung im öffentlichen Dienst des Landes etwa, die ein Lieblingsprojekt der Grünen ist, wird von mehreren SPD-Ministern im Kabinett hinter vorgehaltener Hand kritisiert und zum Teil sogar sabotiert. Führende Grüne halten umgekehrt die Sparbemühungen von Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) beim Landeshaushalt für unzureichend.

Wie in Wahlkämpfen üblich, sind die Absetzbewegungen des kleineren Koalitionspartners größer als umgekehrt: Die NRW-Grünen müssen naturgemäß mehr um Aufmerksamkeit kämpfen. Außerdem müs-

sen sie ihr eigenständiges Profil stärker betonen, wenn sie nicht mit in den Abwärtssog der SPD geraten wollen: Die dümpelt seit Jahresanfang in allen relevanten Umfragen nur noch zwischen 29 und 34 Prozent. Bis Ende 2014 waren für die SPD noch rund 40 Prozent normal. Die Grünen hingegen liegen seit Ende 2013 fast ohne Ausnahme stabil zwischen zehn und 13 Prozent.

Die Grünen haben also wohl die treuere Wählerschaft. Dafür ist die SPD intern stärker aufgestellt. Die Landesdelegierten in Oberhausen versammelten sich mit fast schon beeindruckender Solidarität hinter ihrer Spitzenkandidatin Kraft. Und auch sonst ist von Querelen innerhalb der SPD nicht viel zu hören.

Innerhalb der Landes-Grünen werden derweil die Grabenkämpfe heftiger. Das wurde nicht nur sichtbar an dem schwachen Wahlergebnis von Sylvia Löhrmann. Auch Mehrdad Mostofizadeh, der sich Anfang 2015 in einer Kampfabstimmung mit einer Stimme Mehrheit gegen die Favoritin Monika Düker als neuer Fraktionschef durchgesetzt hatte, erhielt in Bochum bei seiner Listenplatz-Kandidatur nur 81,7 Prozent. Düker erhielt mit 90,8 Prozent der Stimmen hingegen das beste Wahlergebnis des gesamten Landesparteitages – obwohl sie seit ihrer Niederlage gegen Mostofizadeh fast nur noch auf den hinteren Bänken des Landtags zu sehen ist.

Es sind messbare Widersprüche wie diese, die zeigen, dass die SPD derzeit intern besser aufgestellt ist als die Grünen.

Schlechte Aussichten für die Koalition

Regierung Nach den Umfragen würde es derzeit nicht für eine Fortsetzung von Rot-Grün reichen. In einer Erhebung von Mente-factum für unsere Zeitung kam vor zwei Wochen die SPD auf 31 Prozent, die Grünen erreichten elf.

Andere Die CDU wollten 27 Prozent wählen, die AfD 13, die FDP acht und die Linke fünf Prozent.

Süddeutsche Zeitung vom 26.09.2016, S. 5

Die Laune steigt

98,45 Prozent – mit diesem starken Ergebnis wird Hannelore Kraft als SPD-Chefin in Nordrhein-Westfalen bestätigt. Bei allem Jubel bleibt der Eindruck, die Ministerpräsidentin bastle sich eine eigene Welt

VON BERND DORRIES

Bochum – Auf den Tischen in der Halle des RuhrCongress in Bochum liegen gebundene Büchlein, in denen die Erfolge von sechs Jahren SPD-geführter Landesregierung aufgelistet sind. Weil aber wohl selbst nicht alle Delegierten des Landesparteitages diese lange Abhandlung lesen, wurden in der Halle auch noch riesige Banner aufgehängt. „Mehr Tourismus als je zuvor“, steht da drauf, „Mehr Geld für Bildung als je zuvor“, oder auch „Mehr Miteinander als je zuvor“. Man hat sich ein bisschen eine eigene Welt gebastelt, weil sich in der richtigen Welt draußen die Lage des Landes nicht ganz so großartig darstellt. In der föderalen Bundesliga steht Nordrhein-Westfalen oft an letzter Stelle. Bei den Schulden, bei vielen Bildungsindikatoren, bei der Infrastruktur und beim Wirtschaftswachstum 2015.

„Wir gingen auf eine Mission Impossible“, erinnert sich die Rednerin

Das ist keine sehr gute Ausgangsposition für die Landtagswahl im Mai 2017, für die mit dem Landesparteitag in Bochum nun so langsam die Vorbereitungen beginnen. Die Regierung von Hannelore Kraft hat in den vergangenen Jahren eine gewisse Routine darin entwickelt, aus den schlechten Zahlen auch das Gute herauszulesen. Letzter beim Wachstum? „Wir haben die Lücke zum Bundesdurchschnitt geschlossen“, sagt Hannelore Kraft in ihrer Rede am Samstag. Der Niedergang der Industrie? „Wir sind Mitbestimmungsland Nummer eins.“ Manchmal ist es ein wenig so, als stelle sie die Tabelle auf den Kopf, mache aus unten einfach oben.

„Es ist zu wenig Platz für Fakten“, sagt Kraft selbst in ihrer Rede, die Diskussionen mit der AfD und in Teilen des Netzes seien geprägt durch Mythenbildung, nicht durch Wahrheit. Zu der hatte Kraft neulich

aber auch ein distanzierteres Verhältnis. Im Sommer zog sie durch die Redaktionen im Lande und behauptete mehrfach: „Wir haben heute im Ruhrgebiet mit 2,3 Millionen wieder genau so viele Beschäftigte wie zu den Hochzeiten von Kohle und Stahl.“

Im Ruhrgebiet fragten sich die Menschen, warum die Arbeitslosenzahlen dann zwischen zehn und 14 Prozent liegen? Und nicht nahe null, wie in den Hochzeiten von Kohle und Stahl? Bei gleichzeitig schrumpfender Einwohnerzahl. Kraft kommt selbst aus dem Ruhrgebiet, ihr hätte also auch auffallen können, wie es um den Pott steht. Nach Wochen der Diskussion und Nachfragen der Rechercheorganisation Correctiv.Ruhr sowie der Opposition teilte die Staatskanzlei schließlich mit, Kraft habe die Zahl der Beschäftigten nicht im „juristisch-technischen Sinne“ gebraucht. Tatsächlich gibt es im Ruhrgebiet zurzeit 1,62 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte.

Die Schlacht um die Zahlen hat bisher die größere Frage in den Hintergrund gerückt, nämlich warum die Politik von Hannelore Kraft bisher so wenig Erfolge vorzuweisen hat, zumindest in den Statistiken. Denn ihr Ansatz, massiv in Bildung zu investieren, ihr Motto „Kein Kind zurücklassen“ ist bis auf die Finanzierung durch Schulden weitgehend unumstritten. Nur wirkt er offenbar nicht so, wie man sich das vorgestellt hatte. Oder wäre sonst alles noch schlechter? Oder fehlt es an der Geduld? Kraft zieht am Samstag den großen Bogen, vor zehn Jahren in Bochum wurde sie zur Landesvorsitzenden gewählt, an die Spitze einer darniederliegenden Partei. „Wir gingen auf eine Mission Impossible.“

Vieles wurde möglich auf dieser Mission, erst eine Minderheitsregierung mit den Linken, dann ein stabiles Bündnis mit den Grünen. Ende des vergangenen Jahres begann man aber den Eindruck zu bekom-

men, dass Kraft genug habe von ihrer Mission, schlecht gelaunt schlich sie durch Düsseldorf, bei der Jahrespressekonferenz zu den anstehenden großen Projekten gefragt, kruschtelte sie in ihren Unterlagen, und sagte: „Ich finde es nicht, tut mir leid. Wir können Ihnen gern nachliefern, was noch an großen Themen dabei ist.“ Das war der Tiefpunkt. Einige Monate später nun

hält Kraft eine sehr solide Rede in Bochum. „NRW bleibt neu“, steht über ihr auf einem Plakat. Das einzig Neue ist aber, dass die Ministerpräsidentin wieder die alte ist. Zu ihrem herausragenden Wiederwahl-Ergebnis von 98,45 Prozent (2014: 95,2 Prozent) fließen ein paar Tränen. Kraft und ihrer Umgebung ist wohl deutlich geworden, dass man mit schlechter Laune keine Wahl gewinnt, die Regierung wirkt wie von einem Defibrillator wiederbelebt.

Verkehrsminister Michael Groschek geling es, nach darben Jahren Milliarden für die marode Infrastruktur vom Bund zu bekommen, Wirtschaftsminister Garrelt Duin will bald eine volkswirtschaftliche Analyse veröffentlichen, die der Frage nachgeht, wo die Schwächen Nordrhein-Westfalens liegen. Es herrscht plötzlich geschäftiges Treiben. Nur auf die Frage, wie man der AfD begegnet, hat die SPD noch keine Antwort gefunden, womit sie aber nicht alleine ist. Kraft setzt beim Thema Flüchtlinge offenbar auf eine erstaunliche Bandbreite von Ansichten, je nach Publikum.

Auf dem Parteitag erzählte sie von ihren bewegenden Treffen mit Flüchtlingen und dass keiner der Hetzer denen je in die Augen geschaut habe. „Wir sehen hin, wir zeigen Haltung, wir sehen nicht den Flüchtling, sondern den Menschen.“ Wenn Kraft dem Menschen im Flüchtling gerade nicht selbst in die Augen schaut, sagte sie in einer Talkshow, sie sei „froh, dass die Grenzen erst mal dicht sind“.

Der Tagesspiegel vom 26.09.2016, S. 4

Aufmunterung für die Landesmutter

Acht Monate vor der Wahl in NRW wird Regierungschefin Kraft als SPD-Chefin bestätigt

DÜSSELDORF - Sie hat offenbar genau den richtigen Ton getroffen. Mit einem Traumergebnis von 98,45 Prozent wählt der Landesparteitag die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft erneut an die Spitze der NRW-SPD. Ihre Wiederwahl am Samstag hat acht Monate vor der Landtagswahl besonderes Gewicht. Die Botschaft aus Bochum lautet: Der mit rund 110 000 Mitgliedern größte SPD-Landesverband steht geschlossen hinter der Vorsitzenden, die auf kraftvolle Unterstützung im Wahljahr 2017 bauen kann. Ohne die wird es auch nicht gehen.

Kraft (55) zeigt sich gerührt: „Nach fast zehn Jahren so ein Ergebnis. Das haut mich wirklich um.“ Die Vorsitzende spricht viel über sozialen Zusammenhalt, das wichtige „Wir“, die vielen Ehrenamtler, die sich landauf, landab für Flüchtlinge einsetzen. Zu Beginn ihrer Rede erinnert sie an einen Parteitag vor fast

zehn Jahren, als die NRW-SPD stark schwächelte, Kraft einsprang und erstmals die Führung übernahm. „Damals hieß es „mission impossible“. „Aber ich hab' mir das zugetraut und Ihr habt mir vertraut“, ruft sie den 470 Delegierten zu. Eine Parallele zur Landtagswahl im Mai 2017? Mission impossible?

Krafts rot-grüne Koalition kommt seit Monaten in Umfragen nicht mehr auf eine Mehrheit. Sie will dennoch möglichst bei Rot-Grün bleiben. Gleich nach ihrer eigenen Kür grüßt die Regierungschefin rüber zu den Grünen nach Oberhausen, die gerade Schulministerin Sylvia Löhrmann zur Spitzenkandidatin gewählt haben – allerdings mit nur sparsa-

men 81 Prozent. Und Umweltminister Johannes Remmel provoziert den roten Koalitionspartner: „Wir wollen mehr Grün“, sagt er. Oder: „Die Abenddämmerung der Kohle hat längst begonnen.“

Aber auch die gute Stimmung bei der SPD in Bochum kann nicht darüber hinwegtäuschen: Die Regierungschefin steht vor gewaltigen Aufgaben in wenig rosigen Zeiten. Stichworte: schwächelnde Wirtschaft, Milliardenschulden, wachsende Armut oder auch die langwierige Flüchtlingsintegration. NRW habe abgewirtschaftet in den sechs Jahren, in denen Kraft regiere, werfen ihr CDU-Landespartei- und der FDP-Vorsitzende Christian Lindner vor. Fakt ist: 2015 hatte NRW als einziges Bundesland keinerlei Wirtschaftswachstum vorzuweisen, bei Industrieentwicklung, Investitionen oder Arbeitslosigkeit liegt das Land im hinteren Bereich. Der Spitzenverband unter-

nehmer.nrw hat gerade eine „grundlegende wirtschaftspolitische Fitnesskur“ gefordert.

Kraft steht unter Druck. Dass Kinderarmut in NRW zugenommen hat, kratzt auch am Image der Landesmutter. In Bochum verteidigt sie ihr zentrales Vorhaben „kein Kind zurücklassen“, das mehr Zeit brauche. Auch in anderen Fragen mahnt sie zur Geduld. In Kita, Schule, Bildung, Wirtschaft, Arbeitsmarkt oder auch innerer Sicherheit sei vieles auf den Weg gebracht, man habe Erfolge vorzuweisen. Aber: „Hier müssen wir besser werden“ oder „es gibt noch viel zu tun“, ist mehrmals zu hören. Sie werde nichts versprechen, was sie nicht halten könne. dpa



Foto: dpa

Das Vertrauen der Delegierten in Bochum rührte die 55-Jährige

Tageszeitung vom 26.09.2016, S. 6

Kraft und Löhrmann bleiben Spitze

BOCHUM/OBERHAUSEN | Acht Monate vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen haben die Regierungsparteien SPD und Grüne auf Landesparteitagen wichtige Personalentscheidungen getroffen. Die SPD bestätigte am Samstag auf einem Konvent in Bochum Ministerpräsidentin Hannelore Kraft mit 98,45 Prozent der Stimmen als SPD-Landeschefin. Die NRW-Grünen wählten in Oberhausen Krafts Vizeministerpräsidentin und Landesschulministerin Sylvia Löhrmann mit 80,6 Prozent der Stimmen auf Platz eins der Landesliste. (afp)

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 26.09.2016, S. 2

Triumph und Abstrafung

Tobias Blasius
zu Parteitag

Hannelore Kraft und ihre Stellvertreterin Sylvia Löhrmann gehen mit völlig unterschiedlichen Voraussetzungen in den Landtagswahlkampf. Die SPD stärkte ihre Spitzenfrau mit einem Traumergebnis, die Grünen strafte ihre Nummer eins geradezu ab.

Das mag auf den ersten Blick verwundern. Das rot-grüne Führungsduo arbeitete sechs Jahre lang in demonstrativer Harmonie und müsste für die weithin als trübe wahrgenommene Regierungsbilanz eigentlich gemeinschaftlich in Haftung genommen werden.

Die NRW-SPD hat jedoch verinnerlicht, dass Kraft ihr wichtigster Machtgarant bleibt. Alle jüngeren Landtagswahlen haben gezeigt, dass in einer Ministerpräsidenten-Demokratie Amtsbonus und Persönlichkeit den Ausschlag geben. Will die SPD 2017 stärkste Partei bleiben, geht es nur über die Persönlichkeitswerte der Chefin.

Die Grünen hingegen empfinden sich viel stärker als Programmpartei, die Personenkult und schlechtes Regierungshandwerk kaum erträgt. Löhrmann dominiert die Grünen vielleicht schon zu lange. Und über ihre Fehler wie das Verwirrspiel ums „Turbo-Abitur“ sieht eine mit vielen Pädagogen bestückte Parteibasis nicht hinweg.

Westfalenblatt vom 26.09.2016, S. 5

Breite Rückendeckung für Hannelore Kraft

SPD-Landeschefin wiedergewählt – Grüne wollen »mehr grün«

Düsseldorf (dpa). SPD und Grüne in NRW haben die Weichen für die Landtagswahl im nächsten Jahr gestellt. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) wurde am Samstag in Bochum mit 98,45 Prozent der Delegiertenstimmen als Landesvorsitzende bestätigt. Zu ihrer Stellvertreterin wurde Elvan Korkmaz aus Gütersloh gekürt.

Kraft steht bereits seit 2007 an der Spitze des mit 110 000 Mitgliedern stärksten SPD-Landesverbands. Vor zwei Jahren war sie mit 95,2 Prozent der Stimmen gewählt worden. In der Schulpolitik werde die SPD den »Geburtsfehler« der schwarz-gelben Vorgängerregie-

lung beim umstrittenen »Turbo-Abitur« nach acht Jahren Gymnasium (G8) korrigieren, kündigte Kraft an. Die SPD strebt ein Reformmodell an, das an G8 als Regelfall festhält, zugleich aber auch eine Öffnung zu G9 vorsieht, ohne dass den Schulen vor Ort eine aufwendige Neuorganisation abverlangt werden soll. Mit Blick auf die Wahl im Mai 2017 sagte die SPD-Landeschefin: »Wir kämpfen alleine. Aber wenn's geht, machen wir mit den Grünen gerne weiter.« Umfragen sehen derzeit keine

Mehrheit mehr für Rot-Grün und taxieren die AfD auf elf Prozent.

Die Grünen ziehen erneut mit ihrer Schulministerin Sylvia Löhrmann in den Landtagswahlkampf. Die Delegierten wählten die 59-Jährige zum dritten Mal zur Spitzenkandidatin. Mit knapp 81 Prozent der Stimmen schnitt sie wesentlich schlechter ab als 2012.

Deutlich mehr Rückhalt an der Basis fand NRW-Umweltminister Johannes Remmel mit einer Kampfansage an die SPD. »Wir wollen mehr grün«, sagte er. Die »Abenddämmerung der Kohle« habe »längst begonnen«. Die 270 Delegierten wählten den 54-Jährigen mit fast 90 Prozent der Stimmen auf Platz zwei der Landesliste.

Westfälischer Anzeiger vom 26.09.2016, S. 1

SPD stärkt Kraft den Rücken

Starkes Votum beim Parteitag / Schlappe für Grünen-Chefin Löhrmann

Von Robert Vornholt

BOCHUM/OBERHAUSEN • SPD und Grüne in NRW haben bei Parteitag die Weichen für die Landtagswahl am 14. Mai 2017 gestellt. SPD-Landeschefin Hannelore Kraft wurde mit dem Traumergebnis von 98 Prozent der Stimmen als Landesvorsitzende bestätigt. Grünen-Spitzenkandidatin Sylvia Löhrmann musste eine Schlappe hinnehmen. Sie erhielt nur 81 Prozent Zustimmung – 17 Prozent weniger als vor vier Jahren.

Kraft mahnte beim Landesparteitag in Bochum vor etwa 450 Delegierten in einer fast einstündigen Rede besonders die Gerechtigkeit in der Gesellschaft an. Ein Beitrag dazu sei die Einführung eines »Azubis-Tickets«, das – wie bereits bei Studierenden – die kostengünstige Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs ermöglicht.

Ohne die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) namentlich zu nennen, warnte Kraft vor Populismus und beklagte »zu viel Skandalisierung, Personalisierung und Provokation« in der Politik. Zum Thema Zuwanderung sagte sie: »Wir sehen nicht die Flüchtlinge,

sondern die Menschen. Wir sehen auch mit den Herzen.«

Die SPD-Chefin beschwor die Stärken des Landes. Bei der Inklusion, der Ganztagsbetreuung und der Entwicklungspolitik müsse aber noch zugelegt werden, mahnte sie.

Der Hammer Landtagsabgeordnete Marc Herter wurde mit 79 Prozent der Stimmen zu einem der vier Stellvertreter Krafts gewählt. SPD-Landtagsfraktionschef Norbert Rö-

mer erhielt als Schatzmeister 90 Prozent. Weniger Geschlossenheit gab es beim Grünen-Parteitag in Oberhausen: Der Dämpfer für Löhrmann wird auch als Reaktion auf ihre Haltung zum umstrittenen Turbo-Abitur gewertet. Vor wenigen Tagen wick die 59-Jährige von ihrer Strategie der schrittweisen Verbesserungen ab und setzt jetzt auf einen individuellen, flexiblen, aber schwer vermittelbaren Weg zum Abitur. Das sei ein »solides und ehrliches Ergebnis«, so die Ex-Lehrerin.

Deutlich mehr Zuspruch von den etwa 270 Delegierten bekam mit fast 90 Prozent als Zweitplatzierte auf der Re-

serveliste Umweltminister Johannes Remmel. Ihm folgten Gesundheitsministerin Barbara Steffens und Landtagsfraktionschef Mehrdad Mostofizadeh.

→ Kommentar/Hintergrund

Rückenwind und Gegenwind

Von Robert Vornholt

Die Genossen bewiesen Parteidisziplin. Acht Monate vor der Landtagswahl haben die Delegierten des NRW-SPD-Parteitages ihrer Landesvorsitzenden Hannelore Kraft den nötigen Rückenwind gegeben. Das Ergebnis von 98 Prozent der Stimmen ist ein Signal in die Partei und an die politischen Mitbewerber: Die 55-Jährige mischt sich wieder stärker in die Politik ein.

Die Rede Krafts beim Treffen in Bochum kann indes kein Grund für die breite Unterstützung gewesen sein. Ihre Ausführungen waren passabel, aber lösten keine Begeisterung aus. Rhetorische Hausmannskost statt verbale Spitzenleistung. Wenig neue Impulse, keine bemerkenswerten pfiffigen sozialde-

mokratischen Ideen, weitgehend Fehlansage bei Initiativen, die den politischen Gestaltungswillen belegen. Aber die Genossen wissen, dass es keine persönliche Alternative zu ihrer Spit-

zenfrau gibt – und setzen auf Geschlossenheit. Anders bei den Grünen: Spitzenkandidatin Sylvia Löhrmann hat mit einem Minus von 17 Prozent bei der Nominierung einen eindeutigen Denkkettel bekommen. Eine schallende Ohrfeige, die noch länger schmerzt. Es rächt sich, dass sich Löhrmann ihrer Politik und ihrer Person zu sicher scheint. Als Schulministerin versprüht sie immer häufiger den zweifelhaften Charme, genau zu wissen, was das vermeintlich Beste nicht nur für Schüler und Lehrer ist. Ihr jüngster Vorschlag zur Flexibilisierung der Schulzeit, den sie in die Debatte über das achtjährige Gymnasium einbrachte, war ein großer Fehler. Der abrupte Strategiewechsel von beharrlicher Turbo-Abitur-Verteidigung zur individuellen Schullaufbahn ist schwer durchschaubar und kaum vermittelbar. Da setzen die Grünen lieber auf Originale wie den heftig umstrittenen Umweltminister Johannes Remmel.

Westfälischer Anzeiger vom 26.09.2016, S. 5

Rückendeckung für Kraft

Traumergebnis für die SPD-Landesvorsitzende / Dämpfer für Grünen-Chefin

Von Robert Vornholt
und Bettina Grönewald

BOCHUM/OBERHAUSEN • Es soll der große Auftritt von Hannelore Kraft werden. Die Delegierten beim SPD-Parteitag in Bochum erfüllen ihrer „Chefin“ am Samstag den Wunsch: Mit über 98 Prozent der Stimmen bestätigen sie die 55-Jährige überraschend deutlich als Landesvorsitzende. Dagegen verpassten die Grünen Schulministerin Sylvia Löhrmann einen deutlichen Dämpfer.

Kraft ist zu Tränen gerührt: „So ein Ergebnis haut mich um“, sagt sie – und richtet gleich nach ihrer Wiederwahl ein Signal ins 24 Kilometer entfernte Oberhausen, wo kurz zuvor die Grünen Schulministerin Sylvia Löhrmann weniger euphorisch zu ihrer Spitzenkandidatin gekürt haben. „Wenn’s geht, machen wir gern mit den Grünen weiter“, versichert die Ministerpräsidentin. Aktuell hat Rot-Grün aber keine Mehrheit im Land.

Die Regierungschefin zeigt Gefühle: „Mama, schade, dass Du nicht da bist“, grüßt sie ins heimische Mülheim. Der Anlass der emotionalen Äußerung bleibt „Privatsache“, sagen ihre Vertrauten. Ihre Mutter darf stolz sein. Nur

vier Delegierte votierten gegen ihre Tochter, die ihr gutes Ergebnis noch um mehr als drei Prozentpunkte steigern konnte.

In einer fast einstündigen Rede will die SPD-Landesvorsitzende ihre Genossen beim NRW-Parteitag hinter sich scharen, um gut aus den Startlöchern für die Landtags- und Bundeswahl zu kommen. Fast 500 Zuhörer erleben eine Rede, in der die Regierungschefin die wichtigsten politischen Themen abarbeitet, gelegentlich auch emotional das Herz der Genossen berührt, aber keine große Begeisterung weckt.

Kraft bekennt im roten Blazer Farbe, bleibt inhaltlich aber auffällig perspektivlos. Geradezu zurückhaltend geht Kraft mit den Oppositionsparteien um – das könnten noch mögliche Bündnispartner bei der Regierungsbildung sein.

Die Eintracht unter den Genossen wird in der Antragsdebatte fortgeführt: Das heiße Eisen Turbo-Abitur hat der Hammer Vize-SPD-Landeschef Marc Herter bereits vor dem Parteitag weitgehend ab-

geräumt. Die achtjährige Gymnasialzeit soll der Regelfall bleiben, aber durch die dreijährige Mittelstufenphase und ein zusätzlich wählbares Orientierungsjahr sind die Wogen geglättet worden. Der „Geburtsfehler“ der schwarz-gelben Vorgängerregierung werde behoben, befindet die Chefin zum Kompromissvorschlag, der einige Stunden später fast einstimmig angenommen wird.

„Wir haben eine Menge vor“, kündigt die Ministerpräsidentin an, lässt aber viele Vorhaben im Vagen. Ganz klar macht sie aber, dass sie von der vorbeugenden Politik, die „soziale Reparaturkosten verhindern“ soll, nicht abrücken will. Größere Anstrengungen für Jugendliche, sozial Benachteiligte (speziell Alleinerziehende) und der Dank an der große

Engagement der ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuer sind Themen, die die Herzen der Sozialdemokraten höher schlagen lassen – und Kraft die erwünschte Zustimmung bescheren.

Etwas anders ist das Bild in Oberhausen. Hier verpassen

die Grünen-Delegierten ihrer Schulministerin Löhrmann ein deutliches blaues Auge. Und auch der Koalitionspartner SPD muss ordentlich einstecken. Löhrmann fuhr mit knapp 81 Prozent unter den ersten zehn Listenplätzen – mit Ausnahme der Bewerber mit Gegenkandidaten – das schlechteste Ergebnis ein.

Deutlich mehr Rückhalt an der Parteibasis findet aber offensichtlich der Hardliner-Kurs von NRW-Umweltminister Johannes Remmel, der dem Koalitionspartner mit seinen Klima- und Umwelt-Maximen das Leben schwer macht. Verkehrsminister Michael Groschek (SPD) hatte kürzlich in einer Brandrede vor Handwerksvertretern „eine durchgrünte Gesellschaft“ beklagt, Remmel macht sich darüber lustig und betont: „Weniger werden wir nicht zulassen – wir wollen mehr grün.“ Und noch eine Kampfansage schickt Remmel an die SPD: „Auch wenn es manche nicht wahrhaben wollen: Die Abenddämmerung der Kohle hat begonnen. Zudem sei die Zeit reif für einen zweiten Nationalpark in NRW.“

Westfälische Nachrichten vom 26.09.2016,

S. 1

NRW-SPD stärkt Kraft

Starkes Ergebnis bei Wiederwahl als Parteichefin / Löhrmann geschwächt

Von Hilmar Riemenschneider

BOCHUM/OBERHAUSEN. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft kann acht Monate vor der Landtagswahl auf starken Rückhalt ihrer Partei zählen: Mit 98,5 Prozent bestätigten die rund 450 Delegierten des Landesparteitags am Samstag in Bochum die 55-Jährige als Parteichefin. „Nach fast zehn Jahren so ein Ergebnis – das haut mich wirklich um“, freute sich Kraft über ihre – trotz einer durchwachsenen Regierungsbilanz – unangefochtene Wiederwahl. Als SPD-Generalsekretär wurde

André Stinka (Dülmen) mit 90,1 Prozent der Stimmen bestätigt. Auch der übrige Vorstand bleibt im Amt. In den Kreis der 30 Beisitzer wurden der Chef der Münsterland-SPD, Bernhard Daldrup (Sendenhorst), und die Gronauer Bürgermeisterin Sonja Jürgens gewählt.

Ganz anders zur gleichen Zeit die Lage beim Koalitionspartner: Mit nur 80,6 Prozent wählten die Grünen Schulministerin Sylvia Löhrmann zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2017. Gegenüber der Wahl von 2012 ist das ein Minus von fast 18 Prozentpunkten. Mit

dem schmalen Ergebnis reagierten offenbar viele Delegierte darauf, dass Löhrmann zu lange am ungeliebten Turbo-Abitur festgehalten und erst vor zehn Tagen eigene Reformvorschläge unterbreitet hatte. Josefine Paul aus Münster wurde auf Platz elf der Landesliste gewählt, direkt hinter ihr folgt Norwich Rüre (Steinfurt).

Zuletzt hatte das rot-grüne Koalitionsgefüge erkennbar Risse gezeigt. Die Kritik von Verkehrsminister Michael Groschek an der Einmischung einer „durchgrüneten Gesellschaft“ konterte Um-

welminister Johannes Remmel: „Das ist kein Gespenst, das sind wir.“

Sichtbar werden die Fliehkräfte auch beim Turbo-Abitur: Die SPD verabschiedete ein eigenes Konzept, das an G8 festhält, aber als Option nach Klasse 10 ein Zusatzjahr ermöglicht. Die Sekundarstufe I soll wieder sechs Jahre umfassen. Innerparteilich ist das Konzept umstritten, die Jusos konnten eine Rückkehr zu G9 aber nicht durchsetzen. Löhrmann will hingegen G8 durch individuelle Lernzeiten auflockern und Gymnasien dafür drei Modelle anbieten.

| Kommentar, Politik

KOMMENTAR

Die Parteitage von SPD und Grünen *Rot-grüne Fliehkräfte*

Es gehört zum Lebenszyklus von Regierungskoalitionen, dass die Partner mit nahendem Wahltermin vermehrt Distanz und Unterschiede betonen. In Berlin lässt sich das bei der großen Koalition ebenso beobachten wie bei Rot-Grün in Düsseldorf. Jedoch fallen die Risse in NRW viel stärker ins Gewicht, weil SPD und Grüne ihre Konflikte über sechs Jahre meist diszipliniert abseits der Öffentlichkeit ausgetragen haben. Deshalb dürfen sich beide Parteien nicht wundern, dass die jetzt erkennbaren Fliehkräfte ein besonderes Gewicht in der Wahrnehmung erhalten.

Für beide Seiten geht es



um Glaubwürdigkeit in der eigenen und ebenso der erhofften Wählerklientel. Wie wichtig das der Basis ist, musste Spitzenkandidatin Sylvia Löhrmann mit ihrem Dämpfer-Ergebnis von nur 80,6 Prozent erfahren. Eine Quittung, weil sie zu spät begonnen hat, ihrer Partei und der Öffentlichkeit ihre schulpolitischen Vorstellungen zu erklären. Obwohl das Turbo-Abitur schon jetzt dominantes Wahlkampfthema ist.

Die SPD ist mit Hannelore Kraft trotz einer alles andere als glanzvollen Regierungsbilanz im Reinen. Ihr gibt das starke Ergebnis Rückenwind für das Rennen darum, wer 2017 stärkste Kraft wird. Geschlossenheit ist dafür ein wichtiges Pfund. Das kann man auch verspielen ...

Hilmar Riemenschneider

Westfälische Nachrichten vom 26.09.2016, S. 2

Zufriedenheit kontert Zweifel

Während die SPD ihre Spitzenkandidatin Kraft stärkt, verliert Löhrmann bei den Grünen an Zustimmung

Von Hilmar Riemenschneider
BOCHUM/OBERHAUSEN. Auf den Plätzen der rund 450 Delegierten liegen Postkarten mit beliebten Politiker-Phrasen: Das „Politiksprich-Bingo“ zählt 25 häufig genutzte Worthülsen wie „Politik für die Menschen“ oder „endlich die Dinge anpacken“. Beim Landesparteitag der SPD in Bochum kanalisiert sich die Selbstkritik ins Verbale. Denn das Wichtigste an diesem Tag ist: ein Signal der Geschlossenheit. 98,5 Prozent Zustimmung als Parteichefin die Delegierten statten Hannelore Kraft mit dem drittbesten Ergebnis aus, seit sie 2007 an selber Stelle in der NRW-SPD das Ruder übernommen hat. Dabei stellt Kraft ihre Rede »Da thront Herr Schäuble auf seiner schwarzen Null und

wundert sich, wenn der soziale Zusammenhalt bröckelt.«

Hannelore Kraft

unter das Bingo-verdächtige Motto: „Wir haben schon viel geschafft, es gibt noch viel zu tun.“

Überraschend ruhig, manchmal vehement werbend, aber nie kämpferisch: Die Parteivorsitzende setzt eine zufriedene Bilanz ihrer Regierungsarbeit gegen das schlechte Abschneiden des Landes im bundesweiten Vergleich der Wirtschaftslage, bei der Armuts-Entwicklung oder im Bereich der Bildung. Dafür unterstreicht Kraft den Markenkern der SPD mit Ankündigungen in der Familien- und Sozialpolitik: Die Kita-Beiträge –

bisher nur im dritten Jahr gestrichen – sollen ganz abgeschafft werden: „Wir werden weiter gehen, weil wir wissen, wenn es hilft, wenn keine Gebühren erhoben werden“, unterstreicht Kraft. Sie kündigt ein Azubi-Ticket

im Nahverkehr an. Im Bund will sie die Verantwortung für die Schulsozialarbeit wieder verankern.

Es würden „zu viele Scheindebatten geführt und Scheinlösungen angeboten“, kritisiert Kraft eine überhitz-

te politische Auseinandersetzung, von der Rechtspopulisten profitierten. Die schürten eine Stimmung gegen eine liberale, offene Gesellschaft. „Ich hätte nicht gedacht, dass ich das noch mal verteidigen muss“, at-

kierte Kraft die Gegner der Zuwanderung.

Den Genossen spricht die Parteichefin aus der Seele. Aber nicht immer: Als Kraft über die Bewahrung der Schöpfung und eine Bremse des Flächenverbrauchs spricht, rührt sich kein Applaus: zu grün? Zum grünen Koalitionspartner waren die SPD-Minister Michael Groschek, Garrelt Duin und Norbert Walter-Borjans demonstrativ auf Distanz gegangen. Kraft geht nicht mit. „Wir haben es mit den Grünen gut hingekriegt.“ Wenn möglich, solle es weitergehen. Die Umfragen gehen das indes nicht her.

»Ich vertraue auf Euch, ich weiß, dass ich das kann.«

Hannelore Kraft

35 Kilometer weiter westlich hilft das Sylvia Löhrmann nicht: Die Grünen ernennen die Schulministerin mit spärlichen 80,6 Prozent zur Spitzenkandidatin gewählten Spitzenkandidatin Sylvia Löhrmann an, dass sie als Schulministerin so lange am Turbo-Abi festgehalten und zu spät erst eigene Vorstellungen auf den Tisch gelegt hat. Dabei trifft Löhrmann in ihrer Bewerbungsrede den grünen Nerv, bedient alle zentralen Felder, rechnet auch mit Groscheks Kritik einer „durchgrünten“ Gesellschaft ab: „Das ist Demokratie.“ Trotzdem reagieren die Delegierten sensibel. Dass sie Eintreten für grüne Kernthemen wie Umwelt oder Flüchtlingspolitik honorieren, kann man bei 89,5 Prozent für Umweltminister Rimmel oder 91 Prozent für Monika Düker ablesen.

Westdeutsche Zeitung vom 26.09.2016, S. 1

Starkes Ergebnis für Kraft, Dämpfer für Löhrmann

Die NRW-SPD wählt ihre Landeschefin mit 98,45 Prozent wieder. Die Spitzenkandidatin der Grünen erhält lediglich 80,6 Prozent.

Bochum/Oberhausen. Die SPD und die Grünen in NRW haben auf ihren Parteitag die Weichen für die Landtagswahl im kommenden Jahr gestellt. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft wurde auf dem Parteitag der NRW-SPD in Bochum mit 98,45 Prozent der Stimmen als Landesvorsitzende wiedergewählt. Für die Grünen zieht Sylvia Löhrmann zwar erneut als Spitzenkandidatin in den Landtagswahlkampf – auf dem Parteitag in Oberhausen bekam sie aber einen Dämp-

fer. Mit knapp 81 Prozent der Stimmen schnitt sie wesentlich schlechter ab als bei ihrer Wahl 2012.

Kraft zeigte sich angesichts der Zustimmung sichtlich gerührt: „Dass ich nach fast zehn Jahren noch so ein Ergebnis bekomme, das haut mich fast um.“ Von 452 Delegierten votierten 445 für die 55-Jährige, vier gegen sie und drei enthielten sich. Kraft steht bereits seit 2007 an der Spitze des SPD-Landesverbands. Vor zwei Jahren war sie mit einer Zustim-

mung von 95,2 Prozent gewählt worden.

Kraft nutzte den Parteitag auch, um eine positive Regierungsbilanz zu ziehen. In zentralen Bereichen wie Wirtschaft, Arbeit, Bildung und Armutsbekämpfung sei man auf einem guten Weg. In der Schulpolitik werde die SPD den „Geburtsfehler“ der schwarzen Vorgängerregierung beim umstrittenen Turbo-Abitur nach acht Jahren Gymnasium korrigieren.

Auch wenn Umfragen derzeit keine Mehrheit mehr für Rot-Grün sehen: Mit

Blick auf die Wahl am 14. Mai 2017 signalisierte Kraft, dass sie weiter auf das Regierungsbündnis setze. Beim Parteitag der Grünen gab es hingegen eine Kampfansage in Richtung SPD. „Wir wollen mehr grün“, sagte etwa Umweltminister Johannes



Rimmel nach seiner Wahl auf Platz 2 der Landesliste. „Auch wenn es

manche nicht wahrhaben wollen: Die Abenddämmerung der Kohle hat längst begonnen.“

In die NRW-Wahl ziehen die Grünen mit einer geschwächten Nummer 1. Wurde Löhrmann vor der Landtagswahl 2012 noch mit 98 Prozent Zustimmung ausgestattet, bekam sie nun nur noch 80,6 Prozent – in beiden Fällen ohne Gegenkandidaten. Löhrmanns Kommentar: „Ich freue mich über das solide und ehrliche Ergebnis meiner Partei.“ **lnw**
» Meinung & Analyse/Tagesthemen

Tränen der Rührung: SPD-Landeschefin Hannelore Kraft nach ihrer Wiederwahl am Samstag. Foto: dpa

Westdeutsche Zeitung vom
26.09.2016, S. 2

Hanni und Nanni wollen nicht über Trennung reden

Von Ulli Tückmantel

Als NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und ihre Stellvertreterin Sylvia Löhrmann (Grüne) 2010 den zweiten Anlauf zu einem rot-grünen Regierungsbündnis in NRW nahmen, sahen sich die beiden Spitzenpolitikerinnen schnell als „Hanni und Nanni der deutschen Politik“ dargestellt.

Das war abschätzig gemeint, aber unterschätzt zu werden (und anschließend zu siegen) war das in Wahrheit gar nicht so gleiche Duo bereits gewöhnt. Anders als das erste rot-grüne NRW-Duo Wolfgang Clement und Bärbel Höhn, ließen die beiden vermeintlichen Polit-Zwillinge Kraft und Löhrmann es in den sechs Jahren ihrer Koalition nie offen krachen. Und so vermieden sie auch am Wochenende auf ihren Landesparteitagen in Bochum und Oberhausen auf der Bühne auszusprechen, was längst unübersehbar geworden ist: Hanni und Nanni haben sich getrennt.

Kraft widerspricht ihren SPD-Ministern für Business, Bares und Beton nicht, wenn die zu dritt gegen eine „durchgrünte“ Gesellschaft stänkern. Oder wenn die Minister für Gesetze und Gendarme die türkisch-islamischen Gesprächspartner Löhrmanns aus Projekten werfen und vom Verfassungsschutz überprüfen lassen. Und Hannelore Kraft selbst steht auch nicht von

Löhrmanns Runden Tisch zur Schulzeit-Dauer (G8 oder G9) auf. Sie kündigt stattdessen eine Behandlung der „Geburtsfehler“ des brüchigen Schulfriedens an; viel eleganter kann man grundsätzliche politische Kampfansagen kaum aussprechen. Und währenddessen betonen, dass man natürlich gern mit Nanni weiterregieren würde.

Dass Löhrmann am Wochenende für die Fortsetzung des operettenhaften, immer gequälteren Lächelns von der eigenen Basis abgestraft wurde (80,6 Prozent sind für eine Spitzenkandidatin ja eher eine Bewährungsstrafe als echte Zustimmung), war vorherzusehen. Dass die Schulministerin in Oberhausen das von ihr selbst angerichtete schulpolitische Chaos verkniffen verschwieg und sich stattdessen an SPD-Verkehrsminister Mike Groschek abarbeitete, spricht Bände darüber, welcher Teil des getrennten Duos Kraft/Löhrmann sich schwerer mit dem Ende der „Hanni und Nanni“-Politik tut.

Denn die Grünen haben 2017 in einem Landtag mit fünf oder sechs Parteien derzeit keine naheliegende Machtopption mehr. In der rot-grünen Koalition geht der Wahlkampf daher jetzt nach innen los.



ulli.tueckmantel@wz-plus.de

Westdeutsche Zeitung vom 26.09.2016 , S. 4

98,45 Prozent für Hannelore Kraft

Mit einem deutlich besseren Ergebnis als 2014 in Köln hat der Landesparteitag der NRW-SPD die Ministerpräsidentin zum fünften Mal als Vorsitzende der Landespartei bestätigt.

Von Ulli Tückmantel

Bochum. Es ist entweder das drittbeste Ergebnis oder das drittschlechteste, mit dem die Landespartei Hannelore Kraft zum fünften Mal im Amt der Vorsitzenden bestätigt hat. 2014 in Köln, dem Jahr der Funkloch-Debatte, erhielt Kraft mit 95,18 Prozent ihr bislang schlechtestes Ergebnis. Das beste erreichte sie 2012 in Münster mit 99,08 Prozent. Da wählte sich die NRW-SPD noch unbesiegt und hatte gerade sechs Monate zuvor mit den Grünen die Landtagswahl gewonnen. Davon sind Kraft und ihre SPD im Herbst 2016 weit entfernt, dafür sind 98,45 Prozent ein Top-Ergebnis.

Hannelore Kraft hielt vor dem Parteitag in Bochum allerdings auch die passende Rede dazu; eine der besten in jüngster Zeit, vielleicht ihre zweitbeste Parteitagrede. Was all die Zahlen, die Kraft und

ihrem Kabinett ständig vorgehalten werden, nicht hergeben, das lässt sich sehr wohl aus der Stimmung der rund 450 Delegierten ziehen, die kein Schlusslicht sehen, sondern Licht am Ende des Tunnels.

„Wir haben einen klaren Plan für unser Land, und der war immer langfristig angelegt.“

Hannelore Kraft (SPD),
Ministerpräsidentin von NRW

Und so erzählt der „politische Bericht der Landesvorsitzenden“ die Geschichte eines Landes, in dem die SPD erst mal die Missetaten ihrer schwarzen Vorgänger aufräumen musste, und vor fast zehn Jahren hier in Bochum im Januar 2007 nach zwei frustrierenden Oppositionsjahren entschied, das mit Ex-Wissenschaftsministerin Kraft als Nachfolgerin von Jochen Diekmann zu tun (Wahlergebnis: 95,6 Prozent). „Selbst als Opposition waren wir besser“, sagt Kraft, und dass die SPD („Wir mit unserer unverrückbaren Werteorientierung“) gerade jetzt gebraucht werde, weil sie dafür stehe, dass wir alle NRW sind.

„Geburtsfehler“ bei G8-System soll korrigiert werden

„Wir haben einen klaren Plan für unser Land“, sagt Hannelore Kraft, „und der war immer langfristig angelegt“. Es dauert

eine Zeit, bis sie sich warmgeredet hat. Im Vorbeigehen bekräftigt sie das Scheitern des rot-grünen Schulkonsenses als programmatisches Vorgehen: Zu lange habe man an den G8-Fehlern der Rüttgers-Regierung Symptome bearbeitet, jetzt werde man den „Geburtsfehler korrigieren“. Und die Kita-Finanzierung Richtung Beitragsfreiheit umgestalten. Und die „Projekteritis“ in den Arbeitsverhältnissen junger Menschen beenden, um ihnen Planungs- und Zukunftssicherheit zu verschaffen.

Dazu erfindet Kraft den Slogan „Mehr Gerechtigkeit wagen“. Eine Bürgerversicherung für alle werde es geben, und was Studenten an Unterstützung erhalten, das soll Auszubildenden nicht vorenthalten werden. Und wie bereits bei der NRW-Staatspreisverleihung in dieser Woche an Christel und posthum Rupert Neudeck angekündigt, soll Entwicklungspolitik wieder mehr in den Fokus rücken.

„Dass ich nach fast zehn Jahren noch so ein Ergebnis bekomme, das haut mich fast um.“

Hannelore Kraft

Im besten Teil ihrer Rede berichtet Hannelore Kraft von Begegnungen mit unbegleiteten jugendlichen Flüchtlingen in diesem Sommer, die bei deutschen Familien unterkom-

men. Bei den Gesprächen ruckele sich zurecht, was wichtig sei im Leben und was man bloß wichtig nehme. Kraft sagt Sätze, die mitten ins Herz gehen:

Die Hetzer schauten nie in die Augen derer, über die sie hetzten. Sonst könnten sie es nicht tun. Sie sei stolz darauf, was das Land geleistet habe. Und dass man auf die Menschen in diesem Land setzen könne. Schritt für Schritt komme man voran. Die Vorsitzende empfiehlt Demut, Disziplin und Vertrauen. Kraft: „Und ich vertraue weiter auf Euch. Ich weiß, dass ich das kann.“

Und das kann sie. „Dass ich nach fast zehn Jahren noch so ein Ergebnis bekomme, das haut mich fast um“, sagt Hannelore Kraft, richtet tief bewegt und mit einer Träne im

Auge „Grüße an meine Mama, schade, dass du nicht dabei sein kannst“. Das ist echt. Und genau so echt ist, dass Kraft sich zwei Minuten später fasst und den Applaus des Parteitags unterbricht. Die Delegierten haben noch ein strammes Programm vor sich, und sie hat die Redezeit überzogen. „Scheiß drauf“, sagt die Chef-Genossin, „wir sind ein gutes Team.“

Die Delegierten-Basis ist zufrieden. Alle Themen angesprochen, nicht überdreht. Und genug Luft nach oben gelassen, um bei der Kür zur Spitzenkandidatin am 18. Februar noch eine Schuppe draufzulegen.

WEITERE ERGEBNISSE DES PARTEITAGS

STELLVERTRETER Alle vier stellvertretenden Vorsitzenden der NRW-SPD wurden beim Parteitag in Bochum in ihren Ämtern bestätigt, jedoch alle mit schlechteren Ergebnissen (Vergleichswerte 2014 in Klammern). Die Essenerin Britta Altenkamp erhielt 71,2 Prozent (77,59), Marc Herter kam auf 79,2 Prozent (86,75). 80,5 (90,12) Prozent gab es für Elvan Korkmaz, der Kölner SPD-Vorsitzende Jochen Ott bekam

72,6 Prozent (73,49) der Abgeordnetenstimmen.

GENERALSEKRETÄR Anders als die Stellvertreter konnte Generalsekretär André Stinka sein Ergebnis verbessern. Der gebürtige Münsterländer wurde mit 90,13 (89,73) im Amt bestätigt. Auch Schatzmeister Norbert Römer aus Herne verbesserte sich: Er erhielt 90,44 Prozent (88,78) der Stimmen.

Westdeutsche Zeitung vom 26.09.2016 , S. 4

Ministerin Löhrmann reitet Attacken gegen die SPD

Grüne Spitzenkandidatin erhält in Oberhausen nur 80,6 Prozent Zuspruch. Keine Diskussion über Turbo-Abi.

Von Peter Kurz

Oberhausen. Wie reagiert die grüne Basis in Nordrhein-Westfalen auf den (halben) Kurswechsel ihrer Schulministerin Sylvia Löhrmann in Sachen Turbo-Abitur? Nachdem Löhrmann zuvor immer auf den Runden Tisch und dessen noch ausstehende Diskussion des Themas verwiesen hatte, plädierte sie in den vergangenen Tagen für eine „flexible Schulzeit“. Eine klare Antwort der Grünen auf diese Positionierung gibt es auf dem Landesparteitag in Oberhausen aber nicht. Denn das Thema wird gar nicht diskutiert.

Und so kann man allenfalls mittelbar aus dem Abstimmungsergebnis, das die Schulministerin bei ihrer Kandidatur für Platz eins der Grünen-Landesliste für die Landtagswahl im kommenden Mai erreicht, Rückschlüsse ziehen: Löhrmann wird mit 80,6 Prozent zur Spitzenkandidatin gewählt. 2012 hatte sie noch 98,46 Prozent erreicht. Der auf Listenplatz zwei gewählte NRW-Umweltminister Johannes Remmel (89,5 Prozent), Landesgesundheitsministerin Barbara Steffens auf Platz drei

(83,5 Prozent) und Fraktionschef Mehrdad Mostofizadeh auf Platz vier (81,72 Prozent) schnitten besser ab.

„Ich mache nicht mein Ding, ich mache unser Ding. Darum kann ich auch nur so stark sein, wie Ihr mich macht.“

Sylvia Löhrmann (Grüne),
NRW-Schulministerin

Die SPD hat den Runden Tisch zum Turbo-Abitur auf ihrem Parteitag zwar nicht beendet, wird dort aber künftig ausschließlich ihren neuen Kurs verfolgen, der Teil des SPD-Wahlprogramms 2017 wird. Ihr Modell „G8flexi“ geht so: Die Sekundarstufe I wird wieder sechsjährig, danach gibt es einen mittleren Abschluss. Die Entscheidung für G8 oder G9 würde dann erst nach der neunten Klasse fallen. Reichen zwei Jahre Oberstufe oder sollen eine umfangreichere Einführungsphase oder ein Auslandsjahr dazukommen?

Stark ist Löhrmann in ihrer Rede, als es weniger um ihr Schulressort geht, sondern um

Attacken nach außen. Gegen die Düsseldorfer Koalitionspartner SPD, der in Gestalt seines Verkehrsministers Michael Groschek mit seiner Kritik an einer „durchgrüntem Gesellschaft“ und seinen Attacken auf Bürgerinitiativen so etwas wie ein Sandsack ist, an dem sich bei diesem Grünen-Parteitag auch andere Redner abarbeiten.

Löhrmann: Basta-Politik ist in Wahrheit Verhinderungspolitik

Löhrmann dazu: „Wer Großprojekte verwirklichen will, der braucht dafür so viel Konsens wie möglich. Und deshalb, verehrte Sozialdemokraten, ist es geradezu zwingend, Umweltverbände, Gewerkschaften und Industrie auf Augenhöhe zu beteiligen.“ Basta-Politik sei in Wahrheit Verhinderungspolitik. Wer das nach dem Metrorapid-Desaster von Ex-Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) nicht gelernt habe, dem sei nicht zu helfen. „Lieber Mike Groschek“, spricht sie den freilich nicht anwesenden Kabinettskollegen an: „Du solltest es besser machen, das ist nicht durchgrünt, das ist Demokra-

tie.“ Die Opposition von CDU und FDP erwähnt sie auch nur kurz, als sie sagt, dass Armin Laschet und Christian Lindner „um den Preis als lautester Brüllaffe“ wetteiferten. Den gemeinsamen Gegner vor Augen – und das ist in Wahlkampfzeiten auch die SPD – fleht Löhrmann geradezu um Rückenstärkung der Parteifreunde bei ihrer Wahl zur Spitzenkandidatin: „Ich mache nicht mein Ding, ich mache unser Ding. Darum kann ich auch nur so stark sein, wie Ihr mich macht.“ Das reicht dann für die besagten 80,6 Prozent. Ein Votum, mit dem sich Löhrmann mit einem „Das freut mein Herz“ bedankt.

Die Vorgruppe war besser – würde man nach einem Musikkonzert sagen. Vorgruppe ist in diesem Fall Cem Özdemir, Bundesvorsitzender der Grünen. Er spricht seinen Parteifreunden beim derzeit alles beherrschenden Thema aus der Seele: Flüchtlinge und deren Integration. Mit Blick auf religiöse Befindlichkeiten betont Özdemir: „Kein heiliges Buch steht über dem Grundgesetz.“

Post von Horn online vom 25.09.2016 , S. 1

Krafts Glanz

Sonntag, 25. September 2016

Nebenbei

Hannelore Krafts Stern ist seit der NRW-Wahl 2012 stark verblasst. Nun versucht die NRW-SPD, ihn aufzupolieren. Auf dem Landesparteitag in Bochum wurde sie am Wochenende mit DDR-ähnlichen 98,45 Prozent als SPD-Landesvorsitzende bestätigt. Sie steht in der NRW-SPD konkurrenzlos da. Sie hat keinen Kronprinzen und schon gar keine Kronprinzessin zu fürchten, die ihr das Amt der SPD-Landesvorsitzenden und NRW-Regierungschefin streitig machen könnten. Das ist bemerkenswert, weil Kraft in fast allen wichtigen politischen Bereichen mit leeren Händen dasteht. Dass sie in ihrer Partei dennoch unangefochten bleibt, zeigt, wie ratlos die Funktionärselite der NRW-SPD ist. Inhaltlich hat die Partei kaum etwas zu bieten. Doch ihre Machtreflexe funktionieren noch. Um ihre Konzeptionslosigkeit zu verbergen, versucht sie, Krafts innerparteiliches Ansehen aufzumöbeln und die Ministerpräsidentin von ihren ausbleibenden Erfolgen abzukoppeln. Ihr gutes Wahlresultat erhielt Kraft nicht trotz, sondern wegen ihrer bescheidenen Regierungsergebnisse. Hinter dem Bemühen der SPD-Delegierten, ihre Spitzenkandidatin glänzen zu lassen, steht die Hoffnung, die dürftige Bilanz der Regierung Kraft ließe sich gegenüber Mitgliedern und Wählern in den Hintergrund drängen und mit Krafts Glamour überstrahlen. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Rechnung bei der NRW-Wahl im Mai aufgehen wird. Um die Regierungsposten und Landtagsmandate zu verteidigen, wird die SPD ihren Wahlkampf nicht mit Leistungsnachweisen bestreiten, sondern mit Krafts Popularität und ein paar Plänen und Versprechen für die nähere und fernere Zukunft. Kritik an der NRW-SPD wegen der vielen Defizite des Landes, die auf das Konto der Partei gehen, wird sie als Diffamierung und Nestbeschmutzung abtun. Diese Abwehrstrategie dient dazu, Angriffe der Opposition zu entschärfen und zum eigenen Vorteil zu nutzen. Sie ist seit Raus Zeiten als tauglich erprobt. Durchaus möglich, dass sie auch bei der nächsten NRW-Wahl greift. –
Ulrich Horn

Die NRW-Grünen nominierten am Wochenende ebenfalls ihre Spitzenkandidatin für die NRW-Wahl, Sylvia Löhrmann, – mit nur 80,6 Prozent. Sie nannte ihr Resultat ein „ehrliches Ergebnis“. Was mag sie wohl über Kraft Wahlergebnis von 98,45 Prozent denken? (uh)

Aachener Nachrichten vom 24.09.2016, S. 9

„Komplett aus dem Ruder gelaufen“

Vor den Landesparteitagen von SPD und Grünen stellt die Opposition den beiden Regierungsparteien ein verheerendes Zeugnis aus

VON JOHANNES NITSCHMANN

Düsseldorf. SPD und Grüne wollen sich an diesem Wochenende in Nordrhein-Westfalen gegenseitig die Parteitags-Show stehlen. Während die SPD in Bochum zur Neuwahl ihrer Parteiführung um Ministerpräsidentin und SPD-Landeschefin Hannelore Kraft zusammentritt, wollen sich die Grünen in Oberhausen für die NRW-Landtagswahl am 14. Mai 2017 formieren. Seit Wochen schon begegnen sich die rot-grünen Koalitionspartner in Düsseldorf mit unverblühten Kampfansagen. Vor allem in der Wirtschafts-, Verkehrs- und Schulpolitik scheint das Verhältnis nach siebenjähriger Regierungspolitik zerrüttet. Diese Koalition sei „resignativ und ambitionslos“, lästert die Landtags-Opposition, „die wollen nichts“.

Keine Machtperspektive

Nach den aktuellen Wahlumfragen hat Rot-Grün in NRW keine Machtperspektive. Die SPD rangiert derzeit bei 31 Prozent, die Grünen bei elf Prozent. Insgesamt 44 Prozent würden für eine Regierungsbildung längst nicht ausreichen. Aber auch für CDU-Oppositionsführer Armin Laschet zeichnet sich trotz seiner unübersehbaren Avancen an die Grünen keine eigene Mehrheitskonstellation ab.

Seine CDU liegt gegenwärtig bei nur 27 Prozent. Weitere 13 Prozent werden für die AfD, acht Prozent für die FDP und fünf Prozent für die Linkspartei prognostiziert. Gegenwärtig riecht vieles nach einer großen Koalition. Angesichts solcher Aussichten gehen SPD und Grüne frühzeitig auf Distanz.

In dieser Woche traten die drei SPD-Landesminister Michael Groschek (Verkehr), Garrelt Duin (Wirtschaft) und Norbert Walter-Borjans (Finanzen) mit viel PR-Rhetorik vor die Presse, um ein „Bündnis für Infrastruktur“ auszurufen. Dieses Bündnis richte sich „gegen nichts und niemanden“, sagte Groschek mit gespielter Unschuldsmine. Vielmehr sollten „neue Formate der Bürgerbeteiligungen“ gefunden werden, um Planungs- und Bauprozesse bei umstrittenen Verkehrsinfrastrukturprojekten zu beschleunigen. Von den drei grünen Ministern im Landeskabinett gehört keiner dem Bündnis an. Bei den Grünen wird vermutet, dass die SPD mit ihrer Initiative den Ärger der Bevölkerung über bröckelnde Brücken und überfüllte Nahverkehrszüge in Richtung des grünen Koalitionspartners lenken will.

Vor allem Verkehrsminister Groschek gilt bei den Grünen seit je-

her als „Grünen-Fresser“ und „Be-ton-Sozi“. Der wortflinke Genosse regt sich vor Unternehmern gerne über die „durchgegrünte Gesellschaft“ auf und wettet gegen die Blockaden von „Egoisten im Mantel der Bürgerinitiativen“. In der Verkehrspolitik liegt Groschek mit dem grünen Koalitionspartner meilenweit auseinander. Den von der Bundesregierung vorgelegten

„Wichtig ist, dass alle Kinder gut lernen im Sinne einer umfassenden Persönlichkeitsbildung.“

SYLVIA LÖHRMANN (GRÜNE),
NRW-SCHULMINISTERIN

Bundesverkehrswegeplan 2030 lobt Groschek als „das größte Verkehrsinfrastrukturprogramm, das NRW jemals erlebt hat“. Dagegen lautet das Urteil der Grünen: „nicht zukunftsfähig“.

Während sich die Koalition in Düsseldorf oftmals an solch kleineren Konflikten verhakete, blieben größere Herausforderungen auf der Strecke, wie die Opposition moniert: Die Energiewende stocke ebenso wie der Breitbandausbau in dem Industrieland. Mit null Prozent Wirtschaftswachstum ran-

giere NRW unter den 16 Bundesländern auf dem letzten Platz. Er mache Rot-Grün die politische Lage im Land nicht zum Vorwurf, sagt FDP-Fraktionschef Christian Lindner, „aber dass sie sich damit abfinden“. Immerhin will die Regierung Kraft die Nettoneuverschuldung im kommenden Haushaltsjahr auf 1,6 Milliarden Euro weiter reduzieren und im Jahre 2019 erstmals keine Kredite mehr zum Etatausgleich aufnehmen müssen. Allerdings sitzt NRW derzeit bereits mehr als 140 Milliarden Euro Schulden.

Dennoch rühmt sich die rot-grüne Regierung, sie gebe trotz des notwendigen Sparhaushalts mehr als jeden dritten Euro ihres 72,3-Milliarden-Etats für Bildung aus. Aber gerade in der Schulpolitik geht inzwischen ein tiefer Riss durch die Koalition. Während Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) seit 2010 zunächst hartnäckig an dem umstrittenen Turbo-Abitur festgehalten hatte, plädiert sie im Vorfeld des Wahlkampfes plötzlich für unterschiedlich lange Schulzeiten am Gymnasium. Unter dem Druck ihrer Partei hat Löhrmann, die sich am Wochenende erneut als Spitzenkandidatin der NRW-Grünen bewirbt, eine überraschende Wende vollzogen. Jetzt will sie die Lernzeiten sogar an allen Schulformen flexibilisieren und individualisieren. Es sei

nicht wichtig, ob Kinder, 12, 13 oder 14 Jahre zur Schule gingen. „Wichtig ist, dass alle Kinder gut lernen im Sinne einer umfassenden Persönlichkeitsbildung.“

Die Schulministerin errichte mit ihren Vorschlägen zur individuellen Schulzeit ein „pädagogisches Phantasialand“, spotten prominente Sozialdemokraten. Etlliche SPD-Landtagsabgeordnete sind sauer, dass unter Löhrmann die Einführung der Inklusion für behinderte Schüler und die Integration der vielen Flüchtlingskinder „komplett aus dem Ruder gelaufen“ sei.

Nur noch „pure Panik“

Die Zerrissenheit der rot-grünen Landesregierung ist für die Opposition eine Steilvorlage. Ein „Chaos pur“ hätten SPD und Grüne mit ihren Vorschlägen im Streit um das Turbo-Abitur angerichtet, urteilt FDP-Fraktionschef Lindner. Regierungschefin Kraft müsse den „schulpolitischen Schwebezustand“ umgehend beenden. Wie die FDP will auch CDU-Oppositionsführer Laschet die Schulpolitik zu einem zentralen Thema des kommenden Landtagswahlkampfes machen: „Zu wenige Lehrer, zu große Klassen, das bedeutet Stress für alle und Spaß für niemanden.“ In der rot-grünen Koalition regiere nur noch „pure Panik“.

Der Tagesspiegel vom 24.09.2016, S. 4

Ist was?

Ihre Koalition steht in Umfragen ohne Mehrheit da.
Auch die Wirtschaftsdaten in NRW sind mau.
Doch Hannelore Kraft ficht das nicht an

VON JÜRGEN ZURHEIDE, DÜSSELDORF

Die Kritik kam dieses Mal nicht von der Opposition. „Nordrhein-Westfalen bringt sein Potenzial nicht ein“, urteilte der Politikwissenschaftler Ulrich von Alemann jetzt in Düsseldorf, als er einige Anmerkungen zum 70. Jahrestag des größten Bundeslandes machte, und fügte auch noch an, worauf er diese Beobachtung stützt: Hannelore Kraft habe eine Bundeskarriere ausgeschlagen und begnüge sich mit „Stippvisiten“ in der Bundeshauptstadt.

Die beiden Oppositionsführer Armin Laschet von der CDU und Christian Lindner von der FDP sprangen dem Wissenschaftler, der üblicherweise nicht zu ihrem Freundeskreis zählt, sofort bei und fügten noch an, dass die „Selbstverzweigung“ der sozialdemokratischen Regierungschefin überall zu besichtigen sei. „Starkes Land, schwache Regierung“, schleuderte Christian Lindner der Amtsinhaberin kürzlich entgegen, „außer bei Staus, Schulden und Straftaten liegt NRW nirgendwo vorne.“

Hannelore Kraft lächelt inzwischen nicht einmal mehr gequält ob solcher Anwürfe, sie holt sofort zum Gegenschlag aus. „Natürlich muss man die Punkte thematisieren, an denen es nicht läuft, aber Sie zeichnen ein Zerrbild des Landes, wir haben in weiten Teilen eine Wirtschaft, die brummt.“ Wenn man sie nach ihrem Einfluss in der Hauptstadt fragt, verdreht sie die Augen und zählt dann auf, was sich in den zurückliegenden Jahren geändert habe: Beim Länderfinanzausgleich werde NRW profitieren wie nie zuvor, beim Straßenbau kämen endlich jene Milliarden im größten Bundesland an, die früher nach Bayern flossen. Und aus ihrer Abneigung gegen den an Eitelkeiten reichen Berliner Politikbetrieb macht sie keinen Hehl: Sie brauche das alles nicht.

Dabei ist es noch gar nicht lange her,

dass Hannelore Kraft auch auf die eigenen Leute kraftlos wirkte. Um den Jahreswechsel herum wuchsen die Zweifel am Willen der Regierungschefin, die Dinge im Land entschlossen voranzutreiben. Sie reagierte nicht nur nach den Ereignissen in der Silvesternacht seltsam zögerlich. Das Ansehen der Regierung sank unter die Marke von 50 Prozent, was auch jene bekümmerte, die zu ihrem engsten Unterstützerkreis zählten. „Du musst mehr machen, Hannelore“, bekam sie mit auf den Weg.

Ausgerechnet in jener Zeit wurde auch eine erste Schätzung zum Wachstum aus dem vergangenen Jahr publik: Nordrhein-Westfalen schnitt unter allen Bundesländern mit null Prozent am schlechtesten ab. So sehr man sich auch mühte, auf bemerkenswerte ausländische Direktinvestitionen hinzuweisen, der Eindruck blieb verheerend. „Die Landesregierung hat keine Ideen“, attackierte Laschet, dessen Umfragewerte stiegen und in der Union die Hoffnung keimen ließen, Rot-Grün bei der Wahl im Mai des kommenden Jahres ablösen zu können. Inzwi-

schon hat sich die Stimmung aber wieder gedreht. Es gibt erste Anzeichen, dass das Land im laufenden Jahr sogar wieder ein kräftiges Wachstum ausweisen könnte. Die Zahlen sollen bald vorgelegt werden. Dass die Armutszahlen ebenfalls – vor allem im Ruhrgebiet – gestiegen sind, bleibt damit zwar richtig. Doch das muss nicht nur auf die Landesregierung zurückfallen. Hannelore Kraft verweist in diesem Zusammenhang gerne auf den Widerstand der Opposition gegen den Mindestlohn, der die Lebenssituation von 800 000 Menschen in Nordrhein-Westfalen verbessert habe.

Das ist die Ausgangslage, mit der Kraft an diesem Wochenende in einen wichti-

gen Parteitag geht. Zentrales Thema: die Schulpolitik, genauer die Frage, ob das Abitur nach acht oder neun Jahren absolviert wird. Der grüne Koalitionspartner tagt ebenfalls, die grüne Schulministerin Sylvia Löhrmann hat hier andere Vorstellungen als die SPD. Überhaupt: Acht Monate vor der Wahl stellen beide Partner auf mehreren Politikfeldern die Unterschiede stärker in den Vordergrund. Kürzlich attackierte der sozialdemokratische Bauminister Michael Groschek die „durchgrünte“ Gesellschaft und die vielen Hemmnisse bei Straßen- und Wohnungsbau, was zu empörten Reaktionen des Koalitionspartners führte. „Wir sind zwei verschiedene Parteien, mit verschiedenen Programmen“, antwortet Hannelore Kraft, wenn man sie danach fragt, besonders zu beschäftigen scheint sie das nicht.

Krafts zur Schau getragene Gelassenheit hat auch mit den jüngsten Umfragen zu tun, bei denen Rot-Grün zwar knapp die Mehrheit verfehlt, die SPD aber zum Teil nah an 35 Prozent lag. Armin Laschet dagegen geriet unter Druck, weil seine CDU nur noch wenig über dem katastrophalen Wert von 26 Prozent lag, die Norbert Röttgen 2012 eingefahren hatte. Die AfD wird den Christdemokraten wohl deutlich mehr abnehmen als den Sozialdemokraten.

Da in NRW niemand eine große Koalition will, dürfte es bei fünf bis sechs Parteien im Parlament auf eine Dreierkonstellation hinauslaufen. Welche? „Es gibt keine Koalitionsaussagen vorab“, hämmert Kraft ihren Leuten ein. Und niemand widerspricht.

**Im Mai 2017
wird in NRW
eine neue
Regierung
gewählt**

Foto: imago

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 24.09.2016, S. 4

SPD und Grüne gehen eigene Wege

Vor den Landesparteitagen am Wochenende kämpfen die Koalitionspartner um das eigene Profil – und gegen eine durchwachsene Regierungsbilanz

Von Tobias Blasius
und Matthias Korfmann

Düsseldorf. Das Tagungszentrum „Ruhrcongress“ in Bochum und die Luise-Albertz-Halle in Oberhausen trennen ziemlich exakt 31 Kilometer. Politisch dürfte die gefühlte Entfernung an diesem Samstag größer sein. In Bochum hält die NRW-SPD ihren Landesparteitag ab, in Oberhausen treffen sich zeitgleich die Grünen zur Landesdelegiertenkonferenz. Nach sechs gemeinsamen, weitgehend harmonischen Regierungsjahren gehen die Koalitionspartner neuerdings auf Distanz zueinander. Acht Monate vor der Landtagswahl ist der Kampf um das eigene Profil und den strategischen Vorteil eröffnet.

Kraft ist unumstritten

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft stellt sich in Bochum zur Wiederwahl als SPD-Landesvorsitzende. Alles andere als ein ähnlich gutes Ergebnis wie die 95,2 Prozent von 2014 wäre eine Überraschung. Kraft ist trotz einer schwachen Regierungsbilanz im größten Landesverband der SPD unumstritten. Schlechtestes Wirtschaftswachstum, größte Insolvenzquote, höchste Pro-Kopf-Verschuldung, höchste Arbeitslosenquote aller Flächenländer, stärkste Zuwachsraten beim Armutsrisiko, Einbruchskriminalität auf hohem Niveau – die Negativnachrichten aus NRW werden bislang als „Schlechteden unseres starken Landes“ kollektiv verdrängt.

Kraft bleibt die einzige Machtoption der SPD. Alle neueren Umfragen sagen zwar ein Ende der rot-grünen Koalition im Mai 2017 voraus, die Position als stärkste Partei könnte die SPD jedoch retten. Dank Krafts Bekanntheit und ihrer noch immer vorzeigbaren Popularität.

Unverkennbar ist jedoch, dass die Ministerpräsidentin gerade erstmals von ihrer Partei angetrieben wird. Verkehrsminister Michael Groschek und Wirtschaftsminister Garrelt Duin keilen gegen die Gängelungsbürokratie der „durchgrüntes Gesellschaft“ - und scheren sich nicht mehr um Krafts Credo der unbedingten Koalitionsharmonie. Finanzminister Norbert Walter-Borjans hat sich im Kampf gegen Steuerhinterzieher oder als Verhandlungspartner auf Bundesebene längst einen eigenen Wirkungskreis geschaffen.

Und die Partei-Vizevorsitzenden Marc Herter und Jochen Ott leg-

ten jüngst handstreichartig einen klugen, fertig ausgearbeiteten Reformvorschlag zum „Turbo-Abitur“ vor. Das Machtwort der Ministerpräsidentin aus dem August, dass beim achtjährigen Gymnasium (G8) keine Strukturdebatten geführt werden sollen, wurde einfach unterlaufen. Der Parteitag wird das Herter-Ott-Papier wohl mit großer Mehrheit beschließen und den Umbau von G8 einleiten.

Gerade die SPD-Volte beim „Turbo-Abitur“ hat Schulministerin Sylvia Löhrmann kalt erwischt. Plötzlich stand die Grüne als letzte

Verfechterin des ungeliebten „G8“ da. Unter parteiinternem Druck legte sie ein verstörend anmutendes Schul-Konzept vor, das jedem

Medienberichte kratzen an Krafts Image

Die Serie an wenig schmeichelhaften Berichten über Kraft auch in überregionalen Medien wie Süddeutsche Zeitung („Die Bekümmerte“), Spiegel („Des Kümmerns müde“), Zeit („Sie will: nichts“) oder nun am Freitag in der Bundesausgabe der „Bild“-Zeitung („Hannelore, die Kraftlose“) führen eher dazu, dass sich die Genossen um die Chefin scharen.

Kind eine eigene Lernzeit zugestehen soll. „Ich bevorzuge diesen sanften Weg“, sagte die Schulministerin nebulös. Spekulationen, sie beschreibe den Weg zur „Einheitschule“, wies sie unwirsch als absurd zurück.

Grüne befürchten Machtverlust

Löhrmann kandidiert in Oberhausen als Spitzenkandidatin der Landeswahlliste. Niemand rechnet mit einem Aufbegehren der Basis. Aber die Stimmung ist eingetrübt. Sechs Jahre währten sich die Grünen als Treiber der Regierung, ihre Minister galten als vergleichsweise „starke“ Figuren im Kabinett. Die Abgrenzungsversuche der SPD und der drohende Machtverlust sind deshalb eine neue Erfahrung.

Als Kraft kurz vor den Sommerferien im Alleingang ein Milliarden-Investitionspaket als kommunales Kreditprogramm mit dem Titel „Gute Schule 2020“ ankündigte, empfanden führende Grüne dies als Provokation. Zwischen den Koalitionspartnern war eigentlich verabredet, das Geld auch für Sportstätten und den Ausbau der digitalen Infrastruktur einzuplanen. Die Zeit der Rücksichtnahmen ist jedoch vorbei.

Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne, l.) und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft.

FOTO: DPA



Neue Westfälische vom 26.09.2016, S. 4

Kirstin Korte ist die neue Nummer 1 auf der Liste

Landtagswahl: Christdemokraten in OWL stellen ihre Vorschlagsliste für die Landesliste auf

Von Lothar Schmalen

■ **Schloß Holte-Stukenbrock.**

Die Mindener Landtagsabgeordnete Kirstin Korte ist die neue Nummer 1 der CDU in OWL für die Landtagswahl im Mai 2016. Einstimmig setzten die 130 stimmberechtigten Teilnehmer des CDU-Bezirksparteitages in Stukenbrock die 61-jährige Christdemokratin auf den ersten Platz der Vorschlagsliste für die CDU-Landesliste. Die endgültige Liste wird am 26. November von der NRW-CDU in Mönchengladbach beschlossen. Korte, die ihren Wahlkreis Minden-Lübbecke II kaum gegen die SPD direkt holen kann, hat jetzt gute Chancen, auf der Landesliste einen aussichtsreichen Platz zu bekommen und so zum zweiten Mal nach 2012 in den Landtag einzuziehen.

Das gilt auch für nächstplatzierten auf der OWL-Vorschlagsliste: Ralf Nettelstroth (Bielefeld), ebenfalls seit 2012 im Landtag, Walter Kern (Lemgo, bereits seit 2005 im Landtag) und die beiden Neulinge unter den Kandidaten, Klaus Oehler (Herford) und Birgit Ernst (Werther).

Mit der Wahl von Kirstin Korte, die auch stellvertretende CDU-Bezirksvorsitzende und Vize-Landrätin im Kreis Minden-Lübbecke ist, steht zum ersten Mal eine Frau an der Spitze der OWL-Liste. Bei der Landtagswahl 2012 hatten die OWL-Christdemokraten Friedhelm Ortgies (Rahden) und Ursula Doppmeier (Gütersloh) auf die ersten beiden Plätze gesetzt. Beide treten

2017 nicht mehr an, Ortgies (66) ist seit 2000 Landtagsabgeordneter und beendet ebenso seine politische Laufbahn wie Ursula Doppmeier (64), die Witwe des früheren CDU-Bezirksvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Hubert Doppmeier. Sie gehört dem Landtag ebenfalls seit 16 Jahren an.

Auch dem Bielefelder Ralf Nettelstroth und dem Lipper Walter Kern, der auch Spitzenkandidat der CDU-Landesverbandes NRW für die Landtagswahl ist, wurden Ambitionen auf den Platz 1 der Vorschlagsliste nachgesagt. Doch entschied der Bezirksverband sich diesmal, eine Frau an die Spitze zu setzen. 2012 war Ursula Doppmeier noch die Nummer 2 auf der OWL-Liste, dann aber vom CDU-Landesverband vor Ortgies auf der Landesliste platziert worden, weil die CDU jeden dritten Listenplatz mit einer Frau besetzen wollte. Diese Regel gilt auch diesmal wieder.

Die eigentliche Nummer 1 der OWL-CDU im Düsseldorf Landtag, der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende und Sprecher der CDU-Abgeordneten aus OWL, André Kuper (55, Rietberg), verzichtet auf einen Listenplatz. Sein Wahlkreis im südlichen Kreises Gütersloh gilt für die CDU als sicher. Kuper, früher Bürgermeister von Rietberg, sitzt seit 2012 im Landtag. Auch Vertreter der CDU im Kreis Paderborn fehlen auf der Liste. Ihre Wahlkreise gel-

ten als ebenso sicher für die CDU wie der von Kuper.

„Eine gute Mischung aus Männern und Frauen“

CDU-Bezirksvorsitzender Ralf Brinkhaus MdB (Gütersloh) war nach der Wahl sichtlich zufrieden. „Wir haben ein tolles Team, eine gute Altersmischung auch eine gute Zusammensetzung aus Männern und Frauen“, sagte er anschließend im Gespräch mit dieser Zeitung. Die Christdemokraten in Region rief er zu einem engagierten Wahlkampf auf.

Die weiteren Listenvorschläge: 6. Heike Görder (55, Bad Salzuflen), 7. Raphael Tigges (43, Gütersloh), 8. Christian Bobka (48, Kirch Lengern), 9. Vincenzo Coperino (47, Bielefeld), 10. Bianca Winkelmann (49, Rahden), Marketa Teutrije (38, Detmold) und Stephan Böker (32, Beverungen).



Die Top-Kandidatin: Kirstin Korte mit Ihren Mitstreitern Klaus Oehler, dem OWL-CDU-Chef Ralf Brinkhaus, Walter Kern, Birgit Ernst, Ralf Nettelstroth und André Kuper (von links). FOTO: ANDREAS ZOBE

Westfalenblatt vom 26.09.2016, S. 3

CDU eröffnet NRW-Wahlkampf

Bezirksparteitag wählt Kandidaten für Landesreserveliste – Kritik am Unternehmertag

Von Andreas Schnadwinkel

Schloß Holte-Stukenbrock (WB). Die CDU in OWL bringt sich in Stimmung für die Landtagswahl im Mai 2017. Bei ihrem Bezirksparteitag hat die CDU am Samstag zwölf Kandidaten für die Landesreserveliste nominiert. An Platz eins haben die 130 Delegierten die Landtagsabgeordnete Kirstin Korte aus Minden gewählt.

»Nordrhein-Westfalen ist im Wachstum abgehängt und hat deswegen einen Schuldenhaushalt. Rot-Grün hat sechs Jahre Zeit gehabt, etwas zu verbessern. Fast alles ist schlechter geworden«, sagte Ralph Brinkhaus im Gasthaus »Zur Post« in Stukenbrock. Der ostwestfälische CDU-Vorsitzende muss nun mit den anderen sieben Bezirkschefs in Nordrhein-Westfalen über die endgültige

Reihenfolge der Landesliste verhandeln. Beschlossen wird sie am 26. November bei der CDU-Landesdelegiertenversammlung in Mönchengladbach. Mit knapp 20 000 Mitgliedern stellt die OWL-CDU den zweitgrößten Bezirksverband in NRW – nach dem Ruhrgebiet. Die Landtagsabgeordneten Daniel Sieveke (Paderborn) und André Kuper (Rietberg) sowie Matthias Goeken (Höxter) verzichten auf einen Listenplatz, weil sie gute Aussichten auf ein Direktmandat haben.

Da der CDU-Spitzenkandidat und NRW-Landesvorsitzende Armin Laschet die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin Angela Merkel (CDU) unterstützt und Rot-Grün

die starre Haltung zum Turbo-Abitur (G8) aufzuweichen beginnt, scheinen den Parteien die Wahlkampfthemen auszugehen. Das sieht André Kuper nicht so: »Bei den Flüchtlingen sind wir uns nur beim großen Rahmen einig, in den Details gibt es aber starke Unterschiede, etwa bei der Zuweisung von Asylbewerbern in den ländlichen Raum. In der Schulpolitik ist der Unterrichtsausfall ein wichtiges Thema. Und die wirtschaftliche Lage ist das größte Problem des Landes.« SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hoffte, dass die Flüchtlingskrise alles andere überdeckt. Doch die CDU wolle, so Kuper in seiner Rede, Kraft auf dem Feld der Wirtschaft stellen – im Gegensatz zum OWL-Unternehmertag. »Wachstum ist durch Politik beeinflussbar. Wenn Kraft das nicht versteht, sollte sie es sein lassen«, sagte Kuper.

Am Rande des CDU-Bezirksparteitags äußerten die Delegierten heftige Kritik am OWL-Unternehmertag vor einer Woche und dem handzähmen Umgang« der regionalen Wirtschaftsführer mit Hannelore Kraft.

Landtagsabgeordnete Kirstin Korte erklärte, dass die Kritik am Zustand Nordrhein-Westfalens (Schlusslicht-Debatte) kein »Schlechtreden« sei. »Das ist Bilanzieren. Diese rot-grüne Bilanz müssen wir als CDU aufarbeiten«, sagte die Mindenerin und rechnete vor, dass Deutschland 2015 ein

Wachstum von 2,2 Prozent statt 1,7 Prozent gehabt hätte – ohne NRW.

Angesichts aktueller Umfrageresultate, die CDU liegt in NRW derzeit bei 27 Prozent, fiel es nicht leicht, in Wahlkampfstimmung zu kommen. Ralph Brinkhaus versuchte es trotzdem: »Wir brauchen einen Ruck in diesem Land. Deswegen hat Armin Laschet all unsere Unterstützung verdient.«



Wollen für die CDU in den Landtag (von links): Raphael Tigges (Gütersloh), Klaus Oehler (Herford/Minden-Lübbecke), Walter Kern (Lippe), Birgit Ernst Gütersloh/Bielefeld), Christian Bobka (Herford/Minden-Lübbecke), André Kuper (Gütersloh), Kirstin Korte (Minden), Ralf Nettelstroth (Bielefeld), Heike Görder (Lippe), Martéka Teutrine (Lippe), Bianca Winkelmann (Minden-Lübbecke), Matthias Goeken (Höxter), Stephan Böker (Kreisverband Höxter, ohne Wahlkreis), und Vincenzo Copertino (Bielefeld). Foto: Schnadwinkel

Westfalenpost vom 26.09.2016, S. 10

Viel Rückhalt in CDU für Kerkhoff und Kaiser

Amtsinhaber treten zur Landtagswahl 2017 erneut an. „Hochsauerland ist kein Freilichtmuseum“

Von Lars Peus

Freienohl. Großen Zuspruch haben Klaus Kaiser aus Arnsberg und Matthias Kerkhoff aus Olsberg beim CDU-Kreisparteitag in Freienohl erfahren. Mit knapp 96 Prozent für Klaus Kaiser im Wahlbezirk 124 (Hochsauerlandkreis 1) und 99,7 Prozent für Matthias Kerkhoff im Wahlbezirk 125 (Hochsauerlandkreis 2) haben beide aus den eigenen Reihen viel Rückenwind für die Landtagswahlen 2017 erhalten.

Kerkhoff kandidiert für ein Direktmandat in Bestwig, Brilon, Hallenberg, Marsberg, Medebach, Meschede, Olsberg und Winterberg. Kaisers Wahlbezirk umfasst Arnsberg, Sundern, Schmallenberg sowie Eslohe. Der 59-jährige Klaus Kaiser gehört seit 2000 dem Landtag an, er ist stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion. Der 37-jährige Matthias Kerkhoff ist seit 2012 im Landtag. „Als Mitglied des Landtages bin ich bisher mit Demut, Stolz und großer Freude dabei“, erklärte Kerkhoff vor seiner Wiederwahl, mit dessen eindeutigen Ergebnis er sich gestärkt sieht „für das, was vor uns liegt“.

Kritik an Landesregierung

Klaus Kaiser ist verheiratet, hat zwei Kinder und kommt aus Arnsberg. Kaiser ist zudem Bezirksvorsitzender der CDU. Matthias Kerkhoff ist ledig, 37 Jahre alt, kommt aus Olsberg und ist Kreisvorsitzender der CDU.

Ein klares Signal sendeten die beiden Landespolitiker in Richtung der momentanen Landesregierung: „Nordrhein-Westfalen, und besonders das Sauerland, haben großes Potenzial, das unter falscher Hand regiert wird. Das Hochsauerland ist kein Freilichtmuseum – es muss eine Weiterentwicklung stattfinden“, sagte Kerkhoff. Kinderarmut und ausbleibendes Wirtschaftswachstum seien „ein trauriger Höhepunkt“. Ebenso deutlich drückte sich Klaus Kaiser aus: „Löhrmann setzen - 6!“, lautete sein Fazit für den bildungspolitischen Tätigkeitsnachweis der Schulministerin Sylvia Löhrmann. Hierbei kritisierte er vor allem die Handhabung der Inklusion. Matthias Kerkhoff gab die Devise aus: „Der Anspruch der Politik sollte es sein, zu gestalten und etwas zu verändern. Wir haben in NRW noch etwas vor, unser Ziel ist es, im

nächsten Jahr so stark zu sein, dass ohne die CDU keine Landesregierung gebildet werden kann“, wünschte sich Klaus Kaiser für die Landtagswahl 2017.

Im Kreisvorsitz bestätigt

Jens Spahn, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, warf als Gastredner einen Blick über den landespolitischen Tellerrand. Spahn nahm die Delegierten auf einen Streifzug durch die Bundes- und Europa-Politik mit. Für seine Feststellung, dass man nicht immer alles bemängeln sollte, sondern auch mal sehen müsse, dass es den Deutschen im Gegensatz zu vielen anderen Ländern gut gehe, erntete er großen Zuspruch.

Bei den Wahlen zum Kreisvorstand konnte sich Matthias Kerkhoff ebenfalls über ein eindeutiges Ergebnis freuen. 98 Prozent der Delegierten wählten ihn auch für die nächsten Jahre zum Vorsitzenden der CDU Hochsauerland. Die stellvertretenden Kreisvorsitzenden heißen, wie schon in der letzten Wahlperiode, Volker Arens aus Meschede, Stefan Lange aus Sundern und Hiltrud Schmidt aus Olsberg. Schatzmeister bleibt Andreas Bremke aus Arnsberg, Schriftführerin Sibylle Rohe-Tekath aus Sundern.



Sie wollen für die CDU in den Landtag: Klaus Kaiser (links) und Matthias Kerkhoff (rechts). Gast des Kreisparteitags in Freienohl war Jens Spahn, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium (Mitte). FOTO: LARS PEUS

Neuer Kreisvorstand gewählt

Als Beisitzer gehören dem neuen CDU-Kreisvorstand aus den Kommunen und den Partei-Gliederungen an: Norbert Atorf (Marsberg), Alexander Berkenkopf (Hallenberg), Sebastian Beule (Schmallenberg), Sebastian Booke (Sundern), Sven Lucas Deimel (Winterberg), Hans-Josef Dülme (Marsberg),

Eberhard Fisch (Brilon), Claudia Hachenei (Sundern), Anna Kaufhold (Medebach), Michael Kotthoff (Meschede), Lukas Kraft (Junge Union), Anna-Hele-Lochthove (Frauen-Union), Eckhard Luhme (Olsberg), Ludger Maas (Arnsberg), Barbara Mittel (Brilon), Michael Min-geleers (Winterberg), Kers-

tin Richter (Christlich-De-mokratische Arbeitneh-merschaft), Kathrin Rösen (Olsberg), Gisela Schulte (Arnsberg), Klaus Schulte (Eslohe), Rupert Schulte (Arnsberg), Dr. Matthias Schütte (Schmallenberg), Marcel Spork (Meschede), Johannes Verhoeven (Se-nioren-Union) und Cle-mens Voß (Bestwig).

Aachener Zeitung vom 24.09.2016, S. 9

„Armin, Du hast ein Image-Problem“

Vor der Landtagswahl im Mai kommt in der CDU Kritik am Landesvorsitzenden Laschet auf. Parteitage von Grünen und SPD.

VON DETLEV HÜWEL UND BETTINA GRÖNEWALD

Düsseldorf. Knapp acht Monate vor der Landtagswahl kommt in der NRW-CDU neue Kritik an Partei- und Fraktionschef Armin Laschet auf. Angesichts der jüngsten Umfragen, denen zufolge die Union bei nur 28 Prozent liegt, sei die Stimmung „nicht gerade euphorisch“ heißt es in der Landtagsfraktion. 28 Prozent seien eine „Katastrophe“; manche befürchten sogar, dass es noch bis auf 25 Prozent abwärtsgehen könnte.

Keine Zeit für Diskussionen

Der Vorwurf lautet, Laschet sei es bislang nicht gelungen, der Union ein eigenständiges Profil zu geben; er habe sich zu sehr mit Angela Merkel solidarisiert, die jetzt aber ihren umstrittenen Satz „Wir schaffen das“ relativiert habe. „Die NRW-CDU darf nicht hinter der Kanzlerin zurückbleiben, sondern muss vielmehr einen Schritt vorgehen“, sagte der Abgeordnete Lothar Hegemann im Gespräch mit unserer Zeitung an Laschets Adresse. Hegemann hatte schon vor längerer Zeit in der Fraktion beklagt, dass sich Armin Laschet in der Flüchtlingsfrage zu einseitig positioniere und ihm vorgehalten: „Armin, du hast ein Image-Problem.“

In der vergangenen Woche mahate auch der Klever Abgeordnete Günther Bergmann Laschet zu einer neuen Sprachregelung („wording“). Die CDU dürfe sich nicht nur auf die Integration der Flüchtlinge konzentrieren, sondern müsse auch darum bemüht sein, dass die Menschen ohne Bleiberecht wieder in ihre Heimat zurückkehren. Für seinen Appell erhielt Bergmann starken Beifall in der Fraktion. Einige seiner Kollegen beklagen, dass intern nicht genug über die Frage der Zuwanderung diskutiert werde. Die Zeit fehle, da Laschet zu oft Leute von

auswärts einlade. Am Dienstag ist der thüringische Fraktionschef Mike Mohring dort zu Gast. In der NRW-CDU hat sich unterdessen ein informeller Kreis um den Landtagsabgeordneten Holger Müller gebildet. Der konservative Zirkel, dem etwa 40 Christdemokraten angehören, will laut Müller nicht in die Politik eingreifen und erst recht keine Unruhe stiften. Vielmehr verstehe man die Zusammenkünfte – zuletzt war der Bundes-



Teile der NRW-CDU sind unzufrieden mit ihrem Vorsitzenden Armin Laschet. Foto: imago/M. Popow

politiker Wolfgang Bosbach als Redner geladen – als Gedankenaustausch. Der Düsseldorfer CDU-Zentrale scheint dieser Kreis allerdings nicht bekannt zu sein. Man mache aber auch kein großes Aufheben, betont Müller. Nach Ansicht des früheren Parteichefs Norbert Blüm muss sich die NRW-CDU stärker als Partei der Sozialen Marktwirtschaft und als „Europa-Partei“ profilieren. Dies müsse aber flankiert werden von „mehr Regionalität, also Stärkung der Heimat“, sagte Blüm unserer Zeitung. Ex-Fraktionschef Karl-Jo-

sef Laumann wiederum warnt: „Solange der Streit mit der CSU in der Flüchtlingspolitik auf Bundesebene anhält, werden auch bei der Landtagswahl in NRW landesspezifische Themen nur eine untergeordnete Rolle spielen.“

Das Thema der Parteitage

Während die NRW-CDU mit ihrem Vorsitzenden hadert, bereiten sich die Regierungsparteien SPD und Grüne auf ihre jeweiligen Landesparteitage an diesem Wochenende vor. In Bochum will die SPD über eine mögliche Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium (G9) und andere Modelle diskutieren und abstimmen. Eine endgültige Entscheidung über das heikle Thema muss auf dem Parteitag aber noch nicht fallen.

Parallel wählen die Grünen in Oberhausen ihr Personaltableau für die Landtagswahl. Es gilt als sicher, dass sie die Schulministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann wieder zu ihrer Spitzenkandidatin küren.

Nachdem Löhrmann in den vergangenen Jahren trotz anhaltender Kritik vor allem aus Bürgerinitiativen eisern an G8 festhalten wollte, gibt es inzwischen eine Kehrtwende. Sowohl die Schulministerin als auch die SPD haben nun neue Reformvorschläge vorgelegt – unterschiedliche allerdings.

CDU-Politiker Jens Spahn hält Obergrenze von 200 000 Flüchtlingen für zu hoch

CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn fordert weitere Verschärfungen im Asylrecht, um abgelehnte Asylbewerber schneller abschieben zu können. „Es ist zum Haareraufen, dass Zigtausende Menschen, die Deutschland eigentlich längst verlassen haben müssten, teils jahrelang trotzdem hierbleiben und Sozialleistungen bekommen“, sagte er. „Wir müssen kleinste rechtliche und faktische Hindernisse, die Abschiebungen in der Praxis erschweren, finden und wegräumen“, sagte der Finanzstaatssekretär.

Ende Juni lebten nach Angaben der Bundesregierung fast 550 000 rechtskräftig abgelehnte Asylsuchende in Deutschland, 406 000 hielten sich seit mehr als sechs Jahren im Land auf. Knapp die Hälfte der abgelehnten Asylbewerber hatte jedoch ein unbefristetes Aufenthaltsrecht, gut ein Drittel ein befristetes.

Der CDU-Politiker forderte außerdem einen EU-Nordafrika-Pakt, ähnlich der Vereinbarung mit der Türkei. „Aus Nordafrika kommen vor allem Armutsauswanderer“, sagte Spahn

der Zeitung weiter. „Mit Abkommen zwischen der EU und den Staaten Nordafrikas könnten wir die aus dem Meer Geretteten dorthin zurückbringen.“ Zugleich müsse die EU die gemeinsame Grenzschutzagentur Frontex stärken. „Frontex müsste eigentlich mehr als 50 000 Grenzschützer stark sein.“

Die von der CSU geforderte Obergrenze von 200 000 Flüchtlingen pro Jahr sei „eine ziemlich hohe Zahl“, sagte Jens Spahn außerdem dem Thema.

Rheinische Post vom 24.09.2016, S. 4

Kritik an Laschet wegen schlechter Umfragewerte für die CDU

VON DETLEV HÜWEL

DÜSSELDORF Knapp acht Monate vor der Landtagswahl kommt in der NRW-CDU neue Kritik an Partei- und Fraktionschef Armin Laschet auf. Angesichts der jüngsten Umfragen, wonach die Union bei nur 28 Prozent liegt, sei die Stimmung „nicht gerade euphorisch“ heißt es in der Landtagsfraktion. 28 Prozent seien eine Katastrophe; manche befürchten sogar, dass es noch bis auf 25 Prozent abwärtsgehen könnte.

Zu hören ist der Vorwurf, Laschet sei es bislang nicht gelungen, der Union ein eigenständiges Profil zu geben; er habe sich zu sehr an Angela Merkel „drangehängt“, die jetzt aber ihren umstrittenen Satz „Wir schaffen das“ relativiert habe. „Die NRW-CDU darf nicht hinter der Kanzlerin zurückbleiben, sondern muss vielmehr einen Schritt vorgehen“, sagte der Abgeordnete Lothar Hegemann an die Adresse Laschets. Hegemann hatte schon vor längerer Zeit in der Fraktion beklagt, dass sich Laschet in der Flüchtlingsfrage zu einseitig positioniere, und ihm vorgehalten: „Armin, du hast ein Image-Problem.“

In der jüngsten Fraktionssitzung mahnte jetzt auch der Klever Abgeordnete Günther Bergmann Laschet zu einer neuen Sprachregelung („Nötig ist ein neues Wording“). Die CDU dürfe sich nicht nur auf die Integration der Flüchtlinge konzentrieren, sondern müsse auch darum bemüht sein, dass Menschen ohne Bleiberecht wieder in ihre Heimat zurückkehrten. Für seinen Appell erhielt Bergmann starken Beifall. Einige Fraktionäre beklagen, dass intern nicht genug über die Frage der Zuwanderung diskutiert werde. Die Zeit fehle, da Laschet oft Leute von auswärts einlade. Am Dienstag ist der thüringische Fraktionschef Mike Mohring dort zu Gast.

In der NRW-CDU hat sich unterdessen ein informeller Kreis um den Landtagsabgeordneten Holger Müller (Rheinisch-Bergischer Kreis) gebildet. Der konservative Zirkel, dem

etwa 40 Christdemokraten angehören, will laut Müller nicht in die Politik eingreifen und erst recht „keine Unruhe stiften“. Vielmehr verstehe man die Zusammenkünfte – zuletzt war der Bundespolitiker Wolfgang Bosbach als Redner geladen – als Gedankenaustausch. Der Düsseldorfer CDU-Zentrale scheint dieser Kreis allerdings nicht bekannt zu sein. Man mache aber auch kein großes Aufheben, betont Müller.

Nach Ansicht des früheren Parteichefs Norbert Blüm muss sich die NRW-CDU stärker als Partei der sozialen Marktwirtschaft und als „Europa-Partei“ profilieren. Dies müsse zugleich flankiert werden von „mehr Regionalität, also Stärkung der Heimat“, so Blüm zu unserer Redaktion. Ex-Fraktionschef Karl-Josef Laumann wiederum warnt: „Solange der Streit mit der CSU in der Flüchtlingspolitik auf Bundesebene anhält, werden auch bei der Landtagswahl in NRW landesspezifische Themen nur eine untergeordnete Rolle spielen.“

Laschet unter Druck

VON DETLEV HÜWEL

Angesichts der miserablen Umfragewerte nimmt der parteiinterne Druck auf CDU-Landeschef Armin Laschet zu. Von ihm wird erwartet, dass er eine gestärkte Union in den Landtagswahlkampf 2017 führt. Doch bislang ist davon wenig zu spüren. Höchstens 28 Prozent, wie die jüngsten Umfragen prognostizieren, sind ziemlich nah dran an dem historischen Tief, in das die Partei 2012 mit ihrem damaligen uneinsichtigen Vorsitzenden Norbert Röttgen gestürzt war.

Dabei bietet die Regierung Kraft der Opposition doch wahrlich genügend Steilvorlagen. Zudem werden sich an diesem Wochenende SPD und Grüne auf ihren Parteitagen mit mehr oder minder unausgegrenzten Konzepten zur Schulreform zu überbieten versuchen. Wo bleibt der Gegenentwurf der CDU? Offenbar hat sie der Meinungsumschwung von G8 zu G9 kalt erwischt.

Laschet sollte auch genauer hinhören, wenn es in Partei und Fraktion um die Flüchtlingspolitik geht. Ein möglichst differenziertes Vorgehen könnte dazu beitragen, der AfD das Wasser abzugraben.

**Welt am Sonntag
vom 25.09.2016, S.
NRW3**

Armenhaus NRW

VON TILL-R. STOLDT

Vor allem an einem Ziel wollte Hannelore Kraft sich messen lassen, als sie 2010 Ministerpräsidentin wurde: an dem Vorhaben, die Armut insbesondere bei Kindern zu bekämpfen. Das war sympathisch. Wem liegen sie denn nicht am Herzen – die Kinder, die Armen und erst recht die armen Kinder?

Frau Kraft hat ihr Ziel nicht erreicht. Die Zahl der von Hartz IV lebenden Kinder in NRW stieg laut Bertelsmann-Stiftung von 17 Prozent im Jahr 2011 auf 18 Prozent oder 542.000 Kinder im Jahr 2015. Auch die Zahl der Armutsgefährdeten stieg in NRW unter Rot-Grün stärker als in jedem anderen Bundesland – um 3,1 Prozent auf 17,5 Prozent der Landesbevölkerung. Man könnte es sich nun einfach machen und daraus schließen: SPD und Grüne sind unfähig, für mehr Arbeitsplätze und Wachstum zu sorgen, also gehören sie abgewählt. Aber das wäre zu einfach, weil es mildernde Umstände gibt. Vor allem einen: Die Armut nahm besonders dort zu, wo besonders viel Zuwanderung verzeichnet wurde. Das verdeutlicht die Stadt Duisburg. Sie avancierte zur Armenhauptstadt der Republik, weil dort über 26 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht sind. In keine andere Stadt wanderten in den letzten Jahren aber auch prozentual mehr sogenannte Armutsflüchtlinge ein – überwiegend Familien mit Kindern. Diesen Befund bestätigt eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung. Ihr zufolge stieg die Armutsrisikoquote 2015 fast ausschließlich, weil mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ins Armutsrisiko rutschten. Natürlich ist es Aufgabe einer Regierung, diese Zugewanderten auch durch wachstumsfördernde Politik in Lohn und Brot zu bringen. Aber die Armutsentwicklung zeugt eben nicht davon, dass Rot-Grün grundsätzlich schlechte Wirtschaftspolitik betreibt, sondern dass die integrationspolitischen Instrumente bislang nicht ausreichen. Vielleicht müssen Regierung wie Opposition erst lernen, dass Zuwanderungspolitik auch Wachstumspolitik ist?

**Frankfurter Allgemeine Zeitung vom
24.09.2016, S. 4**

Weniger Vertrauen

DÜSSELDORF, 23. September. Lange war die „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion“ (Ditib) ein gern gesehener Partner für viele deutsche Landesregierungen. Um etwa den muslimischen Religionsunterricht an den Schulen zu ermöglichen, gingen die Ministerien recht unkritisch mit der Ditib um, die direkt der türkischen Religionsbehörde Diyanet in Ankara untersteht. Spätestens seit dem gescheiterten Militärputsch und dem scharfen Vorgehen der Regierung Erdogan gegen Anhänger der Gülen-Bewegung wird die Ditib nun vielerorts genauer unter die Lupe genommen. Das jüngste Beispiel ist die Entscheidung des nordrhein-westfälischen Justizministers Thomas Kutschaty (SPD), künftig alle Ditib-Imame, die in den Gefängnissen des Landes als Seelsorger tätig sind, vom Verfassungsschutz überprüfen zu lassen. Formal betrachtet werden die rund 90 „Gefängnis-Imame“ der Ditib damit nun so behandelt wie die Imame aller anderen Moscheegemeinden, die in nordrhein-westfälischen Haftanstalten seelsorgerisch tätig werden wollen. Aber „einen Vertrauensvorschuss“ gebe es für die aus der Türkei nach Deutschland entsandten Imame nun eben auch nicht mehr, sagt der Justizminister. Die Überprüfung sei „die Konsequenz aus dem Comic der Religionsbehörde Diyanet, in dem der Märtyrertod verherrlicht wird“.

Vor einigen Monaten war bekanntgeworden, dass es in der Türkei einen Diyanet-Comic mit der Überschrift „Gott wird unsere Märtyrer belohnen und ihre Gräber mit Licht füllen!“ gibt.

Der türkischsprachige Comic wird nicht von der nordrhein-westfälischen Ditib bei der Bildungsarbeit eingesetzt. Das nordrhein-westfälische Innenministerium forderte den Landesverband der Ditib in Köln im Frühjahr gleichwohl zu einer Stellungnahme auf. Doch die Ditib ließ in ihrer Antwort „die notwendige Neutralität bzw. ausreichende Distanz“ vermissen, heißt es in einem Bericht, den Innenminister Ralf Jäger Ende August dem Landtag zuleitete. Deshalb entschied der Sozialdemokrat, die Kooperation mit der Ditib in der Kölner Filiale seines Salafismus-Präventionsprogramms zu beenden.

Justizminister Kutschaty dagegen will ausdrücklich weiter mit der Ditib kooperieren. Die Überprüfung der Imame sei kein grundsätzliches Misstrauensvotum gegen die Ditib, sagt ein Sprecher seines Ministeriums. Nur eine bevorzugte Behandlung solle es nun nicht mehr geben. Im vergangenen Jahr noch hatte der Justizminister der Ditib im Landtag einen Persilschein ausgestellt. Auch damals ging es darum, dass die Ditib direkt der türkischen Religionsbehörde untersteht und ihre Imame in der Regel nur für vier Jahre in die Moscheegemeinden nach Deutschland schickt. Dem Auswahlverfahren konnte Kutschaty seinerzeit ausdrücklich gute Seiten abgewinnen: Es biete ein hohes Maß an Sicherheit, weil die Imame als türkische Beamte gehalten seien, sich verfassungstreu zu verhalten. „Gerade die Türkei hat kein Interesse daran, Salafisten zu unterstützen“, sagte er damals. (reb.)

Kölnische Rundschau vom 24.09.2016 , S. 6

Kein Vertrauensvorschuss

NRW lässt jetzt auch Ditib-Imame in Gefängnissen vom Verfassungsschutz durchleuchten

VON TOBIAS BLASIUS

DÜSSELDORF. Im Streit um Radikalisierungstendenzen junger Muslime in NRW-Gefängnissen hat Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) eine Kehrtwende eingeleitet. Von den insgesamt 104 Imamen, die zurzeit in den 30 Haftanstalten ehrenamtlich als Seelsorger eingesetzt sind, sollen auch die 92 der Türkisch-Islamischen Union Ditib künftig vom Verfassungsschutz durchleuchtet werden. Bislang mussten sich nur Prediger anderer Moscheevereine vor dem Einsatz hinter Gittern einer Überprüfung unterziehen.

„Die Prediger der Ditib genießen keinen Vertrauensvorschuss mehr“, erklärte Kutschaty. Die Überprüfung durch den Verfassungsschutz sei die Konsequenz aus dem

jüngsten Streit um einen Comic der türkischen Religionsbehörde Diyanet, in dem der Märtyrer-Tod verherrlicht worden war. Daraufhin hatte bereits das NRW-Innenministerium die Zusammenarbeit mit Ditib beim Salafismus-Präventionsprogramm „Wegweiser“ beendet.

Noch im März 2015 hatte Kutschaty behauptet, alle in NRW-Gefängnissen eingesetzten Imame würden bereits vom Verfassungsschutz durchleuchtet. Damals widersprach der Bund der Strafvollzugsbediensteten (BdSt) dem Justizminister öffentlich. „Es ist richtig, dass alle Imame jetzt tatsächlich überprüft werden, bevor sie für die Arbeit in den Anstalten zugelassen werden“, sagte BdSt-Landeschef Peter Brock am Freitag unserer Zeitung. Brock fordert schon lange

größere Wachsamkeit bei einer möglichen Radikalisierung hinter Gittern durch Salafisten in NRW. Zugleich betonte er die Unverzichtbarkeit von Imamen im Haftalltag: „Unsere muslimischen Gefangenen müssen ihren Glauben leben können und brauchen Seelsorger, die sie verstehen.“

Das Justizministerium war am Freitag bemüht, die angekündigte Überprüfung der Ditib-Imame nicht als Abkehr von dem staatlich finanzierten türkischen Moscheeverband insgesamt gedeutet zu sehen.

„Wir wollen weiterhin eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Ditib haben“, erklärte ein Sprecher von Kutschaty. Es gehe bei der Durchleuchtung lediglich um eine „Gleichbehandlung“ mit anderen Moscheeverbänden.

Rheinische Post vom 26.09.2016, S. 5

71 Prozent der Bürger fordern raschen Braunkohle-Ausstieg

Heute stellt der Umweltminister eine Umfrage vor, die RWE und Bayer nicht gefallen wird. 81 Prozent der Bürger lehnen Gentechnik ab.

VON ANTJE HÖNING

DÜSSELDORF In Nordrhein-Westfalen wächst der Widerstand gegen Abbau und Verstromung von Braunkohle. 71 Prozent der Bürger fordern einen schnellen Ausstieg aus der Braunkohle: Für 36 Prozent ist dies „sehr wichtig“, für 35 Prozent „wichtig“. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Forsa-Umfrage, die Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) heute vorstellen wird und die unserer Redaktion vorliegt. Dabei ist der Widerstand gegen die Braunkohle vor allem in den betroffenen Regionen groß. Hier ist der Braunkohle-Konzern RWE nicht nur Arbeitgeber, sondern auch verantwortlich dafür, dass Menschen ihre Heimat verlieren und massiv in die Natur eingegriffen wird. Im Gebiet „Linker Niederrhein/Eifel“ finden es 47 Prozent „sehr wichtig“, dass man schnell aus der Braunkohle aussteigt, im Ruhrgebiet 37 Prozent. Im Sauer- und Siegerland sind es nur 28 Prozent. Das Institut Forsa hatte Anfang Juni 1002 repräsentativ ausgewählte Bürger befragt.

RWE will offiziell noch bis Mitte des Jahrhunderts Braunkohle abbauen, auch wenn wegen des niedrigen Strompreises schon jetzt viele Braunkohle-Blöcke unrentabel sind. Die Landesregierung hat in der jüngsten Leitentscheidung keine Frist festgeschrieben, jedoch die auszukohlende Menge drastisch gekürzt. Intern geht man in Politik und Konzern davon aus, dass früher

Schluss sein wird. Die Gewerkschaft Verdi hat gerade die Finanzierung eines Sozialplans für den Fall skizziert, dass die Braunkohle-Förderung bereits 2040 endet. Der frühere Grünen-Fraktionschef Reiner Priggen hält einen sozialverträglichen Ausstieg innerhalb von 15 Jahren für möglich. Am Wochenende verabschiedeten 50 Naturschutzverbände, Kirchen und Bürgerinitiativen den „Erkelenzer Appell“ und forderten ein schnelles Braunkohle-Aus. Das Bündnis kritisierte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), weil er Aussagen zum Kohleausstieg im Klimaschutzplan 2050 entschärft habe.

Daneben hat Forsa weitere Ansichten zum Thema „Nachhaltigkeit in NRW“ abgefragt. Demnach ist es für 90 Prozent der NRW-Bürger „wichtig“ oder „sehr wichtig“, dass die erneuerbaren Energien schnell ausgebaut werden. Das ist erstaunlich, da Deutschland schon jetzt beim Ökostrom-Anteil über dem Plan liegt. Eine klare Mei-

Am linken Niederrhein ist der Widerstand gegen die Braunkohle

besonders hoch

nung haben die Bürger auch beim Thema Tierschutz. Artgerechte Tierhaltung ist für 94 Prozent ein „sehr wichtiges“ oder „wichtiges“ politisches Anliegen. Besonders groß ist der Widerstand gegen Gentechnik, was den Bayer-Konzern wenig erfreuen dürfte, der gerade den Gentechnik-Giganten Monsanto übernehmen will. Demnach ist für 81 Prozent der Bevölkerung der Verzicht auf Gentechnik wichtig oder sehr wichtig. Bayer macht sich demnach gerade bei der Mehrheit der NRW-Bevölkerung unbeliebt.

Deutlich weniger wichtig ist den Bürgern eine klimaverträgliche Mobilität: Das finden nur 76 Prozent wichtig oder sehr wichtig. Bei der Frage „Bus und Rad statt Auto“ hört der Naturschutz eben doch oft auf.

Das spiegelt sich auch bei den persönlichen Beiträgen der Bürger für mehr Nachhaltigkeit im Alltagsleben wider. So sind nur 52 Prozent der Befragten persönlich bereit, anstelle des Autos auch mal das Fahrrad zu nutzen oder zu Fuß zu gehen. Auf eine Flugreise verzichten sogar nur 24 Prozent. Und Bio-Produkte (die in der Regel teurer sind als konventionell hergestellte) kaufen nur 22 Prozent. Anders sieht es dagegen bei Plastiktüten aus. 84 Prozent der NRW-Bürger verzichten auf sie, zumal der Handel inzwischen Geld dafür verlangt. Frauen sind beim Umweltschutz aktiver als Männer.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.09.2016, S. 15

Winterkorn soll Vertuschung gestützt haben

Neue Dokumente im Abgasskandal belasten den früheren VW-Chef. Bosch und VW wehren sich dagegen, dass amerikanische Ermittlungsakten weitergegeben werden.

cag. HAMBURG, 25. September. Im Abgasskandal von Volkswagen gibt es Hinweise, dass die Führung des Konzerns viel früher als bisher bekannt von den Manipulationen an ihren Dieselmotoren wusste. Der damalige VW-Chef Martin Winterkorn soll sogar zugestimmt haben, die Manipulation der Abgaswerte zunächst zu vertuschen. Mit seinem Wissen sollen zwei VW-Mitarbeiter den amerikanischen Behörden im Sommer 2015 nur die halbe Wahrheit gesagt haben. Das berichtete die Zeitung „Bild am Sonntag“ unter Berufung auf ein vertrauliches Dokument mit Zeugenaussagen.

Demnach informierten die beiden Entwickler Winterkorn schon am 27. Juli 2015 in Wolfsburg über die illegale Software, die VW zur Erkennung von Prüfzyklen in Millionen Dieselfahrzeuge verbaut hatte, um die Abgaswerte niedriger erscheinen zu lassen. Aber erst sieben Wochen später machten amerikanische Umweltbehörden den Skandal öffentlich. Volkswagen stürzte danach in die größte Krise seiner Unternehmensgeschichte.

Die Zeitung zitiert aus dem Papier „Zulassung Diesel USA“ vom 30. Juli 2015. Darin heißt es, dass zwei VW-Mitarbeiter „sich mit Herrn Dr. Ayala, Deputy Executive Officer zu einem inoffiziellen Informationsaustausch in den USA treffen“ würden. Bei diesem Gespräch solle die „Problematik“ den Behörden gegenüber aber nur „teilweise“ offengelegt werden. Diese „Vorgehensweise“, so heißt es in dem Dokument weiter, „wurde am Dienstag, dem 28.7.15 von Prof. Winterkorn bestätigt“. Demnach wäre der damalige VW-Chef also einverstanden gewesen, den amerikanischen Behörden nicht alles über das Täuschungsmanöver – einem schwerwiegenden Verstoß gegen amerikanisches Recht – zu berichten. Auf Anfrage der Zeitung habe sich Winterkorn nicht geäußert.

Gegenüber der Kanzlei Jones Day, die für VW die Affäre aufarbeitet, soll Winter-

korn gesagt haben, dass ihm damals nicht klar gewesen sei, dass es sich um einen kriminellen Betrug handelte. Ansonsten hätte er hart durchgegriffen. Winterkorn hat immer wieder behauptet, von den Rechtsverstößen nichts gewusst zu haben. Ein Sprecher von VW bezeichnete den Artikel als reine Spekulation.

Wie die Zeitung weiter berichtet, kam es am 5. August 2015 zu dem geplanten Treffen in Amerika. In einem Vermerk vom 6. August schreibt VW-Mann Bernd G.: „Das Gespräch ist positiv gelaufen.“ Man habe nur eingeräumt, dass die betroffenen Dieselfahrzeuge „nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen“. Die Amerikaner hätten wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass VW an der Motorsoftware arbeite. Man erwarte jedoch „in den weiteren Diskussionen Gegenwind vom technischen Personal“. Unter dem Druck der amerikanischen Behörden hatte Volkswagen später den Betrug eingestanden. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig ermittelt schon seit einiger Zeit gegen zahlreiche VW-Mitarbeiter – auch

gegen Winterkorn wegen Marktmanipulation. Angeblich boten die Ermittler den beschuldigten VW-Ingenieuren an, im Falle eines Schuldeingeständnisses mit Bewährungsstrafen und Geldstrafen in Höhe von 100 000 bis 150 000 Euro davon zu kommen. Jedoch hätten die Verdächtigen das Angebot abgelehnt, da sie sonst den Rechtsschutz durch VW verloren hätten.

Unterdessen wollen Anwälte von Volkswagen und seinem Zulieferer Bosch, der die Manipulationssoftware entwickelt hat, verhindern, dass amerikanische Ermittlungsakten in europäischen Rechtsstreitigkeiten zugänglich gemacht werden. Der riesige Berg an Dokumenten dürfe nicht europäischen Klägern zur Verfügung gestellt werden, forderten die Anwälte in Anträgen, die in der Nacht zum Samstag beim zuständigen Gericht in San Francisco eingingen. Die Unternehmen (darunter auch die zum VW-Konzern gehörenden Porsche und Audi) wollen verhindern, dass das mehr als 20 Millionen Seiten umfassende Material auch für die am Landgericht Braunschweig gebündelten Anlegerklagen verwendet werden kann. „Eine Partei in einem deutschen Zivilrechtsstreit unterliegt keiner generellen Pflicht, alle relevanten Fakten und Beweismittel umfassend offenzulegen“, sagte ein

Audi-Vertreter.

Auch Bosch und dessen Chef Volkmar Denner rücken so zunehmend in den Vordergrund und werden der Mitwisserschaft beschuldigt. In Amerika werfen Staatsanwälte und geschädigte Diesel-Besitzer Bosch sogar eine Schlüsselrolle in der Affäre vor. Es gebe keinen Zweifel daran, dass Bosch ein aktiver Mittäter sei und volle Kenntnis von den Trickereien gehabt hätte. Bosch hatte laut einem Vortrag von Anwälten, die VW-Fahrer vertreten, bei der Entwicklung betrügerischer Motorssoftware von VW seit den späten neunziger Jahren eine Schlüsselrolle. Der heutige Bosch-Chef Denner war ab 1994 bei Bosch Leiter im Geschäftsbereich Motorsteuerungen für Benzinmotoren, ab 1998 Entwicklungsleiter Motorsteuergeräte.

Die Luft wird dünner

Von Carsten Germis

Immer wieder kommen neue Dokumente ans Licht, die darauf deuten, dass die alte Führungsriege von Volkswagen um Konzernchef Martin Winterkorn möglicherweise mehr und früher von der Abgasmanipulation ihrer Dieselautos wusste. Jetzt soll Winterkorn sogar daran mitgewirkt haben, die Betrügereien zu vertuschen. VW schweigt zu den Vorwürfen. Das Unternehmen kann sich dazu nicht äußern, solange die unabhängigen Ermittler der amerikanischen Anwaltskanzlei Jones Day ihre Ergebnisse nicht vorgelegt haben. Es geht um viel Geld. Die Anwälte der Investoren, die gegen VW klagen, erhöhen seit einiger Zeit spürbar den Druck. Der VW-Aufsichtsrat hat Ende 2015 versprochen, den Skandal rückhaltlos aufzuklären und Ross und Reiter zu nennen. Doch noch ist alles, was über Winterkorn und Co. geschrieben wird, notgedrungen Spekulation. Allerdings wird mit jeder Veröffentlichung die Luft dünner. Ein Blick auf die Geschichte anderer Skandale zeigt, dass das Unternehmen Vertrauen nur auf einem Weg zurückgewinnen kann: durch rückhaltlose öffentliche Aufklärung. Knapp drei Monate Zeit bleiben VW dafür noch. Dann muss – wie versprochen – endlich alles auf den Tisch.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.09.2016, S. 19

Neuer Besitzer für die weiße Rheinflotte

Die Köln-Düsseldorfer Deutsche Rheinschiffahrt wird an den Flusskreuzfahrtspezialisten River Advice verkauft

csc. KÖLN, 25. September. Sogar das Oberhaupt der katholischen Kirche war schon an Bord zu Gast. Beim Weltjugendtag im Jahr 2005 in Köln unternahm Papst Benedikt eine Begrüßungsfahrt auf der MS Rhein-Energie, dem Flaggschiff der Köln-Düsseldorfer Deutsche Rheinschiffahrt AG (KD), und segnete vom vordecker Freideck aus die am Rheinufer versammelten Pilger. Zum Kaufpreis von 5,6 Millionen Euro kommt das Kölner Traditionsunternehmen KD nun in neue Hände. Künftiger Besitzer der angeblich ältesten durchgehend börsennotierten Aktiengesellschaft der Welt wird die River Advice AG mit Sitz in Basel. Das im Jahr 2004 von Robert Straubhaar gegründete Unternehmen betreibt 45 Flusskreuzfahrtschiffe für 20 Reiseveranstalter und Schiffseigentümer und beschäftigt 1500 Mitarbeiter. Für die drei Prozent der KD-Aktien, die sich im Streubesitz von rund 500 Kleinaktionären befinden, will River Advice eine Offerte unterbreiten.

„Wir übernehmen mit der KD ein modernes Unternehmen, das einen exzellenten Ruf in der Ausflugsschiffahrt, im Eventmanagement und im Chartergeschäft besitzt“, kommentierte Straubhaar den Erwerb. Mit neun eigenen und drei gemieteten Schiffen befördert die KD jedes Jahr rund 1,5 Millionen Fahrgäste. Neben Linienfahrten auf dem Rhein – etwa entlang des Oberen Mittelrheintals – und der Mosel werden Rundtouren in Düsseldorf, Köln und Frankfurt offeriert. Eine immer stärkere Rolle spielen die Eventfahrten: So lassen sich an Bord Mallorca-, Karnevals- und Achtziger-Jahre-Partys feiern, zudem verkehren die Schiffe während der

Feuerwerkveranstaltungen „Kölner Lichter“ und „Rhein in Flammen“. Für das laufende Jahr erwartet der 190 Mitarbeiter zählende KD-Konzern einen Umsatz von 26,4 Millionen Euro (plus 3 Prozent) und strebt die Rückkehr in die Gewinnzone an. Im Vorjahr hatte ein steuerlicher Sondereffekt zu einem Verlust von 2 Millionen Euro geführt.

Der KD-Vorstandsvorsitzende Achim Schloemer dankte dem bisherigen Eigner Premicon AG aus München, einer auf geschlossene Fonds für Flusskreuzfahrtschiffe spezialisierten Gesellschaft. Premicon habe KD aus den wirtschaftlich schwierigen Zeiten der Jahrtausendwende heraus in eine solide Zukunft begleitet. „Nun schlagen wir mit River Advice ein neues Kapitel in der Geschichte der KD auf“, sagte Schloemer. Die Kerngeschäfte würden fortgeführt, die Führungsmannschaft bleibe an Bord. Im Zuge der Übernahme würden Synergieeffekte bei Einkauf, Technik, Ausbildung und Bereederung erwartet. Darüber hinaus ergäben sich Chancen zum Ausbau des Geschäfts, sagte Schloemer dieser Zeitung. Nachgedacht werde etwa über ein weiteres Eventschiff für Köln, über eine stärkere Präsenz in Düsseldorf und Frankfurt und höhere Frequenzen im Mittelrheintal.

In Konkurrenz sieht sich die KD zu lokalen Anbietern wie Primus aus Frankfurt, der Bonner Personen Schiffahrt und der Bingen-Rüdesheimer Fähr- und Schiffahrtsgesellschaft. Anders als bei den mehrtägigen Flusskreuzfahrten gibt es für die Tagesausflugsschiffahrt kaum Marktdaten. Bekannt ist immerhin die Anzahl der eingesetzten Schiffe. Laut dem Ver-

band der Binnenschiffahrt sind 983 Tagesausflugsschiffe mit einer Kapazität von rund 200 000 Plätzen unterwegs.

Für die KD ist es nicht der erste Eigentümerwechsel. 1993 verkauften die damaligen Besitzer – das Bankhaus Sal. Oppenheim, die Stadtparkasse Düsseldorf und Henkell & Co. – das defizitäre Unternehmen an die West LB. Nach der Sanierung der Flotte stieß die Landesbank die Gesellschaft im Jahr 2000 ab: Das Flusskreuzfahrtgeschäft ging an Viking, das Tagesausflugsgeschäft wurde von Premicon übernommen. Den operativen Betrieb der KD-Flotte besorgt eine luxemburgische Tochtergesellschaft. Zudem fahren aus Kostengründen acht der zwölf Schiffe unter maltesischer Flagge und haben ihren Heimathafen in der maltesischen Hauptstadt Valletta statt in Köln.

Die Wurzeln der KD reichen bis 1826 zurück. Damals wurde in Köln die Preußisch-Rheinische Dampfschiffahrts-Gesellschaft gegründet, die ein Jahr später mit der Concordia ihr erstes Linienschiff zwischen Köln und Mainz einsetzte. Als die Düsseldorfer 1836 mit ihrer Dampfschiffahrtsgesellschaft für den Nieder- und Mittelrhein nachzogen, entwickelte sich ein harter Konkurrenzkampf. 1853 schlossen sich die beiden Anbieter zu einer Betriebsgemeinschaft zusammen, fusionierten aber erst 1967 zur heutigen KD. Die beiden namengebenden Städte verbindet die KD übrigens in dieser Saison erstmals wieder nach achtjähriger Pause. Fünf Stunden benötigt das Schiff rheinaufwärts von Düsseldorf bis Köln, eine Tagesfahrt samt Stadtführung durch die Domstadt dauert zehn Stunden.

Handelsblatt vom 26.09.2016, S. 16

Bluffer, Retter und Bewahrer

Beim Kampf um die Zukunft von Kaiser's Tengelmann geht es nicht nur um Sachfragen. Es treffen auch einige starke Persönlichkeiten aufeinander, die eigene und durchaus konträre Interessen vertreten.



Sigmar Gabriel: Der Wirtschaftsminister hat gegen den Rat von Kartellamt und Monopolkommission eine Erlaubnis für die Übernahme erteilt. Damit

möchte er bei den Gewerkschaften punkten und sich im Hinblick auf eine mögliche Kanzlerkandidatur als Retter von 16 000 Arbeitsplätzen feiern lassen.

Karl-Erivan Haub: Der Tengelmann-Chef sieht sich als Bewahrer des Familienerbes. Deswegen hat er auch so lange gezögert, Kaiser's Tengelmann zu verkaufen. Zu lange, wie sich heute zeigt. Außerdem verbindet ihn eine herzliche Abneigung mit dem Rewe-Chef. Auch deswegen hat er einseitig auf einen Verkauf an Edeka gesetzt.



Frank Bsirske: Der Verdi-Chef hat mit den Auflagen der Ministererlaubnis eine starke Position bekommen. Nur durch Tarifverträge mit Verdi ist eine

Übernahme möglich. Außerdem hofft er, bei

Edeka einen Fuß in die Tür zu bekommen, wo es noch keine Tarifverträge gibt. Auch deshalb kämpft er vehement für einen Komplettverkauf an den Marktführer.

Markus Mosa: Für den Edeka-Chef ist eine Übernahme von Kaiser's Tengelmann die wohl letzte Möglichkeit, eine große Zahl an Märkten auf einen Schlag zu übernehmen. Das würde die Marktführerschaft auf Dauer zementieren - und den Konkurrenten Rewe auf Abstand halten. Deswegen nimmt er viele ungünstige Bedingungen in Kauf, wie etwa die Garantie von Jobs in Bereichen, die für Edeka keinerlei Nutzen haben, und auch die Übernahmen von unrentablen Standorten.



Alain Caparros: Das Wichtigste für den Rewe-Chef ist es, zu verhindern, dass Konkurrent Mosa Kaiser's Tengelmann bekommt. Dafür greift der streit-

bare Manager auch schon mal zu einem Bluff. Um den Richtern Argumente für ein Verbot der Ministererlaubnis zu geben, verkündete er immer wieder, dass auch er das Unternehmen komplett übernehmen wolle - wohl wissend, dass dies ebenfalls am Kartellamt scheitern würde. kol

Kölner Stadtanzeiger vom 24.09.2016, S. 1

Führungswechsel bei Ford

AUTOBAUER Bernhard Mattes übergibt Vorsitz der Geschäftsführung an Gunnar Herrmann

VON MICHAEL GREUEL

Köln. Am 1. Januar 2017 kommt es in der Deutschlandzentrale des US-Autoherstellers Ford in Köln zu einem Wechsel an der Spitze. Nach 14 Jahren gibt Bernhard Mattes (60) den Vorsitz der Geschäftsführung ab und wechselt in den Aufsichtsrat. Das gab das Unternehmen bekannt. Nachfolger wird Gunnar Herrmann (56), bislang bei Ford Europa für Qualitätssicherung zuständig.

Mattes hatte das Amt als Vorstandsvorsitzender der Ford-Werke AG im September 2002 über-

nommen, seit der Umfirmierung zur GmbH ist er Vorsitzender der Geschäftsführung. „In seine Amtszeit fallen wegweisende Entscheidungen wie die erfolgreiche Neuausrichtung der Händlernetzstruktur, die Entwicklung und Umsetzung der Ford-Nutzfahrzeugstrategie, zukunftsweisende Investitionsvereinbarungen für die deutschen Produktionsstandorte und nicht zuletzt der Einstieg in die Digitalisierung und neue Mobilitätsangebote“, erklärte das Unternehmen am Freitag. Dem Ver-

nehmen nach war es Mattes' eigener Wunsch, Ende des Jahres aus dem Amt zu scheiden.

Mit Gunnar Herrmann folgt auf Bernhard Mattes nun ein Manager mit Stallgeruch. Der 56-Jährige begann seine Karriere bei Ford 1979 als Auszubildender und arbeitete in den 1980er Jahren für einige Zeit in der Karosserie-Konstruktion in Köln-Merkenich. In den Folgejahren füllte Herrmann beim Automobilhersteller verschiedene weitere Positionen aus, unter anderem als Entwicklungs-

direktor. Seit 2012 ist der 56-Jährige Mitglied der Geschäftsführung von Ford Europa.

Herrmann tritt in große Fußstapfen. Mattes sei in seinen 14 Jahren sehr erfolgreich gewesen, sagt Stefan Bratzel, Experte für Automobilwirtschaft aus Bergisch Gladbach. Trotz eines finanziell schwierigen Umfelds habe es der Manager geschafft, dass Mitarbeiter, Kunden und auch die Vorgesetzten in der US-Zentrale in Detroit nie das Vertrauen in das Unternehmen in Köln verloren hätten.

Rheinische Post vom 24.09.2016 , S. 1

Tengelmann stoppt vorerst Zerschlagung von Kaiser's

MÜLHEIM (gw) Die gefürchtete Zerschlagung der Supermarktkette Kaiser's Tengelmann ist vorläufig gestoppt. Der Eigentümer und Konzernchef Karl-Erivan Haub kündigte nach einer Aufsichtsratssitzung an, er wolle dem Runden Tisch mit Vertretern der Handelsunternehmen Edeka, Rewe und Marktant sowie der Gewerkschaft Verdi zwei Wochen Zeit geben, eine Lösung zu finden. Die Runde hatte ihr erstes Gespräch am Donnerstag ohne greifbares Ergebnis beendet und will sich in der kommenden Woche erneut treffen. Sollten die Verhandlungen scheitern, würde mit dem Verkauf einzelner Filialen begonnen, kündigte Haub an.

Als möglicher Ausweg erscheint noch der Verkauf von ganzen Filialpaketen an mehrere Konkurrenten. Die Hoffnung: Bei einer solchen Lösung könnten mehr Arbeitsplätze gerettet werden als bei einem Einzelverkauf der Läden. Aber auch die Verteilung der Niederlassungen müsse vom Kartellamt überprüft werden, heißt es.

Die ursprünglich geplante Komplettübernahme von Kaiser's Tengelmann durch Edeka scheint damit endgültig vom Tisch zu sein. Offenbar glaubt niemand, dass die Ministererlaubnis, die Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel erteilt hatte, vor dem Oberlandesge-

richt Düsseldorf Bestand haben wird. Die Verhandlung dort soll am 16. November beginnen.

Runder Tisch einzige Chance für Kaiser's

VON GEORG WINTERS

Der runde Tisch ist die einzige Möglichkeit, bei Kaiser's Tengelmann möglichst viele Jobs zu erhalten. Insofern kann man nur loben, dass sich nach Monaten, in denen Machtspiele und persönliche Animositäten zwischen Managern auf dem Rücken von Arbeitnehmern und deren beruflicher Zukunft ausgetragen wurden, die Gesprächskultur ein wenig verbessert hat. Wir sehen darüber hinweg, dass dafür die Fehlentscheidung eines Wirtschaftsministers und der daraus entstehende juristische Druck nötig waren.

Aber: Warum sitzt das Kartellamt nicht mit am Tisch? Was nächste Woche möglicherweise ausgehandelt wird, benötigt genauso den Segen der Wettbewerbshüter wie die ursprünglich geplante große Lösung. Die schnelle Beteiligung der Behörde scheint dringend geboten. Und dann wäre da noch die Ministererlaubnis. Nach der absehbaren juristischen Niederlage für Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel muss rasch geklärt werden, was ein Minister in einem solchen Fall darf, und wie genau Allgemeinwohl definiert sein muss, damit es gewichtiger ist als Wettbewerbsbedenken von Kartellwächtern. Insofern könnte der Fall Kaiser's Tengelmann sogar eine heilsame Erfahrung gewesen sein.

Rheinische Post vom 24.09.2016, S. 12

Kampf dem Kupfer

Glasfaser ist die Zukunft, doch eine Bürgerinitiative stößt in Kerken bei ihrem Werben für schnelles Internet auf ungeahnte Probleme.

VON FLORIAN RINKE

KERKEN Freitags fühlt sich Carlo Notz wie bei der Ziehung der Lottoszahlen. Hoffnungsvoll öffnet er dann die Datenbank am PC und guckt, ob sich etwas getan hat, ob er gewonnen hat. Ihm geht es nicht um Geld, der Gewinn, auf den er hofft, ist viel banaler, simpler. Notz hofft auf schnelles Internet.

76,2 Prozent der Haushalte in NRW hatten im vergangenen Jahr Zugang zu schnellem Internet, also einer Geschwindigkeit von mindestens 50 Megabit (Mbit) pro Sekunde. Damit steht das Land vergleichsweise gut da, doch den Bürgern im Kreis Kleve bringt das gar nichts – hier ist es nicht mal jeder Zweite. Am äußersten Südzipfel des Kreises, in Kerken, gibt es noch immer Haushalte, die mit Geschwindigkeiten von 384 Kilobit im Internet surfen, erzählt Notz. Zum Vergleich: Das Breitbandziel des Landes sieht für jeden Haushalt 50.000 Kilobit, also umgerechnet 50 Mbit, bis 2018 vor. Bis 2025 solle jedes Haus sogar einen superschnellen Glasfaseranschluss bekommen, sagte NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) zuletzt.

Doch so lange wollen sie hier in Kerken nicht warten. Deswegen haben Notz und elf Mitstreiter vor drei Monaten die Bürgerinitiative „Glasfaser für Kerken“ gegründet. Ein privater Anbieter, die Deutsche Glasfaser, verspricht, die 13.000-Einwohner-Gemeinde ans Glasfasernetz anzuschließen, wenn 40 Prozent der Haushalte einen Vertrag bei dem Unternehmen abschließen. Wöchentlich veranstalten Notz und Co. seitdem Info-Abende. Die Glasfaser-Bürgersprechstunden sind eine Art Tupperparty des Digitalzeitalters: Das Produkt hat Vorteile, am Ende kauft man es aber doch nicht.

Entsprechend enttäuscht war Notz in den vergangenen Wochen beim Blick auf die Zahlen – denn der Initiative läuft die Zeit davon. Bis Montag müssen sie die 40 Prozent erreichen, oder zumindest 30, wie mancher hofft, vielleicht bekäme man dann mehr Zeit. Im Grunde sei

es ganz einfach, sagt Notz: „Glasfaser ist die Zukunft.“ Praktisch jeder Experte bestätigt ihn darin.

Trotzdem lag man vergangene Woche im Gemeindeteil Aldekerk erst bei 23, in Nieukerk bei 21 Prozent. Noch schlechter sah es in den Nachbarstädten Weeze und Wachtendonk aus (je elf Prozent), in Straelen, Haldern oder Kalkar hatte man nicht mal die Zehn-Prozent-Marke geknackt – allerdings bleibt hier noch etwas mehr Zeit.

Warum ist es so schwer, obwohl die Vorteile der Technik so groß sind? Beim Bürgerstammtisch erzählen die Mitglieder davon, wie sie am Wochenende auf dem Fußballplatz für das Projekt werben, wie sie versuchen, Nachbarn und Bekannte zu begeistern, an Bundestagsabgeordnete schreiben und teilweise von Haustür zu Haustür gehen, um für Glasfaser zu werben.

Immer wieder stoßen sie dabei jedoch auf Bedenken und Unwissenheit. Manche fürchten, ihre Telefonnummer zu verlieren, wenn sie den Anbieter wechseln – was ein Irrglaube ist. Andere wiederum schreckt der langfristig gegenüber der Telekom um rund 15 Euro höhere Preis (bei dem es aber auch viel schnelleres Internet gibt) und wieder andere denken sich: Warum Glasfaser? Mir reicht doch eigentlich die Geschwindigkeit, die ich jetzt habe.

„Das Bewusstsein über die Unterschiede zwischen Glasfaser und Kupferkabeln ist noch nicht überall so vorhanden“, bestätigt Gerda Johanna Meppelink von der Deutschen Glasfaser. Die 40-Prozent-Hürde sei daher für viele Kommunen eine Herausforderung. Trotzdem könne man fast 90 Prozent der Projekte zum Erfolg führen. „Generell gilt: Je unterversorgter ein Ort ist, desto höher ist die Quote der Leute, die mitmachen.“

Am mangelnden Einsatz der Bürgerinitiative kann es in Kerken nicht liegen. „Ich hoffe, dass von denen, die noch nicht überzeugt sind, viele noch sagen: Ich tue es nicht für

mich, sondern für den Ort; dafür, dass Kerken auch für Unternehmen attraktiv bleibt. In vier bis fünf Jahren werden die Leute ihren Standort nach dem Internetanschluss aussuchen“, sagt Ralf Schmidt, ein Bürger, der schon unterschrieben hat. „Wir haben momentan eine Geschwindigkeit von 16 Mbit. Doch damit gibt es jetzt schon Probleme, weil wir viel von zuhause aus arbeiten“, sagt Schmidt, der sich beruflich um Software-Projekte kümmert: „Wenn wir Daten versenden wollen, wartet man sich einen Wolf.“

Fast jeder hier kann so eine Geschichte erzählen – vom Video, das eine Dreiviertelstunde brauchte, bis es bei Facebook hochgeladen ist. Oder von der Internetverbindung per Funk, bei der man auf günstiges Wetter hoffen muss, wenn man höhere Geschwindigkeiten braucht. In manchen Teilen der kleinen Gemeinde sei die Not so groß, dass die Landwirte bereits angeboten hätten, die Furchen zum Verlegen der Glasfaser-Kabel selbst zu graben, erzählen sie hier beim Stammtisch.

„So ein Angebot kommt wahrscheinlich so bald nicht wieder“

Guido Gipmanns
Bürger aus Kerken

Dass man sich für die Deutsche Glasfaser entschieden hätte, sei Zufall, betonen die Männer. „Uns wäre hier jeder lieb, der zu vernünftigen Konditionen das Netz ausbaut – egal, ob Telekom oder Deutsche Glasfaser“, sagt Markus Pakulat. Und Stefan Nagel, der ihm gegenüber sitzt, ergänzt: „Leider ist es ja nicht so, dass die Anbieter hier Schlange stehen.“ Guido Gipmanns, ein anderer Bürger, der unterschrieben hat, ist daher überzeugt: „So ein Angebot kommt wahrscheinlich so bald nicht wieder.“

Carlo Notz hat gestern wieder nach den Zahlen geschaut. Aldekerk liegt jetzt bei 27 Prozent, Nieukerk bei 25 Prozent. Zwei Tage bleiben noch. Notz hofft weiter.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 24.09.2016, S. 6

Innogy soll fünf Milliarden bringen

RWE verkauft bis zu 25 Prozent seiner grünen Tochter. Börsengang soll Innogy bis zu zwei Milliarden und der Mutter bis zu drei Milliarden Euro in die Kasse spülen

Von Stefan Schulte

Essen. Der 7. Oktober ist Zahltag für RWE – und es soll ein großer werden: Bis zu fünf Milliarden Euro will der angeschlagene Essener Energiekonzern mit dem Börsengang seiner grünen Tochter Innogy einnehmen. Das gaben die Unternehmen gestern bekannt. Zuvor hatten die Vorstände und Aufsichtsräte einen weit größeren Börsengang beschlossen, als bisher angekündigt worden war. Der unter der Krise im konventionellen Stromgeschäft leidende RWE-Konzern will nun bis zu einem Viertel seines ausgegliederten Zukunftsgeschäfts verkaufen.



„Wir starten jetzt mit dem Endspurt

für den Börsengang von Innogy“

Peter Terium, RWE-Chief

Lange war nur von einer zehnprozentigen Kapitalerhöhung zum Start die Rede gewesen. Beim nun anvisierten Ausgabepreis von 32 bis 36 Euro je Innogy-Aktie (neu ausgegeben werden 55,6 Millionen Stück) sollen auf diese Weise bis zu zwei Milliarden Euro Erlöst werden. Dieses Geld bleibt bei Innogy und kann in die Zukunftsbereiche Ökostrom, Netze und Vertrieb investiert werden. Dass RWE gleichzeitig Bestandsaktien verkaufen

will, hatte der Konzern unlängst angekündigt, aber nicht beziffert. Nun ist klar: Mindestens weitere zehn Prozent ihrer Anteile will die Muttergesellschaft beim Börsengang losschlagen. Je nachdem, wie der Start läuft, spricht ob sich Preis eher am oberen Ende der erwarteten Spanne bei 36 Euro einpendelt, hält sich RWE die Option offen, weitere fünf Prozent aus dem Bestand zu verkaufen. Damit könnte der hoch verschuldete Stromriese zwei bis drei Milliarden Euro einnehmen, die er gut gebrauchen könnte, unter anderem auch für die bald anstehenden Zahlungen in den staatlichen Fonds zur Entsorgung des Atom Mülls.

Als Termin für den Börsengang nannte RWE nun Freitag, den 7. Oktober. „Wir starten jetzt mit dem Endspurt für den Börsengang von Innogy“, sagte gestern RWE-Chef Peter Terium. Er wird sich nach einem geglückten Börsengang als Innogy-Chef ganz auf die Zukunftsfelder konzentrieren, während Rolf-Martin Schmitz die Geschäfte der alten RWE führen soll. Die behält Kohle-, Gas- und Atomkraftwerke sowie den Energie-Großhandel. RWE soll auch langfristig die Mehrheit an Innogy behalten, auch wenn die Tochter mit 40 000 Beschäftigten mehr als doppelt so groß ist wie die Mutter.

Der große Konkurrent Eon hat es umgekehrt gemacht und gerade erst seine unter dem Namen Uniper abgespaltene Kraftwerkstochter an die Börse gebracht. Anders

als RWE will Eon die vollständige Trennung und 2018 auch den Rest seiner Uniper-Anteile verkaufen. Begründung von Eon-Chef Johannes Teyssen: Die Geschäfte mit konventioneller und erneuerbarer Energie arbeiten gegeneinander und deshalb besser getrennt.

Dass dies bei RWE und Innogy nicht anders ist, wird auf den Werbeplakaten des Börsenkandidaten mehr als deutlich. Zuletzt sorgte ein Innogy-Transparent für Aufsehen und Ärger bei Umweltschützern und Braunkohlegegnern. „Rheinland wird Reinland“ steht drauf, „Energie wird Innogy“ drunter. Während Innogy an seinem sauberen Image arbeitet, kämpft RWE gegen einen früheren Ausstieg aus der Braunkohle.

RWE-Aktien unter Druck

Die Finanzmärkte scheinen gewillt, Innogy anzunehmen und zugleich den Vorzug vor RWE zu geben. „Erträge, Risikoprofil und Dividendenaussichten von Innogy sind attraktiver als bei RWE“, erklärte Commerzbank-Analystin Tanja Markloff gestern. Und: „Die Leute räumen in ihren Depots bereits Platz für Innogy frei.“ Ein erfolgreicher Innogy-Start könnte demnach die Aktie des Mutterkonzerns RWE unter Druck setzen.

Terium sieht bereits ein „hohes Interesse“ an Innogy-Aktien. Nachfrage gebe es vor allem von Anlegern aus Großbritannien und den USA, wie RWE gestern in einer Telefonkonferenz mitteilte.

Aachener Nachrichten vom
26.09.2016, S. 1

DGB fordert: Arbeit auf Abruf abschaffen

Gewerkschaftsuntersuchung zeigt: Flexibilisierung auf dem Rücken der Beschäftigten. **Betriebe unterlaufen gesetzlich vorgeschriebene Standards.**

VON STEFAN VETTER

Berlin. Allzeit bereit: Bis zu 1,9 Millionen Beschäftigte in Deutschland gehen einer Arbeit auf Abruf nach. Die Unternehmen reagieren damit besonders flexibel auf kurzfristige Anforderungen – häufig jedoch zu Lasten arbeitsrechtlicher Standards. Das geht aus einer Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) hervor, die unserer Zeitung exklusiv vorliegt.

„Wir suchen eine flexible und zuverlässige Aushilfskraft auf 450-Euro-Basis.“ Solche Stellenangebote sind häufig an Schaufenstern von Geschäften oder Kneipen zu lesen. Dahinter verbirgt sich häufig eine solche Arbeit auf Abruf. Bei dieser Beschäftigungsform werden Arbeitnehmer nach Bedarf eingesetzt, also immer dann, wenn besonders viel zu tun ist. Allein in der Gastronomie arbeiten laut DGB mindestens zwölf Prozent der Beschäftigten auf diese Weise.

Geregelt sind die Jobs in Paragraph 12 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes. Demnach muss eine bestimmte Dauer der wöchentlichen oder täglichen Arbeitszeit vereinbart werden. Ist das nicht der Fall, gelten zehn Wochenstunden als verabredet. Außerdem ist der Beschäftigte nur dann zur Arbeitsleistung verpflichtet, wenn der Arbeitgeber ihn min-

destens vier Tage im Voraus über seinen Einsatz informiert.

Die betriebliche Praxis sieht freilich oft anders aus, wie die aktuelle DGB-Untersuchung zeigt, die auf Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) basiert. Demnach haben elf Prozent der betroffenen Beschäftigten keine vertraglich vereinbarte Arbeitszeit. Bei normalen Arbeitsverhältnissen sind es nur drei Prozent. Auch die Vier-Tage-Frist wird laut DGB von den Arbeitgebern oft unterlaufen. Jeder Dritte werde sogar erst am selben Tag kontaktiert, ein weiteres Drittel ein bis drei Tage im Voraus. Obendrein könnten sich die Betriebe der Entgeltfortzahlung bei Krankheit und Urlaub relativ leicht entziehen, „indem sie die Arbeit an diesen Tagen einfach nicht abrufen“, heißt es in der Studie.

Nach Ansicht von DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenschuh gehört der entsprechende Paragraph im Gesetz ersatzlos gestrichen. „Bei Arbeit auf Abruf wird das wirtschaftliche Risiko der Betriebe voll auf die Beschäftigten verlagert“, sagt sie. Verlässliche und planbare Arbeitszeiten müssten gerade auch bei Teilzeitarbeit möglich sein: „Alle Beschäftigten brauchen mehr Schutz vor einseitiger betriebsbedingter Flexibilisierung.“

Neue Rhein
Zeitung vom
26.09.2016, S. 4

Arbeitssuche ist in NRW mit am schwersten

Im Westen Verhältnisse
wie in Ostdeutschland

Berlin. Die Chancen von Arbeitslosen, einen Job zu finden, sind in Deutschland zwar gestiegen – doch die regionalen Unterschiede sind massiv. Das geht aus neuen Zahlen des Nürnberger Instituts für Arbeits- und Berufsforschung hervor, die dieser Zeitung vorliegen. Danach kamen im zweiten Quartal dieses Jahres im Bundesdurchschnitt rechnerisch 2,7 Arbeitslose auf eine offene Stelle – im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es noch 3,1, vor vier Jahren 3,7.

Doch vor allem im Osten Deutschlands und in Nordrhein-Westfalen ist die Relation viel ungünstiger: Am schlechtesten schneidet Mecklenburg-Vorpommern ab, wo aktuell auf jede offene Stelle rechnerisch 4,7 Arbeitslose kommen. In NRW beträgt die Quote 3,9. Im Spitzenreiterland Bayern liegt das Verhältnis nur bei 1,4, gefolgt von Baden-Württemberg mit 1,9 und Thüringen mit 2,3 Erwerbslosen pro eine offene Stelle.

Die Daten hatte die Linken-Fraktionsvize Sabine Zimmermann bei den Wissenschaftlern der Bundesagentur für Arbeit angefordert. Sie sagte, die Zahlen seien „kein Grund zum Jubeln“. Auf jede noch so schlecht bezahlte, befristete oder geringfügig entlohnte Stelle kämen deutlich mehr Menschen, die eine auskömmliche Arbeit suchten. Der Jobaufschwung komme bei „vielen, vielen Menschen gar nicht an“. Notwendig sei „eine aktive Arbeitsmarktpolitik“.

ck

Neue Rhein Zeitung vom 26.09.2016,
S. 5

„Kassen verschwenden eine Milliarde Euro“

Umstrittene Extra-Honorare für Ärzte
machen Patienten kränker, als sie sind

Von Philipp Neumann

Berlin. Krankenkassen verschwenden offenbar Geld in Milliardenhöhe, indem sie dubiose Verträge mit Ärzten abschließen. Diesen Vorwurf erhebt die BKK Mobil Oil, mit einer Million Versicherten die zweitgrößte Betriebskrankenkasse. „Pro Jahr geben die Kassen bis zu eine Milliarde Euro für zusätzliche Ärztehonorare aus, ohne einen Nachweis zu haben, dass Patienten dadurch besser versorgt werden“, sagt der Vorstand der Kasse, Wolfgang Schnaase. Die Verträge, um die es geht, heißen im Fachjargon „Betreuungsstrukturverträge“. Darin belohnen Krankenkassen Ärzte finanziell dafür, dass sie ganz bestimmte Krankheitsdiagnosen ihrer Patienten an die Krankenkassen melden.

Für die Kassen lohnen sich die Ausgaben deshalb, weil sie für diese Patienten anschließend selbst zusätzliches Geld aus dem 200 Milliarden Euro schweren Gesundheitsfonds bekommen, aus dem alle gesetzlichen Krankenkassen finanziert werden. Viele Kassen stehen mit diesem Zuschuss dann besser da als ihre Konkurrenten. Bundesweit gibt es schon mindestens 50 solcher Verträge – mit steigender Tendenz.

Nach Meinung von BKK-Vorstand Schnaase hat diese Entwicklung negative Folgen für die Versicherten: Weil die Ärzte einen Anreiz hätten, mehr Diagnosen zu stellen, nehme der Behandlungsbedarf der Patienten scheinbar zu.

Konkret funktionieren die umstrittenen Verträge so, dass ein Arzt einen finanziellen Anreiz bekommt, beispielsweise einen beginnenden leichten Diabetes als voll ausgeprägten Diabetes zu diagnostizieren. Er könnte auf die Diagnose

auch verzichten und dem Patienten zunächst gesünderes Essen und mehr Bewegung empfehlen.

Die Versorgung wird durch steigende Zahl der Diagnosen nicht besser

„Durch die Betreuungsverträge entsteht ein volkswirtschaftlicher Schaden“, sagt Gerd Glaeske, Professor am Zentrum für Sozialpolitik der Uni Bremen. Es sei nicht erkennbar, dass die Versorgung der Patienten durch diese Verträge besser werde. Die von der BKK Mobil Oil geschätzte Summe von einer Milliarde Euro hält er für plausibel.

Der Gesundheitsökonom Jürgen Wasem von der Uni Duisburg-Essen sieht die Entwicklung weniger kritisch. Es sei richtig, dass mehr Krankheiten diagnostiziert würden, sagt er. „Dass Aktivitäten der Krankenkassen diese Entwicklung noch verstärken, ist denkbar, aber bisher nicht nachweisbar“, meint Wasem. Wenn Ärzte dazu gebracht würden, mehr als die tatsächlichen Diagnosen zu notieren, dann sei dies „falsch und illegal“. Das herauszufinden, sei aber schwer.

Tatsächlich beobachtet das Bundesversicherungsamt die Aktivitäten der Kassen nur. In seinem Jahresbericht 2015, der vor wenigen Tagen veröffentlicht wurde, schreibt die Aufsichtsbehörde, es sei „eine Tendenz zu erkennen“, wonach Kassen durch „Abrechnungsbestimmungen in Anknüpfung an die Diagnosedokumentation“ versuchen würden, sich höhere Einnahmen aus dem Gesundheitsfonds zu verschaffen. Man werde sich mit dem Thema weiter befassen. Bis jetzt aber hat die Behörde die Verträge nur in Einzelfällen gerügt.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 26.09.2016 , S. 3

Langzeitarbeitslosigkeit der Eltern hält Kinder in Hartz IV

Anstieg hat aber auch statistische Gründe: Erhöhung der Sätze erweitert den Kreis und hält kinderreiche Familien im System

Von Stefan Schulte

Essen. Deutschland feiert einen Beschäftigungsrekord nach dem andern, gleichzeitig sinkt seit Jahren die Arbeitslosigkeit. Wie zu diesem „Jobwunder“ die abermals gestiegene Kinderarmut passt, ist schwer nachzuvollziehen. Ein etwas tieferen Blick in die Statistik mag helfen.

Knapp zwei Millionen Minderjährige in Deutschland lebten Ende 2015 in so genannten Hartz-IV-Familien, davon 541 000 in NRW. Für Experten entscheidend beim Thema Kinderarmut ist die Zahl der „nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 15 Jahren“. Davon gibt es bundesweit rund 1,6 Millionen. Mit 438 000 lebten Ende Mai mehr als ein Viertel, also überdurchschnittlich viele davon in NRW.

Was sofort auffällt: die Zahl der deutschen Kinder ist seit anderthalb Jahren rückläufig, dafür stieg die Zahl der ausländischen Kinder in Hartz IV umso stärker an – auf jetzt 102 000. Der Zuzug aus Süd- und Osteuropa sowie die Flüchtlingskrise tragen dazu bei.

Dass gerade im Ruhrgebiet die Armutsquoten der Kinder zuletzt teils deutlich gestiegen sind, lässt sich damit aber nur zum Teil erklären. Hier schlägt durch, was seit Jahren Armut in strukturschwachen Gebie-

ten verfestigt: die Langzeitarbeitslosigkeit der Eltern hält Kinder in Hartz IV. 71 Prozent der „Hartz-IV-Kinder“ leben in Haushalten, in denen mindestens ein Elternteil seit einem Jahr und länger ohne Job ist.

Im Ruhrgebiet ist die Langzeitarbeitslosigkeit besonders hartnäckig. Allein zwischen Duisburg und Dortmund sind 116 000 Langzeitarbeitslose registriert, weit mehr als eine Region mit fünf Millionen Einwohnern verträgt. In Städten wie Gelsenkirchen, die vor der Flüchtlingskrise jahrelang Einwohner verloren haben, lässt der große Sockel an Langzeitarbeitslosen die Armutsquoten auch ihrer Kinder nach oben schießen.

Dass für die meisten neuen Jobs Qualifikationen verlangt werden, die unter den oft gering qualifizierten Langzeitarbeitslosen nicht zu finden sind, ist ein Grund für diese Lage. Noch stärker ins Gewicht fällt allerdings ein für die Betroffenen eigentlich positiver Statistik-Effekt: Mit jeder Erhöhung der Hartz-IV-Sätze steigt der Kreis der Leistungsberechtigten. In jedem Januar steigen die Zahlen auch der Kinder in Hartz IV deshalb sprunghaft an.

Diesen Effekt meinte Caritas-Ge-

neralsekretär Georg Cremer, als er unlängst im Spiegel eine übertriebene Armuts-Rhetorik im Land, auch der eigenen Kirche, beklagte. Wenn durch eine Anhebung der Existenzsicherung Menschen besser gestellt würden, sollten nicht „Vertreter aus Kirchen und Sozialverbänden mit traurigen Augen vor die Kameras treten und von der zunehmenden sozialen Kälte sprechen“, sagte er.

Durch steigende Sätze fallen arbeitende Menschen, deren Gehalt unter Hartz-IV-Niveau rutscht, als „Aufstocker“ in die Statistik. Gleichzeitig wird es für die Arbeitslosen immer schwieriger, einen Job zu finden, in dem sie mehr verdienen als das Amt überweist. So verfügte eine vierköpfige Hartz-IV-Familie 2015 im Durchschnitt über ein Haushaltbudget von 2031 Euro, bei drei oder mehr Kindern sogar von 2514 Euro. Gerade Langzeitarbeitslosen gelingt es aus dem Stand äußerst selten, einen Monatsverdienst in dieser Höhe zu erreichen.

Nicht ohne Grund leben mit mehr als 700 000 die meisten betroffenen Kinder in Großfamilien. Ihre Zahl ist besonders stark gestiegen, dagegen lebten zuletzt weniger Einzelkinder von Hartz IV.

In welchen Familien arme Kinder leben

Unter 18-Jährige in Hartz-IV-Haushalten in Deutschland



QUELLE: BA * Stand Ende 2015 ** Veränderung zu Ende 2014 GRAFIK: DENISE OHMS

Kölner Stadtanzeiger vom 24.09.2016, S. 4

Mehr Chancen für Behinderte

Das Bundesteilhabegesetz bringt Fortschritte, ausreichend ist es aber nicht

Raul Krauthausen, mit dem Bundesverdienstorden ausgezeichnete Kämpfer für Rechte der Behinderten, schießt wohl ein wenig übers Ziel hinaus. Er nennt den Entwurf für ein Bundesteilhabegesetz „eine reine Mogelpackung“. Mit diesem fast 400 Seiten dicken Paragrafenwerk will die Bundesregierung „zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen“ beitragen. Das ist auch bitter nötig. Vielleicht spricht Sozialministerin Andrea Nahles ja deshalb von „einer der großen sozialpolitischen Reformen dieser Legislatur“.

Wenn sie damit ein Ziel meint, dann sind das zutreffende Worte. Aber als Urteil über ihren Gesetzesentwurf taugt diese Formulierung überhaupt nicht. Denn dieser Entwurf, über den jetzt der Bundestag erstmals beraten hat, ist bedauerlich

■ ■ Behindertenpolitik ist kein Randthema. Mehr als zehn Millionen Menschen in Deutschland leben mit Behinderungen. Also jede achte Person

cherweise keine große Reform, sondern allenfalls ein Reförmchen. Die Ministerin schießt deshalb mit ihrem Urteil wie ihr „Herausforderer“ übers Ziel hinaus.

Mehr als zehn Millionen Men-

schen in Deutschland leben mit Behinderungen. Also jeder Achte. Das sind mehr als die meisten von uns sich vorstellen. 96 Prozent dieser Behinderungen entstehen im Übrigen erst im Verlauf des Lebens durch Krankheiten oder Unfälle. Behindertenpolitik ist deshalb kein Randthema, sondern ein Aufgabengebiet, das von heute auf morgen für jeden von existenzieller Bedeutung sein kann.

Deshalb ist es notwendig, den Sozialstaat zielgenauer auf die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen auszurichten. Da die Formen der Behinderungen sehr vielfältig sind, muss auch die Politik, der Gesetzgeber sehr flexibel reagieren. Der Entwurf für das

Bundesteilhabegesetz sichert dagegen nach Ansicht der Betroffenen alle über einen Kamm. Damit ist Frust programmiert. Es überwiegt zu Recht das Urteil: Ja, aber.

Nicht bestreiten lässt sich, dass der Gesetzesentwurf für Menschen mit Behinderungen Vorteile bringt. Wer etwa eine Eingliederungshilfe, also Assistenz im Alltag benötigt, darf künftig mehr Geld von seinem Verdienst behalten – sofern er einen Job hat. Die Vermögens- und Einkommensgrenzen werden angehoben. Behinderten war es bislang nicht möglich, für ein großes Ziel, einen Traum, eine tolle Reise zu sparen: Alles über 2600 Euro kassierte der Staat ab, zur Finan-

zierung der Hilfe. Betroffene haben dies als entwürdigend und Entmündigung angesehen. Die neuen Einkommensgrenzen sind nach Ansicht der Behindertenbeauftragten der Bundesregierung aber „längst nicht ausreichend“.

Zu den großen Ungereimtheiten dieses Gesetzesentwurfs gehört die Tatsache, dass für Behinderte, die nicht erwerbstätig sind und auf Pflegehilfen angewiesen sind, die Einkommensgrenzen nicht steigen sollen. Das lässt sich nur so erklären: Das Sozialministerium will offenbar verhindern, dass in der Pflegeversicherung neue Debatten über zulässige Einkommen und damit Kosten für die Pflegekassen aufkommen. Das wäre dann aber Politik auf dem Rücken der Menschen mit Behinderungen. Zu den wenigen Pluspunkten des Paragrafen-Wälzers gehören die Regelungen, die Behinderten mehr Jobs auf dem regulären Arbeitsmarkt bescherten sollen, etwa Lohnkostenzuschüsse. Zu viele Unternehmen zahlen lieber die Strafabgabe als einen Schwerbehinderten zu beschäftigen. Das muss sich ändern.

Das kann ein Gesetz allein nicht bewirken. Notwendig ist dafür ein anderes gesellschaftliches Klima. Behindertenpolitik muss wieder einen höheren Stellenwert bekommen. Das ist im Interesse aller. Die weitere Debatte über das Bundesteilhabegesetz muss dafür genutzt werden.

VON GÜNTHER
M. WIEDEMANN

Westdeutsche Allgemeine Zeitung
vom 24.09.2016, S. 4

Steffens kritisiert neues Gesetz zum Schutz von Prostituierten

Regelung treibe Betroffene in die Illegalität

Müsseldorf. NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Grüne) kritisiert das am Freitag im Bundesrat verabschiedete neue Prostitutionsschutzgesetz scharf. Die Verabschiedung des Gesetzes sei ein „Rückschlag für all diejenigen, die sich



Barbara Steffens
FOTO: DPA

für mehr Selbstbestimmung von Menschen in der Prostitution einsetzen und sich gegen ihre Diskriminierung wenden“, sagte Steffens.

Zwar sei es richtig, Bordelle zu konzessionieren, um bessere Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. „Wer aber glaubt, Menschen, die aus guten Gründen auf Anonymität angewiesen sind, mit Zwangsanmeldung und Zwangsberatung zu schützen, verkennt die Lebenswirklichkeit und läuft Gefahr, viele Prostituierte in die Illegalität zu treiben“, erklärte die Ministerin. Dann seien die Frauen für Unterstützung und Hilfe „kaum mehr erreichbar“.

Steffens bedauert, dass Bundesregierung und Bundestag das einhellige Votum wichtiger Verbände ignoriert hätten. Die Ministerin bezeich-

nete das neue Gesetz als „Schaufenstergesetz, das Erwartungen weckt, die nicht erfüllt werden können“. Sie verwies zudem auf die vielen ungeklärten Umsetzungsprobleme, die bereits in der viel zu weiten Definition von Prostitution

begründet seien.

NRW hatte in der Länderkammer einen Antrag gestellt, das neue Prostitutionsschutzgesetz im Vermittlungsausschuss noch einmal zu beraten. Dieser Antrag fand aber keine Mehrheit, weshalb das neue Gesetz verabschiedet wurde. Mit der neuen Regelung erhält die legale Prostitution einen engeren gesetzlichen Rahmen. Es schreibt Prostituierten unter anderem vor, sich regelmäßig anzumelden und zur Gesundheitsberatung zu gehen. Zudem wird eine Kondompflicht für Freier eingeführt. Kunden machen sich künftig strafbar, wenn sie zu Zwangsprostituierten gehen. Bordell-Betreiber müssen eine Genehmigung haben und Auflagen erfüllen. So werden etwa Flat-Rate-Angebote verboten. epd

Aachener Nachrichten vom 26.09.2016, S. 5

„Staat muss helfen, die Vorsorgelücke zu schließen“

Michael Breuer, Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, verlangt Anreize zum Sparen. Einführung eines „Geldboten“ geplant.
VON ANJA CLEMENS-SMICEK

Aachen. Die Leitzinsen in der Euro-Zone sind auf einem historischem Tief, und ein Ende der lockeren Geldpolitik des Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, ist nicht in Sicht. **Michael Breuer**, Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, erklärt im Gespräch mit unserer Zeitung, welche Folge dies für die Bankenbranche, die Sparer und die Altersvorsorge hat.

Ihr jüngster Sparkassentag stand unter dem Motto „Einfach anders“. Was ist bei der Sparkasse „einfach“ und was ist „anders“?

Breuer: Im Kern sind wir anders, weil wir die einzige Bankengruppe in Europa sind, die einen gemeinwohlorientierten Ansatz hat. Wir denken unternehmerisch und drehen jeden Cent um, aber wir stellen das Ergebnis unserer unternehmerischen Tätigkeit wieder dem Gemeinwohl zur Verfügung. Wir zeigen beispielsweise mit Spenden, Ausschüttungen und unserer gesellschaftlichen Präsenz Flagge. Und wir erwarten vom Vorstand genauso wie vom Mitarbeiter in der Filiale, dass er sich für die Menschen interessiert und sich ehrenamtlich einsetzt. Das ist schon ein Unterschied zu großen Investmentbanken. Da wird eher auf die Uhr geschaut, wie viel Zeit schafft der einzelne für den Profit.

Sie wollen doch nicht sagen, dass das bei der Sparkasse anders ist?

Breuer: Natürlich müssen wir den Profit im Auge haben. Aber das Engagement ist uns genauso wichtig.

Das war jetzt das „anders“. Was ist „einfach“?

Breuer: Dass wir versuchen, komplexe Zusammenhänge bei Produkten und Dienstleistungen für unsere Kunden einfach und passgenau umzusetzen. Das ist ein schwieriges Unterfangen. Das müssen wir bis in die kleinste Sparkasse in der Eifel mit unseren Kunden diskutieren.

„Manchmal ist es gut, wenn man nur Zweiter ist.“

MICHAEL BREUER

Sie demonstrieren Bodenständigkeit. Aber wird das von ihren Kunden auch honoriert?

Breuer: Ja. Die Sparkassen sind sehr gut durch die Finanzmarktkrise 2007/2008 gekommen. Wir hatten zum Beispiel einen deutlichen Einlagenzuwachs. Die Konsequenz aus der Finanzmarktkrise ist aber, dass die Bankenbranche die erste Branche ist, die europaweit reguliert wird. Dabei werden die kleineren, regionalen Institute genauso zur Verantwortung gezogen wie die internationalen Großbanken, obwohl weder die Sparkassen noch die Genossenschaftsbanken mit ihrem dezentralem System Verursacher der Krise waren. Für uns ist es sehr kompliziert und auch teuer, die ganze zusätzliche Regulatorik abzubilden.

Was bedeutet das in der Praxis?

Breuer: Wir als Sparkasse müssen die Frage beantworten, wie es uns gelingen kann, unsere Filialstruktur mit allgemeinen Dienstleistungen in der Fläche in einem angemessenen Maße aufrecht zu erhalten, andererseits aber komplexe Spezialthemen wie zum Beispiel den Wertpapierhandel oder die Immobilienfinanzierung in größeren Filialen oder der Hauptstelle kompetent aufzuarbeiten und anzubieten. In diesem Spannungsfeld stehen wir schon seit einigen Jahren. Generell müssen die Vorstände schauen, ob es sinnvoll ist, in einer Fußgängerzone von zwei Kilometern Länge drei Sparkassenfilialen zu unterhalten. Ob man dann nicht besser eine schließt, eine weitere in einen Servicepoint umwandelt und in der dritten Spezialisierungen anbietet. Diese Debatte führen wir von Aachen bis Cottbus und von Oberstdorf bis Flensburg. Wobei wir diesen Mix in Aachen übrigens erfolgreich praktizieren.

Ein dichtes Filialnetz scheint nicht mehr zeitgemäß zu sein. Wie reagieren aber die Kunden darauf?

Breuer: Das sehr dichte Filialnetz wird auch in Zukunft immer noch ein dichtes sein. Auch wenn man es umbauen muss. Es ist auch nicht so, dass wir an Nähe zu unseren Kunden verlieren. Wir sind für alle Kundengruppen da: Für diejenigen, die in ihrem Ort die Sparkasse nicht nur als Geschäftspartner, sondern auch als Treffpunkt erleben. Und wir nehmen auch die mit, die in der digitalisierten Welt

wie selbstverständlich aufwachsen. Das Smartphone wird in den nächsten Jahren zur Filiale werden, die man stets dabei hat. Nähe definiert sich nicht mehr ausschließlich mit örtlicher Nähe. Für viele ist Nähe auch erkennbar, wenn man den Berater am Telefon hat, oder über Skype, E-Mail oder WhatsApp mit ihm kommuniziert.

Das Handy als Filiale der Zukunft – setzt da also die Verschlankung bei ihrem Personal an?

Breuer: Wir müssen die Produktivitätsfortschritte schon abbilden. Diese Veränderungen tun an der ein oder anderen Stelle weh, aber die Sparkassen versuchen gerade beim Personal, dies über Fluktuation und den demografischen Faktor zu schaffen. Wir müssen schauen, ob wir jede Stelle wieder neu besetzen. Gleichzeitig ist es aber wichtig, dass wir weiterhin hoch qualifizierte Mitarbeiter haben, ausbilden und für uns gewinnen.

Das bedeutet aber doch, dass Sie ihr Alleinstellungsmerkmal – die Präsenz in der Fläche – neu definieren müssen. Wie wollen Sie den direkten Draht zum Kunden halten?

Breuer: Über die gerade angesprochene Nähe. Aber wie Nähe definiert wird, entscheiden die Kunden. Wir haben in vielen Ecken der Republik Orte, wo die Kunden nur noch einmal pro Jahr oder gar nicht mehr in die Filiale gehen. Zudem haben sie Anspruch darauf, dass wir ihnen den aktuellen technischen Fortschritt bieten können.

Was bedeutet das zum Beispiel für ältere Kunden?

Breuer: Zum Beispiel gibt es regional unseren Bargeldservice. Es gibt Sparkassen, die bringen den Kunden das Geld nach Hause, wenn es ihre Filiale nicht mehr gibt.

Und sonst noch?

Breuer: Was den technischen Fortschritt angeht, wollen wir in einigen Wochen den sogenannten „Geldboten“ anbieten. Mit dem kann ich von Smartphone zu Smartphone Beträge bis 30 Euro ohne TAN hin- und herschieben. Etwa wenn ich den Bierdeckel teilen will oder unter Freunden das gemeinsame Geburtstagsgeschenk abrechne. In Skandinavien hat sich dieses Prinzip schon bewährt.

Ansonsten sind die Sparkassen ja der Kritik ausgesetzt, bei der Digitalisierung oft zu spät dran zu sein.

Breuer: Als dezentraler Kreditverbund können wir nicht immer der Pionier bei solchen Entwicklungen sein. Manchmal ist es gut, wenn man nur Zweiter ist, um zu schauen, was sich durchsetzt. Wir haben unsere IT-Landschaft zügig konzentriert, wir sind beim Grad des Onlinebankings absolut konkurrenzfähig. Wir wollen es den Menschen einfach machen und ihnen die Sicherheit geben, dass da jemand ist, der die Bankgeschäfte für sie kompetent und zeitgemäß regelt.

Ist es noch zeitgemäß zu sparen?

Breuer: Die Sparerinnen und Sparer stehen vor der Herausforderung, ihre Einlagen richtig anzulegen. Die Null-Zins-Politik von EZB-Präsident Mario Draghi nimmt absurde Züge an. Wir erleben eine kräftige Enteignung. Seit sechs, sieben Jahren liegt der Zinssatz meist deutlich unter der durchschnittlichen Inflation, so dass die Sparer jetzt weniger haben als früher.

Also lohnt sich Sparen nicht mehr.

Breuer: Die Krux ist genau andersherum. Man muss jetzt mehr sparen, wenn man im Alter das Gleiche haben will wie heute. Die Politik in Europa müsste jetzt Anreize zum Sparen geben, wenn sie später nicht fehlenden Vermögensaufbau und eine Rentenlücke beklagen will.

Sind die Bürger vielleicht nicht risikobereit genug?

Breuer: Der deutsche Sparer legt sein Geld relativ sicher an. Dafür gibt es auch gute Gründe. Wer nur 100 oder gar 30 Euro im Monat zum Sparen hat, soll der wirklich in einen Aktienfonds investieren, der mitunter sehr volatil ist? Das würde ich niemandem empfehlen. Auch das Argument der billigen Bauzinsen zieht nicht, denn gleichzeitig sind die Immobilien in attraktiven Gegenden heute deutlich teurer als noch vor acht Jahren.

Also muss der Staat tätig werden?

Breuer: Exakt. Der Staat ist der Hauptprofiteur von Draghis Geldpolitik. Und er hat jede Menge Möglichkeiten.

Werden Sie als Verband bei der Bundesregierung vorstellig?

Breuer: Wir werben natürlich dafür, dass Sparen gefördert wird. Im Moment gibt es aber keine große

Debatte, wie man die breite Mehrheit der Bevölkerung am Wohlstand teilhaben lässt. Es gibt politische Vorschläge, die sind aber nicht zielführend.

Welche sind das?

Breuer: Nehmen Sie die Diskussion um den Sparerfreibetrag. Der beträgt bei einer Familie mit zwei Kindern 3204 Euro. Selbst wenn diese Familie ihr Geld in der derzeitigen Nullzinsphase für 0,5 Prozent Zinsen anlegen könnte, müsste diese Familie mehr als 640 000 Euro auf der hohen Kante haben, um den Freibetrag auszuschöpfen. Wenn der Staat durch die Nullzins-Politik gigantische Summen spart, muss er nicht Freibeträge erhöhen, sondern kann mit direkten Mitteln dafür sorgen, dass Vermögensaufbau und Vorsorge fürs Alter betrieben wird.

Was müsste der Staat jetzt tun?

Breuer: Die Arbeitnehmersparzulage, die Wohnungsbauprämie – beides wurde seit 20 Jahren nicht angepasst. Die Eigenheimzulage – abgeschafft. Bundesschatzbriefe – abgeschafft. Für niedrige Einkommensgruppen wird nur sehr wenig gemacht. Wer größere Vermögen hat, kann umschichten. Bei allen anderen muss der Staat helfen, die Vorsorgelücke zu schließen. Wir brauchen direkte staatliche Anreize zum Sparen und keine Steuererleichterungen.

Werden alle Sparkassen überleben?

Breuer: Zins und Provisionsergebnis sind unsere beiden Haupteinkommensquellen. Wenn das Zinsergebnis dramatisch runter geht und das Provisionsergebnis das nicht kompensieren kann, dann

ist das für alle Banken eine große Herausforderung, für kleine, regionale Institute aber eine ganz besondere. Dazu brauchen wir bei den Sach- und Personalkosten ein straffes Kostenmanagement. Es wird nicht jede Sparkasse eigenständig bleiben. Aber jeder Kunde wird sicher sein können, dass er auch in Zukunft noch bei der Sparkasse ist. Wir haben im Moment 400 Häuser, wenn dieser Druck anhält, ist nicht auszuschließen, dass wir in den nächsten Jahren eine ganze Reihe von Fusionen bekommen werden. In meinem Zuständigkeitsbereich gibt es derzeit 31 Sparkassen, drei weniger als 2015.

„Das Smartphone wird zur Filiale werden, die man stets dabei hat.“

MICHAEL BREUER

Sind höhere Gebühren unvermeidlich?

Breuer: Es wird keine Gebührenerhöhung am Markt durchsetzbar sein, wenn damit nicht gleichzeitig verbesserte Service- und Dienstleistungen einhergehen. Das wissen die Sparkassen. Wir werden qualitativ mehr anbieten müssen, um eine Erhöhung zu rechtfertigen.

Was verstehen Sie unter einer qualitativen Dienstleistung?

Breuer: Zum Beispiel digitale Dienstleistungen, die mit dem Konto verbunden sind. Dann ist das Girokonto das Ankerprodukt, um das sich weitere Dienstleistungen herumranken wie die Kreditkarte, vielfältige Service-Funktionen und moderne Online-Dienstleistungen wie zum Beispiel Paydirekt als neues Online-Bezahlungssystem.

Ist Paydirekt eine verspätete Reaktion auf den Konkurrenten PayPal?

Breuer: Ja, wir hätten hier schon früher Fahrt aufnehmen können. Wir haben uns aber Zeit gelassen, weil mit diesen elektronischen Zahlungssystemen immer auch ein großer Schatz an Informationen und Daten verbunden ist, den es zu schützen gilt. Unsere Kunden können bei Paydirekt sicher sein, dass ihre Daten nicht teuer verkauft werden. Richtig ist: Es gab auch um Paydirekt hitzige Debatten. Und es gab auch Sparkassen, die sagten, wir wollen nicht gemeinsam mit der Konkurrenz etwas machen. Wir können diesen hohen Standard aber nur erreichen, wenn alle Bankengruppen in Deutschland zusammenarbeiten. Allein bekommt keiner ein konkurrenzfähiges Bezahlungssystem hin.

Wie wirkt sich Draghis Geldpolitik auf den Mittelstand aus?

Breuer: Das Argument der EZB, dass so Kreditvergabe und Investitionen angekurbelt werden, spielt in Deutschland keine Rolle. Die Wirkung ist in Deutschland nachgewiesen nahe Null. Wir haben ein moderates Kreditwachstum, aber kaum Kreditausfälle. Bereits im Jahr 2014 waren es so wenige wie noch nie, 2015 haben wir dieses Ergebnis noch einmal getoppt. Und auch für 2016 sieht es schon

jetzt sehr gut aus. Die Zahlen sind ein Indiz dafür, dass der Mittelstand klug investiert und eng mit uns zusammenarbeitet.

Wann hat die Kreditwirtschaft die schwierigen Zeiten überwunden?

Breuer: Die Auswirkungen der EZB-Politik werden wir vor allem in den nächsten vier, fünf Jahren spüren. Und selbst wenn jetzt die Zinsen wieder leicht steigen würden, hätten wir erst Mitte der 2020er Jahre einen positiven Effekt. Auch kleine Kreditinstitute reagieren hier wie ein Dampfhammer.

Was heißt das genau?

Breuer: Wir können die Gewinnsituation der vergangenen fünf, sechs Jahre in den kommenden Jahren nicht halten. Das wird deutlich nach unten gehen. Das gilt auch für die sehr erfolgreichen Sparkassen in der Region Aachen. Die Gewinne werden sich halbieren, teilweise bis auf ein Drittel zurückgehen.

Sie sagten vor drei Jahren, es gebe bei den Sparkassen zu wenig Frauen in Führungspositionen. Die Quote müsse um 50 Prozent steigen. Haben Sie das Ziel erreicht?

Breuer: Damals hatten wir eine Vorstandsvorsitzende im Rheinland, jetzt sind es zwei. Aber das ist natürlich bei weitem nicht zufriedenstellend.

Warum klappt es nicht?

Breuer: Die Verwaltungsräte entscheiden sich nicht gegen Frauen. Wir beschäftigen in den Sparkassen mehr Frauen als Männer. Das Ungleichgewicht haben wir in den Managerpositionen. Ein Grund ist sicherlich, dass die BaFin als Bankenaufsicht mit ihrem Bankenführerschein den Markt eng macht. Denn dafür sind viele Weiterqualifizierungen notwendig. Und viele Frauen, bei denen sich mit Anfang 30 diese Frage stellt, stehen gerade in dieser Lebensphase im Spannungsverhältnis von Familie und

Beruf. Wir haben eine Reihe von Modellen, von denen viele aber nur auf dem Papier und nicht in der Realität funktionieren. Da müssen wir dringend ran.

Landtagsabgeordneter und Minister

Michael Breuer (* 2. Oktober 1965 in Brühl) ist seit dem 1. Januar 2008 Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Seit 1983 ist Breuer Mitglied in der CDU. Von 1999 bis 2009 war er Vorsitzender der CDU Rhein-Erft und Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Mittelrhein.

Vom 1. Juni 1995 bis zum 2. Dezember 2007 war er Mitglied des NRW-Landtages. Beim Regierungswechsel am 24. Juni 2005 ernannte der damalige Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) Breuer zum Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten. Nach seiner Wahl zum Präsidenten des Sparkassenverbandes trat er vom Ministeramt zurück.



Michael Breuer: Der Bankenexperte verlangt von der Bundesregierung staatliche Anreize zum Sparen. Von Steuererleichterungen hält er wenig. Fotos: Harald Krömer

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.09.2016, S. 15

Müssen Steuerberater bald ihre Tricks offenlegen?

Gutachter empfehlen dem Bundesfinanzminister eine gesetzliche Anzeigepflicht

FRANKFURT, 25. September. Der Kampf gegen Steuervermeidung geht in die nächste Runde. Deutsche Steuerberater werden womöglich bald gesetzlich verpflichtet, Steuersparmodelle offenzulegen, die sie Unternehmen und anderen Mandanten empfehlen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat schon klären lassen, ob eine solche Regelung mit dem Grundgesetz und dem Europarecht vereinbar wäre. Drei Juristen des Max-Planck-Instituts für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen in München haben diese Frage nun bejaht und skizziert, wie eine Anzeigepflicht aussehen könnte.

Schon 2007 hatte es einen politischen Anlauf für eine Informationspflicht der Berater gegeben, sie war auch an juristischen Bedenken gescheitert. Diese Bedenken halten Schäubles Gutachter für „weitgehend nicht stichhaltig“. Es sei durchaus möglich, in das deutsche Recht eine Anzeigepflicht für Steuergestaltungen aufzunehmen, die „sowohl verfassungsrechtlichen als auch europapolitischen Anforderungen genügt“, heißt es in ihrem am Freitag fertiggestellten Gutachten, das dieser Zeitung vorliegt. Mehr noch: Die Autoren Christine Osterloh-Konrad, Caroline Heber und Tobias Beuchert sehen in einer Anzeigepflicht ein „taugliches Instrument“, um zu einer gleichmäßigen An-

wendung des Steuerrechts zu kommen.

Der Kampf gegen Steuervermeidung sei bekanntlich ein Katz-und-Maus-Spiel. Schließe der Gesetzgeber eine planwidrige Lücke, beginne die Suche nach neuen Möglichkeiten, die Steuerlast durch geschicktes Gestalten zu minimieren. Die staatlichen Stellen sollten möglichst früh erfahren, was vor sich gehe, um auf unerwünschte Gestaltungen reagieren zu können. Das Ziel, systemwidrige Lücken im Steuerrecht zu schließen, sei daher im Grundsatz „sowohl verfassungsrechtlich legitim als auch ökonomisch sinnvoll“. Entsprechende Vorschriften gebe es zum Beispiel in Großbritannien und Irland.

Die große Schwierigkeit liegt allerdings in der Abgrenzung der Offenlegungspflichten der Berater. „Verfassungsrechtlich problematisch wäre ein System, das versuchen würde, alle aus Sicht des Fiskus möglicherweise unerwünschten Gestaltungen zu erfassen, weil dies zu einer übermäßigen Belastung von Beratern und Steuerpflichtigen führen würde; ein solches System wäre auch für die Verwaltung nicht handhabbar“, warnen die Gutachter. Sie empfehlen, die Anzeigepflicht nur auf „modellhafte“ Steuertricks anzuwenden, die wiederholt und weitgehend unabhängig von der Situation des Steuerpflichtigen genutzt werden könnten, etwa

die Cum-Ex-Modelle. Dabei nutzten Steuerpflichtige Aktiengeschäfte rund um den Dividendenstichtag, um sich die Kapitalertragsteuer mehrfach vom Fiskus erstatten zu lassen. Derartige Steuerprodukte und aggressive Gestaltungen führten zu erheblichen Einnahmeausfällen und stellten die gleichmäßige Anwendung des

Rechts besonders in Frage. „Klassische“ Steuerberatung hingegen müsse außen vor bleiben. Ein Gesetz, das darauf ziele, möglichst alle potentiell unerwünschten Gestaltungen zu erfassen, sei „zum Scheitern verurteilt“. Der Erfolg einer Regelung werde „wesentlich von der Selbstbeschränkung des Staates“ bei der Ausgestaltung der Anzeigepflichten und der Nutzung der Informationen abhängen.

Die Gutachter fordern auch, die Anzeigepflicht zwingend zu ergänzen durch Maßnahmen, die die Planungssicherheit der Steuerpflichtigen und ihrer Berater erhöhen. „Transparenz im Steuersystem sollte keine Einbahnstraße sein.“ Notwendig seien verbindliche Auskünfte des Fiskus über die Zulässigkeit von Steuersparmodellen. In der Steuerplanung handle der Steuerpflichtige derzeit „unter weitgehender Unsicherheit“. Die Einführung eines Anzeigepflichtsystems ohne Verbesserung der Planungssicherheit würde ein erhebliches Fairnessproblem begründen.

Neue Rhein Zeitung vom 26.09.2016, S. 1

NRW-Fiskus durchleuchtet 20 Großbanken

Ermittlungsdaten zu Cum-Ex-Geschäften auf Steuer-CDs

Düsseldorf. NRW-Steuerfahnder durchleuchten mehr als 20 internationale Großbanken wegen des Verdachts der unzulässigen Rückerstattung von Kapitalertragsteuern. Einen entsprechenden Bericht des Rechercheverbands von WDR, NDR und Süddeutscher Zeitung bestätigte NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) indirekt am Sonntagabend auf Anfrage der NRZ.

„Bekanntlich hat das Land vor einem Jahr einen Datenträger mit wertvollen Hinweisen auf Cum-Ex-Betrügereien gekauft. Die dort aufgeführten mehr als hundert Banken aus dem In- und Ausland sollten nicht davon ausgehen, dass das Material in unseren Schubladen ver-

gammelt“, sagte Walter-Borjans. Eine Reihe von Banken habe mit dem Fiskus bereits Gespräche aufgenommen und kooperiere. „Auch der Rest sollte nicht darauf setzen, dass das systematische Ausplündern der Staatskasse unentdeckt bleibt“, so Walter-Borjans weiter.

„Cum-Ex-Betrügereien“ bezeichnet Geschäfte, bei denen sich ausländische Banken oder deren Handelspartner in Deutschland bei Aktiengeschäften um den Dividendenstichtag eine nur einmal gezahlte Kapitalertragssteuer mehrmals erstatten lassen. Offenbar sind Institute wie JP Morgan, UBS, Morgan Stanley, die BNP Paribas, Barclays und HSBC im Visier der Fahnder. *tobi*

Aachener Nachrichten vom 24.09.2016, S. 9

Verfahren um Kauf von Schloss Kellenberg eingestellt

Früherer Aachener Niederlassungsleiter des BLB zahlt Auflage von 9500 Euro. Gericht: Kontrollmechanismen nicht gezielt umgangen.

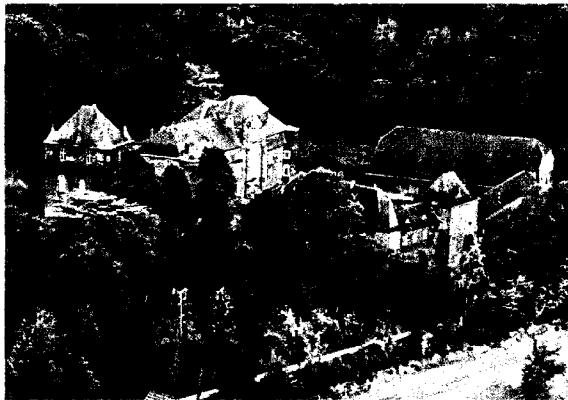
VON CLAUDIA SCHWEDA

Aachen/Düsseldorf. Im Prozess um den landeseigenen Baubetrieb BLB wird das Verfahren gegen den früheren Leiter der Aachener Niederlassung, Harald L., gegen Zahlung einer Geldauflage von 9500 Euro eingestellt. L. nehme das Angebot des Gerichts an, teilte seine Anwältin Simone Kämpfer gegenüber unserer Zeitung mit. Ihm war Beihilfe zur Untreue im Fall des Ankaufs von Schloss Kellenberg in Jülich vorgeworfen worden. Der Schaden für das Land sollte sich auf zwei Millionen Euro belaufen. Mit der Einstellung des Verfahrens gilt gegen L. weiter die Unschuldsvermutung. Strenge disziplinarische Maßnahmen durch den BLB sind damit ebenfalls ausgeschlossen. Allerdings, und das ist der Pferdefuß für L.: Die Vorwürfe sind damit auch nicht vollständig aufgeklärt.

Der frühere Niederlassungsleiter stimmte der Einstellung aus prag-

matischen Gründen zu. Dabei war er einem Freispruch deutlich näher als einer Verurteilung. Was das

Gericht bereits in einer früheren Einlassung während des Prozesses andeutete, ist im Einstellungsbe-



Das Streitobjekt: Wegen des Kaufs von Schloss Kellenberg in Jülich stand der frühere Leiter der BLB-Niederlassung in Aachen vor Gericht. Nun wurde das Verfahren gegen eine Auflage eingestellt. Foto: B. Jansen

schluss klar formuliert: Der Angeklagte habe die vorhandenen Kontrollmechanismen beim BLB nicht gezielt umgangen. L. stellte den Antrag zum Kauf von Schloss Kellenberg. Dass dieser Antrag ohne die vorgesehenen Prüfmechanismen weiter betrieben werden würde, habe er nicht gewusst. Die Beweiserhebung im Prozess habe zudem ein starkes Interesse der Fachhochschule Aachen an einer Nutzung des Schlosses ergeben, heißt es im Beschluss weiter. Allerdings wären zur endgültigen Aufklärung weitere Beweisaufnahmen „von erheblichem Umfang“ nötig.

Das hätte für L. weitere Monate oder sogar Jahre in einem Verfahren bedeutet, in dem die Ermittlungen bereits fast sechs Jahre gedauert haben. „Die hiermit verbundenen Aufwendungen in zeitlicher, finanzieller und nervlicher Hinsicht sind Herrn L. nicht zumutbar“, sagte seine Anwältin.

Denn L. saß nur als Mitangeklagter im BLB-Korruptionspro-

zess vor dem Düsseldorfer Landgericht, in dem bislang parallel fünf mögliche Tatkomplexe verhandelt wurden. Bei den vier übrigen Bauvorhaben, die nun noch weiterverhandelt werden, summiert sich laut Anklage der Gesamtschaden für den Steuerzahler auf mehr als 14 Millionen Euro. Und in diesen vier Fällen sollen sich Beteiligte selbst bereichert haben. Dem Hauptangeklagten Ferdinand Tiggemann, früher Chef des landeseigenen Baubetriebs BLB, wird Bestechlichkeit und Untreue in besonders schweren Fällen vorgeworfen. Laut Anklage soll er jahrelang in die eigene Tasche gewirtschaftet haben. Mitangeklagt ist wegen Beihilfe zur Untreue ein Rechtsanwalt aus Bad Neuenahr (68). Ihm wird vorgeworfen, als Strohmann bei den Geldflüssen zwischen den Investoren und Tiggemann fungiert und das Geld verteilt zu haben. Bei den Vorgängen um diese vier Bauprojekte steckt die Beweisaufnahme noch in den Anfängen.

Aachener Nachrichten vom 26.09.2016, S. 1

KfW-Studie: Schulen verrotten

Investitionsstau von 34 Milliarden Euro. Bildungserfolg gefährdet.

Frankfurt/Main. Bei der Modernisierung von Schulgebäuden hinken Städte und Gemeinden mit rund 34 Milliarden Euro hinterher. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung der KfW-Bankengruppe zur Finanzlage der Kommunen. Dieser Investitionsstau erschwere Bildungserfolge in Deutschland, heißt es. „Der Investitionsrückstand zeigt, wie weit wir von einer idealen Schulinfrastruktur entfernt sind“, sagte KfW-Chefvolkswirt Jörg Zeuner.

Deutschland investiere im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich in sein Bildungssystem. Die Kommunen stecken demnach im vergangenen Jahr 2,9

Milliarden Euro in ihre Schulgebäude. Das sei zwar ein leichter Anstieg von rund 115 Millionen Euro im Vergleich zu 2014, aber ein Minus von 1,3 Milliarden Euro mit Blick auf 1995. Damals machten der Untersuchung zufolge Bauinvestitionen noch über 45 Prozent der kommunalen Gesamtausgaben für Schulen aus, 2015 waren es nur noch 25 Prozent.

Die Studie der Bankengruppe stützt sich auf Ergebnisse von regelmäßigen Befragungen kommunaler Kämmerer. Ein wesentlicher Grund für die Entwicklung sei der geringe finanzielle Spielraum: „Kommunen mit angespannter Haushaltslage fehlt es oft an Mög-

lichkeiten, dringend notwendige Investitionen voranzutreiben“, heißt es.

Angesichts der knappen Kassen müssten viele Kommunen in verschiedenen Bereichen Investitionen streichen, und das betreffe leider auch die Schulen, sagte der stellvertretende Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Alexander Handschuh. Es sei wünschenswert, dass die Länder ihre Zuweisungen an die Kommunen erhöhten. Zudem sei eine zusätzliche Entlastung von Sozialleistungen nötig. Dadurch würde der finanzielle Spielraum der Städte und Gemeinden größer, auch für Investitionen in Schulen. (dpa)

Neue Westfälische vom 26.09.2016, S. 3

Investitionsstau von 34 Milliarden Euro bei Schulen

Marode Gebäude: Einer Studie zufolge stecken die Kommunen deutlich weniger Geld in die Modernisierung als vor 20 Jahren.

Die Fachleute sehen wegen ausbleibender Milliardeninvestitionen den Bildungserfolg in Deutschland gefährdet

■ **Frankfurt** (dpa). Bei der Modernisierung von Schulgebäuden hinken Städte und Gemeinden mit rund 34 Milliarden Euro hinterher. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung der KfW-Bankengruppe zur Finanzlage der Kommunen.

Dieser Investitionsstau erschwere Bildungserfolge in Deutschland, heißt es. „Der Investitionsrückstand zeigt, wie weit wir von einer idealen Schulinfrastruktur entfernt sind“, sagte KfW-Chefvolkswirt Jörg Zeuner. Deutschland investiere im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich in sein Bildungssystem.

Die Kommunen stecken demnach im vergangenen Jahr 2,9 Milliarden Euro in ihre Schulgebäude. Das sei zwar ein leichter Anstieg im Vergleich zu 2014 von rund 115 Millionen Euro, aber ein Minus von 1,3 Milliarden Euro mit Blick auf 1995. Damals machten der Untersuchung zufolge Bauinvestitionen noch über 45 Prozent der kommunalen Gesamtausgaben für Schulen aus, 2015 waren es nur noch 25 Prozent. Die Studie der Bankengruppe stützt sich auf Ergebnisse von regelmäßigen Befragungen kommunaler Kämmerer.

In den Regionen gibt es große Unterschiede. Ein wesentlicher Grund für die Entwicklung sei der geringe finanzielle Spielraum: „Kommunen mit angespannter Haushaltslage fehlt es oft an Möglichkeiten, dringend notwendige Investitionen voranzutreiben“, heißt es. Für die nachhaltige Haushaltsplanung von Städten und Gemeinden stünden aber alle föderalen Ebenen im Land in der Pflicht.

Angesichts der knappen Kassen müssten viele Kommunen in verschiedenen Bereichen Investitionen streichen, und das betreffe leider auch die Schulen, sagte der stellvertretende Sprecher des

Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Alexander Handschuh. Es sei wünschenswert, dass die Länder ihre Zuweisungen an die Kommunen erhöhten. Zudem sei eine zusätzliche Entlastung von Sozialleistungen nötig. Dadurch werde der finanzielle Spielraum der Städte und Gemeinden größer, auch für Investitionen in Schulen.

Kritik an der Investitionspolitik der Bundesregierung übe die sogenannte Fratzscher-Kommission. Es gebe abgesehen vom Verkehrssektor in allen Bereichen eindeutige Defizite, urteilten die Experten nach einem Bericht der

Welt. Eine offizielle Erklärung will die 2014 einberufene Kommission, die nach Marcel Fratzscher, dem Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) benannt ist, im Oktober abgeben.

In einer Zwischenbilanz loben Kommissionsmitglieder zwar den angesprochenen Aus- und Neubau von Straßen und Schienenwegen. „Unverändert großer Handlungsbedarf besteht dagegen beim Ausbau der Breitbandnetze“, zitierte *Die Welt* die Experten. Ein Kommissionsmitglied habe gesagt: „Datenautobahnen werden schon bald wichtiger sein als Betonautobahnen.“

Welt am Sonntag vom 25.09.2016, S. NRW1

G-WAS?

Fast alle Parteien wollen das Gymnasium reformieren und überbieten sich mit Vorschlägen zu G-8, G-9 oder G-Flexi. Wahrscheinlich haben die Schüler bald selbst die Qual der Wahl

Als Peter Silbernagel sich jüngst über die aktuellen Pläne für eine Gymnasialreform beugte, begann ihm der Kopf zu qualmen. Was ihn auf einen originellen Gedanken brachte: Eigentlich müsse am Himmel über NRW eine gewaltige Wolke wabern. Schließlich dürften diese Woche viele Menschen versucht haben, sich über die Zukunft der Gymnasien im Land zu orientieren. Denn in den vergangenen Tagen präsentierten die meisten Parteien Vorschläge für eine Reform des achtjährigen Gymnasiums in NRW. Und weil diese Vorschlagsflut „kaum durchschaubar“ sei, dürften etliche Köpfe im Land gequalmt haben, so mutmaßte der Landesvorsitzende des Philologenverbands.

VON TILL-REIMER STOLDT

In der Tat ist es verwirrend, was die Parteien ihrem Volk nun an Vorschlägen und Varianten präsentierten, wie sie mit den Kürzeln G-8 und G-9, G-8-Flexi und Flexi-Total jonglierten, das verwirrte. Nur in Ansätzen ließ sich erahnen, wohin die schulpolitische Reise nach der Wahl 2017 gehen wird. Und so fanden die Vorschläge denn auch ein sehr durchmisches öffentliches Echo.

Dabei könnte man über diese Ansätze einer kommenden Reform auch jubeln. Immerhin haben die im Landtag etablierten Parteien sich nun vorgewagt und auf zwei Eckpfeiler festgelegt. Zum einen ist das achtjährige Gymnasium, wie es derzeit existiert, ein Auslaufmodell. Zum anderen wird es aber auch keine Rückkehr zu G-9 geben, wie es bis 2006

üblich war. Zwischen diesen Rahmenden bewegen sich die unterschiedlichen Konzepte der Parteien. Damit haben sie ein schulpolitisches Friedensangebot umrissen: einen Kompromiss zwischen dem massiven Drängen der Elternschaft hin zu G-9 und dem aus Überzeugung resultierenden Festhalten der etablierten Parteien an G-8.

Schon seit Jahren beobachten die

Parteien, dass sich ihr Volk mehrheitlich für die Rückkehr zu G-9 ausspricht, weil G-8 den Leistungsdruck zu stark erhöht und die Nachmittage weitgehend mit Unterricht gefüllt habe. In allen Parteien wurde der Unmut der Eltern an der Basis laut, zudem gab es eine Volksinitiative für G-9, die binnen kurzer Zeit über 100.000 Unterschriften sammelte. Dann kam die repräsentative Umfrage des Bielefelder Forschers Rainer Dollase heraus, derzufolge über 80 Prozent aller Gymnasial Eltern für G-9 plädierten. Und mitten in den Wahlkampf hinein startet nun auch noch ein Volksbegehren für G-9.

Dagegen stand ebenso konstant die Überzeugung von SPD, CDU, Grünen und FDP, dass eine erneute Schulreform, nun zurück zu G-9, die 625 Gymnasien im Land zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt erwischen würde. Immerhin würde diese Systemumstellung Personal, Zeit, Schulmaterial, Gebäude, Fortbildungen und Streit um die Finanzierung zwischen Land und Kommunen kosten. An dieser Aussicht fanden neben der Politik auch die Lehrerverbände keinerlei Gefallen. Die warnten unisono, die Schulen laborierten an strukturellem Unterrichtsausfall, an der schlecht vorbereiteten Inklusion Behinderter und an der Integration von Flüchtlingskindern. Da brauche man nichts weniger als eine zusätzliche Strukturreform.

Um diesen Konflikt zu befrieden, haben die Parteien nun also ihre Kompromissangebote vorgelegt, die einen gemeinsamen Nenner aufweisen. Alle wollen den Schülern neben der achtjährigen eine neunjährige Gymnasialzeit zur Wahl stellen. Der Lehrplan für G-9-Schüler würde von der fünften bis zur zehnten Klasse wieder entzerrt. Eine zweite Fremdsprache würde vermutlich nicht mehr ab der sechsten, sondern der siebten Klasse erlernt, der viel beklagte Lernstress aufgrund der Curriculumverdichtung wäre reduziert. Und an Nachmittagen würde vermutlich etwas

weniger unterrichtet als bislang.

Wie diese Wahlfreiheit zwischen G-8 und G-9 gestaltet wird, darüber streiten die Parteien indes. Die FDP wirbt dafür, dass sich jeweils eine ganze Schule für eine Laufzeit entscheiden muss. Das wäre für die Schulen weniger aufwendig als der Wechsel zum Angebot zweier Schullaufzeiten unter einem Dach. Will ein Gymnasiast dann allerdings von G-8 auf G-9 umsteigen oder umgekehrt, wird es für ihn aufwendig – weil er dann die Schule wechseln muss. Gleichwohl hat für dieses Konzept auch die CDU eine gewisse Sympathie erkennen lassen.

Dagegen favorisiert die SPD, dass Schüler erst am Ende der neunten Klasse entscheiden, ob sie nach acht oder neun Jahren ihre Abiturprüfung absolvieren. Beide Möglichkeiten sollen unter einem Schuldach angeboten werden. Wer nach der Neun schnell zum Abi kommen will, beginnt in der Zehn den Oberstufenstoff zu lernen. Wer sich ein Jahr länger Zeit lassen möchte, absolviert die zehnte Klasse zweimal – und lernt beim ersten Durchgang den Lernstoff der Mittelstufe, beim zweiten den der Oberstufe. Bislang ungeklärt ist beim SPD-Konzept aber, wie groß die Entlastung ausfallen darf. Das Problem: Je größer die Entlastung bis zur Zehn, umso massiver wird für G-8-Schüler die Belastung danach.

Die Grünen unterstützen das SPD-Modell, ergänzen es aber um den verwickelten Vorschlag, die Schüler sollten auch noch entscheiden, wann sie über G-8 oder G-9 entscheiden. Neben Schulen, die nach der Neun eine Entscheidung verlangen, solle es Schulen geben, in denen nach der Sechs G-8 und G-9 zur Wahl stehen.

Ob dies die Eltern überzeugen wird, bleibt abzuwarten. In der maßgeblichen Umfrage des Bildungsforschers Dollase hatten über 60 Prozent der Gymnasial Eltern beteuert, selbst wenn G-8 noch so gründlich reformiert würde, bliebe G-9 für sie das einzig akzeptable Modell. Von den Parteien, die mutmaßlich dem nächsten Landtag angehören wer-

den, verfiert allein die AfD diese Linie einer vollständigen Rückkehr zu G-9.

In die Hände spielt der AfD womöglich ein weiterer Umstand: Die Konzepte der Etablierten stellen hohe, viele sagen: zu hohe Ansprüche an die Mündigkeit von Schülern und Eltern. Würden sie umgesetzt, müssten Schüler sich zwischen noch mehr Bildungswegen entscheiden als bisher. Im Angebot wä-

ren dann nicht nur Haupt-, Real-, Sekundarschule, Gymnasium oder Gesamtschule. Nicht nur inklusiv oder nicht, ganz- oder halbtags, neu- oder altsprachlich, sondern auch das Gymnasium nach acht oder neun Jahren, für das man sich in der Vier, nach der Sechs oder nach der Neun entscheiden müsste. Ach ja, und dann forderte die grüne Schulministerin Sylvia Löhrmann auch

noch, Schülern müsse die Option eines sogenannten Dalton-Gymnasiums eingeräumt werden. Dort werden Schüler zweimal täglich in individuellen Förderzeiten unterrichtet. Nur: Mit G-8 oder G-9 hat „die Dalton-Pädagogik gar nichts zu tun“, moniert Peter Silbernagel. Wollte Löhrmann damit die Wolke am Himmel über NRW vergrößern?

Kölner Stadtanzeiger vom 24.09.2016, S. 10

Weg zum Abitur wird neu geplant

SCHULPOLITIK Fast alle Parteien und Verbände scheuen starre Festlegung auf G8 oder G9

VON KERSTIN MEIER

Wird es bis zum Abitur an Gymnasien künftig acht oder neun Jahre dauern? Auf diese einfache Frage hat die nordrhein-westfälische Politik zurzeit nur komplizierte Antworten: Flexible Oberstufe, Dalton-Stunden, individuelle Lernzeiten – nach langer Regungslosigkeit kennen die kreativen Vorschläge zur Länge der Schulzeit keine Grenzen.

Auch auf Parteitag: SPD und Grüne in NRW stellen am Wochenende die Weichen für die Landtagswahl im Mai 2017. Bildungspolitik ist wieder einmal ein zentrales Thema. Dabei sollte der Schulfrieden von 2011 zwischen CDU und Rot-Grün genau das verhindern: Ein sensibles Schulthema droht Opfer des Wahlkampf-Taktierens zu werden. Wir stellen die verschiedenen Konzepte von Parteien, Bürgerinitiativen und Eltern- und Lehrervertretungen vor.

ZURÜCK ZUM ALTEN G9

Zurück zum Abitur nach neun Jahren sofort und für alle – das ist die radikalste Forderung in der Debatte über das Turbo-Abitur. Sie wird unter anderem von den Bürgerinitiativen erhoben.

Die Landeselternschaft der Gymnasien in NRW spielt eine zentrale Rolle, wenn es um die Länge der

Schulzeit geht. Und sie ist mitverantwortlich für die Kehrtwende, die wir in NRW gerade erleben. Denn seit es einen neuen Vorstand gibt, gibt es auch eine neue Linie der Landeselternschaft: Nicht mehr die Reform von G8, sondern zurück zu G9. Als Übergangslösung sollen die Fünftklässler schon zum Schuljahr 2017/18 wieder nach der alten Struktur lernen. Auch Schüler, die gerade die Unterstufe besuchen, sollen dann schon die Möglichkeit bekommen, ein Jahr zu verlängern.

Zum Schuljahr 2018/19 soll dann die Übergangslösung von einem „neuen, ganzheitlichen Konzept“ abgelöst werden. Begabte Schüler sollen das Abitur aber auch in acht Jahren machen können – zum Beispiel in „Profilklassen“, wie es sie auch schon von 2001 bis 2005 gab. Ein Zugeständnis an die G8-Anhänger unter den Eltern.

Die Piraten waren lange Zeit die einzige Fraktion im Landtag, die sich eindeutig für eine Rückkehr zu G9 ausgesprochen haben. Die neuen Pläne der grünen Schulministerin für individuelle Lernzeiten sind „Piratenposition seit 2010“, wie die bildungspolitische Sprecherin Monika Pieper sagt. So eine Umstrukturierung sei realistisch aber nur mittel- bis langfristig umsetzbar.

Jetzt brauche man eine schnelle Lösung. Und die heißt für die Piraten: Zurück zum alten G9.

Die Bürgerinitiative „Gib 8“ will ohne Wenn und Aber zurück zum Abitur nach neun Jahren. Sprecherin Anja Nostadt fordert die Einführung von G9 für alle zum nächsten Schuljahr. Allerdings soll es „verbesserte Möglichkeiten für individuelles Überspringen“ von Jahrgangsstufen geben.

G8 VERBESSERN

Schon wieder Unruhe an den Schulen? Dann lieber die verkürzte Schulzeit beibehalten und den Stress für die Schüler entschärfen. Das war vor ein paar Wochen noch Konsens bei (fast) allen Parteien und am Runden Tisch, den Schulministerin Sylvia Löhrmann als Reaktion auf die Probleme mit G8 einberufen hat. Heute stehen die Befürworter für eine Reform von G8 plötzlich ziemlich allein da: Denn in Wahlkampfzeiten besinnt man sich aufs Volk. Und die Stimmung in der Bevölkerung ist in Umfragen eindeutig: Zurück zu G9!

Die Landesvereinigung der nordrhein-westfälischen Unternehmenseverbände mahnt Qualitätsverbesserungen an, steht aber weiterhin zu G8: Erwiesenermaßen seien Abiturienten nach acht Jahren

Gymnasium nicht schlechter als diejenigen, die ein Jahr länger an der Schule bleiben. Ein ständiges Hin und Her bei Reformen binde jedoch erhebliche Energien, die dann für die eigentliche Bildungsarbeit fehlten.

Der Philologenverband vertritt die Interessen vor allem von Gymnasiallehrern. Der Vorsitzende Peter Silbernagel plädiert dafür, die verkürzte Schulzeit weiter zu reformieren. Er hat aber auch Sympathien für das Modell der SPD, die Unterstufe zu verlängern und dafür die Oberstufe flexibler zu gestalten.

Der Verband Bildung und Erziehung in NRW (VBE) vertritt viele Lehrer der Unterstufe. VBE-Chef Udo Beckmann ist für einen Umbau von G8: Die Sekundarstufe I am Gymnasium soll auf jeden Fall wieder auf sechs Jahre verlängert werden. Dafür könne dann ein Jahr in der Oberstufe gekürzt werden. Bleiben unter dem Strich also weiterhin acht Jahre bis zum Abitur. Die Möglichkeit, die Oberstufe am Gymnasium auch drei Jahre lang zu besuchen (das Modell der NRW-SPD) ist für den VBE auch denkbar. Allerdings unterscheidet sich das Gymnasium dann strukturell nicht mehr von der Gesamtschule, gibt Beckmann zu bedenken.

GYMNASIEN SOLLEN SELBER WÄHLEN – G8 ODER G9

Eine Wahlfreiheit für Gymnasien gab es schon mal in Nordrhein-Westfalen: Gleich nach ihrem Amtsantritt 2010 stellte die Schulministerin Sylvia Löhrmann es den Gymnasien frei, wieder zurück zum alten System zu wechseln. Nur ein gutes Dutzend von mehr als 600 Schulen entschied sich damals dafür.

Die FDP hatte um die Jahrtausendwende als traditionell wirtschaftsnahe Partei die Forderungen der

Unternehmen nach einem Abitur nach acht Jahren unterstützt. Wie die meisten anderen Parteien im nordrhein-westfälischen Landtag machte sie sich lange dafür stark, die jetzige Struktur zu verbessern anstatt zur alten zurückzukehren. Doch vor einigen Wochen kam überraschend der Wandel: Nun will die FDP-Fraktion in Nordrhein-Westfalen, dass jedes Gymnasium selbst entscheidet, ob es ein Abitur nach acht oder neun Jahren anbietet.

NOCH BERATUNGSBEDARF

Man mag über die unausgegorenen Ideen der grünen Schulministerin den Kopf schütteln. Genauso wie über die Tatsache, wie spät sie sich in der aktuellen Debatte positioniert hat. Noch erstaunlicher ist aber die Rolle der CDU, der größten Oppositionspartei im nordrhein-westfälischen Landtag. Ihre Position in der wichtigsten schulpolitischen Frage: Ungeklärt.

Die CDU-Fraktion ist in der Frage G8 oder G9 völlig abgetaucht. Nur

gegen die Äußerungen von Schulministerin Sylvia Löhrmann zum Thema wird scharf geschossen. Eigene Vorschläge hört man aus den Reihen der CDU aber gar nicht. Nur so viel: „Wir führen intensive Gespräche mit den Vertretern der Bürgerinitiative und den Lehrer-, Eltern- und Schülerverbänden darüber, wie eine tragfähige Lösung aussehen kann.“ Manches in den Vorschlägen von SPD und FDP entspreche dem, was auch in der CDU-Fraktion beraten werde.

BEIDES GLEICHZEITIG: G8 UND G9 PARALLEL

Acht oder neun Jahre bis zum Abitur? Darauf geben die Konzepte von Grünen und SPD keine klare Antwort. Je nach Leistungsstärke eines Schülers soll an den Gymnasien beides möglich sein.

Die Schulministerin Sylvia Löhrmann wich der Frage nach dem Turbo-Abi in den vergangenen Wochen aus. Sie könne dem Runden Tisch, der nach den Herbstferien zusammenkommen soll, schließlich nichts vorweg nehmen. Doch der politische Druck wurde zu stark: Vergangene Woche überraschte die Spitzenkandidatin der

Grünen für die Landtagswahl mit einer wenig konkreten Idee: Sie will eine „flexible Schulzeit“ – und zwar für alle Schulformen und -abschlüsse. Der allgemeinen Ratlosigkeit begegnete sie jetzt mit einigen Vorschlägen: Gymnasien könnten zum Beispiel nach der sechsten Klasse einen schnelleren und einen langsameren Zug zum Abitur einrichten. Oder die Klasse 10 als nicht verpflichtende „Brückenklasse“ anbieten. Außerdem preist Löhrmann das Modell der „Dalton-Zeit“, während der Schüler selber bestimmen können, was sie lernen – Klassen- und Jahrgangübergreifend.

Die SPD-Fraktion will ebenfalls beides möglich machen: Das Abitur nach acht oder neun Jahren. Das Modell der Sozialdemokraten ist jedoch deutlich handfester als das der grünen Schulministerin: Die Sekundarstufe I soll wieder von fünf auf sechs Jahre verlängert werden. Dafür sollen die Schüler in der Oberstufe wählen können, ob sie ihr Abitur nach zwei (G8) oder drei (G9) Jahren machen wollen. Schüler, die das Abitur nach acht Jahren machen wollen, wechseln also nahtlos in die Oberstufenjahrgänge 11 und 12. Wer noch ein Orientierungsjahr in der Oberstufe einlegen

will, verlängert seine Schulzeit auf G9. Auf diese Weise könnten auch leistungsstarke Gymnasiasten nach der zehnten Klasse wieder unkomplizierter ein Auslandsjahr einlegen, so die SPD – ohne Lerninhalte zu verpassen. Für Seiteneinsteiger, die von anderen Schulformen kommen, soll das Zusatzjahr verpflichtend sein.

Das Modell der flexiblen Oberstufe stammt von der Kölner SPD. Die G8-Variante geht auf Pläne zurück, die die rot-grüne Koalition ursprünglich für die Umsetzung des Turbo-Abiturs hatte, bevor sie 2005 abgelehnt wurde.

Rheinische Post vom 24.09.2016, S. 3

Die beschädigte Ministerin

Sylvia Löhrmann war der Inbegriff der abwägenden Pragmatikerin. Mit ihrem hastigen G8-Vorstoß hat sie Vertrauen zerstört.

VON FRANK VOLLMER

DÜSSELDORF Wie lange Sylvia Löhrmann noch NRW-Schulministerin ist, weiß niemand. Dass aber der 14. September 2016 einmal als Zäsur ihrer Amtszeit gelten wird, davon darf man ausgehen. Da nämlich trat Löhrmann mit einem Vorschlag zur Flexibilisierung der Schulzeit an, um in der Debatte um das achtjährige Gymnasium (G8) in die Offensive zu kommen. Es war eine inhaltliche Wende und ein Strategiewechsel.

Löhrmann ist freilich eher unter die Räder gekommen als in die Offensive. Wenn die nordrhein-westfälischen Grünen sie am Wochenende in Oberhausen als Spitzenkandidatin für die Landtagswahl aufstellen, dann wählen sie eine beschädigte Schulministerin.

Die Zäsur ist tief. Vorher war Sylvia Löhrmann eine, die abwägte bis an die Grenze des Erträglichen. Von ihr eine klare Aussage zur Zukunft des G8 in NRW zu erhalten, war praktisch aussichtslos. Löhrmann mühte sich stets, alle Beteiligten anzuhören, um dann zu entscheiden – und auch das sollte dann möglichst nicht als Festlegung erscheinen. Diese Strategie, gepaart mit viel Pragmatismus, führte Löhrmann im Sommer 2011 zu ihrem größten Triumph: zum Schulkonsens von SPD, Grünen und CDU. Damals setzte sie die Sekundarschule als neue Schulform des längeren gemeinsamen Lernens durch; im Gegenzug wurde das gegliederte Schulsystem in der Landesverfassung garantiert.

Löhrmanns Bilanz war schon vor dem G8-Vorstoß nicht makellos; das ist jedoch für eine Ministerin, die das Pulverfass Schulpolitik verwaltet, auch schlecht möglich. Eltern und Lehrer sind frustriert über die Umsetzung der Inklusion, überall fehlen Sonderpädagogen, aber es gibt auch keine Vorbilder für dieses Jahrhundertprojekt. Im ewigen Streit um den Unterrichtsausfall

machte Löhrmann keine gute Figur, weil sie sich lange einer aussagekräftigeren Erhebungsmethode verweigerte. Das war aber eher parteipolitischer Förmchenkrieg als eine Auseinandersetzung, die an die ministerielle Substanz ging. Insgesamt war Löhrmann eindeutig ein Aktivposten im rot-grünen Kabinett.

Ihre Kompetenz stellen nur die radikalsten Gegner infrage. „Die fängste dich hinterm ersten Busch“, heißt es anerkennend aus der Opposition. Soll heißen: Die ist schwer zu stellen. Und bei den schulpolitischen Verbänden, auch den konservativen, empfindet man Löhrmann trotz einer gewissen Sprödigkeit im Umgang bis heute als Wohltat gegenüber ihrer CDU-Vorgängerin Barbara Sommer.

Und dann das. Am 14. September schob die Parteipolitikerin Löhrmann die Ministerin Löhrmann beiseite, die stets mantrahaft auf die G8-Reformen des runden Tisches verwiesen hatte. Offenbar wollte sie dem zwei Tage später offiziell vorgestellten Konzept der SPD zuvorkommen. Es will die Sekundarstufe I wieder auf sechs Jahre verlängern; dann können Schüler ein „Orientierungsjahr“ einfügen, um in neun Jahren zum Abi zu kommen. Grundsätzlich aber soll G8 bleiben. Der Vorstoß ist heute Thema auf dem SPD-Parteitag in Bochum.

Löhrmanns Anspruch war es, die Debatte um acht oder neun Jahre zu überwinden. Der Eindruck war aber: Sie argumentiert an der Debatte vorbei, weil ihre Vorschläge auf einen Komplettumbau hinauslaufen, nicht eine in zwei, drei Jahren umzusetzende Reform. Eine Woche lang herrschte öffentliche Ratlosigkeit, bis Löhrmann präzisierte: Denkbar seien nicht nur individuelle Lernzeiten, sondern auch

Löhrmann wollte die Debatte überwinden – der Eindruck war: Sie argumentiert an ihr vorbei

ein zweigleisiges System mit schnellen und langsamen Strängen. Das klang mehr nach SPD, weniger nach Revolution, konterkarierte aber auch Löhrmanns Beteuerung, es gehe nicht um eine Strukturreform. Das mitgelieferte Versprechen, die Gymnasien könnten bis 2018 in Ruhe arbeiten, klingt fast wie ein schlechter Witz. Schon heute fühlen sich die Gymnasien als studienvorbereitende Schule von Löhrmann nicht angemessen verstanden.

„Das war der erste große Fehler ihrer Amtszeit“, sagt einer, der die Arbeit der Ministerin gut kennt. Löhrmann hatte sich öffentlich zu lange an den runden Tisch geklammert, um sich in der plötzlich sehr flüssig gewordenen politischen Debatte noch fundiert positionieren zu können – ein eigentlich simples strategisches Versäumnis.

Die neue Devise hieß: Flucht nach vorn. Man habe offenbar einen grünen Nerv getroffen, heißt es in der Partei; die Flexi-Schule mobilisiere Anhänger. Doch der Preis ist hoch: erstens ist der runde Tisch entwertet. Zweitens waren sofort konservative Klischees hervorgekramt, bei den Grünen dürfe wohl jedes Kind machen, was es wolle. Und sofort stand das hässliche Wort der Einheitsschule im Raum, angeblich seit jeher das Ziel linker Pädagogik. Die bürgerlich-katholische Löhrmann, solcher Umsturzpläne eigentlich unverdächtig, weist beides zurück.

Dennoch hat sie der alten Sorge Nahrung gegeben, bei den Grünen siege eben doch regelmäßig Ideologie über Pragmatismus, besonders vor Wahlen. Und die entscheiden schließlich darüber, wie lange Sylvia Löhrmann noch Ministerin ist.

Westfälische Nachrichten vom 24.09.2016, S. 4

„Die Zeit in den Blick nehmen“

Das Gymnasium der Zukunft – Schulministerin Sylvia Löhrmann erläutert ihre Idee individueller Lernzeiten

DÜSSELDORF. Mit ihrem Vorschlag für individuelle Lernzeiten hat Schulministerin Sylvia Löhrmann auf die Debatte um die Öffnung des Turbo-Abiturs (G8) reagiert. Wie sie sich das Gymnasium der Zukunft vorstellt, erläutert sie vor dem Grünen-Landesparteitag im Gespräch mit Hilmar Riemen-schneider.

Frau Löhrmann, lange haben Sie versucht, allen G8-Unmut mit Zurückhaltung von den Gymnasien fernzuhalten. Umso überraschender war es, dass Sie diese Debatte mit dem Vorschlag eines grundlegenden Umdenkens befeuert haben. War der Erwartungsdruck der Partei zu groß?

Löhrmann: Nein, das hatte nichts mit Parteipolitik zu tun. Ich habe wahrgenommen, wie sehr sich die Debatte verhakt hat. Es hatte sich eine Frontstellung zuge-spitzt, die ich nicht mehr länger für verantwortbar gehalten habe. Und auch nicht zielführend, weil es ja um die Frage geht, wie wir das Lernen in unseren Schulen weiterentwickeln. In dieser Situation bin ich gedanklich einen Schritt zurückgegangen und habe überlegt, was bringt uns wirklich nach vorne. Im Schulkonsens haben wir einen wesentlichen Grundsatz festgelegt: Wir stellen die Kinder in den Mittelpunkt und nicht die Strukturen. Das bedeutet, dass wir individualisiertes Lernen auch in Hinsicht auf



Schulministerin Sylvia Löhrmann will eine Öffnungsklausel für alle Gymnasien.

Foto: dpa

die Zeit in den Blick nehmen.

Was genau schwebt Ihnen vor?

Löhrmann: Eine Variante ist, dass am Ende der Erprobungsstufe nach Klasse 6 oder 7 in Beratung mit den Eltern abhängig vom bisherigen Lernerfolg entschieden wird, ob ein Kind die Sekundarstufe I in insgesamt fünf oder sechs Jahren durch-

läuft. Daran schließt sich dann die Oberstufe bis zum Abitur an. Eine andere Möglichkeit wäre, die Entscheidung erst am Ende der Sekundarstufe I zu treffen und dann gegebenenfalls ein Brückenjahr zur Vertiefung des Gelernten anzuschließen. In der Folge würden einige Kinder nach der Klasse 9 in die Oberstufe wechseln, andere nach dem Brückenjahr. Der dritte, am wenigsten strukturelle Weg, ermög-

licht Schulen, täglich individuelle Lernzeiten vorzusehen. Das führt zu guten Ergebnissen, weil es die Selbstständigkeit des Lernens, die Eigenverantwortung und die Motivation stärkt. Mir ist wichtig: Für alle gelten die gleichen Anforderungen und Vorgaben, nur das Wie ist flexibel.

Sollen die Gymnasien die Stränge parallel anbieten?

Löhrmann: Die Eltern sollen wissen, an dieser Schule gibt es beides: den achtjährigen Bildungsgang, aber auch mehr Zeit bis zum Abitur. Die Schulen können sich für ein Modell, für einen pädagogischen Ansatz, entscheiden.

Müssen sich Schulen, an denen G8 problemfrei läuft, umstellen?

Löhrmann: Ich stelle mir vor, dass der Landtag zum Schuljahr 2018/19 eine Öffnungsklausel im Schulgesetz beschließt. In dieser Klausel kann auch geregelt werden, dass nicht alle Schulen gleichzeitig anfangen müssen. Über die Art der individualisierten Lernprozesse kann die Schulkonferenz in Ruhe entscheiden. Mit diesem sanften und schrittigen Ansatz trägt man auch dem Umstand Rechnung, dass viele Schulen im Ganztags arbeiten, der auch Individualisierung ermöglicht.

Wie viel Zeit sollen Schulen für die Umstellung haben?

Löhrmann: Die, die sie brauchen. Und auch das werde ich mit den Schulleitungen besprechen. Ich kann mir vorstellen, dass man den Gymnasien drei bis fünf Jahre Zeit gibt. Das hängt schließlich auch von der inneren Schulentwicklung ab und muss mit den Beteiligten geklärt werden. Der Rahmen bleibt unvergleichbar, das ist für eventuelle Schulwechsel wichtig.

Westdeutsche Zeitung vom 24.09.2016 , S. 3

Nicht nur NRW ist im Schulstress

Die Diskussion um das Turbo-Abitur wird in fast jedem Bundesland geführt. Deutschland ist diesbezüglich ein reiner Flickenteppich.

Düsseldorf. Am „Turbo-Abitur“ nach nur zwölf Schuljahren scheiden sich die Geister. Nachdem sich fast alle Bundesländer in den vergangenen 15 Jahren dem internationalen Standard von acht Jahren Gymnasium (G8) angeschlossen hatten, rumort es jetzt wieder. Erste Regierungen gehen oder erwägen den Schritt zurück zu G 9, andere erproben Mischformen. Auch in NRW ist Bewegung. Dort, wo es bislang beide Optionen gibt: Neben 612 Gymnasien mit zwölf Schuljahren gibt es ähnlich viele Alternativen an über 500 weiteren Schulen für das Abi nach 13 Jahren – etwa an 203 Gesamtschulen, 223 Berufskollegs sowie zwölf Gymnasien im Modellversuch.

Bayern plant, den Gymnasien die Rückkehr zu G9 freizustellen. Kultusminister Ludwig Spaen-

le (CSU) erwägt dies erst ab dem Schuljahr 2018/19. Den Schulen soll keine Vorgabe gemacht werden, weder zum Zeitpunkt noch zur Art.

Baden-Württemberg bleibt auch unter grün-schwarzer Regierung grundsätzlich bei G8 und bei 44 Schulversuchen mit G9. Die Schulen mit neun Klassen sind überfüllt. Eine Petition des Philologenverbandes für die freie Wahl der Schulen für G8 oder G9 war nicht erfolgreich. Dabei hatte sich die CDU im Wahlkampf noch für die Ausweitung von G9 ausgesprochen.

Berlin/Hamburg Eltern, die 13 Jahre bevorzugen, können ihre Kinder an integrierten Schulformen wie Stadtteilschulen anmelden. An Gymnasien wird das Abitur nach zwölf Jahren abgelegt.

Bremen

An den Gymnasien wird in der Regel der G8-Bildungsgang angeboten. Ein Gymnasium im kleinsten Bundesland bietet G9 an. An den Oberschulen besteht die Möglichkeit, alle allgemeinbildenden Abschlüsse zu erlangen, auch das Abitur in der G8- oder G9-Form. Abitur können Schüler zudem an Freien Waldorfschulen erwerben, dort sind es neun Jahre.

Hessen

hat mit dem Schuljahr 2013/14 Wahlfreiheit der Gymnasien zwischen G8 und G9 eingeführt. Durchgängig gilt sie derzeit aber nur für Schüler der Jahrgangsstufen 5 bis 7. Für ältere Schüler ist G8 an Gymnasien noch weitgehend verpflichtend. Rund 75 Prozent der neuen Gymnasiasten in Hessen werden das Abitur wieder nach neun Jahren ablegen.

Niedersachsen

kehrte nach den Sommerferien 2015 als erstes Bundesland komplett zum Abi nach 13 Schuljahren zurück. Leis-

LANDESPARTEITAGE VON SPD UND GRÜNEN

THEMA Schulpolitik war schon in vielen Ländern ein Sargnagel für die Abwahl von Landesregierungen. In NRW war der Ärger der Bürger über Mängel im Schulsystem sowohl bei der Landtagswahl 2005 als auch 2010 ein Hauptgrund dafür, dass die Wähler zunächst Rot-Grün und anschließend auch Schwarz-Gelb die Rote Karte zeigten. Heute wollen sich SPD und Grüne personell und inhaltlich dagegen wappnen.

LANDESPARTEITAGE In Bochum sollen die Sozialdemokraten über eine mögliche Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium (G9) und andere Modelle diskutieren und abstimmen. In Oberhausen wählen die Grünen ihr Personaltableau für die Landtagswahl. Es gilt als sicher, dass sie die Schulministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann wieder zu ihrer Spitzenkandidatin küren.

tungsstärkeren Schülern soll aber weiter die Möglichkeit eingeräumt werden, schon nach zwölf Jahren das Abitur zu machen.

Rheinland-Pfalz

war als einziges West-Bundesland nicht auf den Zug aufgesprungen, G8 flächendeckend als einzige Gymnasialform einzuführen. Es gibt dort G8-Ganztagsgymnasien, und schon immer konnten gute Schüler das Abitur nach acht Gymnasialjahren an einem neunjährigen Gymnasium ablegen. Regel sind neun Jahre.

Saarland

hat ein Zwei-Säulen-Modell: Am Gymnasium gibt es das Abitur nach zwölf Schuljahren, an der Gemeinschaftsschule nach 13 Jahren.

Schleswig-Holstein

bietet Wahlfreiheit für die Schulträger, meist die Kommunen. In der Regel bieten die Gymnasien das Turbo-Abi an.

Neue Bundesländer

Hier wird das Abitur geschlossen an den Gymnasien in der Regel nach zwölf Schuljahren abgelegt. *dpa*

Aachener Nachrichten vom 26.09.2016, S. 9

„Richter brauchen einen Werkzeugkoffer“

Der NRW-Justizminister Thomas Kutschaty sagt, „Strafe muss man auch spüren“, und plädiert für einen größeren Strafenkatalog

Aachen. Thomas Kutschaty leitet seit 2010 das Justizressort der NRW-Landesregierung. Seit dem Sommer ist er auch Vorsitzender der SPD in Essen. Der verheiratete Vater von drei Kindern hat Rechtswissenschaften studiert und war vor seinem politischen Amt als Rechtsanwalt tätig. Ulli Tückmantel, Peter Kurz und Andreas Reiter sprachen mit ihm über illegale Autorennen, gerechte Strafen, Probleme in den Haftanstalten und über die AfD.

Herr Kutschaty, Ihnen wird nachgesagt, dass Sie die Kunst der zielstrebigsten Unauffälligkeit beherrschen. Doch die Vorfälle der jüngeren Vergangenheit – der Fall Petra Hinz, Pannen in Justizvollzugsanstalten, Ihr Einsatz für einen neuen Straftatbestand gegen illegale Autorennen – haben Sie bekannter gemacht. Sie fallen mehr auf als früher.

Kutschaty: Ich bin seit sechs Jahren Justizminister und habe kontinuierliche Rechtspolitik gemacht. Das ist auch auf der Bundesebene sichtbar. Viele unserer Bundesratsinitiativen sind längst Gesetz geworden. Die Mietpreisbremse ging von NRW aus, ebenso die Frauenquote in Aufsichtsräten, die Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung. Wir haben Debatten zu einem Unternehmensstrafrecht angestoßen. Und dann die von Ihnen angesprochene Initiative zu illegalen Autorennen, über die der Bundesrat jetzt entschieden hat.

Statt Bußgeld von 400 Euro, einem Monat Fahrverbot und zwei Punkten in Flensburg drohen Autorasern zwei Jahre Haft und dauerhafter Entzug der Fahrerlaubnis.

Kutschaty: Das war bitter nötig. Wir lesen doch immer wieder, was passiert, wenn testosterongesteuerte junge Männer an der Ampel stehen und spontan ein Autorennen veranstalten. Bei den Sanktionen kann auch eine Beschlagnahme des heiß geliebten tiefer gelegten Fahrzeugs wirksam abschrecken. Ich möchte nicht warten, bis jemand zu Schaden kommt, die Leute müssen vorher aus dem Verkehr gezogen werden.

Sie plädieren für eine Ausweitung des strafrechtlichen Sanktionensystems, für ein Fahrverbot als Hauptstrafe, für Stadionverbote oder Vermögensstrafen. Reichen unsere Sanktionen nicht?

Kutschaty: Unser Sanktionensystem muss flexibler werden. Im Erwachsenenstrafrecht kennen wir eigentlich nur die Freiheitsstrafe und die Geldstrafe. Beides passt manchmal nicht so richtig. Es gibt Leute, die bekommen eine Geldstrafe, und wir wissen von vornherein, sie können die nicht bezahlen.

Dann kommt es zur Ersatzfreiheitsstrafe.

Kutschaty: Und das blockiert Haftplätze, allein 1000 in Nordrhein-Westfalen. Wenn man solche Leute ins Gefängnis bringt, verliert der Staat gleich zweimal: Er bekommt die Geldstrafe nicht und bezahlt auch noch die Unterbringung. Hier muss es eine alternative Sanktionsform geben, wie insbesondere gemeinnützige Arbeit. Und dann gibt es auch diejenigen, die zahlen können, die aber von einer Geldstrafe unbeeindruckt sind.

Und da kommen dann die neuen Sanktionen ins Spiel?

Kutschaty: Ich finde, die Richter müssen einen Werkzeugkoffer haben, aus dem sie sich herausnehmen können, was für den jeweiligen Fall angemessen ist. Beispiel Stadionverbot: Bisher kann das nur der Verein unter Berufung auf sein Hausrecht aussprechen. Warum diese Sanktion nicht auch einem Richter an Hand geben: Jetzt gehst du mal ein Jahr nicht zu deinem Lieblingsverein.

Und die Vermögensstrafe?

Kutschaty: Die Geldstrafe wird berechnet nach dem laufenden Einkommen. Um es plastisch zu machen: Wenn einer in einer Riesenvilla wohnt und 1000 Kilo Gold im Keller hat, aber die laufenden Einkünfte gering sind, dann trifft ihn die Geldstrafe gar nicht. In einem solchen Fall könnte eine Vermögensstrafe angemessen sein. Natürlich in einem gedeckelten Rahmen. Strafe muss man auch spüren.

Zu einem anderen Thema, dem Strafvollzug. Aus der Wuppertaler JVA ist vor ein paar Wochen Munition abhanden gekommen. Wie hat sich der Fall weiterentwickelt?

Kutschaty: Das Ermittlungsverfahren gegen die beiden Waffenwarte läuft. Sie wurden vom Dienst suspendiert. Nun gilt in allen 36 Haftanstalten im Land eine engma-

schigere Kontrolle des Munitionsbestands. Mit externer Prüfung.

In Wuppertal-Ronsdorf hat es auch den Fall gegeben, dass ein Gefangener einen anderen getötet hat. War das nicht zu verhindern?

Kutschaty: Generell gilt, dass man im Strafvollzug überlegen muss, wie nimmt man Gefangenen ihre Gefährlichkeit und ihre kriminelle Energie? Das kann man machen, indem man sie isoliert. Dann kann keiner einem anderen etwas antun. Das ist für den Minister die sicherste Variante. Doch am Tag der Haftentlassung ist er unser Nachbar oder wir treffen ihn im Supermarkt. Wir müssen die Gefangenen schon im Vollzug wieder schrittweise an die Freiheit gewöhnen. Das birgt gewisse Restrisiken. Aber das Risiko für die Allgemeinheit wäre viel größer, wenn wir die Menschen ohne Resozialisierung in die Freiheit entlassen und ausschließlich auf die Sicherheit in der Haftanstalt achten. Wenn man Menschen isoliert hält, werden sie später zu tickenden Zeitbomben.

Wie steht es um eine andere Gefahr im Strafvollzug – dass etwa islamistische Prediger andere Gefangene in ihrem Sinne bekehren?

Kutschaty: Gefährder in diesem Sinne isolieren wir von anderen, die sie anstecken könnten. Sie dürfen keinen unbeobachteten Umgang mit anderen haben. Hier hat übrigens gerade der Landtag ein Programm aus unserem Hause „Deradikalisierung im Strafvoll-

„Das Gefährliche bei der AfD ist, dass sie ein Klima in Deutschland schafft, das es rechtsextremistischen Gruppen mittlerweile möglich macht, mit gutem Gewissen auf die Straße zu gehen.“

THOMAS KUTSCHATY, NRW-JUSTIZMINISTER

zug“ absegnet. Mit 79 weiteren Stellen und Sachmitteln. Da geht es zum Beispiel um Antworten auf

Respektlosigkeit von rund 750 inhaftierten Nordafrikanern insbesondere gegenüber den weiblichen Bediensteten. Da geht es darum, ein Mindestmaß an Respekt zu vermitteln. Es geht um muslimische Seelsorge. Wir haben in der Justiz bereits vier Islamwissenschaftler eingestellt. Hier können Bedienstete, die unsere Mitarbeiter schulen, Rat einholen, etwa, wie man Radikalisierungstendenzen erkennt, wie man gegensteuern kann.

Auf dem Juristentag in Essen haben Sie deutliche Worte gegen die AfD gefunden. Sie haben gesagt, dass das AfD-Programm ein Angriff auf unseren Rechtsstaat ist.

Kutschaty: Da wird behauptet, unsere Justiz funktioniert nicht mehr und wir müssten sie neu aufstellen. Das verkennt vollkommen die Leistung der Justiz. Allein wir in NRW haben im Jahr eine Million Ermittlungsverfahren.

Welche konkreten Programmpunkte kritisieren Sie?

Kutschaty: Die AfD will, dass Kinder schon ab zwölf Jahren strafmündig sind. Kinder gehören auf die Schulbank und nicht ins Gefängnis. Und die AfD will, dass je-

mand ohne jeden Haftgrund wie Fluchtgefahr oder Verdunklungsgefahr bereits bei dringendem Tatverdacht in Haft kommt. Und Drogenabhängige sollen danach in Sicherungsverwahrung genommen werden. All das hat mit Rechtsstaatlichkeit überhaupt nichts mehr zu tun.

Müsste der Verfassungsschutz nicht auch für die AfD zuständig sein?

Kutschaty: Das Gefährliche bei der AfD ist, dass sie ein Klima in Deutschland schafft, das es rechts-extremistischen Gruppen mittlerweile möglich macht, mit einem guten Gewissen auf die Straße zu gehen. Denken Sie an die aktuellen Vorfälle in Bautzen. Wenn es wieder salonfähig wird, dass rechtsradikale Spinner mit Baseballschlägern die Marktplätze für sich erobern und all das geschieht in einem Klima, wo die AfD die Stimmungslage gegen die Flüchtlinge so kolossal verschlechtert hat, dann ist das eine gefährliche Entwicklung.

Sie sind nicht nur NRW-Justizminister, sondern auch SPD-Vorsitzender in Essen. Dort gab es mit Guido Reil einen vielbeachteten Übertritt eines Genossen zur AfD. Ein Einzelfall?

Kutschaty: Er ist der einzige Funktionär, der gewechselt ist. Wir haben in Essen in der Partei eine intensive Diskussion über die Frage der Unterbringung von Flüchtlingen geführt. Und wie Integration gelingen kann. Dass man Flüchtlinge nicht nur in wenigen Stadtteilen unterbringen darf. Ich erlebe weiterhin eine große Hilfsbereitschaft unter Parteimitgliedern, sich für Flüchtlinge zu engagieren. Die AfD macht ihrerseits keinen Vorschlag, die Probleme zu lösen.

Fehlt uns ein rechtliches Instrument, wenn es darum geht, Flüchtlinge gerechter zu verteilen oder zu integrieren?

Kutschaty: Aus keinem Land werden mehr Flüchtlinge zurückgeführt als aus Nordrhein-Westfalen. Und mit der Wohnsitzauflage haben wir jetzt auch ein gutes Instrument für eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge. Es ist doch wahn-sinnig, wenn in den neuen Bundesländern leerstehende Häuserblöcke abgerissen werden müssen und wir hier Zelte aufbauen. Es ist auch eine integrationsfördernde Maßnahme, wenn die Flüchtlinge sich nicht auf die Großstädte konzentrieren, sondern aufs ganze Land verteilt werden.

Kölnische Rundschau vom
26.09.2016, S. 1

Fall Eric (12): Mitschüler soll Täter sein

Euskirchen: Verdächtiges
Kind von der Polizei befragt

VON TOM STEINICKE

EUSKIRCHEN. Der zwölfjährige Euskirchener Gesamtschüler Eric hat seine lebensgefährlichen Verletzungen offensichtlich erlitten, als er von einem gleichaltrigen Mitschüler verprügelt wurde. Das bestätigte der Bonner Oberstaatsanwalt Robin Faßbender nach der Befragung eines dringend tatverdächtigen zwölfjährigen Jungen in Euskirchen: „Die Befragung hat ergeben, dass offensichtlich ein strafunmündiger Mitschüler Eric diese Verletzungen zugefügt hat.“

Streit um Kartenspiel als Auslöser?

Behauptungen, nach denen der Schüler bereits im Vorfeld der Prügelattacke als gewalttätig aufgefallen sein soll, werden aus dem Umfeld der Schule vehement dementiert. Wie der Rundschau auf Nachfrage versichert wurde, sei der mutmaßliche Täter „ein ganz normaler Schüler, der bisher nicht negativ aufgefallen ist“. Gerüchten zufolge kam es wegen eines Kartenspiels zum Streit unter den Schülern und zu dem Angriff. Faßbender machte jedoch aus ermitt-

lungstechnischen Gründen keine Angaben zum genauen Tathergang. Er bestätigte allerdings dass die Prügelattacke auf dem Schulgelände stattgefunden habe.

„Wir haben Hinweise darauf erhalten, dass andere Kinder und Schüler den Vorfall beobachtet haben könnten, und bitten diese dringend, sich mit ihren Eltern mit der Polizei in Verbindung zu setzen, um den Sachverhalt weiter aufzuklären“, so der Oberstaatsanwalt.

Nach Informationen der Rundschau haben offenbar zahlreiche Schüler die Prügelattacke auf Eric verfolgt, sind aber bisher nicht zur Polizei gegangen.

Eric schwebt weiter in Lebensgefahr und liegt mit schweren Kopfverletzungen im künstlichen Koma in einem Kölner Krankenhaus. Das zwölfjährige Opfer hatte sich am Donnerstagmittag bei einer Lehrerin gemeldet und über Übelkeit geklagt. Nach der Behandlung im Euskirchener Marien-Hospital wurde der Junge schließlich nach Köln geflogen. Seitdem ermittelt eine Bonner Mordkommission in dem Fall. **Thema S. 3**

Kölnische Rundschau vom 26.09.2016, S. 3

Verdächtiger war „ganz normaler Schüler“

Entsetzen über Gewalttat gegen Eric (12) in Euskirchen – Schwerste Schädelverletzungen

VON TOM STEINICKE
UND GÜNTER ZUMBÉ

Die Mordkommission der Bonner Polizei ermittelt weiter unter Hochdruck. Noch immer steht nicht hundertprozentig fest, was genau am Donnerstagnachmittag auf dem Gelände der Euskirchener Gesamtschule passiert ist. Noch immer schwebt ein zwölfjähriger Schüler, der nach Informationen der Rundschau die Klasse 7f der Gesamtschule besucht, in Lebensgefahr.

Klar scheint aber: Eric wurde offenbar von einem gleichaltrigen Mitschüler verprügelt. Über das Tatmotiv gibt es weiter nur Gerüchte. Der Bonner Oberstaatsanwalt Robin Faßbender bestätigte die

DIE SCHULE

Die im Schuljahr 2014/15 errichtete **städtische Gesamtschule Euskirchen** hat 512 Schüler im Ganztagsbetrieb. Untergebracht ist die Schule in den Räumen der ehemaligen Willi-Graf-Realschule.

Seit Schulgründung sind jeweils **sechs Eingangsklassen** am Start. Damit werden nach nur drei Jahren von den knapp 50 Lehrern schon **18 Klassen** unterrichtet. Schulleiter Thomas Müller hatte zuvor die Hauptschule im Euskirchener Stadtteil Kuchenheim geleitet. (tom)

Prügelattacke. Der tatverdächtige Mitschüler war am Samstag in der Kreispolizeibehörde Euskirchen im Beisein seiner Erziehungsberechtigten befragt worden. „Die Ermittlung hat ergeben, dass offenbar ein strafunmündiger Mitschüler Eric diese Verletzungen zugefügt hat“, so Faßbender.

Wo genau sich die Tat abgespielt haben soll, teilte der Oberstaatsanwalt aus ermittlungstechnischen Gründen nicht mit. Er bestätigte aber, dass das Ganze auf dem Schulgelände passiert sei. Faßbender hielt sich bei Details zum Tathergang deutlich

zurück, da sich die Ermittler erhoffen, so der Oberstaatsanwalt, weitere Zeugen zu finden, die die Geschehnisse beobachtet haben könnten. „Wir haben Hinweise darauf erhalten, dass andere Kinder und Schüler den Vorfall beobachtet haben könnten, und bitten diese dringend, sich mit ihren Eltern mit der Polizei in Verbindung zu setzen, um den Sachverhalt noch weiter aufzuklären“, so Faßbender weiter. Diese möglichen Zeugen sollen nicht durch Medienveröffentlichungen beeinflusst werden.

Eric, der unter anderem schwerste, aber wohl äußerlich nicht sichtbare Schädelverletzungen erlitten hatte, wurde nach einer ersten Untersuchung im Euskirchener Marien-Hospital unverzüglich in die Neurologische Spezialklinik nach Köln-Merheim geflogen. Dort liegt der Siebtklässler nach Rundschau-Informationen nach wie vor im künstlichen Koma. Die Lebensgefahr ist immer noch nicht gebannt.

Der tatverdächtige Schüler war nach Rundschau-Informationen möglicherweise mit dem Ausgang eines Kartenspiels nicht zufrieden und griff Eric deswegen an. Aus dem Umfeld der Schule wurde aber entschieden bestritten, dass der verdächtige Zwölfjährige schon in der Vergangenheit als gewalttätig aufgefallen sei. Vielmehr hieß es, der mutmaßliche Täter sei „ein ganz normaler Schüler, der bisher nicht negativ aufgefallen ist“.

Der Sozialwissenschaftler, Theologe und Traumatherapie-Experte Frank C. Waldschmidt hat sich intensiv mit Gewalt unter Schülern befasst. Für Waldschmidt steht fest, dass solche Gewaltexzesse nicht ohne Vorankündigung passieren. Der Experte aus Bad Münstereifel wird öfter bei Krisensituationen in

Schulen um Rat gefragt. In den aktuellen Fall in der Euskirchener Gesamtschule ist er nicht eingebunden, er war aber in der Vergangenheit bei ähnlichen Vorfällen in Köln und Bonn herangezogen worden. „Man kann eine solche Tat nicht komplett verhindern. Allerdings gibt es meist Vorboten. Es gibt Situationen, die auf einen Ausbruch hindeuten. Meist sickert im Vorfeld etwas durch“, so Waldschmidt.

Die Täter haben laut des Experten häufig eine „Impulskontrollstörung“. „In Situationen, in denen sie sich gedemütigt oder ungerecht behandelt fühlen, staut sich das Aggressionspotenzial immer weiter auf. Eine Kleinigkeit kann das Fass dann zum Überlaufen bringen“, sagt der Bad Münstereifeler. Zu solchen Taten gehöre ein entsprechendes Persönlichkeits- und Verhaltensprofil dazu. „So ein Ausbruch passiert nicht einfach so.“

Wichtig sei es, nach solchen Ereignissen möglichst schnell wieder ein Gefühl der Sicherheit herzustellen. Dafür gibt es typische Abläufe, die in solchen Krisensituationen greifen. „Dann läuft ein regelrechtes Krisenmanagement an, denn die Geschehnisse berühren Schüler, Lehrer und natürlich auch Eltern. Ihnen muss man jetzt zur Seite stehen und ein Gefühl der Geborgenheit vermitteln“, erklärt Waldschmidt, der unter anderem nach der Love-Parade-Katastrophe in Duisburg oder auch bei den Amokläufen in Erfurt und Winnenden im Einsatz war. „So ein Fall wie in Euskirchen ist grundsätzlich kein Einzelfall. Erst vor Kurzem war ich in einem Krisenteam, in dessen Zusammenhang es um einen Grundschüler ging, der seine Lehrerin hinterrücks mit einem Brecheisen verletzen wollte“, sagt Waldschmidt.

In der Euskirchener Innen-

stadt und auf dem Wochenmarkt gab es am Samstagmorgen nur ein Thema: die Geschehnisse an der Gesamtschule. „Furchtbar. Wie können Kinder dazu nur in der Lage sein“, fragte Ursula Schmitz. Auf den Fußballplätzen im Kreis Euskirchen beherrschte das Thema ebenfalls die Gespräche am Spielfeldrand. „Ich hoffe, dass der Junge es schafft und überlebt“, sagt der Vater eines kleinen Fußballers.

Informationssperre bei Stadt und Schule

Wie kann es sein, dass die Lehrer der Gesamtschule von dem Vorfall nichts mitbekommen haben? Was hat die Inklusionsberaterin der Schule, die jetzt im Krisenstab sitzt, mit dem Fall zu tun? Die Informationssperre seitens der Gesamtschule und der Stadt Euskirchen als Schulträger hält weiterhin an. Auf ihrer Homepage bittet die Schulleitung Schüler, Eltern und Freunde um Verständnis dafür, „dass wir weiterhin keine Aussagen zu dem Geschehen machen können und dürfen“. Man sei zutiefst erschrocken und betroffen von dem schlimmen Vorfall an der Schule und hoffe, dass es dem lebensgefährlich verletzten Schüler bald wieder besser gehe. Man unterstütze die Eltern des Jungen in jeder Hinsicht – „sie haben unser vollstes Mitgefühl“. Darüber hinaus erhoffe man sich eine „schnellstmögliche Klarheit“ durch die laufenden Ermittlungen von Staatsanwaltschaft und Polizei. „Um die Sorgen und Ängste unserer Schülerinnen und Schüler aufzufangen, beginnen wir am Montag in allen Klassen mit Tutorenunterricht“, kündigt die Schulleitung an.

Fest steht nur: Aufgrund seines Alters ist der Tatverdächtige strafunmündig. Das heißt: Er hat keinerlei strafrechtliche Konsequenzen zu befürchten.

Kölnische Rundschau vom 26.09.2016, S. 3

Schwere Übergriffe auf Schulhöfen

Immer wieder kommt es zu schweren Gewalttaten auf deutschen Schulhöfen. Hier einige Fälle:

September 2016: Wenige Tage vor der Schulhof-Attacke von Euskirchen kommt es im sächsischen Delitzsch zu einem schweren Zwischenfall: Ein Zwölfjähriger sticht am 13. September auf einem Schulhof einem gleichaltrigen Mitschüler eine Schere in den Hals. Das Opfer wird schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt. Die Schule prüft noch Sanktionen gegen den strafunmündigen Täter.

Dezember 2015: Im sächsischen Wurzen attackieren fünf Siebtklässler auf einem Schulhof zwei Flüchtlingskinder. Die Polizei ermittelt wegen Körperverletzung, die Schule verhängt Strafen bis hin zum Schulverweis.

August 2015: In Hattingen an der Ruhr greift ein 17-Jähriger auf dem Schulhof eine Mitschülerin an, misshandelt sie sexuell und schlitzt ihr den Hals auf. Das Opfer kommt nur knapp mit dem Leben davon. Täter und Opfer hatten vorher offenbar keinen Kontakt zu einander. Der 17-Jährige wird wegen gefährlicher Körperverletzung zur Unterbringung in einer psychiatrischen Klinik verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte auf versuchten Mord plädiert.

August 2014: Im ostfriesischen Dorf Upgant-Schott dringt ein 18-Jähriger auf den Schulhof der Dorfschule ein, vergewaltigt eine Sechsjährige, prügelt sie nahezu zu Tode und wirft sie in ein Gebüsch. Das Kind war allein, weil die Schulferien gerade begonnen hatten. Der Täter, der selbst kein Schüler mehr ist, wird zu sechs Jahren Jugendhaft verurteilt.

Juli 2013: Auf einem Schulhof im hessischen Hattersheim ersticht ein 17-Jähriger einen Drogenhändler, um an sein Geld zu kommen. Er erhält acht Jahre Jugendhaft wegen Mordes, zwei Mittäter erhalten geringere Strafen.

Juni 2013: 15 Mitschüler greifen eine Elfjährige auf dem Schulhof einer Essener Grundschule an und prügeln sie krankenhaushausreif. Die Schule schickt das schwer verletzte Mädchen, das im Lehrerzimmer Hilfe sucht, nach Hause, anstatt einen Arzt zu rufen. Erst die Eltern rufen die Polizei und sorgen dafür, dass das Kind ins Krankenhaus kommt. Auslöser war ein Streit zwischen dem späteren Opfer und einem Gleichaltrigen.

Januar 2012: Auf dem Schulhof einer Hauptschule in Köln-Seeberg schlägt und tritt ein Schüler (15) einen 14-Jährigen

Mitschüler so schwer gegen den Kopf, dass das Opfer stirbt. Täter und Opfer sind türkischer Herkunft, 1500 Menschen kommen zur Trauerfeier in der Kölner Ditib-Moschee. Das Landgericht Köln verurteilt den Täter zu zwei Jahren Haft auf Bewährung, da keine Tötungsabsicht bestanden habe, schickt ihn aber in eine Erziehungshilfe-Einrichtung.

Juni 2009: Mitglieder der rockerähnlichen Jugendgang „Black Jackets“ stürmen mit Schlagstöcken und Baseballschlägern einen Schulhof in Esslingen. Sie wollen Angehörige einer konkurrierenden Organisation angreifen. Drei Menschen werden lebensbedrohlich verletzt, ein Mann wird wegen seiner schweren Hirnverletzungen zum Pflegefall. 21 meist jugendliche Angeklagte werden drei Jahre später zu Haftstrafen verurteilt. (rn)

Kölner Stadtanzeiger vom 26.09.2016, S. 3

Wutausbruch wegen Kartenspiel

„Ein ganz normaler Schüler“ geht mit unerklärlicher Brutalität gegen einen Zwölfjährigen vor und erschüttert seine Stadt

VON TOM STEINICKE
UND GÜNTER ZUMBÉ

Euskirchen. Die Mordkommission der Bonner Polizei ermittelt weiter unter Hochdruck. Noch immer steht nicht hundertprozentig fest, was genau am Donnerstagnachmittag auf dem Gelände der Euskirchener Gesamtschule passiert ist. Allerdings verdichten sich die Anzeichen, dass der zwölfjährige Eric, Schüler der Klasse 7f, von einem gleichaltrigen Mitschüler verprügelt worden ist – über das Tatmotiv gibt es weiter nur Gerüchte, aber womöglich gerieten Täter und Opfer während eine Partie Yu-Gi-Oh in Streit. Das ist ein bei Kindern dieses Alters beliebtes japanisches Kartenspiel.

Oberstaatsanwalt Robin Faßbender bestätigte eine Prügelattacke, nachdem ein tatverdächtiger

Offenbar hat ein strafunmündiger Mitschüler dem Eric diese Verletzungen zugefügt

Oberstaatsanwalt Robin Faßbender

Mitschüler am Samstag in der Kreispolizeibehörde Euskirchen im Beisein seiner Eltern vernommen wurde. „Die Ermittlung hat ergeben, dass offenbar ein strafunmündiger Mitschüler dem Eric diese Verletzungen zugefügt hat“, so Faßbender. Wo genau sich das Verbrechen abgespielt haben soll, verriet der Oberstaatsanwalt aus ermittlungstechnischen Gründen nicht. Er bestätigte aber, dass das Ganze auf dem Schulgelände passiert sei. Faßbender gab nur wenige Details preis, da sich die Ermittler erhoffen, so der Oberstaatsanwalt, weitere Zeugen zu finden, die die Geschehnisse beobachtet haben könnten. Diese Zeugen scheint es zu geben.

„Wir haben Hinweise darauf erhalten, dass andere Kinder und Schüler den Vorfall beobachtet haben könnten und bitten diese dringend, sich mit ihren Eltern mit der Polizei in Verbindung zu setzen, um den Sachverhalt noch weiter aufzuklären“, so Faßbender weiter.

Der zwölfjährige Eric, der unter anderem schwerste, aber wohl nicht sichtbare Schädelverletzungen erlitten hatte, wurde nach einer ersten Untersuchung im Euskirchener Marien-Hospital in die Neurologische Spezialklinik nach Köln-Merheim geflogen. Dort wird der Siebtklässler nach Auskunft von Faßbender weiter intensivmedizinisch behandelt. Ob immer noch Lebensgefahr besteht, ist unklar. Der Mitschüler von Eric, so ist jedenfalls aus dem Umfeld der Schule zu erfahren, war „ein ganz normaler Schüler, der bislang nicht negativ aufgefallen ist“. Hingegen berichtet der „Express“, dass der Gesamtschüler als gewaltbereit gelten soll.

Für Frank C. Waldschmidt steht fest, dass solche Gewaltexzesse nicht ohne Vorankündigung passieren. Der Sozialwissenschaftler, Theologe und Traumatherapie-Experte aus Bad Münstereifel wird bei Krisensituationen in Schulen um Rat gefragt. Im aktuellen Fall der Euskirchener Gesamtschule ist er nicht eingebunden. „Man kann eine solche Tat nicht komplett verhindern. Allerdings gibt es meist Vorboten. Es gibt Situationen, die auf einen Ausbruch hindeuten. Meist sickert im Vorfeld etwas durch“, so Waldschmidt.

Die Täter haben nach Angaben des Experten häufig eine „Impulskontrollstörung“. „In Situationen, in denen sie sich gedemütigt oder

ungerecht behandelt fühlen, staut sich das Aggressionspotenzial immer weiter auf. Eine Kleinigkeit kann das Fass dann zum Überlaufen bringen“, sagt der Bad Münstereifeler. Zu solchen Taten gehöre ein entsprechendes Persönlichkeits- und Verhaltensprofil dazu. „So ein Ausbruch passiert nicht einfach so“, sagt er. Wichtig sei es, nach solchen Ereignissen schnellstmöglich wieder ein Gefühl der Sicherheit herzustellen.

„Dann läuft ein regelrechtes Krisenmanagement an, denn die Geschehnisse berühren Schüler, Lehrer und natürlich auch Eltern. Ihnen muss man jetzt zur Seite stehen und ein Gefühl der Geborgenheit vermitteln“, erklärt Waldschmidt, der unter anderem nach der Love-Parade-Katastrophe in Duisburg 2010 oder auch bei den Amokläufen in Erfurt 2002 und Winnenden 2009 im Einsatz war.

„So ein Fall wie in Euskirchen ist grundsätzlich kein Einzelfall. Erst vor kurzem war ich in einem Krisenteam, in dessen Zusammenhang es um einen Grundschüler ging, der seine Lehrerin hinterücks mit einem Brecheisen verletzen wollte“, sagt Waldschmidt. Fest steht im Euskirchener Fall: Aufgrund seines Alters ist der Tatverdächtige strafunmündig. Das heißt: Er hat keinerlei strafrechtliche Konsequenzen zu befürchten.

In der Euskirchener Innenstadt und auf dem Wochenmarkt gab es am Samstagmorgen nur ein Thema: die Geschehnisse an der Gesamtschule. „Furchtbar. Wie können Kinder dazu nur in der Lage sein?“, fragt die Euskirchenerin Ursula Schmitz und drückte damit die Ratlosigkeit aus, die viele Bürger jetzt empfinden.

Auch auf den Fußballplätzen im Kreis Euskirchen beherrschte das Thema die Gespräche am Spielfeldrand. „Ich hoffe, dass der Junge es schafft und überlebt“, sagt ein Vater, während er seinem Sohn, einem Jungen etwa im Alter des Opfers, für das Spiel die Daumen drückt. Die Informationssperre seitens der Gesamtschule und der Stadt Euskirchen als Schulträger bleibt aufrecht. Auf ihrer Homepage bittet die Schulleitung Schüler, Eltern und Freunde um Verständnis dafür, „dass wir weiterhin keine Aussagen zu dem Geschehen machen können und dürfen“. Neben einem Foto von Kinderhänden, die übereinander liegen, wie um sich gegenseitig Schutz und Unterstützung zu geben, heißt es, man sei zutiefst erschrocken und betroffen von dem schlimmen Vorfall und hoffe, dass es dem lebens-

Um die Sorgen und Ängste unserer Schülerinnen und Schüler aufzufangen, beginnen wir am Montag in allen Klassen mit Tutorenunterricht
Leitung der Gesamtschule

gefährlich verletzten Schüler bald wieder besser gehe. Man unterstütze die Eltern des Jungen in jeder Hinsicht – „sie haben unser vollstes Mitgefühl“.

Man erhoffe sich „schnellstmögliche Klarheit“ durch die laufenden Ermittlungen von Staatsanwaltschaft und Polizei. „Um die Sorgen und Ängste unserer Schülerinnen und Schüler aufzufangen, beginnen wir am Montag in allen Klassen mit Tutorenunterricht“, kündigt die Schulleitung an.

Neue Rhein
Zeitung vom
26.09.2016, S. 3

IS-Kämpfer in Düsseldorf gefasst

Deutsch-Türke bei der
Einreise festgenommen

Düsseldorf. Die Bundesanwaltschaft hat am Düsseldorfer Flughafen ein mutmaßliches Mitglied der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) festnehmen lassen. Gegen den 22-Jährigen habe ein Haftbefehl vorgelegen, teilte die Behörde in Karlsruhe mit. Er sei bereits am Freitag bei seiner Rückkehr aus der Türkei gefasst worden. Der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) sprach von einer guten Kooperation der Sicherheitsbehörden.



Minister Ralf Jäger
FOTO: FISCHER

„LKA-Beamte haben den 22-jährigen Deutsch-Türken sofort nach seiner Wiedereinreise festgenommen“, erklärte Jäger

am Samstag. „Die Festnahme und die Ermittlungen im Vorfeld zeigen abermals, dass unsere Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus professionell und reibungslos zusammenarbeiten.“

Mehrere Handgranaten

Der 22-Jährige soll nach Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft im August 2015 von Deutschland über die Türkei nach Syrien gereist sein und sich dort dem IS angeschlossen haben. In einem Ausbildungslager habe er den Umgang mit Waffen gelernt und unter anderem ein Schnellfeuergewehr und mehrere Handgranaten erhalten, um sich für den bewaffneten Kampf bereitzuhalten. Zudem habe er weitere Personen in Deutschland aufgefordert, in das IS-Gebiet zu reisen und dort dauerhaft zu leben.

Rheinische Post vom 26.09.2016, S. 3

Zwölfjähriger prügelt Mitschüler halbtot

Das junge Opfer einer Prügelattacke an einer Gesamtschule in Euskirchen wird noch intensivmedizinisch behandelt. Für die Tat soll laut Polizei ein Mitschüler verantwortlich sein. Bei dem Streit ging es wohl um ein Kartenspiel.

VON JÖRG ISRINGHAUS

EUSKIRCHEN Nach der schrecklichen Prügelattacke an einer Euskirchener Gesamtschule scheint der Täter gefunden zu sein. Ein gleichaltriger Mitschüler soll für den Angriff am Donnerstag auf einen Zwölfjährigen verantwortlich sein, der durch die Schläge lebensgefährlich verletzt wurde. Das hätten intensive Befragungen von Kindern und Eltern ergeben, erklärte die Polizei am Wochenende. „Nach dem, was wir bis jetzt aus Schilderungen erfahren haben, gehen wir nur von einem agierenden Täter aus“, sagte der Sprecher der Bonner Staatsanwaltschaft, Robin Faßbender. Dabei

Der mutmaßliche Täter muss sich aufgrund seines Alters strafrechtlich nicht für die Tat verantworten

handele es sich um einen anderen Jungen im strafunmündigen Alter – also unter 14 Jahre. Er habe das zwölfjährige Opfer wohl „massiv körperlich attackiert“. Zunächst hatte es Spekulationen über mehrere Täter gegeben, denen auch nachgegangen wurde. An einen vergleichbaren Fall könne er sich nicht erinnern, sagte Faßbender. „Das habe ich in 27 Jahren noch nicht erlebt.“ Nach seinen Angaben befand sich das zwölfjährige Opfer am Wochenende noch in intensivmedizinischer Behandlung.

Entzündet hat sich der Streit zwischen den Kindern möglicherweise

am unter Jugendlichen beliebten Kartenspiel „Yu-Gi-Oh“. Das berichtete der Kölner „Express“. Die beiden Jungen sollen das Kartenspiel zunächst mit mindestens einem weiteren Mitschüler an einem Tisch im Schulgebäude gespielt haben. Dabei sei es offenbar zu der Auseinandersetzung gekommen. Die Tat selbst soll danach an anderer Stelle auf dem Schulgelände passiert sein.

Schockierend ist vor allem die Brutalität der Tat. Allerdings deckt sich dies mit den Erkenntnissen der polizeilichen Kriminalstatistik. Demnach geht zwar die Gewaltkriminalität bei Jugendlichen seit 2011 kontinuierlich zurück, dafür sind die Gewaltbereitschaft gestiegen und die Hemmschwelle gesunken. So wird heute bei einer Prügelei selbst dann nicht aufgehört, wenn das Opfer bereits am Boden liegt.

Im Falle des Zwölfjährigen hatte eine Lehrerin der Gesamtschule Euskirchen am Donnerstagnachmittag den Notarzt gerufen, weil der Zwölfjährige über Schmerzen klagte

und benommen war. Er kam in ein Krankenhaus in Euskirchen und wurde von dort per Hubschrauber in eine Klinik in Köln geflogen. Wie sich herausstellte, hatte er wohl bei einer Prügelattacke lebensgefährliche Verletzungen erlitten. Die Polizei wurde nach eigenen Angaben von den Ärzten in Euskirchen eingeschaltet. Unklar ist noch, warum die Schule nicht die Polizei informierte. Eine Mordkommission übernahm.

Die Ermittler befragten mehrere Kinder im Beisein ihrer Eltern. Auch der mutmaßliche Täter sei angehört worden, sagte Faßbender. Verhört werden dürfen Kinder unter 14 Jahren nicht – das verbietet das deutsche Strafrecht. Selbst wenn sich der Verdacht weiter erhärten sollte, müsste der Schüler sich aufgrund seines Alters strafrechtlich nicht für die Tat verantworten. Es sei aber das Jugendamt eingeschaltet worden. Als Folge der Tat denkbar sind etwa *disziplinarische Maßnahmen* nach dem Jugendhilferecht bis hin zum Extremfall, dass Richter den Eltern, wenn sie denn nicht ausreichend auf die Kinder einwirken, das Sorgerecht entziehen können.

Zu weiteren Details des Falls wollten sich die Ermittler auch deshalb noch nicht äußern, weil sie auf weitere Zeugen hofften. Es gebe Grund zur Annahme, dass weitere Schüler das Geschehen beobachtet haben könnten.

Krisenbeauftragter berät Gesamtschule

Strafrecht Kinder vor der Vollendung des 14. Lebensjahrs gelten als strafunmündig. Das Gesetz geht davon aus, dass es Kindern an dem Unterscheidungsvermögen zwischen Recht und Unrecht fehlen kann – was für die strafrechtliche Verantwortlichkeit nötig wäre.

Hilfestellung Die Gesamtschule wird nach Angaben der Kölner Bezirksregierung mittlerweile von einem Krisenbeauftragten beraten.

Rheinische Post vom 26.09.2016 , S. 3

Ex-Agent Werner Mauss steht in Bochum vor Gericht

BOCHUM (dpa) Das wird kein leichter Gang: Der legendäre Ex-Agent Werner Mauss, der jahrzehntelang als Geheimwaffe der Bundesregierung in heiklen Missionen galt, muss auf die Anklagebank. Heute ist es soweit. Die Bochumer Staatsanwaltschaft wirft dem 76-jährigen Steuerhinterziehung vor. Es geht um rund 15 Millionen Euro. Sollte sich der Vorwurf bestätigen, drohen mehrere Jahre Haft. Laut Anklage hat Mauss zwischen Oktober 2003 und März 2015 im Ausland erhebliche Kapitalerträge erzielt, von denen die Finanzbehörden angeblich keinerlei Kenntnis hatten. Dabei spielen vor allem Stiftungen und Nummernkonten eine Rolle, die der

76-Jährige gleich unter drei Alias-Namen geführt haben soll – in Luxemburg, Liechtenstein und auf den Bahamas. In den Jahren 2012 und 2013 soll er bei dem damals für ihn zuständigen Finanzamt in Essen gar keine Steuererklärung mehr abgegeben haben.

Die Ermittler waren Mauss durch eine Steuer-CD aus Liechtenstein auf die Spur gekommen. Um die Vorwürfe zu untermauern, hat die Staatsanwaltschaft zehn Zeugen benannt, von denen viele aus dem Ausland kommen sollen – unter anderem aus dem Vatikan, aus Israel und aus Brasilien. Ob sie wirklich anreisen und vor dem Bochumer

Landgericht aussagen müssen, ist allerdings noch offen.

Im Prozess vor der 2. Strafkammer des Bochumer Landgerichtes wird es vor allem darum gehen, wem die millionenschweren Vermögen und damit auch die Gewinne im Ausland zuzuordnen sind. Die Richter haben zunächst neun Verhandlungstage bis zum 19. Dezember vorgesehen.

Mauss hatte erst vor wenigen Monaten im Zusammenhang mit der Enthüllungsaffäre um die „Panama Papers“, bei denen es um Briefkastenfirmer in Panama geht, den Vorwurf der Steuerhinterziehung vehement zurückgewiesen.

Frankfurter Sonntagszeitung vom 25.09.2016, S. 5

Der sanfte Terrorhelfer

Sven Lau war ein Star-Salafist in Deutschland.
Nun steht er wegen Unterstützung des IS vor Gericht.

Von Reiner Burger

Eigentlich wollte sich Sven Lau „schweigend verteidigen“. So jedenfalls kündigte es sein Anwalt am ersten Tag des Terrorprozesses gegen Lau Anfang September am Oberlandesgericht Düsseldorf an. Es war ein verwegener Vorsatz. Denn der 35 Jahre alte ehemalige Berufsfeuerwehrmann aus Mönchengladbach ist ein überaus mitteilbarer Mann. Er hält gerne endlose Monologe über sich selbst und seinen Glauben. Dutzende Videomitschnitte seiner emotionalen Predigten hat der salafistische Verkünder über die Jahre ins Internet gestellt. Im Hochsicherheitstrakt des Oberlandesgerichts hält Lau sein Schweigegelübde dann doch nur die ersten beiden Prozesstage durch. Die mehrstündige Zeugenvernehmung eines früheren Anhängers bringt ihn so in Wallung, dass er schließlich das Wort ergreift.

Dieser Zeuge, Dominic Schmitz, gehörte einige Jahre lang im zwischenzeitlich aufgelösten salafistischen Verein „Einladung zum Paradies“ in Mönchengladbach zum engsten Kreis um Lau und Pierre Vogel, den anderen bekannten deutschen Salafisten-Prediger. Schmitz war so etwas wie der persönliche Referent Laus. Tatkräftig unterstützte er dessen Missionierungsarbeit. Er hatte auch einigen Anteil daran, dass die Videoauftritte des Predigers über die Jahre immer professioneller wurden und Lau zu einem salafistischen Youtube-Star aufsteigen konnte.

Schmitz hat sich mittlerweile von der Szene abgewandt. Der Salafisten-Bart ist weg, seine Haare sind wieder gegelt. Schmitz tourt heute durch Vereine und Schulen, um Jugendliche über die Gefahren und Mechanismen der salafistischen Ideologie aufzuklären. Im Januar veröf-

fentlichte er ein Buch über seine Zeit in der islamistischen Parallelwelt. Schmitz berichtet darin anschaulich von Denk- und Sprechschablonen, von Bigotterie, vom Geltungsdrang des Predigers Lau. Der Interneterfolg habe Lau berauscht. Um seine Beiträge einem noch größeren Publikum unterzuschieben, habe Lau Schlagwörter in seine Videoauftritte gepackt, die so gar nichts mit dem Salafismus zu tun haben: TV Total, Stefan Raab, Oliver Pocher oder die Namen anderer gerade erfolgreicher Fernsehensendungen und Fernsehmoderatoren. „Ein Klick, und schon landete der User bei Lau anstatt beim eigentlichen Ziel.“

Schmitz hat miterlebt, wie sich Lau und seine Anhänger radikalisierten. Im Zeugenstand berichtet er, dass seit 2009 in der Szene die Überzeugung gewachsen sei, man müsse die Demokratie hassen, weil für wahre Muslime nur der Koran, die Sunna und die Scharia Geltung habe. Dass es überall nur noch Feinde des Islams gebe. Auch Lau habe sich stark verändert. Um das zu untermauern, zitiert Schmitz aus einem der jüngeren Videos seines ehemaligen Mentors: „Wir sind nicht wie die Christen. Haut ihr uns auf die eine Wange, halten wir nicht die andere hin, dann gibt's einen Kieferbruch!“ Lau, hinter der Trennscheibe aus Sicherheitsglas, streicht sich durch den rot-braunen Bart. „Du erweckst den Eindruck, dass ich gewaltbereit bin“, blafft er ins Mikrofon. „Wurdest du jemals von mir bedroht?“ Schmitz verneint das. Er sagt: „Ich behaupte nicht, dass du das machst. Aber du gibst das an deine Anhänger weiter.“

Lange Zeit zählten Verfassungsschützer Sven Lau, der sich selbst „Abu

Adam“ nennt, ausdrücklich nicht zum militanten Teil der Salafisten-Szene in Deutschland. Der islamistische Hüchenspieler rief nie direkt zu Gewalt auf. Dschihadistischen Salafisten galt Lau deshalb als Weichei, als Feigling. Doch weil sich in den vergangenen Jahren immer wieder junge Männer aus seinem Umfeld in den „Heiligen Krieg“ aufmachten, geriet auch Lau ins Visier der Ermittler. Anfang 2014 wurde der Prediger erstmals verhaftet. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart warf ihm vor, eine Untergruppe des „Islamischen Staats“ (IS) unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe mit Geld und Sachleistungen wie einem ausrangierten Notarztwagen unterstützt und zwei junge Männer dazu angestiftet zu haben, nach Syrien zu reisen, um sich dschihadistischen Truppen anzuschließen. Wegen der „Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat“ erhob die Stuttgarter Staatsanwaltschaft schließlich Anklage gegen Lau. Doch kurz nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs, wonach dafür strenge Auflagen gelten, nahm die Behörde ihre Anklage wieder zurück. Sie sah sich

nicht in der Lage, zu belegen, dass Lau schon fest entschlossen zu einer entsprechenden Tat war. Lau kam auf freien Fuß und konnte schon wenig später seinen größten PR-Coup landen: Mit einigen Glaubensbrüdern zog er als „Scharia Polizei“ durch Wuppertal. Sogar zwei Bundesminister sahen sich zu scharfen Reaktionen veranlasst. Es war ein Fest für „Abu Adam“.

Derweil gingen die Ermittlungen gegen den Salafisten-Prediger weiter. Und sie förderten so viel belastendes Material zutage, dass der Generalbundesanwalt Lau Mitte Dezember 2015 abermals fest-

nehmen ließ. Die obersten deutschen Ermittler hatten auch Videobotschaften, Telekommunikationsdaten und Bilder auf Laus Laptop sowie umfangreiche Chatgespräche mit einem der beiden Männer ausgewertet, die Lau nach Syrien vermittelt haben soll. Zwischenzeitlich wurde der Mann in Stuttgart zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt und hat Lau in Vernehmungen schwer belastet.

Die Bundesanwaltschaft ist sich sicher, dass Sven Lau seinen Anhängern nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs in

Syrien eine gewaltbefürwortende Auslegung des Islams vermittelt und sie motiviert hat, sich am „Heiligen Krieg“ in Syrien zu beteiligen. Die Unterstützung der „Glaubensbrüder“ dort habe er als „religiöse Pflicht“ angesehen, und er selbst habe dann „in Deutschland die Funktion einer Anlaufstelle für Kampf- und Ausreisewillige“ übernommen, heißt es in der Anklageschrift. Gemeinsame Pilgerreisen nach Mekka mit seinen jungen Anhängern habe Lau genutzt, um neue Glaubensbrüder für den bewaffneten Dschihad zu gewinnen. Die Bundesanwaltschaft bezeichnet die Reisen als „Rekrutierungsplattform“. Nicht nur habe er zwei Männer an eine deutsche Einheit des IS vermittelt, sondern auch Nachsichtgeräte und Geld nach Syrien transferiert.

In Interviews hat Lau vor seiner Festnahme immer wieder beteuert, lediglich humanitäre Hilfe geleistet zu haben. Die Ankläger halten das für einen Vorwand. Nicht nur, weil es Fotos gibt, auf denen Lau 2013 in Syrien mit einem lässig über die Schulter gehängten Gewehr auf einem Panzer posiert. Vielmehr soll Lau sogar ganz konkret Einfluss auf die Zusammensetzung der „deutschen Einheit“ gehabt haben, an die er seine beiden dschihadwilligen Anhänger vermittelt habe. Lau habe ein regelrechtes Bestimmungsrecht über die Kämpfer aus seinem Umfeld gehabt. Einen der beiden Männer habe er wieder mit nach Deutschland zurückgenommen, als er sich nicht in die Truppe fügte.

Geführt wurde die „deutsche Einheit“ von Konrad S., der in Mönchengladbach zu den Vertrauten Laus gehörte. Auch Schmitz kennt ihn gut. Die beiden waren eng befreundet. Knall auf Fall habe sich Konrad S. nach Ägypten auf und davon gemacht. „Dabei hatte er sich gerade erst seine Wohnung eingerichtet“, berichtet Schmitz. Im Chat erfuhr Schmitz später von Konrad S., dass er von Ägypten nach Syrien weitergezogen war. Ausdrücklich bekannte er sich, nun IS-Mitglied zu sein. Schmitz dreht sich Richtung Anklagebank: „Du hast den Konrad überredet, nach Ägypten zu gehen.“

Laut antwortet entrüstet: „Ich habe niemand überredet.“

Am vierten Prozesstag zieht es Lau wieder vor, sich „schweigend“ zu verteidigen. Das ist kein allzu großes Problem. Das Gericht braucht nur eines der vielen Beweismittel der Anklage in das Verfahren einzubringen. Diesmal ist es ein Lau-Video namens „Abu Adam. Syrien“ vom Juli 2013, mit dem die Bundesanwaltschaft ihre These untermauern will, dass Lau durch seine „nach außen getragene Glaubensfestigkeit sowie seine emotionale Rhetorik“ vor allem auf junge Muslime eine hohe suggestive Wirkung ausübte, die „aktive Auseinandersetzung mit den vermeintlichen Gegnern des Islams weltweit zur Pflicht machte und so die Teilnahme am militanten Dschihad insbesondere in Syrien legitimierte“. Auf den großen Leinwänden links und rechts im Verhandlungssaal erscheint ein überlebensgroßer Lau, der umringt von Anhängern auf einem Stein sitzt und predigt. „Wie ist das mit dem Handeln mit Allah? Warum zögern wir da?“, fragt Lau. „Was sind wir bereit zu tun?“ So großartig sei Allah, dass er sogar die Feinde des Islams zur Verbreitung seiner Religion benutze. Ein Beweis dafür sei Assad in Syrien. „Er bekämpft die Muslime. Und was passiert daraufhin? Die Elite aus aller Welt versammelt sich in Syrien.“

Express vom 24.09.2016, S. 2

Polizei hängt im Funkloch fest

Umstellung auf die neue Digital-Technik hakt. Grüne warnen: „Sicherheitsrisiko für die Beamten“

VON CHRISTIAN WIERMER

Berlin - 14. November 2014 am Essener Hauptbahnhof: Nach einem Fußballspiel attackiert Hooligan Christian B. (22) den Bundespolizisten Thorsten B., würgt ihn immer wieder. Mehrfach verliert der Beamte dabei das Bewusstsein. Kollegen versuchen, Verstärkung zu rufen, doch im digitalen Funknetz gibt es keine Verbindung. Ein Polizist muss durch den

Bahnhofstunnel laufen, um Hilfe zu holen, wertvolle Zeit verstreicht. „Der Kollege wäre fast verstorben“, weiß Ernst Walter, Chef der DPoIG-Bundespolizeigewerkschaft.

Der Fall des „Würgers von Essen“, der zu sechs Jahren Haft verurteilt wurde, wirft ein Schlaglicht auf das Funkloch bei der Polizei. „Kommunikation ist im Einsatz das allererste Mittel der Eigensicherung. Wenn wir keine Verstärkung

anfordern können, wird das lebensgefährlich“, so Walter.

Die bundesweite Einführung des Digitalfunks hakt. „Die Umrüstung der Fahrzeuge, der Leitstellen und der Hubschrauber ist noch nicht abgeschlossen“, heißt es in einer Antwort auf eine Grünen-Anfrage im Bundestag. Das Problem besteht vor allem in Gebäuden. Laut Polizeigewerkschaft sind 300 Bahnhöfe und 200 Tunnelanlagen nicht mit

Repeatern ausgestattet.

„Technisch ist alles möglich. Es scheitert nur am bereitzustellenden Geld“, sagt Walter. „Die Umstellung von Analog auf Digitalfunk entwickelt sich fast zum BER des Bundesinnenministeriums“, meint Grünen-Innenexpertin Irene Michalic. „Der langsame Umstellungsprozess und das löchrige Netz werden zum Sicherheitsrisiko für die Beamtinnen und Beamten.“

Express vom 24.09.2016, S. 2

10 Jahre Knast für illegale Autorennen

Düsseldorf - Zwei getunte Limousinen stehen an einer Straßenkreuzung, die Fahrer lassen die Motoren aufheulen. Dann springt die Ampel auf Grün, die Autos rasen los. Bis zur nächsten Kreuzung. Schauplatz des Amateurvideos im Internet ist keine abgesperrte Rennstrecke - sondern eine öffentliche Straße irgendwo in Deutschland.

Solche illegalen PS-Duelle enden immer wieder in Unfällen mit Schwerverletzten und Toten. Teilnehmer und Organisatoren solcher Aktionen kommen bislang mit vergleichsweise milden Strafen davon.

Das soll sich jetzt ändern. Der Bundesrat stimmte gestern einem entsprechenden Gesetzentwurf der Länder Nordrhein-Westfalen und Hessen zu, der jetzt in den Bundestag eingebracht wird.

NRW-Justizminister Thomas Kutschat (SPD) sprach von einem „lebensgefährlichen Trendsport“. Allein in NRW habe es im vergangenen Jahr 230 angezeigte illegale Autorennen gegeben.

Der Gesetzentwurf sieht folgenden Strafenkatalog vor:

■ Die Teilnahme an illegalen Autorennen wird mit bis zu zwei Jahren Haft geahndet statt wie bisher mit maximal 400 Euro Bußgeld und einem einmonatigen Fahrverbot. Außerdem soll künftig der Führerschein eingezogen werden können, er müsste dann neu gemacht werden. Schließlich könnten bei einer Verurteilung

auch die Fahrzeuge für eine längere Zeit weggenommen werden.

■ Wer Unbeteiligte in Gefahr bringt und nur durch Zufall keinen Schaden verursacht, dem drohen sogar bis zu fünf Jahre Haft.

■ Kommt es zu schweren Verletzungen oder gar Todesfällen, sind bis zu zehn Jahre Gefängnis möglich.

Ursprünglich waren im Gesetzesantrag bis zu drei Jahre Haft für Teilnehmer geplant. Ausschüsse im Bundesrat schwächten die Initiative aber ab. Das Bundesverkehrsministerium hatte sich skeptisch zu den Plänen geäußert und mehr Polizeikontrollen angemahnt.

Polizeigewerkschaften begrüßen diesen Vorstoß. Es sei dringend notwendig, deutlich zu machen, dass es sich um ein „sehr schweres Vergehen“ handelt, das Leben unschuldiger Menschen gefährde, sagte der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Rainer Wendt. Härtere Strafen seien ein notwendiger Schritt, sagte sein Amtskollege Oliver Malchow von der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Er sei wichtig, weil illegale Autorennen

in der Vergangenheit immer wieder zu tödlichen Unfällen geführt hätten.



Auch ich habe ein PS-starkes Auto und fahre es leidenschaftlich gern. Vor allem auf Landstraßen oder auf der Autobahn. Ja, auch gern mal etwas schneller. Wahnsinn ist jedoch, dass ich fast täglich von Fahrern ähnlicher Modelle zu Rennen aufgefordert werde - und das mitten in einer Millionenstadt! Solche Rennen sind keine Seltenheit. Wenn es dann kracht, Menschen verletzt werden, versuchen sich die Täter rauszureden. Oft kommen sie glimpflich davon, die Rechts- und Beweislage ist schwierig.

Die neue Gesetzesinitiative im Bundesrat zielt in die richtige Richtung. Wer an einem Rennen in der Stadt teilnimmt, dem soll künftig eine Haftstrafe drohen. Aktuell müssen die Mächtgern-Rennfahrern nur mit einem Bußgeld und einem kurzen Fahrverbot rechnen. Das schreckt niemanden ab. Doch genau dafür muss der Gesetzgeber sorgen - notfalls mit drakonischen Strafen. Mein Appell an die erstaunlich vielen, meist jungen Autofahrer mit 200 PS und mehr unter der Haube: Freude am Fahren ist das eine - solange dabei (meist unbeteiligte) Menschen nicht in Gefahr gebracht, verletzt oder gar getötet werden.

**Westdeutsche
Allgemeine
Zeitung vom
24.09.2016, S. 1**

Härtere Strafen im Verkehr sind nötig

*Frank Preuß
zu Rasern*

Härtere Strafen zu verlangen, gehört nicht zu den originellsten Spielarten im Politbetrieb. Manchmal aber ist es unvermeidbar. Raser, die das Leben anderer grundsätzlich mit ihrer Ignoranz gefährden, müssen schärfer belangt werden.

Die Forderung von NRW-Justizminister Thomas Kutschaty ist kein hilfloser Schnellschuss, sondern Reaktion auf ein wachsendes Problem. Der Bundestag muss dem Willen der Bundesländer folgen, die es genau so sehen wie Kutschaty. Alles andere ist verantwortungslos.

Die Sanktionen im Verkehrsrecht sind in Deutschland generell nicht abschreckend genug. Wer glaubt, härtere Strafen beeindruckten Autofahrer nicht, der irrt. Wer einmal über die Grenze fährt, der sieht: Die Schweiz ist das beste Gegenbeispiel. Raserei ist den Eidgenossen einigermaßen fremd, weil Führerscheine ruckzuck einkassiert werden und Autos gleich mit. So etwas wirkt Wunder.

Drakonische Maßnahmen sind keine wünschenswerte Form der Erziehung. Im Verkehr aber sind sie ohne Alternative: Spinnern am Lenkrad muss man das Leben schwer machen. Schwerer als jetzt.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 24.09.2016, S. 3

Libanesen-Fehde vor Gericht

Erst Messerstiche, dann tödliche Schüsse als Rache: Essener Richter versuchen, die Hintergründe eines Tages der Gewalt in der Innenstadt aufzuklären

Von Stefan Wette

Essen. Der 9. April war für die Essener ein Tag der Gewalt. Ein Tag, der die Bürger entsetzte. In aller Öffentlichkeit hatten Mitglieder des libanesischen „Al-Kadi“-Clans in der City ihre Konflikte blutig ausgetragen. Erst stach laut Anklage ein 29-Jähriger seinen Onkel mittags auf der belebten Limbecker Straße nieder, dann kam es abends zum Gegenschlag. Schüsse trafen vor einem Café einen 21-Jährigen, der daran später verstarb. Seit Freitag versucht die Essener Justiz, die Hintergründe aufzuklären.

Abgesichert wie eine Festung

Das Landgericht wirkt am Morgen wie eine Festung. Polizisten sichern es vom Bürgersteig aus, auch drinnen patrouillieren Uniformierte. Justizwachtmeister versehen ihren Dienst in schusssicheren Westen. Allein: Kaum ein Libanese will den Prozess verfolgen. Zwei, höchstens drei sitzen im Saal, darunter die Ehefrau des Angeklagten. Die Demonstration der Staatsgewalt schreckt offenbar ab.

Am Freitag geht es nur um die Messerstiche am 9. April. Die tödlichen Schüsse vom Abend werden im Oktober verhandelt – vor der Jugendstrafkammer, weil einer der dort Angeklagten aus der Familie des Messerstichopfers unter 21 Jahre alt ist.

Vor dem Schwurgericht sitzt am Freitag wegen versuchten Totschlags Belal A., heute 30. Er soll seit vier Jahren in Deutschland leben und grenzt sich zu Beginn seiner Aussage von dem Familienclan ab: „Ich bin kein kurdischer Libanese. Ich bin Syrer.“ Das ist nicht die ganze Wahrheit. Sein früh verstorbener Vater, da war Belal A. ein Baby, war zwar Syrer. Doch seine Mutter, bei der er im Libanon aufwuchs, hatte mehrere Brüder, von denen ein Großteil seit Jahrzehnten als Al-Kadi in Essen lebt.

Die Familienzugehörigkeit ist kompliziert. Auch Richter Andreas

Labentz muss nachfragen, um zu verstehen, wer jetzt Onkel, Neffe, Tante, Cousin oder Schwager ist. Aber mit der Zeit wird der Stammbaum klarer. Belal A., der Angeklagte, hat vor fünf Jahren im Libanon eine Frau aus Essen geheiratet. So kam er nach Deutschland, was er nicht wollte, erzählt er: „Mir ging es im Libanon gut.“ Im Ruhrgebiet habe es Ärger gegeben. Die Onkel mütterlicherseits seien mit seiner Frau nicht einverstanden gewesen und hätten die Trennung verlangt. Er will das abgelehnt haben, aus Liebe.

Am 9. April sei er in der Essener City auf seinen Onkel Abdulhamid M. gestoßen. Laut Anklage soll er

sofort auf den 44-Jährigen eingestochen und ihn am Hals lebensgefährlich verletzt haben. Der Ältere soll ebenfalls ein Messer gezückt und den Angeklagten getroffen haben. Ob diese Version stimmt, wird der Prozess zeigen. Belal A., der mit einem Freund in der City unterwegs war, beruft sich auf Notwehr. Der Onkel habe ihn beleidigt und zuerst zugestochen. Der Freund bestätigt das zum Teil, das mutmaßliche Opfer weist das zurück.

Gewalttaten schon ein Jahr zuvor

Nur gestreift wird am ersten Prozesstag, dass es bereits 2015 brutale Aktionen zwischen den Familienmitgliedern gab. Anzeigen wurden erstattet, doch bevor die Prozesse am Amtsgericht begannen, kam es zu den heftigen Taten am 9. April.

Und sie sollen ausgelöst worden sein, weil einem Onkel die Ehefrau nicht passte? Weitere Angaben zum Motiv gibt es aber nicht. Dass die Familie seit mehr als zwei Jahrzehnten der Justiz im Drogenhandel bekannt ist, spielt erst einmal keine Rolle. Ein Zeuge deutet an, dass der Hintergrund gewichtig ist. Er hatte nicht als Zeuge auftreten wollen: „Wenn man zwischen die Familien gerät, kann es Probleme geben.“ Der Streit liege 20 Jahre zurück: „Eine Familien-Fehde, sagen die Leute.“

Der Tagesspiegel vom 26.09.2016, S. 1

De Maizière fordert Sicherheitsdebatte von Muslimen

Zehn Jahre Islamkonferenz / Innenminister: Thema auszublenden war falsch / BDI-Chef: Verständnis für offene Gesellschaft fördern

VON ANDREA DERNBACH

BERLIN - Zum zehnjährigen Bestehen der Deutschen Islamkonferenz (DIK) hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) eine Debatte über die Zukunft des Dialogs zwischen Staat und Muslimen angestoßen. „Wir müssen auf Veränderungen reagieren“, sagte er. Er sprach sich dafür aus, den Komplex Sicherheit wieder zu thematisieren. In der Vergangenheit löste dieses Ansinnen des Staats regelmäßig Streit mit den Islamverbänden aus. Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, stellte sogar die Fortführung des Gremiums infrage.

Man müsse auch im Interesse der Verbände bei der Islamkonferenz öffentlich über Sicherheit reden, sagte de Maizière. Derzeit gebe es zwar die Dialogplattform „Gemeinsam sicher leben“. Über die werde auf Bitten der Islamverbände aber nicht groß gesprochen. „Das halte ich inzwischen für falsch“, sagte er. Zudem betonte er, der islamistische Terrorismus, der sich missbräuchlich auf den Islam berufe, sei noch stärker geworden.

Mazyek lobte die Ergebnisse aus zehn

Jahren Islamkonferenz. Es sei viel angestoßen worden, zum Beispiel in den Bereichen Religionsunterricht und Theologie an Universitäten. Eine Fortführung der Islamkonferenz hänge davon ab, was sich die Regierung nach den Wahlen 2017 vornehme, sagte er: „Einen Automatismus gibt es nicht.“

Ein Miterfinder und früherer Organisator der Islamkonferenz kritisierte, was aus ihr geworden ist: Markus Kerber, der unter dem damaligen Innenminister Wolfgang Schäuble 2006 bis 2009 die Grundsatzaufteilung des Bundesinnenministeriums leitete, sagte dem Tagesspiegel, für Schäuble sei sie „ein Lieblingsprojekt“ gewesen, „das er ins Herz geschlossen hatte. Später wurde die Islamkonferenz nur noch administriert.“ Das zeige sich auch daran, dass der Islam bis heute nicht den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts erhalten habe. Das sei zwar Sache der Länder, aber: „Nach meiner Erfahrung brauchen die auch bei Kernaufgaben oft Schub vom Bund. Ich weiß nicht, ob da aus Berlin genug kam“, sagte Kerber, der seit 2011 Hauptgeschäftsführer des Bun-

desverbands der Deutschen Industrie ist.

Kerber sprach sich dafür aus, gerade in Zeiten des Zulaufs zur AfD wieder Wertedebatten zu führen, auch in der Islamkonferenz: „Als Hüter der Religionsfreiheit und des Religionsverfassungsrechts muss der Staat seine Aufgabe erfüllen.“ Da es in den großen Parteien SPD und Union dazu nichts Ernstzunehmendes gebe, sei er in der Verantwortung. „Wir brauchen dringend an etlichen Ecken in Deutschland ein Verständnis dafür, was eine offene, auch religiös offene Gesellschaft ist. Dabei muss man den AfD-Leuten sagen, was nicht geht, und einigen Muslimen auch.“ Die DIK sei dafür einst eine Bühne gewesen und könnte dies immer noch sein – und sie habe Erfolge gehabt: „Völlig unbemerkt von der deutschen Mehrheit werden die deutschen Muslime seither wahr- und ernst genommen, die Politik setzt sich mit ihnen auseinander. Und sie haben das sehr wohl bemerkt. Ich halte das immer noch für einen der Gründe, warum es in Deutschland keinen großen Anschlag von ‚homegrown‘ Attentätern gab.“

mit epd

Der Tagesspiegel vom 26.09.2016, S. 2

Zusammen wachsen

Von klein auf. Zur Eröffnung der Bait-ul-Wahid-Moschee in Hanau kamen Mädchen mit Schärpen in Deutschland-Farben und Fahnen mit dem islamischen Halbmond. Foto: B. Roessler/dpa

Die Islamkonferenz soll ein zentrales Dialogforum zwischen Staat und Muslimen sein.

Hat sie sich bewährt?

VON ANDREA DERNBACH

An diesem Dienstag wird die Deutsche Islamkonferenz (DIK) zehn Jahre alt. Sie sollte helfen, die traditionellen Beziehungen zwischen Staat und Kirchen in Deutschland auch für die muslimische Glaubensgemeinschaft zu öffnen. Die dafür ursprünglich vorgesehenen zwei bis drei Jahre stellten sich rasch als zu kurz für dieses ehrgeizige Ziel heraus.

Was ist die Deutsche Islamkonferenz?

Sie ist seit ihrer Einberufung am 27. September 2006 die zentrale Plattform des Dialogs zwischen Staat und Muslimen in Deutschland. Staat und Muslime sind mit einer gleichen Anzahl von Personen vertreten – anfangs waren dies je 15 nichtorganisierte Muslime und Verbandsvertreter und 15 Mitglieder aus Bund, Ländern und Kommunen. Nachdem das Zuwanderungsgesetz von 2004 den offiziellen Abschied der deutschen Politik vom Leitbild eines ethnisch homogenen Staatsvolk vollzogen hatte, wurde auch anerkannt, dass der Glauben eines großen Teils der Einwanderer Platz im deutschen Religionsverfassungsrecht bekommen muss, früher sprach man von Staatskirchenrecht. Da Religion in Deutschland aber im Wesentlichen Ländersache ist, konnte und kann die DIK eher Anregungen und Anstöße geben als entscheiden.

Warum gibt es die Konferenz noch immer?

Die Erfinder im Bundesinnenministerium gingen von zwei bis drei Jahren aus, bis die Konferenz überflüssig werde. Die Zeit sollte reichen für das ehrgeizige Ziel: einen „langfristigen Kommunikationsprozess zwischen dem deutschen Staat und Vertretern der in Deutschland lebenden Muslime“ zu etablieren. Am Ende der drei Jahre sollte, so hieß es in der Erklärung des Ministeriums seinerzeit, eine „tragfähige Grundlage“ für das Verhältnis beider Seiten gegossen sein.

Daraus sind mehr als dreimal so viele Jahre geworden, und ein Ende der Veranstaltung ist nicht in Sicht. Sie wird gebraucht, schon weil sie auch zehn Jahre nach dem feierlichen Treffen im Berliner Schloss Charlottenburg der einzige Kanal auf Bundesebene zwischen Staat und Mus-

limen ist. Anders als die katholische und evangelische Kirche, die etablierte Kanäle zur Kommunikation mit dem Staat und eine Vielzahl gewachsener Privilegien haben, ist der deutsche Islam noch keine Körperschaft öffentlichen Rechts und hat anders als die Kirchen nicht einmal eine Lobbyvertretung in Berlin.

Wie ging es nach der ersten Phase weiter?

Mit dem Wechsel von Wolfgang Schäuble ins Finanzministerium 2009 war der Schwung der ersten Phase erst einmal erlahmt. Zwei Jahre nachdem sich die vier größten muslimischen Verbände im Koordinationsrat der Muslime (KRM) zusammengeschlossen hatten, erhielt ihre von staatlicher Seite lange geforderte Zusammenarbeit genau von dort einen herben Schlag: Der neue Minister Thomas de Maizière schloss den mitgliederstarken Islamrat von der Konferenz mit der Begründung aus, dass gegen hohe Funktionäre Verfahren wegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung liefen – die später eingestellt wurden. Der Zentralrat der

Muslime verließ die DIK kurz danach freiwillig und unter Protest gegen die Alleinherrschaft des Ministeriums über Teilnehmer und Tagesordnung der Konferenz. Was der Minister von ihr halte, schimpfte dessen Vorsitzender Aiman Mazyek, könne man schon daran erkennen, dass er sie aus der Grundsatzabteilung des Ministeriums herausgelöst und der für Ausländer zugeschlagen habe.

Noch schärfer wurde der Ton ab 2011 unter de Maizières Nachfolger, dem CSU-Politiker Hans-Peter Friedrich. Kaum im Amt, brachte er seine muslimischen Gesprächspartner durch den Satz auf, der Islam gehöre „historisch“ nicht zu Deutschland. Friedrich kündigte an, Sicherheitsfragen zum Schwerpunkt der DIK zu machen. Es kam zum Eklat, nicht nur die Verbände waren verärgert, auch die nichtorganisierten muslimischen Mitglieder der Konferenz schrieben einen Protestbrief dagegen, Religionspolitik und Anti-Terror-Maßnahmen zu vermischen. Ausgerechnet Friedrich kassierte daraufhin das Thema, das seit Beginn der DIK immer wieder Ärger gemacht hatte, und gliederte Sicherheitsfragen aus. Die AG Prävention der DIK beschäftigt sich seitdem nicht mehr mit Islamismus, sondern mit Islamophobie.

Wo steht die DIK heute?

Thomas de Maizière, der im Oktober 2013 erneut Innenminister wurde, hat ihr 2014 einen Neuanfang verordnet und dabei gleich den zweiten großen Zankap-

fel der Konferenz auf den politischen Kompost befördert: Seither entscheidet nicht mehr das Ministerium allein über Themen und Struktur der DIK, sondern ein „Lenkungsausschuss“, in dem gleichermaßen die muslimische Seite vertreten ist. Auf der Agenda steht seither praktische Arbeit an der Integration des Islam ins deutsche Religionsverfassungsrecht: Die DIK hat inzwischen die „Keimzelle“ (de Maizière) eines islamischen Wohlfahrtsverbands nach dem Vorbild von Caritas und Diakonie auf den Weg gebracht und beackert ein weiteres Feld traditioneller Zusammenarbeit von Staat und Religion in Deutschland: die Seelsorge in öffentlichen Einrichtungen wie Bundeswehr, Polizei und Gefängnissen.

Was hat die Islamkonferenz gebracht?

Obwohl sie mangels Zuständigkeit eher symbolisch wirken musste, haben zehn Jahre Deutsche Islamkonferenz Greifbares für die Emanzipation der Muslime gebracht. Naika Foroutan, Politologin an der Berliner Humboldt-Universität und Mitorganisatorin der Jungen Islam-Konferenz, verwies im Gespräch mit dem Tagesspiegel vor drei Jahren auf den Schulunterricht und die Gründung islamischer Zentren an den Universitäten: „Wir hätten ohne die DIK nie islamische Theologie an die Universitäten bekommen, der Religionsunterricht ist vorangekommen.“

Auch das Wissen über Muslime ist laut Foroutan in Deutschland gewachsen. So entstand 2008 im Auftrag der Konferenz die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“, die die Zahl der Muslime damals auf 3,8 bis 4,3 Millionen schätzte. Auch das Leben muslimischer Gemeinden ließ die Konferenz erforschen. Außerdem formulierte die DIK Empfehlungen für Aus- und Weiterbildung muslimischer Geistlicher. Der Erlanger Juraprofessor und Islamwissenschaftler Matthias Rohe, der in der ersten Islamkonferenz Mitglied der Arbeitsgruppe Verfassungsfragen war und bis heute als Fachmann mitarbeitet, hält schon den „Lernprozess“, der vor zehn Jahren begann, für einen Gewinn – für beide Seiten: „Nicht nur über den Islam ist Wissen entstanden, auch die Muslime und ihre Verbände verstehen jetzt besser, welche formalen und inhaltlichen Anforderungen für Verwaltung und Politik wichtig sind.“

Gut sei auch gewesen, ein eigenes Islam-Gremium einzurichten: „Das war wichtig, weil in der öffentlichen Debatte der Islam umstandslos mit Migration gleichgesetzt wird.“ Behördenvertreter

hätten in der DIK gelernt, Muslimen mit Respekt zu begegnen. „Auf den ersten Treffen der DIK war es so: Vormittags sprach der Staat, und nachmittags sagten die Muslime was dazu. Das hat sich geändert, man ist auf Augenhöhe“, sagte Rohe.

Und was nicht?

Einfach mal ein paar Jahre miteinander reden und am Ende ist der Islam ein Partner des Staates wie die christlichen Kirchen – diese ursprüngliche Agenda wurde nicht eingehalten. Insofern, sagt Rohe, sei es

„gut, dass die Konferenz weitergeht“, nicht nur im Sinne der Muslime: „Wenn Meryem Öztürk und Sandra Bauer unterschiedliche Chancen auf einen Job haben, dann ist das kein Problem der Muslime, sondern der Gesamtgesellschaft.“

KRITIK DER KURDEN

Die Deutsche Islamkonferenz (DIK) ist aus Sicht der Kurdischen Gemeinde in Deutschland **weitgehend gescheitert**. „Die Islamkonferenz hat auch nach zehn Jahren nicht zu einer Annäherung

des deutschen Staates an seine muslimische Bevölkerung beigetragen“, erklärte der Bundesvorsitzende des Verbandes, **Ali Ertan Toprak**. „Vielmehr lässt sich beobachten, dass trotz der Islamkonferenz die Entfremdung gerade in Fragen eines gemeinsamen Wertesystems und der **Loyalität zum deutschen Staat** deutlich größer geworden ist“, fügte er hinzu. Toprak war zwischen 2006 und 2012 selbst Mitglied der Deutschen Islamkonferenz. *dpa*

Rheinische Post vom 24.09.2016, S. 4 Junge Islamkonferenz kritisiert Misstrauen gegen Muslime

DÜSSELDORF (jaco) Musliminnen, die aufgrund ihres Kopftuchs schief angesehen, ausgegrenzt, manchmal sogar angegangen werden – „habe ich alles schon erlebt“, sagt Mohammed. Der 20-Jährige steht im Plenarsaal des Landtags, er ist Teilnehmer der ersten Jungen Islamkonferenz in NRW. Es ist quasi eine weniger einflussreiche Variante der 2006 ins Leben gerufenen Deutschen Islamkonferenz, dafür aber erfrischend jung und nicht so festgefahren.

44 junge Muslime und Nicht-Muslime zwischen 17 und 24 Jahren kamen gestern im Landtag zusammen. Sie diskutierten in Workshops, Gruppenarbeiten und einem Planspiel über die Bedeutung gesellschaftlicher Vielfalt, über Zugehörigkeit und über Diskriminierung.

In ihrer Begrüßungsrede spricht Landtagspräsidentin Carina Gödecke (SPD) von einem Hass, „den wir nicht zulassen dürfen“ – ausgehend von Rechtspopulisten und -extremisten sowie von Terroristen. Die

Vielfalt und die Freiheit hätten NRW, hätten Deutschland immer erfolgreich gemacht. „Es geht um Haltung, nicht um Herkunft“, sagt Gödecke. Mohammed und sein Teilnehmer-Kollege Sefa (20) stimmen zu. „Wir wollen den jungen Muslimen eine Stimme geben“, sagt Mohammed, der sich in der CDU engagiert.

Julia (24) ist christlichen Glaubens und kritisiert in erster Linie das pauschale Misstrauen gegen Muslime. „Vieles wird grundsätzlich negativ besetzt“, sagt die angehende Politikwissenschaftlerin. Gerade junge Menschen könnten dieses Schwarz-Weiß-Denken aufbrechen. „Unsere Generation kennt keine Hautfarbe, nur Menschen.“

Die Junge Islamkonferenz ist ein Projekt der Forum K&B GmbH und der Humboldt-Universität Berlin, gefördert durch die Stiftung Mercator. Die Bundesländer können sich für das Dialogforum bewerben. Die Konferenz in NRW dauert noch bis morgen.

Westdeutsche Zeitung vom 24.09.2016, S. 5

Jugendliche wollen Islamdebatte entschärfen

Die Junge Islam-Konferenz bringt jetzt auch in NRW Muslime und Nicht-Muslime zusammen, um ihren Erfahrungen Gehör zu verschaffen.

Von Ekkehard Rüger

Düsseldorf. Es ist ruhig an diesem Nachmittag im Düsseldorfer Landtag. Die Politik hat sich ins Wochenende zurückgezogen. Nur im Sitzungssaal der CDU-Fraktion geht es hoch her. „Wir reden hier schon die ganze Zeit über das Wie des Moscheebaus. Dabei ist noch gar nicht über das Ob entschieden“, ruft eine Vertreterin der Bürgerinitiative „Moscheebau: Nein danke!“ vehement. Auch stünden die Spenden aus dem Ausland für eine undurchsichtige Finanzierung des Baus. Und schließlich: „Es gibt eine Bringschuld derer, die zu uns kommen, und keine Holschuld derjenigen, die hier schon immer leben.“

Die Moschee ist so fiktiv wie die Stadt Rodan, in der sie entstehen soll, und das Land Rumänien, in dem die Auseinandersetzung spielt. Aber die 40 jungen Menschen, die sich hier mit vorher per Zufall verteilten Rollen in dem Planspiel streiten, sind ganz real.

Eine knappe Stunde zuvor haben sie im Plenarsaal für das Gruppenfoto zusammengestanden und dabei gelacht, als seien sie schon lange vertraut miteinander. Dabei kennt sich die Gruppe gerade seit einer Woche. Die Muslime und Nicht-Muslime zwischen 17 und 23 Jahren, mal gläubig, mal nicht und quer durch die

Schichten zusammengesetzt, bilden die erste Junge Islam-Konferenz (JIK) Nordrhein-Westfalen.

Der Name erinnert an die Deutsche Islam-Konferenz, die von Wolfgang Schäuble 2006 ins Leben gerufen worden war. Aber in Düsseldorf geht es nicht um Gespräche zwischen dem Staat und den muslimischen Verbänden. Die JIK will gerade zeigen, dass es jenseits der Verbände und abstrakten

Diskussionen über „den“ Islam unter jungen Menschen längst viel selbstverständlicher ist, Unterschiedlichkeit als normal zu empfinden.

Die Teilnehmer sollen zukünftig ein Netzwerk bilden

Nawael (23) zum Beispiel, gebürtige Deutsche mit ägyptischem Vater, steht kurz vor dem Abschluss ihres Psychologiestudiums. „Und unter den Studenten war mein Kopftuch nie ein Thema.“ Nach ihrer Erfahrung haben Gleichaltrige „eine größere Gelassenheit im Umgang mit Minderheiten“. Bei Anfeindungen Älterer gehe es oft nur darum, eigene Konflikte und Vorurteile abzulegen. „Die wollen gar keine Antwort.“

Die Konferenz, die in NRW bis 2019 jedes Jahr 40 junge Menschen zusammenbringen wird, will gerade deren Antworten und Lösungen Gehör verschaffen, „denn es geht um

ihre Zukunft“, sagt Projektleiterin Nina Prasch. Die dann 160 Teilnehmer sollen ein Netzwerk bilden und als Multiplikatoren dienen, um die Islamdebatte zu entschärfen und Vorurteile zu bekämpfen. „Und diese Vision ist nicht nur eine Worthülse, sondern in den Teilnehmern vorhanden“, gibt Nawael ihre Eindrücke der ersten Begegnungen wieder.

Die 2011 in Berlin geborene Idee wird inzwischen auch in Hamburg und Schleswig-Holstein umgesetzt. Vier weitere Bundesländer werden bis 2019 noch folgen. Die JIK wird von der Berliner Humboldt-Universität wissenschaftlich begleitet. Getragen wird sie von der Aktion Gemeinwesen und Beratung, gefördert durch die Stiftung Mercator.

Leonie (19) aus dem Kreis Viersen hat sich beworben,

weil in ihrem persönlichen Umfeld „die Haltung gegenüber Muslimen immer mehr ins Negative abgerutscht ist“. Die angehende Studentin der evangelischen Theologie will sich engagieren, um dagegen zuhalten. Denn einerseits seien Jugendliche zwar Vielfalt stärker gewöhnt als Eltern und Großeltern. „Aber unerschwinglich gibt es die Vorurteile auch in unserer Generation. Man kann nicht davon ausgehen, dass wir komplett tolerant sind.“

Die Offenheit, die während der Tage der JIK unter den so unterschiedlichen Teilnehmern herrscht, habe sie in der Form noch nie erlebt. „Es gibt ein großes Interesse und den Willen, etwas zu bewegen.“ Ein Auseinandergelangen ohne Folgen ist für sie undenkbar. „Es geht darum, dass wir die Möglichkeit bekommen, auch selbst so einen Dialog anleiten zu können.“

Dafür ist es gut, auch mal die Perspektive zu wechseln. Der Moscheebau in Rodan bietet reichlich Gelegenheit dazu.

j-i-k.de

MEINUNG

Stimme der Vielfalt

Von Ekkehard Rüger

Es gibt sie nicht: weder „die“ Muslime noch „die“ Deutschen, zumal viele hier lebende Muslime längst Deutsche sind. Je differenzierter der Blick wird, umso vielfältiger gerät das Bild. Das Problem ist, dass ein solches Bild schwerer zu vermitteln ist. Viele, die es in sich tragen, schweigen daher.

Die Junge Islam-Konferenz

will das nicht hinnehmen. Und wer den Enthusiasmus der jungen Menschen erlebt hat, kann sich gut vorstellen, dass da eine Stimme der Vielfalt heranwächst, die sich einmischt: unideologisch, unverkrampft, gelassen. Der gesellschaftlichen Debatte würde das guttun.



ekkehard.rueger@wz-plus.de

Anzeiae

Rheinische Post vom 26.09.2016 , S. 4

Grüne wollen grünen Pfeil für Radler

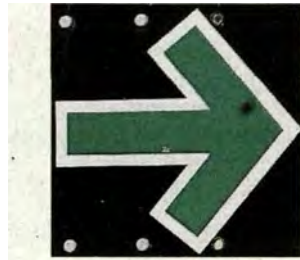
Ein eigenes Zusatzschild an Ampelkreuzungen soll nur für Fahrräder gelten.

VON BIRGIT MARSCHALL

BERLIN Die Grünen wollen Deutschland zur Fahrradrepublik ausbauen. Bis 2030 soll jeder vierte Weg nur noch auf zwei Rädern zurückgelegt werden. Dieses Ziel formuliert die Partei in einem Forderungskatalog, den die Grünen-Bundestagsfraktion morgen beschließen will und der unserer Redaktion vorab vorliegt. Derzeit würden hierzulande erst etwa 13 Prozent aller Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt.

In dem Papier verlangen die Grünen neben einer Verdreifachung der Bundesmittel Änderungen im Verkehrsrecht und mehr Handlungsspielräume für Kommunen. Sie sollen einen neuen grünen Rechtsabbiegepfeil nur für Fahrradfahrer installieren dürfen, damit sich weniger Radler an Kreuzungen vor roten

Ampeln sammeln. „Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen – wo es aus Sicherheitsgründen Sinn macht – einen grünen Rechtsabbiegepfeil für Radfahrer einführen können“, heißt es in dem Papier.



Fahrradfahren werde weiter zunehmen, argumentieren die Grünen. Der Bund müsse diese Entwicklung stärken, denn das Fahrrad sei das umweltfreundlichste Fortbewegungsmittel. Bereits ein Drittel

aller Deutschen fahre täglich oder mehrmals pro Woche Fahrrad.

In Deutschland seien Radwege und Abstellanlagen jedoch oft veraltet und in schlechtem Zustand, was zu hohen Unfallzahlen und vielen Diebstählen führe. Der Bund müsse daher seine Investitionsmittel zur Co-Finanzierung überregionaler Radschnellwege auf 100 Millionen Euro erhöhen. Für Radwege an den Bundesstraßen müsse das Programm von 100 auf 200 Millionen Euro aufgestockt werden. Zehn Millionen Euro Fördermittel fordern die Grünen für E-Lastenräder. Zudem solle es eine Prämie von 1000 Euro für die Anschaffung von insgesamt 10.000 E-Lastenrädern geben. „Radschnellwege und E-Lastenräder können Staus verhindern“, sagte Grünen-Verkehrssprecher Matthias Gastel.

FOTO: UWE MISERIUS

Neue Rhein Zeitung vom 26.09.2016, S. 3

NRW muss sich auf den Wolf vorbereiten

Bei einer Fachtagung beraten Wolfs-Experten über die Folgen der Ausbreitung des Raubtiers

Von Navid Moshgbar

Düsseldorf. NRW erwartet die Rückkehr der Wölfe. Schon in zwei, drei Jahren, sagen Experten voraus, könnten die ersten Exemplare zwischen Rhein und Weser heimisch werden. Und wenn das erste Rudel da ist, geht es erfahrungsgemäß schnell. In Sachsen schnellte die Population zwischen 2010 und 2016 von sieben auf 31 Rudel hoch. Noch bevor der Wolf in NRW richtig angekommen ist, wird er hier schon zum Politikum. Man ist sich nicht sicher: Sollte man sich auf den Räuber freuen oder ihn fürchten?

Die FDP-Landtagsfraktion spricht von einer „Herausforderung“ und einem „Konfliktpotenzial“. Die Liberalen wollen den Wolf schnell ins Jagdrecht aufnehmen. Jäger sollen ihn hegen und pflegen und seinen Bestand gegebenenfalls „regulieren“. NRW-Umweltminister Remmel (Grüne) bezeichnet NRW als „Wolfserwartungsland“. Für Remmel ist der Wolf eine „Bereicherung für die Artenvielfalt“. Er wolle diesen Tieren aber nicht „den roten Teppich ausrollen“, sagte der Minister

bei der Fachtagung „Der Wolf unterwegs in NRW“ in Recklinghausen. Er weiß, wie groß die Vorbehalte gegenüber Wölfen sind.

Schon 46 Rudel in Deutschland

Mehrere Wölfe sind bereits in NRW gesehen worden: Einer wanderte im März 2016 von Barntrup/Lippe über Oelde nach Rösrath bei Köln und zog später zurück nach Niedersachsen. Ein weiterer wurde am 23. April bei Ibbenbüren gesichtet. Am 28. April wurde eine Wölfin in Hamminkeln nachgewiesen.

Mittlerweile gelten Sachsen, Brandenburg und Niedersachsen als „Heimatländer“ des deutschen Wolfes. Aber auch in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern gibt es Wölfe, die sich fortpflanzen. Die

Populationszahlen steigen seit sechs Jahren immer schneller. 2011 zählten die Wolfsforscher noch acht Rudel, 2012 bereits zwölf, 2013 waren es 18 Rudel, 2014 zählten die Wissenschaftler 25, vergangenes Jahr 31 Rudel und das Wolfsmonitoring des Bundesamtes für Naturschutz ergab für dieses Jahr 46 Rudel in Deutsch-

land. Hinzu kommen Paare und einzelne Tiere, die zeitweise ein neues Revier suchen und „abwandern“.

In Sachsen kamen durch Wölfe vergangenes Jahr 70 Tiere ums Leben. Die Nutztiere waren allerdings auch nicht gut geschützt, sagte Gesa Kluth vom Lupus Institut für Wolfsmonitoring in Spreewitz. Wölfe suchten sich einfache Beute. Das Thema Nutztier-Schutz wird auch auf NRW zukommen. Meterhohe mobile Zäune oder Elektrozaune sollen die Herden schützen. „Sie sehen den Wolf nicht, aber er kommt jeden Tag und kontrolliert, wie fleißig sie waren“, warnt Knut Kucznik, Chef des Schafzuchtverbandes Berlin-Brandenburg. Zäune und Hütehunde seien dort notwendig, wo der Wolf wieder heimisch ist.

„Wir müssen mit diesen Tieren leben“, sagt Kucznik. Die noch wolfsfreie Zeit müsse genutzt werden, um aufzuklären, meint Thomas Pusch vom Nabu NRW. Denn wenn die Wölfe hier heimisch sind, und erste Schafe reißen, sei „eine sachliche Diskussion kaum noch möglich.“

Rheinische Post vom 24.09.2016, S. 12

Bäcker protestieren mit „Remmel-Semmel“

Die Bäcker im Rheinland kritisieren die „Hygiene-Ampel“, da diese falsche Signale senden würde.

VON OLIVER BURWIG

DÜSSELDORF Wer dieser Tage beim Bäcker Brötchen kauft, der könnte sich wundern: Eine besondere Tüte und ein Flyer deklarieren das Backwerk als „Remmel-Semmel“. Damit wollen bis Ende Oktober 160 Betriebe im Verband des Rheinischen Bäckerhandwerks ihren Unmut gegenüber dem „Hygiene-Ampel“ genannten Kontrollbarometer ausdrücken, das künftig als Hinweisschild in allen Lebensmittelbetrieben hängen soll.

Sie werfen dem NRW-Verbraucherschutzminister Johannes Remmel (Grüne) vor, ein Bewertungssystem einzuführen, das keine Aussagekraft zur Hygiene in einem Bäckerbetrieb habe. „Die Dokumentationspflichten, denen Backstuben unterworfen sind, werden dabei viel zu stark bewertet“, sagt Walter Dohr, Geschäftsführer des Verbands des Rheinischen Bäckerhandwerks. 95 Prozent der Betriebe seien bei

Kontrollen in der Vergangenheit nicht beanstandet worden. Deshalb schlägt Dohr ein Modell vor, das einen positiven Anreiz für Bäcker schafft, die sich über Vorgaben hinaus um Hygiene bemühen. Er kritisiert zudem, dass die Kontrollen nur eine Person durchführe und dass so selten geprüft werde, dass man allenfalls eine „Momentaufnahme“ bekomme: „Eine Bäckerei sieht zur Hauptproduktionszeit in den Morgenstunden anders aus als mittags.“ Er befürchte, dass Kontrolleure, die keine Bäcker seien, dem bei der Bewertung ungenügend Rechnung tragen könnten. Problematisch sei auch, dass ein Betrieb, der nach einer schlechten Bewertung eine rote „Ampel“ ins Schaufenster kleben müsse, lange auf eine Nachkontrolle warten müsse.

Ein Ministeriumssprecher betonte, dass es vor dem Beschluss des

Gesetzesentwurfs „mehrere Runde Tische“ gegeben habe, nach denen auch Einwände der Bäcker berücksichtigt worden seien. So sei es Betrieben, die regelmäßig eine grüne „Ampel“ erhielten, bei einer schlechten Bewertung aus „überraschenden Gründen“ wie Krankheit oder Unfall des Betriebsinhabers, einmalig möglich, eine kurzfristige – und ebenso wie die erste Kontrolle kostenpflichtige – Nachprüfung zu beantragen. Dass Kontrollen nur „Momentaufnahmen“ seien, sei dadurch widerlegt, dass die „Ampel“ immer auch die Bewertung der vergangenen zwei Jahre zeige. Auch das Argument der Prüfzeiten will das Ministerium nicht gelten lassen: „Ein Betrieb sollte durchgehend die hygienischen Standards einhalten und nicht nach Uhrzeiten.“ Es gebe auch keinen „fachfremden Kontrolleur“.

Westfälische Nachrichten vom 24.09.2016, S. 1

Bauern wehren sich

Vorwürfe der Tierschützer gegen Agrarfunktionäre / Röring: Tiere fachgerecht versorgt

Von Josef Barnekamp
und Frank Polke

VREDEN/MÜNSTER. Der Schlacht der Bilder folgt die Schlacht der Worte: Führende Vertreter der Landwirtschaft wehren sich gegen Vorwürfe, in ihren Betrieben und Ställen sei es zu massiven Verstößen gegen den Tierschutz gekommen. „Die in dem TV-Bericht gezeigten kranken Tiere wurden rechtzeitig abgesondert und vom Hoftierarzt fachgerecht versorgt“, reagierte gestern Johannes Röring, Chef des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes (WLV), im Rahmen einer Pressekonferenz auf seinem Hof in Vreden. „Das ist in unserem Familienbetrieb im Interesse unserer Tiere so gehandhabt worden.“ Röring kündigte weitere rechtliche Schritte gegen die Veröffentlichung an. Die Abteilung für Veterinärangelegenheiten des Kreises Borken erklärte



Gingen gestern in die Offensive: Tierarzt Jörg Tenhüfelfeld (links), Christian Röring und Johannes Röring (rechts), die den Hof in Vreden gemeinsam betreiben. Foto: Wilfried Gerharz

gestern, dass in dem Familienbetrieb keine Auffälligkeiten festgestellt wurden. Tierschützer der Organisation „Animal Rights Watch“ (Ariwa) sind offenbar im Jahr 2015 in zwölf Betriebe führender Agrarfunktionäre

eingedrungen und haben dort Bild- und Videoaufnahmen gemacht. Diese Bilder, die in der ARD ausgestrahlt wurden, zeigen unter anderem Tiere mit offenen Wunden, blutig gebissenen Schwänzen und vereiterten

Augen. Paul Hegemann, Chef des Zentralverbandes der Deutschen Schweineproduktion und selbst betroffener Landwirt aus Saerbeck, räumte ein, dass es zur Zeit der Aufnahmen „massive Probleme“ in seinem Betrieb gegeben habe. Diese seien jetzt aber ausgeräumt. Aufnahmen und Bilder soll es auch von einem großen Schweinemastbetrieb in Bilerbeck geben.

Für die umstrittene Organisation Ariwa, die sich für eine grundlegende Abkehr vom Fleischkonsum einsetzt und sogar eine Umstellung auf Bio-Produktion „als reformistisch“ ablehnt, bilden die Aufnahmen „das gesamte Spektrum der Zustände in der Tierhaltung“ ab. Die Vereinigung kündigt weitere Veröffentlichungen an. Experten fordern jetzt Beweise, dass die Aufnahmen wirklich in den genannten Betrieben gemacht worden sind. | **Kommentar, Westfalen**

KOMMENTAR

Schockierende Bilder aus Tierställen

Zurück in den alten Gräben

Willkommen zurück in den alten Gräben. Bilder von leidenden Tieren in überfüllten Ställen, gefilmt von Aktivisten, die nachts in die Betriebe eingestiegen sind, sorgen für Aufregung, für Empörung – und setzen reflexartig die alten (und wohl nie überwundenen) gesellschaftlichen Schuldzuweisungen für eine ganze Branche in Gang.

Auf der einen Seite stehen die Bauern (im aktuellen Fall noch führende Funktionäre, d.h. für viele also die Spitze des Eisbergs), die in der Tierhaltung grobe Fehler gemacht haben sollen und die damit das Klischee vom verantwortungslosen Großlandwirt erfüllt haben. Auf der anderen Sei-

te des Grabens stehen radikale Tierschützer, die zur Erreichung ihrer radikalen Ziele auch vor Straftaten nicht zurückschrecken und die Reformen zur Verringerung des Tierleids als „schädlich“ ablehnen.

Doch dieses konfrontative Gegeneinander hilft keinem weiter, schon gar keinem Tier. Konkret muss zunächst die Frage beantwortet werden, ob alle veröffentlichten Bilder und Videos auch aus den zugeordneten Betrieben und Ställen stammen. Und konkret müssen die Veterinärämter als staatlich zuständige Stelle klären, ob die Zustände so waren wie dargestellt. War oder ist dies der Fall, widerspricht dies sowohl den notwendigen Anforderungen an eine moderne Tierhaltung als auch dem eigenen Selbstverständnis. **Frank Polke**



Westfälische Nachrichten vom 24.09.2016, S. 3

Von Zorn bis Bedauern

Schock-Bilder aus Ställen: Bauernpräsident Röring dementiert / Funktionär Hegemann gibt sich kleinlaut

Von Josef Barnekamp
und Hans Lüttmann

VREDEN/SAERBECK. Ein heinahe zorniges Dementi hier, ein bedauerndes (Halb-)Eingeständnis dort: Am Tag nachdem die Tierschützer der Organisation „Animal Rights Watch“ (Ariwa) die schockierenden Bilder auch aus Ställen münsterländischer Landwirte – und Agrarfunktionäre öffentlich gemacht hatten, konnten die Reaktionen kaum unterschiedlicher sein.

Johannes Röring, westfälischer Bauernpräsident, CDU-Bundestagsabgeordneter – und in dem in der ARD-Sendung „Panorama“ am Donnerstag ausgestrahlten Beitrag massiver Verstöße gegen den Tierschutz bezichtigt, wies die Vorwürfe gestern bei einer Pressekonferenz auf seinem Hof in Vreden vehement zurück. In seinem Betrieb würden erkrankte Tiere rechtzeitig von gesunden abgesondert und vom Tierarzt versorgt. Der Hof-tierarzt habe dieses Vorgehen in einer eidesstattlichen Erklärung bestätigt. Der Bauernpräsident sprach von einer Kampagne.

„Die Aufnahmen“, sagt Veterinär Dr. Jörg Tenhöndfeld, seien offenbar gemacht worden, „als bei Schweinen eine „Episode von Atemwegserkrankungen“ aufgetreten sei. Im Übrigen zeigten die Aufnahmen mit fünf bis sieben Schweinen nur einen Bruchteil des rund 1500 Tiere um-



Demonstrativer Besuch im Stall: Johannes Röring ließ sich gestern mit seinen Schweinen fotografieren. Die Botschaft: Hier ist alles in Ordnung.

Foto: Wilfried Gerharz

fassenden Bestandes. Röring hat beim Landgericht Hamburg eine einstweilige Verfügung auf Unterlassung der weiteren Verbreitung des Sendematerials beantragt. Ein Sprecher des Kreises Borken sagte, der Abteilung für Veterinärangelegenheiten seien keine Auffälligkeiten aus dem Betrieb bekannt.

Kleinlauter fiel hingegen die Reaktion des Saerbeckers

Paul Hegemann aus. Auch er ist Agrarfunktionär, auch in seinem Stall hatten die Tierschützer 2015 Bilder aufgenommen, „die es in einer tierwohlgerichteten Schweinehaltung zu vermeiden gilt“, teilte der Zentralverband der Deutschen Schweineproduktion (ZDS) mit. Hegemann ist ZDS-Vorsitzender und wollte sich gegenüber unserer Zeitung nicht erklären. In seinem Stall seien

zum Zeitpunkt der Aufnahmen „massive Probleme“ aufgetreten, erklärte der Verband darum an seiner statt. Durch „akuten Kannibalismus“ habe es Verletzungen an den Schwänzen von Schweinen gegeben. Augenentzündungen seien durch eine Infektion ausgelöst worden. Die Tiere seien vom Tierarzt behandelt worden. Starke Verschmutzungen der Stallungen seien eine Folge

Radikale Tierschützer

Die Aktivisten der Tierschutzorganisation Animal Rights Watch „Ariwa“ setzen auf drastische Methoden und Mittel, um ihre Ziele durchzusetzen. Die Vereinigung lehnt nach eigenen Angaben Reformen ab, um den vollständigen Veganismus durchzusetzen. Wörtlich heißt es: „Den Menschen dagegen erst zu Biofleisch, dann zu Vegetarismus und irgendwann schließlich zu Veganismus zu bringen ... führt zu Unverständnis und Demotivierung.“ Übersetzt: Auch Zwischenlösungen wie eine Reduktion des Fleischkonsums oder die Umstellung auf Bio wird abgelehnt. Mehrere Aktivisten mussten sich bereits juristisch verantworten, dabei ging es um Hausfriedensbruch oder auch Hehlerei. (fpf)

der Verfütterung von Nebenprodukten aus der Backwarenindustrie. Inzwischen sei die Zusammensetzung des Futters angepasst worden. „Herr Hegemann bedauert die Vorfälle sehr.“

Die Organisation Ariwa kündigte am Abend an, im Laufe der kommenden Woche weitere Bilder aus Betrieben auch in Nordrhein-Westfalen veröffentlichen zu wollen.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 24.09.2016, S. 16

Fluchtartiger Rückzug bei Asylplänen

Stadt will weitere Neubauvorhaben und zudem einen Großteil der bestehenden Übergangswohnheime aufgeben. Alle Zeltcamps sind bis November leergezogen

Von Wolfgang Kintscher

Die Essener Achterbahnfahrt in Sachen Asyl geht weiter, jetzt aber rollt der Zug rückwärts: Stand die Stadt vor einem Jahr noch unter einem immensen Druck, auf die Schnelle tausende Flüchtlinge unterbringen zu müssen, kommt man nun kaum hinterher, die in der Folge eingestellten Pläne für neue Unterkünfte wieder einzukassieren.

„Gespräche haben ergeben, dass eine befristete Anmietung aus wirtschaftlichen Gründen nicht sinnvoll ist.“

So begründet die Stadtverwaltung den Verzicht auf eine Nutzung des Opti-Gewerbeparks als Asylheim.

Und so legte die Sozialverwaltung gestern zum dritten Mal binnen gut drei Wochen ein neues Standort-Konzept für Asylheime vor, wobei jedes einen Schritt weiter ging als das vorherige. Die aktuellste Version, die einem Arbeitskreis der Ratsfraktionen präsentiert wurde, schraubt die Zahl der bereitgehaltenen Asylplätze bis Ende kommenden Jahres von ehemals 9000 auf nur noch 4240 herunter –

ein Minus von sage und schreibe 53 Prozent.

Da bei den acht zur Flüchtlings-Unterbringung angemieteten Gewerbeobjekten mit insgesamt knapp 2100 Plätzen bereits alle Verträge für 10, ja, mitunter sogar 15 Jahren unter Dach und Fach sind, stutzt die Stadt reihenweise vor allem Neubau-Standorte: Nur 7 von einst 17 ins Auge gefassten Projekten werden noch weiterverfolgt, und auch diese wohl nur, weil die Bauarbeiten hier größtenteils schon weit gediehen sind.

Von den 25 bereits bestehenden Übergangswohnheimen oder Behelfsunterkünften bleiben bis Ende 2017 nur fünf übrig. Manche sollen Kita-Neubauten Platz machen, andernorts ist Wohnungsbau vorgesehen, und einige ehemalige Schulstandorte werden wieder zum Leben erweckt.

Wie entspannt sich die Lage dort zeigt, wo gestern noch allerorten von der „Flüchtlingskrise“ die Rede war, zeigt sich auch an einem anderen Umstand: Der Rückzug aus Hotels, Bildungshäusern und von manchem heruntergekommenen Altstandort wird möglich, obwohl die Stadt sich von dem Plan verabschiedet hat, den Opti-Gewerbepark zur Flüchtlings-Unterbringung zu nutzen. Auf den horrenden Mietkosten des dort vor einigen Monaten geräumten Asyls bleibt

das Land nun selbst sitzen (siehe nebenstehenden Artikel).

Aber auch die Stadt kommt wohl nicht umhin, zumindest einige Monate lang so manchen Euro für leerstehende Kapazitäten zu berappen. So wird mit dem Standort Bonifaciusstraße in Kray das letzte der umstrittenen Zeltcamps bereits Mitte November geräumt – obwohl die Mietverträge etwa an der Vaeste-, der Hamburger und der Levinstraße noch bis ins nächste Frühjahr laufen. Sei's drum: Da der Betrieb der fliegenden Bauten arg teuer kommt, lohnt es sich fürs Stadtsäckel offenbar, die Bewohner vorzeitig auf feste Bauten zu verteilen.

Wenn die Politik das überarbeitete Konzept der Sozialverwaltung am Mittwoch im Rat absegnet, ist die Beschlussformel sorgsam gewählt: Die Neubauten für die Zuwanderer, so heißt es da, würden „bis auf weiteres zurückgestellt“. Will sagen: Sollte die Asyl-Achterbahn wieder Fahrt aufnehmen und die Zahlen steigen, könnte die städtische Grundstücksverwaltung GVE mit einer Vorlaufzeit von sechs bis neun Monaten die alten Pläne erneut verfolgen.

Daran aber glaubt zumindest derzeit niemand: Am Stichtag 21. September lebten nur noch 4105 Flüchtlinge in städtischen Heimen. Tendenz fallend. Und das hat Folgen.

Weiter auf **Lokalseite 3**

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 24.09.2016 , S. 16

Leerer Optipark kostet Land 30 Millionen Euro

Stadt will Komplex als
Asylheim nicht nutzen

Von Christina Wandt

Das Land wird für den leerstehenden Opti-Park im Westviertel in den kommenden zehn Jahren noch fast 30 Millionen Euro aufwenden müssen. Das geht aus einer Kleinen Anfrage des Essener FDP-Landtagsabgeordneten Ralf Witzel hervor, die Innenminister Ralf Jäger (SPD) nächste Woche offiziell beantworten wird. In der Antwort, die der Redaktion bereits vorliegt, heißt es, das Land habe derzeit eine Fläche von 11 312 Quadratmetern angemietet, die sich verabredungsgemäß bis Ende 2016 noch weiter auf 14 911 qm erhöhe – obwohl die letzten Bewoh-

ner die Unterkunft Ende Mai verlassen haben. Dafür werden neben Miete und Nebenkosten monatlich allein 47 130 Euro für „die Bewachung des Leerstandes“ fällig, „um etwaigen Schäden etwa durch Vandalismus vorzubeugen“. Da werde jährlich eine halbe Million Euro nur für Wachpersonal ausgegeben – ein Irrsinn, findet Witzel. Zumal wenn das Land den bis Ende 2026 laufenden Mietvertrag voll erfüllen sollte.

Wiederholt hatte der Liberale daher angeregt, dass die Stadt die Immobilie zumindest zeitweilig übernehmen und dort Flüchtlinge unter-

bringen könne. „Der Opti-Park bietet bis zu 1000 Plätze, dafür könnte Essen vier, fünf Neubauten streichen.“ Innenminister Jäger schreibt dazu: „Das Land befindet sich hierzu im Dialog mit der Stadt Essen.“ Tatsächlich hat die aber nicht mehr die Absicht, das Gebäude zu übernehmen. Eine Entscheidung, die den Bürgern kaum zu vermitteln wäre, sagt Witzel: „Es wäre eine Schande, wenn die Stadt den Opti-Park ablehnt und stattdessen neue Unterkünfte baut und dort Konflikte mit Anwohnern eingeht.“ Mehr **Seite 3**

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 24.09.2016 , S. 19 Stadt nennt Anmietung des Opti-Parks unwirtschaftlich

Land hat Essen die teilsanierte Flüchtlingsunterkunft bereits angeboten. Ralf Witzel (FDP): Übernahme besser als Neubauten

Von Christina Wandt

Der Opti-Park ist für FDP-Mann Ralf Witzel seit der überraschenden Räumung Ende Mai ein Sündenfall: Da verlegte das Land die 414 Bewohner mit Verweis auf – bereits bekannte – Brandschutzmängel in einer eiligen Aktion auf andere Unterkünfte. Und bald zeichnete sich ab, dass dies ein Abschied auf immer sein sollte.

Das sorgte für Irritationen, weil das Flüchtlingsheim im belebten Westviertel vergleichsweise problemlos lief, weil es erst kurz zuvor Investitionen – etwa in eine neue Mensa – gegeben hatte und weil Eigentümer Peter Jänsch mitteilen ließ, Mängel beim Brandschutz seien behoben. Jänsch hat auch so keinen Grund zur Sorge: Der Unternehmer, der auch ein Bürohaus an der Klinkestraße und das Kloster Schuir als Asylheime an die Stadt vermietet hat, hat einen bis zum 31. Dezember 2026 laufenden Mietvertrag mit dem Land und kann also auf Millionenzahlungen vertrauen.

Zu den Details des Deals und zur

Zukunft der Immobilie hatte der Landtagsabgeordnete Witzel bereits im Juli eine Anfrage an die Landesregierung gestellt, die diese aber mit Verspätung und unvollständig beantwortet habe. Also legte Witzel nach und erhielt nun die Auskunft, dass das Land für die bald knapp 15 000 Quadratmeter, die es im Opti-Park angemietet hat, eine Kaltmiete von 6,95 Euro/qm plus Nebenkosten von 3,50 Euro/qm zahle. Dazu kommen für nötige Umbauten eine Investitionsmiete von 2,20 Euro/qm sowie monatliche Bewachungskosten von 47 130 Euro. „Also werden monatlich 235 754 Euro fällig – in zehn Jahren summiert sich das auf 28,3 Millionen Euro“, rechnet Witzel vor. Dazu kämen „etwaige Rückbaukosten“, zu deren Übernahme sich das Land verpflichtet hat, die es aber „noch nicht beziffern“ kann. Alles in allem zahle man gut 30 Millionen Euro Kosten für den Leerstand.

Innenminister Jäger teilt nun mit,

man habe sich auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise „in einer unübersichtlichen Situation“ für die langfristige Anmietung entschieden. Nun gebe das Land eilig geschaffene Notunterkünfte auf und erhalte nur Heime, die „einheitlichen Unterbringungsstandards“ entsprechen.

Die Immobilie im Opti-Park habe man, sagt Jäger, „bereits in der Vergangenheit der Stadt zur Nutzung angeboten“. Wenn das Land keine Verwendung habe und eine vorzeitige Vertragsauflösung nicht gelänge, wäre das ein gangbarer Weg gewesen, findet Witzel. Selbst wenn die Stadt die Kosten nicht in voller Höhe getragen hätte, hätte das die Last für das Land gemildert – und Essen auf den Neubau umstrittener und teurer Heime verzichten können. Es sei daher unverständlich, dass Essen den Opti-Park ablehne. Die Stadt aber widerspricht: Eine befristete Anmietung sei „nicht wirtschaftlich“.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 24.09.2016, S. 19

Wohnquartiere statt Karo-einfach-Siedlungen

SPD und CDU loben die Stadtverwaltung und sich selbst für die „wichtige Weichenstellung“ in Sachen Asyl. Die erspare der klammen Stadt immerhin Investitionen von rund 100 Millionen Euro

Von Wolfgang Kintscher

In ihrem generalüberholten Zahlenwerk hat die Sozialverwaltung auch das Auf und Ab der Heimbelegung auf den neuesten Stand gebracht. Danach erreicht die Zahl der Flüchtlinge, die in städtischen Unterkünften untergebracht sind, voraussichtlich im Dezember ihren vorläufigen Tiefpunkt: 3665.

Erst danach steigen die Werte behutsam wieder an – allerdings nicht so schnell wie die ebenfalls wachsenden Heim-Kapazitäten, zu denen sich ab April 2017 das ehemalige Kloster in Schuir mit allein 563 Plätzen gesellt. Die Folge: Über Monate wird es hunderte, in Spitzenmonaten sogar mehr als 1200 unbesetzte Asyl-Betten geben, bevor mit der Aufgabe des Bildungsparks und der alten LVR-Klinik an der Barkhovenallee sowie diversen Übergangwohnheimen die Platzzahl wieder schrumpft.

Dabei erfolgt auch diese Rechnung noch mit einigen Unbekannten: Was, wenn die Zahl der zugewiesenen Asylbewerber weiter sinkt? Wenn die entspannte Lage die Bearbeitungszeiten von Asylanträgen weiter schrumpfen lässt und so die Verweildauer der Flüchtlinge in den Heimen immer kürzer ausfällt? Dann könnten sich auch die

deutlich gestutzten Kapazitäten als noch zu üppig erweisen.

Nur hinter vorgehaltener Hand wird angedeutet, dass der Rückzug dann weitergehen muss: Wie an der Erbslöhstraße in Altenessen vorgehen, ließen sich etwa auch an der Neustraße in Bergeborbeck wieder Pläne für ein „normales“ Wohnquartier aus der Schublade holen. Immerhin hatte der Aillbau hier sein Vorhaben einer Klimaschutzsiedlung für die Flüchtlings-Unterkünfte geopfert. Daneben gelten auch einige andere Noch-Heimstandorte als Wohngebiete von morgen: an der Straße Auf'm Bögel in Haarzopf, an der Sartoriusstraße in Rellinghausen oder an der Wengestraße in Schonnebeck.

Überhaupt ist noch Luft in der politischen Debatte, die bei der Frage, welche Standorte man denn nun aufgibt und welche beibehält, auch noch anderen Kriterien gehorcht: dem Blick auf Buchwerte in den städtischen Büchern etwa oder der vor ein paar Monaten noch heftig umstrittenen Frage, ob denn die Verteilung der Flüchtlinge übers Stadtgebiet auch gerecht erfolgt.

Die große Ratskoalition aus SPD und CDU jedenfalls lag sich gestern nach der Informationsrunde bereits

selig in den Armen und pries die Stadtverwaltung, die „stets zeitnah und mit Augenmaß“ ihre Planungen mit den sich ändernden Rahmenbedingungen abgleiche.

Bewohnern besseres Umfeld gönnen

„Auch die Aufgabe einer Reihe der in die Jahre gekommenen Schwedenheime ist richtig“, betonte SPD-Fraktionschef Rainer Marschan: Für die Bewohner verbessere sich das Lebensumfeld in modernen Unterkünften, und die Stadt könne die frei werdenden Grundstücke für dringend benötigten Kita- oder Wohnungsbau nutzen. „Es wäre ein Fehler, nicht zu modernisieren und sich nur an den alten Strukturen festzuklammern.“

Sein Gegenüber auf CDU-Seite, Jörg Uhlenbruch, lobte ebenfalls die „wichtige Weichenstellung“. Trotz der aktuell sinkenden Zahl an Flüchtlingen werde man die weitere Entwicklung fortlaufend im Auge behalten. Es gehe darum, „möglichst ‚vor der Lage‘ zu sein“, um schnellstmöglich reagieren zu können. Immerhin: „Durch die gute Arbeit von Politik und Verwaltung werden rund 100 Millionen Euro für den Bau von Flüchtlingsunterkünften nicht mehr benötigt.“ woki

Aachener Nachrichten vom 26.09.2016, S. 2

Gesucht: Person, die alle Schichten anspricht

Interview mit dem Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter über die Suche nach einem Gauck-Nachfolger

Berlin. Bei der Wahl eines neuen Bundespräsidenten im nächsten Frühjahr könnten die Grünen rechnerisch das Zünglein an der Waage sein. Nach einem Bericht des „Spiegel“ will sich die Partei jedoch weder auf einen rot-rot-grünen noch auf einen schwarz-grünen Favoriten festlegen. Unser Berliner Korrespondent Stefan Vetter sprach darüber mit dem Fraktionschef der Partei, Anton Hofreiter:

Wäre der deutsch-iranische Schriftsteller Navid Kermani ein geeigneter Gauck-Nachfolger?

Anton Hofreiter: Navid Kermani ist ein hervorragender Schriftsteller, und er kann sehr beeindruckende Reden halten. Das hat er auch im Bundes-tag gezeigt. Aber ich warne davor, jetzt einzelne Namen in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Denn aus Erfahrung kann ich

sagen, dass diese Personen dann keinerlei Chancen mehr haben.

Angeblich genießt Kermani auch in der SPD und bei den Linken große Sympathien. Zusammen mit den Grünen könnte das am Ende für eine einfache Mehrheit in der Bundesversammlung reichen.

Hofreiter: Noch einmal: Ich will hier nicht über einzelne Namen spekulieren. Wichtig ist, dass der Kandidat oder die Kandidatin von einer breiten politischen und gesellschaftlichen Mehrheit getragen wird. Erst wenn diese Person gefunden ist, sollte man

damit an die Öffentlichkeit gehen. Im Idealfall wäre das eine Frau, denn bislang hatten wir ausschließlich männliche Staatsoberhäupter.

Offenbar mögen sich die Grünen weder auf einen rot-rot-grünen noch auf einen schwarz-grünen Kandidaten festlegen. Warum diese Unentschiedenheit?

Hofreiter: Wir wollen keinen Lager-Kandidaten. Uns kommt es auf die Person an. Der Bundespräsident oder die Bundespräsidentin wirkt durch das Wort. Er oder sie muss die Gesellschaft zusammenhalten.

Werden die Grünen einen eigenen Kandidaten ins Rennen schicken?

Hofreiter: Wir sprechen jetzt erst einmal mit den anderen Parteien. Wenn klar geworden ist, welche Kandidaten vorgeschlagen werden, entscheiden wir uns, ob wir jemanden davon mittragen können, oder ob wir einen

Wünscht sich eine Frau für das Bundespräsidenten-Amt: Anton Hofreiter.

eigenen Kandidaten präsentieren.

SPD und Union haben in der Bundesversammlung eine große Mehrheit. Können die Grünen wollen, dass Schwarz-Rot den künftigen Präsidenten unter sich ausmacht?

Hofreiter: Ob Union und SPD sich wirklich auf einen gemeinsamen Kandidaten festlegen können, ist doch mit einem großen Fragezeichen behaftet. Bislang gibt es dafür jedenfalls keine Anzeichen.

Verspielen die Grünen nicht trotzdem die Chance für ein klares Signal zur Abwahl der großen Koalition 2017?

Hofreiter: In die Bundespräsidentenwahl wird viel zu viel hineininterpretiert, was ein künftiges Regierungsbündnis in Berlin angeht. Die Polarisierung in der deutschen Gesellschaft hat stark zugenommen. Da braucht es eine Person, die möglichst alle Schichten in der Bevölkerung ansprechen kann. Das ist schon schwierig genug. Lagerdenken oder parteipolitisches Denken würde die Sache aber noch mehr erschweren. All diese taktischen Überlegungen sind deshalb fehl am Platz.



Aachener Nachrichten vom 26.09.2016, S. 2

Keine Experimente

Bei der Gauck-Nachfolge drängt die Zeit

► STEFAN VETTER (BERLIN)

Beim Ringen um die Nachfolge von Bundespräsident Joachim Gauck drängt langsam die Zeit. Viel wird bereits darüber spekuliert, dass sich ein politisches Lager auf einen Favoriten verständigt, dessen erfolgreiche Wahl dann ein Fingerzeig für die Zusammensetzung der nächsten Bundesregierung wäre. Doch zwingend ist das nicht. Man denke nur an die Zeit zwischen 1979 und 1999, in der sich drei Bundespräsidenten mit CDU-Parteibuch die Klinke in die Hand gaben und 1998 trotzdem eine rot-grüne Bundesregierung gebildet wurde. Aktuell kommt hinzu, dass Teile der Grünen, aber auch der SPD ein rot-rot-

grünes Signal scheuen und die Grünen beim Gedanken an einen möglichen schwarz-grünen Kandidaten ebenfalls innerlich zerrissen sind. Was aber bleibt dann noch, außer, dass Union und SPD bei der Kandidatensuche an einem Strang ziehen?

Ein schwarz-roter Personalvorschlag nach dem Motto „Keine Experimente“ stünde jedenfalls nicht im Verdacht, dass beide Seiten die Koalition über 2017 hinaus fortführen wollten. Schließlich arbeiten Union und SPD ansonsten doch sehr glaubhaft an ihrer politischen Entfremdung.

► an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

Berliner Zeitung vom 26.09.2016, S. 1

Rechter CDU-Rand hetzt gegen Merkel

Bundestagsabgeordnete Kudla verwendet Nazi-Begriff zur Kritik an Flüchtlingspolitik

Unions Spitze empört / Die Opposition vermisst eine eindeutige Distanzierung

VON CHRISTIAN BOMMARIUS

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Bettina Kudla hat mit der Verwendung eines Nazi-Begriffs zur Untermauerung ihrer Kritik an Angela Merkels Flüchtlingspolitik für breite Empörung auch in der eigenen Partei gesorgt. Auf dem Kurznachrichtendienst Twitter hatte Kudla am Sonnabend geschrieben, Merkel streite es zwar ab, aber „die Umvolkung Deutschlands hat längst begonnen“. Mit „Umvolkung“ war im Nationalsozialismus die Germanisierung deutschfreundlicher Bevölkerungsgruppen in eroberten Gebieten Osteuropas gemeint. Der Begriff wird heute von Rechtsextremisten benutzt, um den steigenden Anteil von Nichtdeutschstämmigen in der Bevölkerung zu kritisieren.

Der Tweet der Leipziger Abgeordneten sei unsäglich, schrieb der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Grosse-Brömer. Die Fraktion distanzieren sich „eindeutig von Inhalt und Sprache“. CDU-Generalsekretär Peter Tauber sagte: „Das steht nicht für die CDU.“

Der Linken-Bundestagsabgeordnete Jan Korte warf CDU und CSU vor, Teile der Union hätten ein „Rechtsextremismus-Problem“. Korte sagte der Berliner Zeitung: „Es ist höchste Zeit, dass Fraktionschef Kauder und die Kanzlerin öffentlich bekunden, dass die Nazi-Rhetorik in der CDU keinen Platz

hat. Innerhalb der CDU und ganz sicher im Verhältnis zur AfD müssen Mauern nach rechts gezogen werden.“ Diese Entwicklung sei für ihn eine Folge der Verschiebung des Diskurses, der insbesondere von der CSU und der sächsischen CDU vorangetrieben werde.

„Nazi-Sprache hat im Bundestag nichts zu suchen.“

Britta Haßelmann, Grüne

Eine klare Reaktion der Unionsfraktion verlangte auch Britta Haßelmann, Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen. „Die Unionsfraktion ist gefordert. Immer wieder dreht ihre Abgeordnete Kudla mit ihren hetzerischen Tweets völlig frei“, sagte sie. „Klare Worte und eine öffentliche Distanzierung von Seiten der Frak-

tions- und Parteiführung sind überfällig.“

Ein Ende ihrer Bundestags-Karriere sagte der FDP-Politiker Wolfgang Kubicki der gebürtigen Münchnerin voraus: „Mit jeder weiteren sprachlichen Grenz-übertretung sorgt Frau Kudla selbst dafür, dass sie Ende kommenden Jahres Abgeordnete des Deutschen Bundestages gewesen sein wird.“ Die Union habe vor allem das Problem, „dass sie weiterhin eine Abgeordnete in ihren Reihen beheimatet, die offensichtlich nicht mehr alle Taschen im Schrank hat.“

Kudla war erst vor zwei Wochen in die Schlagzeilen geraten, als sie den zu einer langen Freiheitsstrafe verurteilten türkischen Journalisten Can Dündar als „Cansel Dünnschiss“ verhöhnt hatte.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.09.2016, S. 1

Was will Seehofer?

Von Albert Schäffer

Horst Seehofer ist immer noch im Vollbesitz seiner dramaturgischen Kraft. Mittlere Bühnenbegabungen hätten nach dem kleinen Schulbekenntnis von Angela Merkel in der Flüchtlingspolitik rasch den Vorhang gesenkt. Gerda Hasselfeldt, die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, ließ schon einmal probeweise den Zankapfel „Obergrenze“ von der Unionsbühne verschwinden und bereitete sich auf den Schlusssaplaus vor. Doch für Seehofer ist das Stück noch lange nicht zu Ende.

Zum Konzept des großen Theater-machers Seehofer gehört, dass im Publikum bis zum Ende gerätselt wird, welches Stück er aufführt. Ein Kanzlerinnendrama? Niemandem, der sich in der CSU umhört, bleibt verborgen, dass die Zweifel in Seehofers Partei wachsen, ob mit Merkel im nächsten Jahr die Bundestagswahl gewonnen werden kann. Die CSU kann, wenn es um die Macht geht, sehr unsentimental sein, das hat schon Edmund Stoiber zu spüren bekommen.

Oder ist es der Klassiker der verletzten Eitelkeiten? Seehofer macht keinen Hehl daraus, dass in seinem Kopf immer noch das Gespenst der „Kopfpanschale“ spukt, die sich Merkel einst in der Gesundheitspolitik auf die neoliberale Fahne schrieb und die ihn fast die politische Existenz kostete. Die Kopfpanschale samt Fahne ist bei der CSU zwar rasch in den Fundus verbannt worden; Seehofer ist aber ein Mann, der nicht vergisst. Er führt mit großem Ingrimms schon längst vergessenen geglaubten Schlachten – Markus Söder kann ein Lied davon singen.

Ein Illusionist ist Seehofer aber nicht. Er weiß, wie es ausgegangen ist, als die CSU so übermütig war, sich Edmund Stoibers zu entledigen, ohne einen jugendfrischen Nachfolger zu haben. Dieses Misserfolgsrezept wird er der Union nicht aufdrücken. Seehofer will Wahlen gewinnen, nicht verlieren

– schon gar nicht in einer Zeit, in der sein Eintrag in die Geschichtsbücher vor dem Abschluss steht. Günther Beckstein und Erwin Huber waren, als sie Stoiber ersetzten, in der Abenddämmerung ihrer Karriere; bei Wolfgang Schäuble wäre es, wenn er Merkel als Kanzler nachfolgte, nicht anders.

Ein Kanzlerinnenmord – strikt metaphorisch verstanden – steht nicht auf dem Spielplan Seehofers. Schon gar nicht will er einen Republikbrand inszenieren, auch wenn mediale Frühwarnsysteme dicken Qualm auf der Bühne der CSU vermelden. Doch die Alarmrufe, mit einer Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen werde am Grundrecht auf Asyl gezündelt, beruhen auf einer Täuschung der juristischen Sinne. Seit mehr als zwei Jahrzehnten steht schließlich in der Verfassung, dass Asylrecht nicht beanspruchen kann, wer aus einem EU-Mitgliedstaat oder aus einem sicheren Drittland kommt – nichts anderes sagt Seehofer. In der Asyldebatte herrschen verkehrte Welten: Diejenigen, die Seehofer und der CSU vorwerfen, das Recht brechen zu wollen, halten selbst wenig vom Recht. Sie reklamieren die Beachtung der Verfassung und missachten sie gleichsam selbst. Die Obergrenze hat nichts mit dem Grundrecht auf Asyl zu schaffen; sie bezeichnet ein Kontingent für Schutzsuchende, die sich nicht auf das Grundrecht auf Asyl berufen können. Dieses Kontingent, das nicht schrankenlos sein kann, ist ein Akt der Humanität, nicht das Gegenteil.

So gesehen, ist es ein Erziehungsdrama, das Seehofer auf die Bühne bringt – ein Erziehungsdrama, das die Republik wieder juristisch vom Kopf auf die Füße stellen will. Nicht immer

Die Zweifel in der CSU wachsen, ob mit Angela

Merkel die nächste Wahl gewonnen werden kann.

hat Seehofer dabei eine glückliche Hand – vor allem nicht, wenn er auf täppische Hilfskräfte wie seinen Generalsekretär zurückgreift, der mit seiner Farce vom fußballspielenden, ministrierenden Senegalesen seinem Vorsitzenden ins Regiehandwerk pfuscht. Das Leben wird für Seehofer auch nicht dadurch einfacher, dass Angela Merkel die große Antitheatralische der Republik ist. Ihr „Mea culpa“ trug die Kanzlerin so emotionslos wie den Fahrplan des öffentlichen Nahverkehrs in Mecklenburg-Vorpommern vor; jeder Schauspieler wäre ein mitreißenderer Auftritt gelungen. Es wird dem Regisseur Seehofer noch einige Anstrengungen abverlangen, Merckels Bußfertigkeit für die Union so zu inszenieren, dass sich an der Theaterkasse der AfD Öde ausbreitet.

Wenig hilfreich ist es, dass sich in der CDU Humoristen wie Volker Bouffier an alten Dramoletten versuchen. Es war 1976 ein grandioser Einfall von Helmut Kohl, Kreuther Separatistenträumen in der CSU ein Ende zu bereiten, indem kolportiert wurde, die CDU wolle den Münchner Immobilienmarkt beleben – mit der Anmietung eines Büros für eine süddeutsche Dependence. Naiven Gemütern, darunter Franz Josef Strauß, fuhr der Schrecken tüchtig in die Glieder.

Eine Trennung steht jetzt nicht auf dem Spielplan der Union, auch nicht als Posse. Niemand weiß besser als Seehofer, dass seine Partei ihre bayerische Seele verlöre, wenn sie sich auf einen langen Marsch nach Norden begäbe. Das Versprechen, die CSU Sorge in Berlin und Brüssel dafür, dass Bayern nicht zu kurz kommt, wäre mit einer Bundes-CSU Makulatur. Und eine CDU, die sich in Bayern erproben wollte, würde rasch lernen, dass die antipreußischen Affekte südlich des Mains noch sehr lebendig sind.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom
26.09.2016, S. 2

Annäherung mit Vorsicht

Die zweite Reihe der
Union wirbt für Frieden

Von Albert Schäffer

MÜNCHEN, 25. September. Im Streit über die Flüchtlingspolitik schlägt in der Union die Stunde der zweiten Reihe. Während Angela Merkel und Horst Seehofer, die Vorsitzenden von CDU und CSU, noch mit einem Friedensschluss zögern, wird sich in ihren Parteien bemüht, Zeichen der Einigkeit zu setzen. Ganz konsensbeschwingt gab sich am Wochenende CDU-Generalsekretär Peter Tauber: „In zentralen Fragen“ der Flüchtlingspolitik seien sich CDU und CSU einig, sagte er im „Deutschlandfunk“. Tauber erwies sich als semantischer Feinarbeiter, der notfalls auch mit einer mutigen Tautologie Boden zu gewinnen vermag: „Wir streiten darum, wie wir weiterkommen können bei der Frage einer Begrenzung, ob es dafür eine Obergrenze braucht.“ Es sei Bewegung zwischen CDU und CSU, „ob wir an diesem Wort festhalten müssen“.

Tauber war damit ganz nahe an dem bayerischen Innenminister Joachim Herrmann. Auch der CSU-Politiker suchte in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung semantische Wege aus der Unionsenge ins Freie: Statt einer Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen könne auch von „Limit oder Höchstzahl“ gesprochen werden. In der vergangenen Woche hatte es die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Gerda Hasselfeldt, schon einmal mit „Richtgröße“ versucht, hatte dafür aber von Seehofer wenig Beifall erhalten. Ob es Herrmann besser ergehen wird, werden die nächsten Tage zeigen.

Tauber lotete weitere Annäherungsmöglichkeiten aus. Die CDU wolle die Einwanderungsregeln in einem Gesetz zusammenfassen – er wolle sich nicht streiten, wie das dann zu benennen sei. Und die CSU fordere ein „Einwanderungsbegrenzungsgesetz“ – auch da wolle er sich nicht über die Bezeichnung auseinandersetzen. „Offensichtlich“ seien CDU und CSU „auf dem Weg zu Gemeinsamkeiten“ ein gutes Stück vorangekommen. Herrmann ließ erkennen, dass die CSU gar kein gesetzgeberisches Handeln für notwendig hält. Die

Bestimmung des Grundgesetzes, dass ein Anspruch auf Asyl bei einer Einreise aus einem sicheren Drittstaat nicht besteht, reiche aus: „Deutschland ist nur von solchen Staaten umgeben.“ Herrmann stellte damit noch einmal klar, was sich in dieser Lesart hinter der CSU-Forderung, eine jährliche Obergrenze von 200 000 Flüchtlingen einzuführen, verbirgt – ein deutsches Kontingent bei der Verteilung von Asylbewerbern, die nach Italien, Griechenland und anderen Ländern mit einer EU-Außengrenze kommen. So gesehen, wäre die CSU eine Humanitätsermöglicherin, die CDU, die sich gegen eine Obergrenze sperrt, eine Humanitätsverhinderin – aber solche Worte sind in der einigungsbewegten Union verboten.

Der hessische Ministerpräsident und stellvertretende CDU-Vorsitzende Volker Bouffier brachte es auf dem ersten der Kongresse, mit denen die beiden Parteien ihre Gemeinsamkeiten herausstreichen wollen, in Würzburg auf den Punkt: „Glaubt irgendjemand, dass wir die Chance haben, Deutschland in die richtige Richtung zu entwickeln, wenn wir uns zerlegen?“ Es entbehrte am Wochenende nicht der Ironie, dass im Bemühen der Union, eine gemeinsame Begrifflichkeit zu finden, Sahra Wagenknecht, die Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, eine weitere Variante ins Spiel brachte: Sie sprach von „Kapazitätsgrenzen“ bei der Flüchtlingsaufnahme. Darüber rede „jeder Bürgermeister, das hat mit dem Bedienen von Ängsten nichts zu tun“, sagte sie FAZ.NET. „Wir können die Probleme nicht dadurch lösen, dass wir immer mehr Menschen nach Deutschland holen oder gar gezielt die besser Ausgebildeten abwerben, die in ihren Ländern fehlen“, fuhr sie fort, als gelte es, auch noch die kleinste Fuge zwischen CDU und CSU zu kitten. Wagenknechts Fazit fiel so aus, dass die CSU endlich die Möglichkeit haben dürfte, die Kanzlerin in Schutz zu nehmen: „Wir kritisieren Merkels selbstgefälligen Gestus des Humanen für eine Politik, die eigentlich nicht human ist.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.09.2016, S. 4

Tauber kritisiert Sexismus in CDU und Gesellschaft

oll. BERLIN, 25. September. CDU-Generalsekretär Peter Tauber hält eine Debatte über sexistisches Verhalten in Politik und Gesellschaft für dringend geboten. Nach den Sexismus-Vorwürfen einer Berliner Bezirkspolitikerin gegen den CDU-Landesvorsitzenden meinte er, „Geschichten wie diese“ bekomme er immer wieder geschildert, allerdings ohne Nennung von Namen. „Wir brauchen eine größere Sensibilität in allen Bereichen der Gesellschaft, denn Sexismus ist nicht nur ein Problem in der Politik“, sagte Tauber weiter. Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) hat Sexismus in der Politik verurteilt. „Sexismus hat in einer modernen Großstadtpartei keinen Platz“, sagte Grütters, die voraussichtlich neue Landesvorsitzende der Berliner CDU wird, der Zeitung „Berliner

Morgenpost“ am Wochenende.

Neuen Zündstoff hatte die Debatte durch den offenen Brief der Berliner CDU-Bezirkspolitikerin Jenna Behrends bekommen, die dem Berliner CDU-Vorsitzenden und bisherigen Innensenator Frank Henkel (dessen Namen sie nicht nennt) indirekt vorgeworfen hatte, sie bei einem Parteitag der Berliner CDU als „große süße Maus“ bezeichnet zu haben. Dass sie damit Henkel meinte, hat sie dem Radio- und Fernsehsender RBB bestätigt. Außerdem soll Henkel seinen Parteifreund und engen Vertrauten Sven Rissmann in Bezug auf Behrends gefragt haben: „Fickst du die?“ Behrends sagt, Rissmann habe ihr von diesem Gespräch mit Henkel berichtet. Rissmann selbst sagt, er erinnere sich nicht.

Henkel zeigte sich „verwundert“ über die Vorwürfe, dementierte sie

aber nicht. Er sei auch „ein bisschen enttäuscht über Inhalt und Stil dieses offenen Briefes“. Die CDU Mitte und er als Kreisvorsitzender hätten in der Vergangenheit immer auch Quereinsteigern eine Chance gegeben. Dass Behrends heute in der Bezirksverordnetenversammlung sitze, sei dafür ein gutes Beispiel. Henkel zeigte sich interessiert an einem Gespräch mit Behrends. „Solche Dinge sollten nicht im Raum stehen bleiben, sondern geklärt werden. Versuche einer Kontaktaufnahme durch den Kreisverband waren bisher leider erfolglos.“ Behrends wiederum zeigte sich gegenüber dem Internetdienst „Bento“ enttäuscht von Henkels Reaktion. „Er sagt lediglich, er sei sehr verwundert. Dass er die Vorwürfe nicht dementiert, sagt also meiner Meinung nach alles.“

Frankfurter
Allgemeine Zeitung
vom 26.09.2016, S.

8

Wenig zu lachen

Die Empörung über Politiker, deren Vokabular an die Zeit des Nationalsozialismus erinnert, wird bisweilen mit einem Augenrollen kommentiert. Ein falsches Wort mache doch aus einem Demokraten noch keinen Nationalsozialisten, heißt es dann. Das ist richtig – trifft aber die Sache nicht. Wenn eine CDU-Abgeordnete von „Umvolkung“ spricht, eine AfD-Vorsitzende von einer „positiven“ Konnotation des „Völkischen“ oder ranghohe AfD-Funktionäre über „Volksverräter“, Russlands „Heimholung“ der Krim oder die „Volksgemeinschaft“

schwadronieren, dann lautet die Frage nicht, ob diese Personen heimliche Anhänger Hitlers sind. Die Frage lautet, ob sich in Deutschland über die Wiederbesetzung bestimmter Begriffe eine Renaissance eines ethnischen und kulturellen Autoritarismus anbahnt, der unserer pluralistischen Ordnung hohnspricht. Es ist die Bedeutung der Worte selbst und nicht nur, wer sie früher verwendet hat, die Besorgnis auslösen muss. Denn nicht nur „raum- und kulturfremde Menschen“ (Alexander Gauland), sondern auch „Volksdeutsche“ hatten dereinst wenig zu lachen. jbe.

Handelsblatt vom 26.09.2016 , S. 47

Henkel und das „Mitte-Mädchen“

Eine junge Bezirksverordnete aus Berlin zwingt der CDU eine Sexismusdebatte auf.

In ihrem Blog für den Berliner Wahlkampf inszenierte sie sich als „Mitte-Mädchen“. Berlins Mitte, das sei der Ort, wo sie am liebsten lebe, schrieb die 26-jährige alleinerziehende Mutter. Tatsächlich wohnt Jenna Behrends am Rosenthaler Platz, dort wo Berlin derzeit besonders hip ist. Damals kannten sie wenige. Seit diesem Freitag ist die frisch gewählte CDU-Bezirksverordnete berühmt. Denn das Mitte-Mädchen hat sich mit der Männerriege der CDU angelegt. „Warum ich nicht mehr über den Sexismus in meiner Partei schweigen will“ überschrieb sie ihren Artikel im Frauen-Onlinemagazin „Edition F“.

Darin berichtet sie, wie Berlins CDU-Chef Frank Henkel auf einem Parteitag ihre Tochter als „kleine“ und sie als „große süße Maus“ begrüßte. Einen Kollegen aus dem Abgeordnetenhaus soll er gefragt ha-

ben: „Fickst du die?“ Dass sie sich nach oben schlafen würde, habe sie oft zu hören gekriegt. Als sie sich beschwerte, sei ihr gesagt worden: Wenn sie das nicht aushalten könne, gehöre sie nicht in die Politik.

Behrends will das nicht aushalten. Sie ist überzeugt, dass Sexismus nicht nur in der CDU schuld ist, dass es so wenige weibliche Quereinsteiger gibt. Rückendeckung erhielt sie jetzt von CDU-Generalsekretär Peter Tauber. Er höre immer wieder solche Geschichten, nur ohne Namen. Es sei gut, dass es nun diese Debatte gibt. Allerdings sieht sich Tauber inzwischen selbst heftigen Vorwürfen ausgesetzt. Er soll vor zehn Jahren Mitautor einer Mobbinganleitung gewesen sein, mit deren Hilfe eine Mitarbeiterin dazu gebracht werden sollte, einen Aufhebungsvertrag zu unterschreiben. Und Henkel? Er zeigte sich pikiert, dementierte aber nicht. pt

AP: AFP, BrauerPhotos / G.Nitschke, Eventpress, Star Press / Robin Loesch

Kölner Stadtanzeiger vom 26.09.2016, S. 4

CDU-Abgeordnete warnt vor „Umvolkung“

Nationalsozialistisch gefärbt

VON CHRISTIAN BOMMARIUS

Es hilft, irgendwann im Leben seine Position zu finden. Der Ex-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann zum Beispiel hat im reiferen Alter von 55 Jahren erkennen müssen, dass er keineswegs ein Konservativer war, sondern ein Politiker mit CDU-Parteibuch, der antisemitisch dachte und redete. Als er 2003 die Juden zum „Tätervolk“ erklärte, flog er aus Partei und Fraktion. Einige Zeit später hat er die ihm adäquate Position endgültig gefunden: Er sitzt jetzt für die AfD im Kreistag von Fulda.

Eine ähnliche Positionsbestimmung liegt auch im Fall Bettina Kudla nahe. Ihr zur Kritik an Angela Merkels Flüchtlingspolitik

verwendeter Begriff „Umvolkung“ ist so eindeutig nationalsozialistisch gefärbt, wie Hohmanns Rede antisemitisch war. Damit gibt sich die CDU-Frau einerseits als Geistesverwandte der AfD-Sprecherin Frauke Petry zu erkennen, die jüngst dafür plädierte, den Begriff „völkisch“ endlich wieder positiv zu besetzen. Andererseits warnt Kudla auf ihrer Homepage vor den „Ewig-Gestrigen“. Das ist nur auf den ersten Blick ein Widerspruch – ewig-gestrig ist für Kudla nämlich allein die SED-Diktatur. Jene andere Diktatur, der bis heute so manche Ewig-Vorgestrigte nahe stehen, hat sie nicht gemeint. So viel zur Positionsbestimmung der Bettina Kudlas.

Rheinische Post vom 26.09.2016, S. 4

CDU-Abgeordnete wirft Merkel „Umvolkung“ vor

LEIPZIG (dpa) Mit einem Twitter-Kommentar zur Flüchtlingslage hat die Leipziger CDU-Bundestagsabgeordnete Bettina Kudla erneut Empörung ausgelöst. In ihrer Kritik an der Asylpolitik von Kanzlerin Angela Merkel benutzte sie den NS-Begriff „Umvolkung“. Kudla schrieb auf Twitter: „BK Merkel streitet es ab, Tauber träumt. Die Umvolkung Deutschlands hat längst begonnen. Handlungsbedarf besteht!“

Mit „Umvolkung“ war im Nationalsozialismus die sogenannte Germanisierung deutschfreundlicher Bevölkerungsgruppen in Osteuropa gemeint. Den Begriff benutzen heute Rechtsextremisten, um die Migrationspolitik zu kritisieren.

Die Unionsfraktion im Bundestag distanzierte sich nach anfänglicher Zurückhaltung „eindeutig von Inhalt und Sprache“, CDU-Generalse-

cretär Peter Tauber nannte die Äußerung „völlig inakzeptabel“.

Zunächst hatte die Unionsfraktion darauf verwiesen, dass Kudla selbst für ihre Tweets verantwortlich sei. Eine Stunde später schrieb dann der Parlamentarische Geschäftsführer Michael Grosse-Brömer, Kudlas Tweet sei „unsäglich“. „Das steht nicht für die CDU“, betonte kurz darauf auch Generalsekretär Tauber. Auch ihr eigener Landesverband rückte von Kudla ab. Die sächsische CDU lehnte Kudlas Äußerungen ab, wie Generalsekretär Michael Kretschmer erklärte.

Kudla war schon vor zwei Wochen mit Äußerungen zum türkischen Journalisten Can Dündar in die Schlagzeilen geraten. Sie hatte den verurteilten Regierungskritiker in einem beleidigenden Tweet als „Cansel Dünnschiss“ titulierte.

Süddeutsche Zeitung vom 26.09.2016, S. 6

Schwestern, die sich nicht zerlegen

CDU und CSU versuchen auf ihrem ersten Deutschlandkongress, Harmonie zu zeigen – doch ein Dissens bleibt

Würzburg – Caritas und Diakonie sind da, Malteser und Johanniter, die Feuerwehr, der Trachtenverband, die Oberschlesische Landsmannschaft und die Würzburger Kickers. All jene, die ganz selbstverständlich zur Leitkultur gehören, wie die CSU das nennt. Das Ehrenamt ist ein großes Thema auf dem ersten Deutschlandkongress von CDU und CSU am Samstag im fränkischen Würzburg – und in der Würdigung der vielen freiwillig Engagierten im Land, ohne die auch die Flüchtlingskrise kaum hätte bewältigt werden können, sind sich die Vertreter der Schwesterparteien völlig einig.

Wieso auch nicht. Überhaupt wird oft betont, wie nah beieinander CDU und CSU doch sind, dafür ist diese erste von sechs Veranstaltungen in ganz Deutschland schließlich da. Am Ende müssen sich die beiden Vorsitzenden, Angela Merkel und Horst Seehofer, auf einen gemeinsamen Kurs einigen und letztendlich auf einen gemeinsamen Bundestagswahlkampf, aber mit den Deutschlandkongressen will die Union den Willen beweisen, die Streitereien der vergangenen Monate beizulegen.

So geht es lange harmonisch zu in Würzburg bei der Familien- und Rentenpolitik und nicht einmal die Mütterrente, die die CSU ausweiten will, taugt für Differenzen. Irgendwann steht dann doch einer auf aus dem Auditorium, das aus mehr als 200 vorwiegend älteren Herren, zumeist aus der CSU besteht. Er fordert den Rückzug von Kanzlerin Angela Merkel, das sei wie im

Fußball, sagt er, wenn es mit dem Team nicht mehr recht laufe, müsse der Trainer ausgewechselt werden. Er äußert das als Einziger, auch wenn einige im Saal diese Meinung vertreten. Der hessische Ministerpräsident und CDU-Vize Volker Bouffier, der den Kongress zusammen mit der stellvertretenden CSU-Vorsitzenden Barbara Stamm leitet, widerspricht jedenfalls entschieden. Es sei manchmal eine panische Entscheidung, schnell den Trainer auszutauschen, sagt er, aber „eine kluge Zukunftsplanung entbehrt jeder Panik“.

Stamm und Bouffier versichern mehrmals, dass alles getan werde, um die Differenzen zwischen den Parteien zu überwinden. „Die Herausforderungen sind groß, aber nicht so groß, dass wir sie nicht gemeinsam bewältigen können“, sagt Bayerns Landtagspräsidentin Stamm.

Trotz der harmonischen Töne bricht am Ende doch noch die Debatte auf, um die lange herumgeredet wurde auf dem Podium. Jene, wie der Zuzug von Flüchtlingen zu bewältigen sei. Stamm, die sich auskennt mit den Befindlichkeiten und ihrer mütterlichen Art wegen schon lange das soziale Gewissen der CSU genannt wird, vermeidet

Am Ende bricht die Debatte um den Zuzug von Flüchtlingen auf

den von Seehofer gern benutzten Begriff „Obergrenze“. Sie spricht lediglich von ei-

ner Begrenzung. Die aber müsse es geben, betont sie. „Wir sollten uns nichts vormachen“, sagt sie, „ohne eine klare Begrenzung wird es nicht gehen.“ Bouffier gibt sich versöhnlich. „Ich sehe das ganz genauso. CDU/CSU sind eins zu eins beieinander.“ Ihm gehe es vor allem darum, die Menschen nicht zu überfordern, die sich um die Flüchtlinge kümmern.

Scharfer Widerspruch kommt von Karl-Josef Laumann, Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium und Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, der eine Obergrenze für politisch verfolgte Asylbewerber schlicht für unvorstellbar hält. Auch die Forderung der CSU, die Verträge von Schengen und Dublin wieder anzuwenden, sei so einfach nicht. Das müsse „tiefer“ diskutiert werden. Der Dissens bleibt bestehen und Paul Ziemiak, der Bundesvorsitzende der Jungen Union, versucht ihn ins Positive umzudeuten. Der Streit zeige, dass die Union eine Volkspartei sei und viele Meinungen abbilde. Die einen, die Seehofers Forderungen teilten, und die anderen, die Merkels Integrationspolitik begrüßten.

Stamm und Bouffier mahnen schließlich, „das Ende zu bedenken“. Die Schwesterparteien dürften sich nicht „zerlegen“, sagt Bouffier, dann habe die Union keine Chance, „Deutschland in die richtige Richtung zu entwickeln“.

KATJA AUER

Tageszeitung vom 26.09.2016, S. 3

„Der Zeitpunkt ist genau richtig“

REAKTIONEN Die Berliner CDU-Politikerin Jenna Behrends stößt eine Debatte über den alltäglichen Sexismus in ihrer Partei an. Dafür erntet sie Kritik – und erfährt Zuspruch über die Parteigrenzen hinweg

VON ANJA MAIER

taz: Frau Behrends, „Oh, eine kleine süße Maus“, hat beim CDU-Parteitag der Berliner Innensenator Frank Henkel Ihre Tochter begrüßt. Und dann, an Sie gerichtet: „Und eine große süße Maus.“ Wie haben Sie reagiert?

Jenna Behrends: Leider gar nicht. Auf so was ist man ja nicht vorbereitet. Besser wäre natürlich gewesen, wenn ich Herrn Henkel offen damit konfrontiert hätte. Dann hätte ich ihn gefragt, ob es tatsächlich das war, was er gerade sagen wollte. **Sie haben Ihre Erlebnisse in der Berliner CDU im Netz veröffentlicht. Überschrift: „Warum ich nicht mehr über den Sexismus in meiner Partei schreiben will“. Nach allem, was Sie da beschreiben: Haben Sie sich nie gefragt, ob Sie in dieser Partei überhaupt richtig sind?**

Ich habe auf gar keinen Fall vor, hier CDU-Bashing zu betreiben. Im Gegenteil, es gibt da richtig viele gute Leute. Ich habe Unterstützung erfahren, ich habe einen guten Listenplatz bekommen. In meinem Ortsverband haben viele Leute an mich geglaubt. Insofern möchte ich nicht über die Partei als solche herziehen, auch wenn mein offener Brief an die „Liebe Partei“ adressiert ist. Meine Kritik richtet sich an eine bestimmte Gruppe in der Partei, die nach wie vor ziemlich dominant ist. **Von einem Kollegen aus dem Abgeordnetenhaus heißt es, Frank Henkel habe ihn gefragt: „Fickst du die?“. Noch mal: Was stimmt nicht mit Ihrer Partei?**

Das ist ja nicht nur er. Das sind auch die Leute, die genüsslich Gerüchte über mich verbreitet haben. Von wegen, die hat was mit ihrem Ortsvorsitzenden, sonst hätte der Ortsverband sie ja nie vorgeschlagen. Dabei ist das eine Gremienentscheidung. Das sind die Leute, die sich benachteiligt fühlen, weil sie selber nicht zum Zuge gekommen sind.

Sehen wir hier den schmerz-

haften Vollzug eines Generationswechsels?

In der Berliner Landes-CDU wird vieles anders gesehen als in der Bundespartei. Für meine Kritiker symbolisiere ich als junge alleinerziehende Frau genau dieses andere, Modernere.

Hätten Sie Ihren Text auch veröffentlicht, wenn die Berliner CDU die Wahl gewonnen hätte? Ja, genauso. Ich habe extra bis nach der Wahl gewartet, weil ich mir nicht vorwerfen lassen wollte, ich würde meiner Partei schaden. Im Gegenteil, ich denke, die CDU würde sich schaden, wenn wir diese Debatte nicht führen. Ich sage, wir müssen was ändern.

Denn ich wünsche mir, dass viel mehr Frauen bei uns mit-tun. Daher finde ich, dass der Zeitpunkt genau richtig ist. Jetzt nach der Wahl führen wir ja die inhaltlichen und personellen Debatten für die kommenden fünf Jahre.

In Ihrem Text schreiben Sie, Ihre Wahl auf einen aussichtsreichen Listenplatz sei „auch Frauenquote“ gewesen. Wie fühlt es sich denn an als Quoten-Frau?

Ich war eigentlich immer gegen die Quote. Ich habe gedacht, das muss nicht sein, gute Frauen setzen sich schon durch. Aber jetzt habe ich erkannt, dass die Quote sein muss. Weil nämlich sonst niemand auf die Idee käme, wenigstens darüber nachzudenken, welche Frauen überhaupt infrage kämen. Durch die Quote ging die Suche nach geeigneten Kandidatinnen überhaupt erst los. Wir brauchen dringend noch 'ne Frau, so in der Art.

Gerade ist Kulturstaatssekretärin Monika Grütters im Gespräch als neue CDU-Landeschefin. Meinen Sie, das würde etwas ändern?

Ich wünsche es mir sehr. Ich halte viel von ihr. Aber ich kann auch verstehen, wenn sie sich nicht entschließen kann, den Job zu machen. Sie kennt ja auch ihre Leute.

Dass man sich in der Partei hochgeschlafen habe, diese Unterstellung hört man immer mal wieder auch aus queeren

„Für meine Kritiker symbolisiere ich genau dieses andere, Moderne“

CDU-Zusammenhängen. Was sagt das über Ihre Partei?

Ach kommen Sie, das ist doch nicht nur in der CDU so. Mein Handy vibriert hier die ganze Zeit, ich bekomme Nachrichten von den Grünen, aus der SPD, aus der FDP. Politikerinnen aus der allerhöchsten Bundesebene bedanken sich bei mir für den Brief. Mitglieder sagen, sie sehen das Problem genauso auch in ihrer Partei. Von daher wäre es mir lieb, wenn wir die Debatte über Frauen in der Politik generell führen würden und nicht nur als CDU-Problem.

Was wird jetzt aus Ihnen und den Berliner Christdemokraten? Man sieht sich ja immer zweimal im Leben.

Ich habe den Brief nicht geschrieben, um zu sagen, das war's jetzt mit mir und der Politik. Löst eure Probleme alleine. Ich bleibe natürlich weiterhin Mitglied. Und ich nehme mein Mandat wahr.

Hat sich bei Ihnen jemand aus dem Ortsverband gemeldet und gesagt: Danke, Jenna, dafür haben wir im Wahlkampf nicht Plakate geklebt und uns auf der Straße anpöbeln lassen.

Klar. Denen sage ich, dass ich die Debatte dermaßen wichtig finde, dass ich froh bin, dass sie endlich die Aufmerksamkeit bekommt, die sie haben sollte. Parteiintern habe ich das Sexismus-Problem schon oft angesprochen.

Da hat sich gar nichts bewegt. Im Gegenteil, das wurde abgetan: „So sind wir halt“. Oder: „Wenn du das schon nicht hältst, dann wird das mit dir

und der Politik nichts.“ Ich weiß, dass das nicht nur mir so geht, viele Frauen erleben das ebenso in anderen Orts- und Kreisverbänden.

Die Zentrale der Christdemokraten hat der Partei schon vor längerem eine Reform verordnet. Mehr Junge, mehr Zuwanderer, mehr Frauen. Durchlässigere Strukturen, leichtere Kommunikation, Familienfreundlichkeit. In der Berliner CDU scheint das noch nicht angekommen zu sein. Woran liegt das?

Im Programm der Bundespartei stehen viele tolle Dinge. Wenn ich mir das durchlese, bin ich stolz auf meine Partei. Es ist leider noch nicht ganz durchgedrungen. Ich habe erst letzte Woche in meinem Ortsverband den Antrag gestellt, zusätzlich zum Sitzungsbeginn auch ein Sitzungsende festzulegen. Das ist wichtig, wenn zu Hause der Babysitter wartet. Man kann Dinge durchaus in anderthalb Stunden besprechen, finde ich.

Ihren Brief beenden Sie optimistisch. Darin heißt es: „Lasst Politiker nicht über uns reden, sondern lasst uns Politikerinnen werden.“ Woher nehmen Sie Ihre Zuversicht?

Ich habe jetzt so viele positive Rückmeldungen bekommen, das bestärkt mich. Freunde, mit denen ich vorher über den Brief gesprochen habe, haben mich gewarnt: „Jenna, das wird krass. Aber mach's trotzdem.“ Diesen Freundeskreis habe ich auch innerhalb der Partei. Ich möchte einfach nicht, dass diese Methoden am Ende gewinnen.

Sie schreiben: „Die junge Frau, die bereit wäre, sich für ein kommunales Ehrenamt hochzuschlafen, gibt es nur in deiner schmutzigen Fantasie.“

Aber das ist doch einfach so. Ich freue mich, dass ich gewählt wurde, da bin ich stolz und dankbar. Aber letzten Endes, ohne das kleinreden zu wollen: Es ist Kommunalpolitik, ein Ehrenamt! Freunde von mir sa-

gen: Ehrlich, Jenna, das würde ich nicht mal geschenkt haben wollen. Dafür den Vorwurf des Hochschlafens zu bekommen, so was ist einfach hart.

Es gibt aber auch viel Ärger, Parteifreunde - distanzieren sich und versuchen Sie als laibliche Persönlichkeit hinzustel-

len. Hat die große, auch mediale Aufmerksamkeit nicht auch damit zu tun, dass Ihre Kritik aus einer Partei kommt, von der man das nicht erwarten würde?

Das war nicht meine Intention. Mir wird jetzt Selbstmarketing und dergleichen vorgeworfen.

Aber ich habe nicht vor, nächstes Jahr für den Bundestag zu kandidieren. Mir nutzt das also konkret überhaupt nicht. Das, was ich gerade auch an bösartigsten Nachrichten bekomme, wird sicher nicht dadurch aufgewogen, dass man mal ein Interview in der taz hat.

Jenna Behrends

■ 26, ist über den Listenplatz 6 Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte. Die CDU-Frau studiert Jura. Als alleinerziehende Mutter einer Tochter bloggt sie auf mitte-maedchen.de über kommunale und familienpolitische Themen.

Die Welt vom 26.09.2016, S. 1

Merkel will Gegner mit härterem Flüchtlingskurs beschwichtigen

Entlastung für osteuropäische Staaten. EU-Grenzschutztruppe Frontex soll die Balkanroute noch undurchlässiger machen. Pro Asyl kritisiert: Bundesregierung treibt Migranten in verzweifelte Lage

Der Streit über die Flüchtlingspolitik hat einen tiefen Graben zwischen CDU und CSU, aber auch quer durch die Europäische Union gezogen. Doch nun stehen die Zeichen auf Annäherung.

VON MANUEL BEWARDER
UND MARCEL LEUBECHER

Zum einen versuchen Politiker der Schwesterparteien, weniger über das Zurückweisen von Migranten zu debattieren, sondern das Gemeinsame – das Begrenzen der Flüchtlingszahl – zu betonen. Zum anderen hat die Bundesregierung am Wochenende beim Flüchtlingsgipfel in Wien eine weitere Kurskorrektur vollzogen: Die Balkanroute soll künftig von der EU-Grenzschutzagentur Frontex gesperrt werden.

Berlin geht damit vor allem auf die Osteuropäer zu. Diese hatten im Frühjahr noch im Alleingang die Grenzen geschlossen – und damit die Flucht nach Europa deutlich erschwert. Wie die „Welt am Sonntag“ berichtete, soll Frontex schon bald viele Grenzbeamte nach Griechenland schicken. Gleichzeitig plant die

Bundesrepublik, Griechenland und Italien künftig jeweils 6000 Flüchtlinge pro Jahr abzunehmen. Die Rückführung von Menschen ohne Aussicht auf Asyl soll verstärkt werden, sagte die Kanzlerin.

Innenexperten der großen Koalition lobten die Ergebnisse des Gipfels in Wien. Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Stephan Mayer (CSU), begrüßte das strengere Vorgehen gegen illegale Migration und damit den verstärkten Schutz der EU-Außengrenze. „Dafür ist es wichtig, die EU-Grenzschutzagentur Frontex mit mehr Rechten und mit mehr Personal auszustatten“, sagte Mayer der „Welt“. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Burkhard Lischka, hofft, dass der Gipfel „der Anfang einer Wende in der europäischen Flüchtlingspolitik“ darstellt. Man müsse „jetzt zu Kompromissen kommen, was jeder einzelne Mitgliedstaat leisten kann beim Schutz der EU-Außengrenzen, bei der Aufnahme Schutzbedürftiger und bei der Bekämpfung von Fluchtursachen“, sagte Lischka.

Schwere Vorwürfe erhebt dagegen die Organisation für den Schutz von Flüchtlingen, Pro Asyl. Geschäftsführer Günter

Burkhardt sagte dieser Zeitung mit Blick auf Einsatzpläne an der griechisch-mazedonischen Grenze: „Die Bundesregierung treibt gemeinsam mit den übrigen EU-Staaten Flüchtlinge in Griechenland in eine verzweifelte Situation.“ Sie seien dadurch „gefangen ohne Chance auf faire Prüfung ihrer Asylanträge – weder in Griechenland noch in einem anderen EU-Staat“. Burkhardt fügte hinzu: „Auch wenn Deutschland künftig Griechenland 500 Flüchtlinge pro Monat abnimmt, ändert das nichts an der Verelendung der rund 60.000, die dort festsitzen.“

Der stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion, Konstantin von Notz, kritisierte eine mangelnde Aufnahmebereitschaft in Europa für Flüchtlinge: „Wer die illegale Migration tatsächlich bekämpfen will, der muss gleichzeitig realistische legale Möglichkeiten schaffen, nach Europa zu kommen“, sagte von Notz. Gleichzeitig sprach sich der Grünen-Innenexperte für eine „effektive Kontrolle“ der EU-Außengrenzen aus. Man müsse „wissen, wer einreist“. Das sei zum Beispiel wichtig, „um die Freizügigkeit innerhalb Europas zu erhalten“, sagte von Notz.

Balkantrick der Kanzlerin

TORSTEN KRAUEL

Manchmal ist ein scheinbarer Rückschritt ein Fortschritt. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich bei dem Wiener Treffen etlicher EU-Staaten zur Flüchtlingsfrage für die noch schärfere Kontrolle der Balkanroute ausgesprochen. Widerspricht das nicht ihrer Haltung, Grenzsicherungen seien für die EU gefährlich? Nein. Merkel hatte sich gegen einseitig verfügte, nationale Grenzsicherungen ausgesprochen. Beschlossen haben die Beteiligten in Wien nun aber, dass die EU-Grenzschutzagentur Frontex an der Grenzsicherung beteiligt wird. Das ist etwas ganz anderes, als wenn selbst ernannte nationale „Grenzwachern“, die sich womöglich auch noch aus Gruppen mit rechtsradikaler Hal-

tung rekrutieren, ohne EU-Mandat Flüchtlinge jagen und zurückweisen.

Der Einsatz von Frontex-Kräften war bisher bei einigen EU-Staaten auf heftige Gegenwehr gestoßen. Sie sahen darin eine „Besatzungstruppe“, die unter Brüsseler Oberbefehl gegen die Interessen der betroffenen Staaten handeln könnte. Erinnerungen an den Weltkrieg und an den Ostblock spielten dabei eine psychologische Rolle. Merkel hat nun diese Befürchtungen zumindest teilweise zerstreut. Sie tat das zusammen mit Regierungen, die in der Flüchtlingspolitik keine nationalen Neinsager sind. Slowenien zum Beispiel gehört zu den Ländern, die im Prinzip der Flüchtlingshilfe sehr aufgeschlossen gegenüberstehen. Für den Zusammenhalt Europas ist der Einsatz von Frontex ein Präzedenzfall dafür, dass auch in einer aufgeheizten Stimmung europäische Solidarität zäh und beharrlich erkämpft werden kann. Merksels Balkantrick auf dem Wiener

Treffen war in dieser Hinsicht ein großer Fortschritt.

Keinen Fortschritt gibt es bei der EU-weiten Verteilung der bereits in Griechenland und Italien wartenden Flüchtlinge. Hier tritt Merkel von Neuem in eine deutsche Vorleistung, damit die Pflicht zur Hilfe nicht von der Tagesordnung rutscht. Es hat aber wenig Sinn, vor dem ungarischen Referendum zur Flüchtlingsverteilung am 3. Oktober Festlegungen zu erzwingen, die EU-weit gültig sein sollen. Ob solche Festlegungen im Laufe der nächsten Monate möglich werden, hängt von vielen Faktoren ab. Ungarn wird die EU in dieser Frage nicht festlegen können. Aber seine Stimme wird jetzt zunächst gehört, genauso wie diejenige Polens und anderer Kritiker der Verteilung. Derweil arbeitet die EU-Kommission im Auftrag aller Mitgliedstaaten an einem europaweiten einheitlichen Asylrecht. Der Wiener Frontex-Beschluss hilft ihr dabei.

Süddeutsche Zeitung vom 24.09.2016, S. 6

Operation Kaninchen

CDU-Generalsekretär Peter Tauber soll 2006 an einem Mobbing-Komplott beteiligt gewesen sein, behaupten Parteikolleginnen. Er selbst bestreitet das

VON ROBERT ROSSMANN

Berlin – Dass es in Parteien nicht immer freundlich zugeht, ist eine Binsenweisheit. Politik ist ein hartes Geschäft – da schadet es nicht, wenn man Ellbogen hat. Wer nach oben will, kann nicht immer nur an die anderen denken. Und wer oben ist, muss mit dem Neid der Zurückgebliebenen kämpfen. Jetzt gibt es aber einen Fall, der aus dem üblichen Konkurrenz-Gewusel herausragt – und im Mittelpunkt steht kein Geringerer als Angela Merkels Generalsekretär.

Peter Tauber stammt aus dem CDU-Kreisverband Main-Kinzig. Er sitzt dort im Vorstand und ist immer noch Mitglied der Kreistagsfraktion. In dem Kreisverband sollten die Mitglieder stolz sein, dass es einer der Ihren ganz nach oben geschafft hat – könnte man meinen. Doch einige sehen das ganz anders und greifen Tauber seit mehr als einem Jahr hart an. Die Geschichte klingt zunächst wie eine alte Kamelle aus der Parteiprovinz, doch sie ist dem CDU-Generalsekretär in der Hauptstadt heute arg unangenehm.

„Nun habe ich inzwischen natürlich gelernt, dass man den ‚Politiker‘ generell als korrupt, falsch und hintertrieben hält, das ist zum Glück nicht bei jedem so, aber Peter Tauber ist das klassische Paradebeispiel dafür“, schreibt Marianne Hain. Der Brief liegt der *Süddeutschen Zeitung* vor, er datiert vom 4. Mai 2015. Hain war damals noch Vertreterin der CDU im Kreisausschuss Main-Kinzig, dem obersten Verwaltungsorgan in Taubers Landkreis. In dem Brief wirft die Christdemokratin ihrem Generalsekretär „hintertriebene Machenschaften“ und „Hinterlistigkeit“ vor. Um die Vorwürfe zu belegen, hat Hain ihrem Brief ein Dokument beigelegt – und das hat es tatsächlich in sich.

Vor zehn Jahren war Tauber noch Landesvorsitzender der Jungen Union Hessen

Auf neun Seiten wird detailliert beschrieben, wie man – auch mit schmierigen und widerrechtlichen Mitteln – die Kreisgeschäftsführerin der CDU aus dem Amt entfernen sollte. Die Autoren haben ihrem Papier den zynischen Titel „Pflegehinweise für das Kaninchen“ gegeben. Das „Kaninchen“ ist die Kreisgeschäftsführerin, die möglichst sofort rausgeworfen werden soll.

„Dieses Pflegeprogramm“ habe Tauber zusammen mit einem Freund „aufgestellt“, schreibt Hain. Wenn der Vorwurf stimmt, hätte der CDU-Generalsekretär ein gewaltiges Problem. In den „Pflegehinweisen für das Kaninchen“ wird empfohlen, der Kreisgeschäftsführerin für den

Fall, dass sie nicht freiwillig einen Aufhebungsvertrag unterschreibt, mit der Kündigung ihrer Tochter zu drohen, die ebenfalls bei der CDU arbeitet. Doch das ist nicht der einzige skandalöse Punkt. „Damit das Kaninchen nicht übermütig wird, sollte man ihm das Leben ... schwer machen“, heißt es in dem Papier, zum Beispiel durch „Verbot der Nutzung des Internets für private Zwecke und Anündigung, den Mail-Verkehr mittels Stichproben zu kontrollieren“. Außerdem wird geraten, gegenüber der Geschäftsführerin nicht zu erwähnen, dass sie einen speziellen Kündigungsschutz genießt, der sie praktisch unkündbar macht. „Falls sie das Thema selbst anspricht, müssen die beteiligten Juristen bluffen“, steht in den „Pflegehinweisen“.

Sie enthalten auch einen Rat für den Fall, dass die Geschäftsführerin nicht klein beigibt: „Wenn das Kaninchen zum Gegenangriff ausholt, muss die Jagd natürlich sofort abgeblasen werden – dann muss aber SOFORT die Schlagzahl erhöht werden.“ Dazu gehöre: „Tochter SOFORT kündigen. Ermahnungen und Abmahnungen beginnen.“ Das Motto dabei müsse lauten: „Immer dran denken: Greife niemals in ein Wespennest und wenn Du greifst, so greife fest.“

Eines ist sicher: Jeder Politiker, der ein derartiges Pamphlet zu verantworten hat, kommt in Bedrängnis, wenn es bekannt wird. Aber genau damit beginnt in diesem Fall das Problem. Die „Pflegehinweise“ über die sich Hain beklagt, datieren bereits aus dem Jahr 2006. Tauber war damals noch Landesvorsitzender der Jungen Union Hessen – der Freund, mit dem er das Papier aufgestellt haben soll, wurde 2007 Landesgeschäftsführer der JU. Außerdem ist das Dokument nicht unterschrieben. Aus ihm geht lediglich hervor, wer der Adressat war: der damalige CDU-Kreisvorsitzende Tom Zeller. Entsprechend schwierig ist die Spurensuche.

Die Frau, um die es geht, das „Kaninchen“, ist Anne Höhne-Weigl. Sie war nicht nur 15 Jahre lang Kreisgeschäftsführerin der CDU, sondern auch Vorsitzende der örtlichen Frauen-Union. Höhne-Weigl sagt der SZ, sie habe die „Pflegehinweise“ bereits im November 2006 auf dem Schreibtisch Zellers gefunden. Sie sind damit zu

einer Art Überlebensversicherung für sie geworden. Wenn man ihr tatsächlich gekündigt hätte, hätte sie mit der Veröffentlichung des Papiers drohen können. Vermutlich auch deshalb blieb Höhne-Weigl noch bis zu ihrem regulären Ruhestand Mitte 2014 im Amt. Sie war damit auch einige Jahre lang Taubers Geschäftsführerin,

nachdem dieser Zellers Nachfolger als CDU-Kreisvorsitzender wurde.

Auch Höhne-Weigl ist sich sicher, dass Tauber und der ehemalige JU-Landesgeschäftsführer die Urheber der Pflegehinweise sind. Zeller habe ihr im Dezember 2013 „während einer Kreistagsitzung“ gesagt, das Papier sei von den beiden „in Zusammenarbeit erstellt worden“, sagt Höhne-Weigl. Dies habe Zeller ihr im Dezem-

ber 2015 noch einmal bestätigt. Die Christdemokratin ist auch heute noch voller Zorn über Tauber. Sie „empfinde es geradezu als verwerflich und menschenverachtend“, dass Tauber gemeinsam mit dem ehemaligen JU-Landesgeschäftsführer „dieser Mobbinganleitung den Namen ‚Kaninchenpflegeprogramm‘ gegeben“ habe.

Der ehemalige JU-Landesgeschäftsführer ist heute nicht mehr in der Politik. Bei einer ersten Nachfrage der SZ im Dezember 2015 bestritt er nicht, an einem derartigen Papier mitgeschrieben zu haben, auch wenn er sich an die Details nicht mehr erinnern könne. Zu einer möglichen Beteiligung Taubers wollte er nichts erklären. Am Freitag sagte der Ex-Landesgeschäftsführer auf eine neuerliche Nachfrage, er wolle öffentlich gar nicht mehr zu den Behauptungen Stellung nehmen.



Wenn das Kaninchen zum Gegenangriff ausholt, muss die Jagd natürlich sofort abgeblasen werden – dann muss aber SOFORT die Schlagzahl erhöht werden.“

Aus den Mobbing-Anweisungen

Und Tauber? Er räumt zwar ein, „wie viele andere vor Ort damals Kenntnis von dem Papier“ gehabt zu haben. „Ich habe das Papier aber nicht geschrieben“, sagt Tauber. Wer etwas anderes behauptete, der lüge. Auf die Frage, ob er den Inhalt des Papiers unterstützt habe, antwortet Tauber aber lediglich mit zwei ausweichenden Sätzen: „Ich war damals in keiner Funktion im Kreisverband tätig. Während meiner Zeit als Kreisvorsitzender habe ich während der gesamten Zeit mit der Kreisgeschäftsführerin (Anne Höhne-Weigl) zusammengearbeitet.“

Und was erklärt der Dritte im Bunde, der damalige CDU-Kreisvorsitzende Zeller, für den das Papier angefertigt wurde? Er bereut die „Pflegehinweise“ inzwi-

schen. „Die damalige Situation war sehr schwierig und verfahren, und es wurden viele Fehler gemacht, die ich und andere heute nicht mehr machen würden“, sagt Zeller, „das Papier gehört eindeutig dazu.“ Wer das Papier „konkret geschrieben“ habe, wisse er nicht, behauptet Zeller. Seine angeblichen Äußerungen gegenüber Frau Höhne-Weigl will er nicht bestätigen. So viel sagt Zeller dann aber doch: „Ja, Dr. Pe-

ter Tauber war als damaliger politischer Vertrauter an den Überlegungen beteiligt.“ Der heutige CDU-Generalsekretär sei „einbezogen“ gewesen, „inwieweit er das Papier konkret unterstützt“ habe, wisse er aber nicht mehr.

Endgültig klären lässt sich der Fall damit nicht. Es gibt trotz monatelanger Nachforschungen bis heute keinen Beweis dafür, dass Tauber nicht nur von dem Papier

wusste, sondern auch einer der Autoren war. Der Fall offenbart aber, wie brutal manchmal in Parteien miteinander umgegangen wird. Und er zeigt, wie groß die Konflikte sogar innerhalb einer Fraktion sein können. Tauber, Zeller und Höhne-Weigl saßen noch bis zur hessischen Kommunalwahl im März dieses Jahres gemeinsam für die CDU im Kreistag.

Bild vom 26.09.2016 , S. 1

GENDER-GAGA IN FLENSBURG

Die Linke will männliche Geräte-Namen abschaffen

Berlin – **Irre Gender-Posse im Flensburger Rathaus!**

Die Linke beantragt im Gleichstellungsausschuss, Arbeitsgeräte künftig geschlechtsneut-

ral zu benennen. Beispiel: der/die Bleistiftanspitze-rlin, der/die Staubsauger-rlin.

Begründung: Es sei in einer „sozial gerechten und antidiskriminieren-

den Gesellschaft nicht hinzunehmen“, dass häufig nur der männliche Artikel (der) benutzt würde.

Am Mittwoch wird der Antrag beraten. CDU-Ratsmann Arne Rüstemeier:

„Solcher Unfug schadet der Gleichstellung und dem Ansehen der Stadt.“

Die Linke ruderte gestern zurück, will den Antrag nun als Satire verstanden wissen. **(rs.)**

Bild vom 26.09.2016, S.
2

KOMMENTAR

Schluss mit dem Sprach- Irrsinn!

Von
RALF SCHULER



Ganz gleich, ob die Flensburger Linken aus Computern ernsthaft ComputerInnen machen wollen oder ob ihr Antrag Satire ist: Das Modewort Gender (dschänder, engl. Geschlecht) macht sprachlich offenbar alles möglich.

Politiker stopfen ihre Sätze mit Gender-Floskeln („jeder und jede“, „Terroristen und Terroristinnen“ ...) voll oder erfinden den Gender*Stern für alle denkbaren Sex*Identitäten – aus Angst, in die Chauvi-Ecke gestellt zu werden.

Rednerlisten werden zu Redelisten, Studentenwerke zu Studierendenwerken. Eine Berliner Professix erfand gar eine geschlechtslose Sprache.

Liebe Linke und Genderist*Innen: Es gibt Mann und Frau. Dabei wird es bleiben.

Und das ist auch gut so.

Aachener Zeitung vom 24.09.2016, S. 1

Große Freude über neuen Bischof

Hunderte Katholiken erleben im Aachener Dom mit, wie der Name ihres neuen Oberhirten bekanntgegeben wird. **Helmut Dieser**, Weihbischof in Trier, gilt als versierter Theologe und zugewandter Seelsorger.

Aachen/Trier. „Habemus episcopum. Wir haben einen neuen Bischof!“ Voller Freude hat der Aachener Dompropst Manfred von Holtum am Freitagmittag um kurz nach 12 Uhr mitgeteilt, dass Helmut Dieser, bislang Weihbischof im Bistum Trier, neuer Bischof von Aachen ist.

Zum kurzfristig anberaumten Mittagsgebet „mit wichtiger Mitteilung“ kamen Hunderte Menschen in den Aachener Dom. Sie applaudierten lang, und die Domglocken verkündeten die frohe Botschaft, die zeitgleich auch in Rom und Trier bekanntgegeben wurde. Auch der Aachener Weihbischof Karl Borsch zeigte sich glücklich, dass „unsere Gebete erhört wurden. Wir haben einen guten neuen Bischof für Aachen erhalten“.

Der 54-jährige Dieser tritt als siebter Bischof von Aachen die Nachfolge von Heinrich Mussinghoff an, der im Dezember in den Ruhestand gegangen ist. Mussinghoff zeigte sich auf seine zurückhaltende Art „recht zufrieden“ mit der Wahl seines Nachfolgers. Dieser sagte in Trier kurz nach der Verkündigung, es sei ein „sehr bewegendes Moment“ für ihn. „Etwas Großes tritt in mein Leben hinein.“ „Ich möchte in meinem Dienst als Bischof mit allen, die glauben, das Suchen und Fragen nach Gott und

die Vertrautheit mit Jesus im Bistum Aachen immer weiter anfangen“, erklärte er. Als weiteren Schwerpunkt nannte er die Ökumene. Bei einem Umzug nach Aachen habe er nicht das Gefühl, in die Fremde zu gehen. Dieser, der aus Neuwied stammt, ist begeisterter Karnevalist.

Am kommenden Mittwoch will er das erste Mal nach seiner Ernennung in seine neue Diözese fahren und das Domkapitel treffen. Die Bischofsweihe werde voraussichtlich Anfang November sein, sagte Dieser. Ein genaues Datum stehe aber noch nicht fest.

Beifall für die Wahl des Nachfolgers: Heinrich Mussinghoff.



Borsch betonte, er habe Dieser bei den Zusammenkünften der Deutschen Bischofskonferenz als geistlichen und kommunikativen Menschen kennen und schätzen gelernt. Auch Andreas Frick, Ständiger Vertreter des Diözesanadministrators, begrüßte die Wahl. Gemeinsam mit dem Dompropst hat er Dieser am vorigen Samstag in Trier das erste Mal persönlich kennengelernt: „Wir alle können uns freuen. Bischof Helmut ist ein herzlicher, gleichzeitig ein durch und durch geistlicher Mensch.“

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, zeigte sich in seinem Glückwunschschreiben an Dieser „überzeugt, dass Du mit Deiner ver-

bindlichen und fröhlichen Art, Deinen seelsorglichen und bischöflichen Erfahrungen und Deinem theologischen Arbeiten und Denken die besten Voraussetzungen für die neue Aufgabe mitbringst.“ Der Trierer Bischof Stephan Ackermann lobte, dass sein Weihbischof mit seiner leidenschaftlichen Suche nach zeitgemäßen Formen des Glaubens im Bistum Trier viele Menschen angesprochen habe. Manfred Rekowski, Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, wünschte sich vom neuen Bischof, „dass wir in ökumenischer Verbundenheit das Ziel, zu einer Einheit in Verschiedenheit zu gelangen, gemeinsam im Blick halten“.

In Aachen wird Helmut Dieser nun Oberhirte von rund 1,1 Millionen Katholiken sein. (cs/bm/sr)

► Die Seite drei

Ein Dompropst im Nachtzug und die schnelle Wahl des neuen Bischofs

Die Wahl Diesers durch das Aachener Domkapitel ging extrem schnell. Erst vorige Woche Montag hatte der apostolische Nuntius, Vertreter des Papstes in Deutschland, dem Aachener Domkapitel die Nachricht übermittelt, dass die Liste mit den drei vom Papst vorgeschlagenen Kandidaten eingetroffen sei. Dompropst von Holtum setzte sich kurzerhand

in den Nachtzug nach Berlin, um die Liste zu holen. Am Freitagabend wählte das Domkapitel den Trierer Weihbischof zum neuen Aachener Bischof.

Von Holtum, so berichtete er gestern, rief noch am Abend der Wahl in Trier an. Er bat Dieser um einen schnellen Termin. Als dieser fragte,

worum es denn ginge, antwortete von Holtum in bekannt spitzbüßischer Manier: „Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das hat der Nuntius mir ausdrücklich untersagt.“ So konnte Dieser sich auf die Frage, die von Holtum ihm am nächsten Tag in Trier stellte, vorbereiten. „Das Ja-Wort haben wir dann sofort von ihm bekommen“, sagte von Holtum.

Kölnische Rundschau vom 24.09.2016, S. 6

Warnung vor Entsolidarisierung

Kardinal Woelki kritisiert den Umgang mit sozial schwachen Mitbürgern

VON FRANK KLEMMER

WALDBRÖL. Der Kölner Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki hat entschieden vor einer Entsolidarisierung der Gesellschaft gewarnt. Er sprach am Freitag beim Herbstempfang von Oberbergischer Volkszeitung, Bergischer Landeszeitung und Oberbergischem Anzeiger zusammen mit dem Oberbergischen Kreis im Naturerlebnispark Panarbora in Waldbröl.

Trotz Vollbeschäftigung in Teilen des Landes gebe es Armut in Deutschland: „Bei uns ist ein Dienstleistungsproletariat entstanden. Und die Menschen, die dazugehören, haben keine Chance, da raus zu kommen.“ Als Beispiel nannte Woelki eine Paketfahrerin: Wenn so jemand dann 50 Stunden in der Woche arbeite und dafür gerade mal 900 Euro verdiene, reiche das einfach nicht. „Genau das ist das Einfallstor für eine Entsolidarisierung“, warnte der Kardinal. Das seien Menschen, die sich angesichts der Hilfe für

Flüchtlinge fragen: „Wer hat mich im Blick?“

Menschen, die sich fühlen, als seien sie zu kurz gekommen. Woelki warnte davor, sozial schwache Mitbürger und

Flüchtlinge gegeneinander auszuspielen. Denn dass Flucht ein Thema bleibe, stehe für ihn fest, sagte der Kardinal vor über 200 geladenen Gästen, darunter als Gastgeber

Helmut Heinen, Herausgeber von Kölnische Rundschau/Oberbergische Volkszeitung/Bergische Landeszeitung, und Christian Dumont Schütte, Herausgeber

von Kölner Stadt-Anzeiger/Oberbergischer Anzeiger. Woelki nannte den Klimawandel als eine noch unterschätzte Fluchtursache. „Wir haben nur eine Welt, eine zweite gibt es nicht“, betonte er. Eine Milliarde Menschen lebe ohne direkten Zugang zu Trinkwasser, 850 Millionen seien unterernährt. „Vielen von uns ist noch gar nicht bewusst, wie viele vor den Fol-

gen des Klimawandels zum Beispiel noch aus Afrika flüchten werden“, sagte Woelki. Diese Fluchtbewegung werde weit größere Dimensionen haben als aktuell die Flucht vor dem Bürgerkrieg aus Syrien.

Zugleich könne sich Europa auch nicht darauf beschränken, den Flüchtlingsstrom bloß als Chance für die eigene Wirtschaft zu begreifen. „Wir können nicht die Intelligenz abschöpfen und hier behalten. Wir müssen die Menschen dazu befähigen, nach ihrer Rückkehr zum Beispiel nach Syrien dort eine friedliche und demokratische Gesellschaft aufzubauen.“ Auch mit der Konsumgesellschaft ging Woelki scharf ins Gericht – gerade mit Blick auf die Arbeitsbedingungen in anderen Ländern: „Wenn es dann heute zur Mode wird, für Kleidung drei bis fünf Euro zu bezahlen, um sie nachher nicht mehr zu waschen, sondern einfach wegzuzwerfen, dann hat Papst Franziskus Recht: Das ist eine Wirtschaft, die tötet.“

Kölner Stadtanzeiger vom 24.09.2016, S. 6

Kardinal Woelki prangert Armut in Deutschland an

HERBSTEMPfang DER ZEITUNGEN Erzbischof kritisiert als Gast in Waldbröl die Entsolidarisierung der Gesellschaft

VON FRANK KLEMMER

Waldbröl. Der Kölner Erzbischof, Kardinal Rainer Woelki, hat entschieden vor Entsolidarisierung der Gesellschaft gewarnt. Er sprach am Freitag beim Herbstempfang von „Oberbergischer Volkszeitung“, „Bergischer Landeszeitung“, und „Oberbergischer Anzeiger“ zusammen mit dem Oberbergischen Kreis im Naturerlebnispark Panarbor in Waldbröl. Trotz Vollbeschäftigung in Teilen des Landes gebe es Armut in Deutschland: „Bei uns ist ein Dienstleistungsproletariat entstanden. Und die Menschen, die dazugehören, haben keine Chance, da rauszukommen.“ Als Beispiel nannte Woelki eine Paketfaherin:

Wenn so jemand dann 50 Stunden in der Woche arbeitet und dafür gerade mal 900 Euro verdient, reiche das einfach nicht.

„Genau das ist das Einfallstor für eine Entsolidarisierung“, warnte der Kardinal. Das seien Menschen, die sich angesichts der Hilfe für Flüchtlinge fragen: „Wer hat mich im Blick?“ Menschen, die sich fühlten, als seien sie zu kurz gekommen. Woelki warnte davor, sozial schwache Mitbürger und Flüchtlinge gegeneinander auszuspielen. Denn dass Flucht ein Thema bleibe, stehe für ihn fest, sagte der Kardinal vor über 200 geladenen Gästen, darunter als Gastgeber Helmut Heinen,

Herausgeber Kölnische Rundschau/Oberbergische Volkszeitung/Bergische Landeszeitung, und Christian DuMont Schütte, Herausgeber Kölner Stadt-Anzeiger/Oberbergischer Anzeiger.

Woelki nannte den Klimawandel als eine noch unterschätzte Fluchtursache. „Wir haben nur eine Welt, eine zweite gibt es nicht“, betonte er. Eine Milliarde Menschen lebe ohne direkten Zugang zu Trinkwasser, 850 Millionen seien unterernährt. „Vielen von uns ist noch gar nicht bewusst, wie viele vor den Folgen des Klimawandels zum Beispiel noch aus Afrika flüchten werden“, sagte Woelki.

Zugleich könne sich Europa

auch nicht darauf beschränken, den Flüchtlingsstrom bloß als Chance für die eigene Wirtschaft zu begreifen. „Wir können nicht die Intelligenz abschöpfen und hier behalten. Wir müssen die Menschen dazu befähigen, nach ihrer Rückkehr zum Beispiel nach Syrien dort eine friedliche und demokratische Gesellschaft aufzubauen.“

Auch mit der Konsumgesellschaft ging Woelki ins Gericht: „Wenn es dann heute zur Mode wird, für Kleidung drei bis fünf Euro zu bezahlen, um sie nachher nicht mehr zu waschen, sondern einfach wegzuworfen, dann hat Papst Franziskus recht: »Das ist eine Wirtschaft, die tötet.«“

Kölner Stadtanzeiger vom 24.09.2016, S. 7

Lindner setzt auf alte und neue Gesichter

LIBERALE Seit der Berliner Wahl ist die Partei wieder in neun von 16 Landtagen vertreten – Probleme im Osten

VON THOMAS KRÖTER

Berlin. Die Erneuerung der FDP kommt aus Hessen und ist 75 Jahre alt. Auf besonderen Wunsch des Vorsitzenden Christian Lindner kandidiert Hermann Otto Solms für den nächsten Bundestag. Als Schatzmeister hat der Vorsitzende der Bundestagsfraktion aus Helmut Kohls Kanzlerzeiten die maroden Parteifinanzen saniert. Durch sein Wirken wurde der Wiederaufstieg der Freien Demokraten aus der außerparlamentari-

Der Parteichef will alle Teile der Partei mit in die Zukunft nehmen

schen Opposition erst organisatorisch möglich.

Lindner schätzt den Erfinder des liberalen Stufensteuer-Modells aber auch als politischen Ratgeber. Mit 37 Jahren nicht einmal halb so alt wie dieser, ist dem Parteichef

an einer Mischung gelegen, die alle Teile der FDP in seine neue „Beta Republik Deutschland“ mitnimmt. „Beta“ heißen in der Computerwelt Software-Versionen, die noch nicht ins Letzte ausgetestet sind. Die ersten Proben hat Lindners Politik allerdings bereits bestanden. Positiv wie negativ.

Seit der Berliner Landtagswahl ist die FDP wieder in neun von 16 Landtagen vertreten. Nur für den Osten hat der junge Vorsitzende bisher weder den rechten Ton noch die passenden Gesichter gefunden. Mit frischen jungen Spitzenkandidatinnen hatte die Partei in Hamburg und Bremen Erfolg. In Mecklenburg-Vorpommern ist diese Aufstellung gerade grandios gescheitert. Zum Auftakt des Bundestagswahljahrs hat die Partei aber auch im Westen Unbill zu befürchten. Rekordreife 1,2 Prozent

bekam sie im Saarland beim letzten Mal, nachdem Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) sie nach internen Querelen aus der bundesweit ersten „Jamaika-Koalition“ (CDU, Grüne, FDP) geworfen hatte.

Danach aber sind die beiden Schwergewichte dran: Am 5. Mai Vizechef Wolfgang Kubicki in Schleswig-Holstein und in der Woche drauf Lindner selbst in NRW. Beide wollen anschließend in den Bundestag wechseln – wenn es dem mit den Wählern klappt. Christian Lindner ist nicht mit allen zufrieden, die er nach der Wahlniederlage 2013 in die Parteiführung geholt hat. Aber er mag vor der Entscheidung in diesem Jahr keine Unruhe in die eigenen Reihen tragen. Außerdem weiß er: Wenn liberale Gesichter wichtig sind, dann höchstens noch die

wichtigsten Kandidaten in den Ländern. Katja Suding zum Beispiel in Hamburg. Oder der bürgerliche Vertrauenshess Solms.

Offenkundig setzt der FDP-Chef (wie schon der gestorbene Guido Westerwelle) auf unzufrie-

„Lindner grenzt sich scharf von der AfD ab

dene Unionswähler. „Merkel-Malus“ ist eines seiner Lieblingsworte. Um aber Linksliberale nicht zu verprellen, grenzt er sich so scharf wie kein anderer Politiker außerhalb der Grünen von der AfD ab. Und von ihren Wählern. Denen habe er „nichts anzubieten“, betont er immer wieder. Die FDP definiert Lindner als „Rechtsstaatspartei mit europäischer Mission und marktwirtschaftlicher Grundierung“.

Welt am Sonntag vom 25.09.2016, S. NRW2

Linke

LIBERALE?

Ex-Fraktionschef Papke beklagt die Hinwendung der FDP zu Rot-Grün. Seinen Parteichef trifft er damit empfindlich

Magenverstimmungen sind selten vergnüglich. Schon gar nicht, wenn sie mit solcher Wucht zuschlagen, dass man über Tage kaum mehr aus dem Bett hochkommt. Für den Freidemokraten Gerhard Papke war die vergangene Woche aus diesem Grund wenig amüsant.

VON TILL-REIMER STOLDT

Doch das galt auch für andere Freidemokraten. Um genau zu sein: Es galt für die gesamte FDP-Spitze. Während Papke im heimischen Königswinter das Bett hütete, musste die Parteispitze sich mit einem Vorwurf auseinandersetzen, den Papke noch kurz zuvor öffentlich lanciert hatte. Der 55-Jährige hatte den Liberalen unter ihrem Parteichef Christian Lindner einen „Linkskurs“ attestiert.

Öffentlich wolle Lindner diesen Eindruck zwar verhindern, insgeheim aber existiere bei Lindner und Co. die Bereitschaft zu Koalitionen mit Grünen und Sozialdemokraten. Und weil er daran nichts mehr ändern könne, so erklärte Papke, werde er zur Landtagswahl 2017 nicht mehr antreten. Damit hatte der langjährige FDP-Fraktionschef und heutige Vizepräsident des Landtags die Wahlkampfstrategie seines Parteivorsitzenden empfindlich gestört. Längst hat Lindner potenzielle CDU-Wähler als entscheidende Zielgruppe identifiziert, die er bei den Wahlen 2017 gewinnen möchte. Und spätestens seit Herbst 2015 versucht er aus dem verbreiteten Unmut über die Flüchtlingspolitik der großen Koalition Kapital zu schlagen, indem er seine

FDP als schneidige Alternative zur schwarz-roten Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik in Szene setzt. All das torpediert Papke nun mit seiner Diagnose, die FDP unter Lindner biete nur scheinbar eine Alternative zur schwarz-roten Flüchtlingspolitik. Sie sei nicht einmal eindeutig im bürgerlichen Lager beheimatet, sondern zu rot-gelb-grünen Abenteuern aufgelegt.

Aber wie viel Substanz besitzt Papkes These? Hat sich die Partei nach links bewegt – oder ihr Kritiker nach rechts? Für Christian Lindner ist die Frage schnell beantwortet. Im Ton war der Spitzenliberale zwar bemüht, keinerlei Schärfe aufgenommen zu lassen. Immerhin sind Papke und

Lindner seit Jahrzehnten Weggefährten. In der Sache aber erklärte er Papkes Aussagen für rundum „falsch“. Es gebe keinen Linkskurs, ja, es gebe nicht einmal einen inhaltlichen Dissens zwischen der Partei und Papke in Fragen der Flüchtlings- und Integrationspolitik.

Letzteres klingt überzeugend, blickt man auf die FDP in NRW 2016. So übte die massivste Kritik an der rot-grünen Integrationspolitik zuletzt nicht etwa die CDU, sondern die FDP. Zudem wagt sich insbesondere der FDP-Fraktionsvize und Integrationsexperte Joachim Stamp immer wieder mit scharfkantigen Forderungen hervor. Er drängt darauf, die Schulpflicht für frisch Zugewanderte bei Bedarf bis zu deren 25. Lebensjahr zu verlängern, damit diese ihre Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt verbessern. Dieses Andie-Hand-Nehmen der Flüchtlinge mutet für eine liberale Partei einigermaßen autoritär an.

Auch stammen die radikalsten Überlegungen im Kampf gegen salafistischen Extremismus nicht von der Union, sondern wiederum von

FDP-Mann Stamp. Der will die missionarische Koranverteilung „Lies“ kurzerhand verbieten lassen, weil sie „für ausländische Terrororganisationen“ werbe und diese unterstütze. Und schließlich deutete er sogar an, für den türkischen Moscheeverband Ditib könne es als Partner des Staates nur eine Zukunft geben, wenn Ditib sich endlich vom türkischen Staat trenne. Ähnlich hatte all dies auch schon Papke in einem Zehn-Punkte-Plan gefordert, den er 2014 vorlegte. Damals jedoch hatte sich die Partei in Person ihres Generalsekretärs Johannes Vogel noch öffentlich davon distanziert. Mittlerweile wirkt die FDP-Politik in NRW hingegen so, als versuche sie, Papkes Zehn-Punkte-Plan abzuarbeiten. Ein Linkskurs ist da nicht leicht auszumachen. Nicht ganz so klar steht es um die Flüchtlingspolitik auf Bundesebene. Hier nimmt Lindner für sich in Anspruch, schon im Herbst 2015 auf Distanz zum Merkel-Kurs gegangen zu sein. Lindner legte sich auf drei Forderungen fest. Erstens müsse die EU-Außengrenze besser geschützt werden; zweitens ein effektives Abschiebeabkommen mit nordafrikanischen Ländern geschlossen werden. Drittens müsse die zeitliche Begrenzung des Aufenthaltsrechts von Flüchtlingen rechtlich stärker betont werden,

um sie nach Wegfall des Asylgrunds leichter abschieben zu können. Doch für Papke sind das alles nur Schein-Distanzierungen, weil die ersten beiden Forderungen auch von CDU, SPD und partiell den Grünen mitgetragen würden. Und Flüchtlinge, deren Asylgrund weggefallen sei, müssten laut geltendem Recht schon jetzt das Land verlassen. Im Grunde stehe Lindner damit hinter dem Merkel-Kurs, predigt Papke seit Monaten parteiintern. Vorgangene Woche ging er mit seiner Kritik an die Öffentlichkeit. Und befand, eine „wirklich klare Haltung gegen die ungesteuerte Massenzuwanderung nach Deutschland“ vertrete Lindner keineswegs, die entscheidende Kurskorrektur fordere der Parteichef nicht. Die bestünde in der „Bereitschaft zur nationalen Sicherung unserer Grenzen“.

Nun hat der FDP-Chef in Interviews Anfang 2016 sehr wohl laut über „nationale Zwischenschritte“ auf dem Weg zu funktionierenden EU-Außengrenzen nachgedacht. Bei diesen Andeutungen beließ er es aber auch. Eine klare Forderung resultierte daraus nicht. Ob man dies bereits als Beleg eines Linkskurses werten kann, darüber lässt sich sicher streiten. Jedenfalls aber bereitet genau diese fehlende Bereitschaft Papke „Bauchschmerzen“, wie er seit Langem klagt.

Schließlich überquerten laut Bundespolizei wieder vermehrt asiatische und afrikanische

Einwanderer die deutsche Grenze von Polen und der Schweiz aus. Trotzdem würden die Grenzen kaum kontrolliert. Und gestoppt werde erst recht niemand, der in Deutschland Asyl begehre. Diese Offenheit an den Grenzen perpetuiere die Flüchtlingskrise, so Papke. Wenn man die Menschen erst unkontrolliert ins Land einlasse, seien langwierige Folge-Probleme unvermeidlich, etwa durch die oft unmögliche Identifizierung der Eingewanderten oder die damit verbundene Unmöglichkeit, abgelehnte Asylbewerber abzuschicken. Tatsächlich wurde erst diese Woche bekannt, dass Zehntausende abgelehnte Asylbewerber dauerhaft im Land bleiben dürfen, weil man ihre Identität nicht klären kann. Und von den insgesamt fast 550.000 abgelehnten Asylbewerbern leben laut Bundesregierung die meisten seit über sechs Jahren in Deutschland.

Nur auf den ersten Blick absurd wirkt auch Papkes Warnung vor einer Ampelkoalition. Zwar hat Lindner eine solche für die Landtagswahl in NRW öffentlich ausgeschlossen. Allerdings hatte genau das für Rheinland-Pfalz auch der dortige FDP-Kandidat Volker Wissing vor der Landtagswahl getan. Im Gespräch mit der „FAZ“ behauptete vor dieser Wahl auch Lindner, eine Ampel habe Parteifreund Wissing für die Pfalz ausgeschlossen. Inzwischen regiert die pfälzische FDP bekanntlich mit – in einer Ampelkoalition.

Rheinische Post vom 24.09.2016, S. 5

Versierter Theologe und großer Karnevalist

Der neue Aachener Bischof Helmut Dieser wird den konservativen Klerikern zugeordnet. Ein Rechtsaußen ist er aber nicht.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Möglich, dass sich Helmut Dieser bei der Vorbereitung auf die gestrige Pressekonferenz an seine fünfeinhalb Jahre zurückliegende Premiere erinnerte. Damals stand er ebenfalls an der Seite des Trierer Bischofs Stephan Ackermann im sogenannten Bischofshof, war gerade erst vom Papst zum neuen Weihbischof ernannt worden, da sprudelte es auch schon aus Dieser heraus, als gelte es, einen Rhetorikwettbewerb zu gewinnen. Erst nach einer Viertelstunde, Ackermann schaute schon etwas irritiert, stoppte seinerzeit Diesers Redefluss.

Gestern Mittag bei der Bekanntgabe von Diesers Beförderung zum neuen Bischof von Aachen ist das anders. Der 54-Jährige hat das, was er nach der kurzen Einführung durch den Trierer Bischof sagen will, aufgeschrieben, wohl um nicht abzuschweifen oder sein Statement unnötig in die Länge zu ziehen.

Dabei ist Helmut Dieser niemand, der in einem solchen Fall dummes Zeug reden würde. Im Gegenteil. „Er ist ein ausgezeichnete Redner und ein noch besserer Prediger“, sagen Leute, die den promovierten Theologen gut kennen. Wohl mit ein Grund, warum der gebürtige Neuwieder auch lange Zeit als Predigt-ausbilder in Trier und Lantershofen eingesetzt war. Neben seiner Lehrtätigkeit war Dieser aber auch immer wieder als Priester in den Pfarreien des Bistums tätig, vor seiner Ernennung zum Weihbischof allein sieben Jahre lang in der Pfarreiengemeinschaft Adenau. Das dortige Dekanat Ahr-Eifel grenzt ans Bistum Aachen; Helmut Dieser kommt somit – voraussichtlich Anfang November – in eine Region, die ihm durchaus vertraut ist.

Ein für den 54-Jährigen nicht ganz unwichtiger Punkt, wie er gestern

sagte: „Es ist ja die Lebensart und Mentalität, die schon ein Stück weit prägt. Da habe ich mit Aachen nicht das Gefühl, in die Fremde zu gehen.“ Man mag es Helmut Dieser auf den ersten Blick nicht ansehen. Aber der versierte Theologe ist auch ein begeisterter Karnevalist – und zwar durch und durch. In Adenau, seiner letzten Stelle als Priester, ging die Liebe zum Karneval sogar so weit, dass das Mitglied der Karnevalsgesellschaft Rot-Weiß Adenau seinen Gottesdienstbesuchern an Fastnacht auch schon mal die Leviten in Reimform las. Womöglich lässt sich die Schelte dann auch besser ertragen.

Und Dieser muss auch nicht lange überlegen, wenn er nach Parallelen zwischen seinem Herkunftsort Heimbach-Weis, einem Stadtteil von Neuwied, und seiner neuen Heimat Aachen gefragt wird. „Von dort kommen die ältesten Karnevalsgesellschaften im Rheinland“, sagt der 54-Jährige und hofft, dass es in der närrischen Zeit nicht zu Terminkollisionen kommen möge.

Theologisch wird der designierte Aachener Bischof eher den konservativen Klerikern in der katholischen Kirche zugeordnet. Aber er sei auch „kein Rechtsaußen“, heißt es, und darüber hinaus auch in der Lage, seine Meinung zu revidieren. Das erwartet Dieser aber auch von anderen. Gläubige dürften nicht bei dem Standpunkt stehen bleiben, dass kirchliches Leben „in meinem Dorf stattfinden“ müsse, sagt er.

Andere, neue Formen der Versammlung und der Vernetzung seien notwendig, fügt Dieser hinzu und verweist auf die erst vor wenigen Monaten zu Ende gegangene Synode zur Bistumsreform, die ihn tief geprägt habe. „Was ich bei der

Synode zusammen mit den Synodalen erlebt und gelernt habe, das darf ich nun auch mitnehmen nach Aachen“, kündigt Dieser in seiner kurzen Rede schon einmal an. Am nächsten Mittwoch will der 54-Jährige zum ersten Mal nach der Ernennung in seine neue Diözese reisen.

Triers Bischof Stephan Ackermann, der seinen Freund und Studienkollegen vor fünf Jahren zum Weihbischof gemacht hat und wohl auch an Diesers neuerlicher Beförderung nicht ganz unbeteiligt gewesen sein dürfte, schaut gedankenversunken drein. Damit, dass er innerhalb kurzer Zeit gleich zwei hochrangige Mitarbeiter an Nachbarbistümern verlieren würde, habe er nun wirklich nicht gerechnet, sagt er.

Da mag ihn die Bemerkung von Robert Brahm etwas getröstet haben. „Ich bleibe hier“, verspricht der mit 60 Jahren dienstälteste Trierer Weihbischof. Dabei sucht noch ein weiteres Trierer Nachbarbistum einen neuen Oberhirten: Seit der vier Monate zurückliegenden Emeritierung Karl Kardinal Lehmanns ist als letzter deutscher Bischofsstuhl der Mainzer unbesetzt.

Experte für die Lehre von der Predigt

Privat Helmut Dieser wuchs in Heimbach-Weis auf, einem Stadtteil von Neuwied. Er studierte Katholische Theologie und Philosophie in Trier und Tübingen.

Berufsweg Er empfing die Priesterweihe durch den Bischof von Trier. 1996 erhielt er einen Lehrauftrag für Homiletik (Lehre von der Predigt). 2011 wurde er zum Titularbischof von Narona und Weihbischof von Trier ernannt.

Westdeutsche Zeitung vom 24.09.2016, S. 3

Wie Medienlügen aktuelle Politik bestimmen

Im Solinger Kunstmuseum diskutierte der WZ-Chefredakteur unter anderem mit dem ZDF-Terrorismus-Experten Elmar Theveßen.

Von Philipp Müller

Solingen. Aktueller hätte die Diskussionsveranstaltung im Solinger Museum für verfemte Künste nicht beginnen können. Elmar Theveßen berichtete vom gestern ausgestrahlten ZDF-Interview mit Fethullah Gülen, dass der stellvertretende Chefredakteur des Senders selbst geführt hatte. Der in den USA lebende Türke habe darin bestritten, am Putsch am 15. Juli in der Türkei beteiligt gewesen zu sein.

Im Gegenteil: Präsident Erdogan habe nur auf eine Gelegenheit gewartet, gegen die Gülen-Bewegung vorzugehen. Theveßen erklärte, dass das ZDF das ganze Material ins Internet gestellt habe, um größte journalistische Transparenz zu schaffen. Dass es genau die nicht immer gibt, war Thema der Veranstaltung.

Die Verlage der Westdeutschen Zeitung (WZ), des Solinger Tageblatts und des Remscheider General-Anzeigers hatten zur Diskussion „Medienlügen – gesteuerte Desinformation von Putin bis Erdogan“ ins Museum eingela-

den. Im mit 200 Besuchern voll besetzten Saal führte der Chefredakteur der WZplus-Redaktion, Ulli Tückmantel, durch die Diskussion. Zunächst hatte Tageblatt-Verleger Michael Boll die Gäste begrüßt. Die Veranstaltung habe offensichtlich einen Nerv getroffen. Pressefreiheit sei ein hohes Gut und keine Selbstverständlichkeit. Das gelte erst recht für Russland und die Türkei.

Russische Propaganda-Fabrik mit dem Ziel der Desinformation

In seinem Einführungsvortrag führte Ulli Tückmantel aus, wie aus der russischen Image-Kampagne des Fernsehsenders Russia Today (RT) über die Jahre eine Propaganda-Fabrik mit dem Ziel der Desinformation nach innen und außen geworden ist. Er verwies zudem auf den Sender RT-Deutsch, der seit 2014 in Deutschland aktiv ist und fast alles von Pegida und AfD verbreitet. 3,5 Millionen Russland-Deutsche erreiche RT-Deutsch. Dann warf er einen Blick auf die Presselandschaft in der Türkei, die auch das Meinungsbild der in Deutschland lebenden Türken



Auf großes Interesse stieß gestern Abend die Diskussion im Solinger Kunstmuseum mit den Journalisten (v. l.) Elmar Theveßen, Horst Kläuser und WZ-Chefredakteur Ulli Tückmantel.

Foto: Uli Preuss

prägen. 102 Zeitungen und andere Medien wurden nach dem Putsch im Juli geschlossen.

Für den Solinger Landtagsabgeordneten der SPD, Josef Neumann, eine logische Konsequenz aus der Tatsache, dass „freie Medien für Despoten eine enorme Gefahr“ seien. Die Kölner CDU-Landtagsabgeordnete Serap Güler verwies darauf, wie sich diese einseitige Berichterstattung in Deutschland auswirke. Eine der Gülen-Bewegung nahestehende Schule in ihrem Wahlkreis sei schon zwei Tage nach dem Putsch bedroht worden. Eltern seien aufgefordert worden, ihre Kinder von der Schule zu

nehmen. Zugleich appellierte sie an die Landesregierung, die Zusammenarbeit mit der türkischen Organisation Ditib zu überdenken.

WDR-Moderator Horst Kläuser forderte alle dazu auf, mehr an der Demokratie zu arbeiten. Er bezweifelte zugleich, dass in Deutschland noch alle, die von solchen gesteuerten Medien manipuliert werden, über klassische Medien erreicht werden könnten. Dem widersprach Theveßen. TV, Radio und Zeitungen hätten eine hohe Glaubwürdigkeit. Sie müssten all dem verbreiteten „Müll“ echte Fakten gegenüberstellen.